G 1800 E

Blätter für deutsche und internationale Politik

Aus dem Inhalt

Klaus Elliesen
Zur Lage in Indien

Harold Rasch
Vor der Entscheidung

Günther Rose
Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie

Ulrich Greiwe
Futurologie in den USA und in der BRD

Martin Hall, Los Angeles
Nixons erste sechs Monate

Wilfried v. Bredow
Möglichkeiten und Gefahren der Friedensforschung

Wolf Kalz, Santiago de Chile
„Allianz für den Fortschritt"

Einzelheft 3,50 DM
Abonnement monatlich 2,50 DM
Abonnement für Studenten, Schüler, Wehrpflicht- und Ersatzdienstleistende 2,– DM

September 9 1969

XIV. Jahrgang

INHALT

Chronik des Monats August 1969 903

Kommentare und Berichte

Status quo aus polnischer Sicht
(Janusz Stefanowicz, Warschau) 906

Zur Lage in Indien (Klaus Elliesen) 909

Warum nicht Pompidou? (Klaus Ehrler) 912

Harold Rasch
Vor der Entscheidung 915

Günther Rose
Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie 926

Ulrich Greiwe
Darstellung und Kritik der Futurologie in den USA
und in der BRD 950

Martin Hall, Los Angeles
Nixons erste sechs Monate 965

Wilfried v. Bredow
Möglichkeiten und Gefahren der Friedensforschung 971

Andrej Stepanow, Moskau
„Wenn wir gut mit den Russen standen . . ."
Die sowjetisch-deutschen Beziehungen 1917—1931 im Lichte
der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR", Bde. I—XIV 980

Wolf Kalz, Santiago de Chile
„Allianz für den Fortschritt". Zum wirtschaftlichen Einfluß
der USA in Lateinamerika 989

Bücher

Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und
Faschismus; Kühnl/Rilling/Sager, Die NPD;
Iring Fetscher (Hrsg.), Rechtsradikalismus (Kurt Beutler) 999

Karl-Heinz Jahnke, Weiße Rose contra Hakenkreuz;
Willi Bohn, Stuttgart geheim!; Max Oppenheimer,
Der Fall Vorbote; Hochmuth/Meyer, Streiflichter aus dem
Hamburger Widerstand 1933—1945 (Heinz Brüdigam) 1001

Neuerscheinungen / Eingesandte Bücher 1006

Fernseh-Spalte

Sauberer Journalismus (E. H. Wahl) 1009

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wissenschaftlich-technisches Gutachten über die Schaffung von
Voraussetzungen zur Produktion von Kernwaffen in der BRD 1010

Blätter für deutsche und internationale Politik

Herausgeber Hilde Bentele
Gerhard Gollwitzer
Anton Neuhäusler
Knut Nevermann
Manfred Pahl-Rugenstein
Harold Rasch
Hermann Rauschning
Hans Rheinfelder
Helmut Ridder
Robert Scholl
Fritz Strassmann
Karl Graf v. Westphalen
Ernst Wolf

XIV. Jahrgang | September 1969 | Heft 9

Chronik des Monats August 1969

1. 8. — Italien. Der amtierende Ministerpräsident Mariano Rumor gibt nach einer Unterredung mit Staatspräsident Saragat den Auftrag zur Neubildung der Regierung zurück. Rumor hatte sich vergeblich bemüht, die am 5. 7. auseinandergebrochene „Mitte-Links-Koalition" wiederherzustellen. Saragat betraut zunächst Senatspräsident Fanfani mit einer „Erkundungsmission". — Am 5. 8. bildet Rumor ein nur aus Christlichen Demokraten bestehendes Ein-Parteien-Kabinett. Das Außenministerium übernimmt Aldo Moro. — Am 10. 8. erhält Ministerpräsident Rumor mit 346 gegen 245 Stimmen und 6 Enthaltungen ein Vertrauensvotum der Abgeordnetenkammer; für die Regierung stimmen außer den Christlich-Demokraten auch die Abgeordneten der Sozialistischen Partei (PSI) und der Sozialistischen Einheitspartei (PSU).

2.—3. 8. — Rumänien/USA. Der amerikanische Präsident Nixon hält sich in Bukarest auf. Über die Gespräche mit Staatspräsident Ceausescu, an denen auch Nixons Sonderberater für militärpolitische Fragen, Prof. Kissinger, und der rumänische Ministerpräsident Maurer teilnehmen, wird ein offizielles Kommuniqué nicht veröffentlicht. Der Sprecher des Weißen Hauses, Ronald Ziegler, berichtet „mit dem Einverständnis der beiden Seiten" vor der Presse, die Gesprächspartner hätten „den aktuellen Stand der gegenseitigen Beziehungen untersucht und festgestellt, daß es keine kontroversen Fragen zwischen beiden Ländern" gebe. Es seien „bemerkenswerte Fortschritte" in den gegenseitigen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, technischen und kulturellen Beziehungen" zu verzeichnen. Zu den internationalen Problemen hätten beide Seiten ihre Standpunkte dargelegt. Präsident Nixon, der zwischen dem 26. Juli und dem 1. August sechs südostasiatische Staaten (die Philippinen, Indonesien, Thailand, Südvietnam, Indien und Pakistan) besucht hatte, unterbricht den Rückflug nach Washington am 3. 8. zu einem kurzen Gespräch mit Premierminister Wilson auf dem britischen Militärstützpunkt Mildenhall. — Vom 6.—12. 8. findet der 10. Parteitag der Kommunistischen Partei Rumäniens statt. Den Rechenschaftsbericht gibt Generalsekretär Ceausescu, der in seinem Amt bestätigt wird.

6. 8. — Berlin. Die Botschafter Frankreichs, der USA und Großbritanniens in Moskau stellen dem sowjetischen Außenministerium getrennt ein gleichlautendes

Robert Nicoll

13. Sep. 1969

Aide memoire zu, das sich mit der Berlin-Frage beschäftigt. Die drei Westmächte reagieren damit auf eine Äußerung von Außenminister Gromyko, der am 10. Juli vor dem Obersten Sowjet die Bereitschaft zu Gesprächen über die Situation in Berlin angedeutet hatte.

— U S A. Der Senat genehmigt mit der knappsten möglichen Mehrheit die erste von der Regierung beantragte „Kreditrate" für das umstrittene „Safeguard"-Antiraketensystem. Der Entscheidung waren monatelange Diskussionen über dieses Projekt vorausgegangen, dessen Gesamtkosten auf rund 50 Mrd. Dollar geschätzt werden; der bewilligte Betrag für 1970 beträgt 759 Mill. Dollar. — Am 11. 8. nimmt ein Sprecher des State Department zur Lagerung amerikanischer Giftgasvorräte im Ausland Stellung. Solche Kampfstoffe stünden den US-Streitkräften auf Stützpunkten in Okinawa und in der Bundesrepublik zur Verfügung. Da sich die Vereinigten Staaten in einer kürzlich getroffenen Vereinbarung mit Japan verpflichtet hätten, die Bestände von Okinawa zu entfernen, bleibe die Bundesrepublik das einzige außeramerikanische Land, auf dessen Territorium weiterhin amerikanische Giftgase für militärische Zwecke gelagert seien.

7.—8. 8. — B u n d e s r e p u b l i k / U S A. Zu einem mehrfach verschobenen Meinungsaustausch trifft Bundeskanzler Kiesinger mit Präsident Nixon in Washington zusammen. Eine „gemeinsame Erklärung" nennt die Ost-West-Beziehungen, Fragen der NATO und internationale Währungsprobleme als Themen der Gespräche. Präsident Nixon habe dem Bundeskanzler bei dieser Gelegenheit auch über die Eindrücke seiner Reise nach Asien und den anschließenden Besuch in Rumänien berichtet. Kiesinger war am 6. 8. in New York von UN-Generalsekretär U Thant zu einer Unterredung empfangen worden.

8. 8. — F r a n k r e i c h. Der Ministerrat unter Vorsitz von Staatspräsident Pompidou beschließt überraschend die Abwertung des Franc um 12,5 Prozent; die neue Parität wird auf 1 ffr = 160 Milligramm Feingold festgesetzt. In einer Rundfunkansprache kündigt Finanzminister Giscard d'Estaing weitere „flankierende Maßnahmen" sowie die Fortdauer der Kreditbeschränkungen und Devisenbewirtschaftung an.

— S o w j e t u n i o n / C h i n a. Vertreter der beiden Länder unterzeichnen in der sowjetischen Stadt Chabarowsk ein Protokoll, das die Schiffahrt auf den Flüssen Ussuri und Amur regelt, die auf einer Länge von über 2000 Kilometern die gemeinsame Grenze bilden. Das Protokoll ist das Ergebnis sechswöchiger Verhandlungen. Eine weitere Zusammenkunft der „Gemischten Kommission für die Grenzflußschiffahrt" wird für das kommende Jahr auf dem Territorium der Volksrepublik China einberufen. Die Nachrichtenagentur Neues China berichtet erst mit dreitägiger Verspätung am 11. 8. über die erzielten Vereinbarungen. — Am 13. 8. kommt es im Gebiet von Semipalatinsk (Kasachische Sowjetrepublik) zu einem neuen Gefecht zwischen chinesischen und sowjetischen Einheiten. In einer Meldung der sowjetischen Nachrichtenagentur TASS heißt es, es seien zwei chinesische Offiziere gefangengenommen worden.

11. 8. — E W G. Der Ministerrat erörtert die Auswirkungen der Franc-Abwertung auf den Gemeinsamen Agrarmarkt. Es wird beschlossen, „eine schrittweise Anpassung der französischen Preise an die gemeinsamen Preise spätestens bis zum Beginn des Wirtschaftsjahres 1971/72" vorzunehmen und für diese Übergangszeit die französische Landwirtschaft aus dem Agrarmarkt herauszulösen.

14. 8. — G r o ß b r i t a n n i e n. Nach neuen schweren Unruhen in Nordirland, die zum erstenmal Todesopfer forderten, setzt die britische Regierung zunächst in Londonderry und später auch in der nordirischen Hauptstadt Truppen ein. — Am 19. 8. konferiert der nordirische Premierminister Chichester-Clark mit Premierminister Wilson in London. In einem anschließend veröffentlichten Kommuniqué heißt es: „Der Oberkommandierende der britischen Streitkräfte in Nordirland übernimmt mit sofortiger Wirkung die Verantwortung für die Sicherheitsmaßnahmen, einschließlich der Kontrolle über die reguläre und die Hilfspolizei". Außerdem sollen „zwei hohe britische Funktionäre ... vorübergehend nach Belfast" entsandt werden. — Am 20. 8. befaßt sich der UN-Sicherheitsrat mit einem Antrag der Irischen Republik auf Entsendung einer Friedensstreitmacht der Vereinten Nationen nach Nordirland, ohne jedoch die Angelegenheit offiziell in die Tagesordnung aufzunehmen.

16. 8. — Indien. Aus einem heftigen Wahlkampf um das Amt des Staatspräsidenten geht der von Premierminister Frau Indira Gandhi unterstützte Kandidat V. V. Giri als Sieger hervor. Der offizielle Kandidat der regierenden Kongreß-Partei, von dem sich Frau Gandhi wenige Tage vor der Wahl distanziert hatte, unterliegt knapp.

20.—22. 8. — SPD. Auf Einladung des Obersten Sowjet halten sich der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der SPD, Helmut Schmidt, und seine beiden Stellvertreter Möller und Franke in Moskau auf. Die drei SPD-Politiker führen Gespräche u. a. mit dem stellvertretenden sowjetischen Ministerpräsidenten Poljansky und mit Außenminister Gromyko.

21. 8. — Naher Osten. Ein Brand im Innern der Al-Aksa-Moschee, die in der Jerusalemer Altstadt nahe der Klagemauer liegt, verschärft die Spannungen im Nahen Osten weiter. Unter der Beschuldigung der Brandstiftung wird ein 28jähriger Australier namens Rohan festgenommen. Das israelische Kabinett ordnet nach einer Sondersitzung eine Ausgangssperre für den östlichen Teil der Stadt an. — Am 23. 8. appellieren im Auftrage ihrer Regierungen die Vertreter von 24 islamischen Nationen an den UN-Sicherheitsrat, eine „unparteiische Untersuchung" über die Ursachen des Brandes in der Moschee zu veranlassen. — Am 24. 8. stellt Syrien (nach dem Sudan) als zweites arabisches Land die diplomatischen Beziehungen zu Rumänien ein, um damit gegen den Beschluß Rumäniens und Israels vom 19. 8. zu protestieren, ihre diplomatischen Vertretungen in den Rang von Botschaften zu erheben. Der Irak und die Vereinigte Arabische Republik berufen ihre Botschafter aus Bukarest ab.

22. 8. — Tschechoslowakei. Die Regierung verfügt (vorläufig bis zum 31. Dezember 1969) außerordentliche Maßnahmen „im Interesse der öffentlichen Ordnung, die gegenwärtig durch antisozialistische Elemente gröblich verletzt wird". Eine von Staatspräsident Svoboda, Parlamentspräsident Dubcek und Ministerpräsident Cernik unterzeichnete Verordnung sieht die Verschärfung der geltenden Strafgesetze in bestimmten Fällen vor und ermöglicht das zeitweilige Verbot oder die Auflösung von Organisationen, „wenn ihre Arbeit nicht mit dem Geist der sozialistischen Ideen übereinstimmt". Die Staats- und Parteiführung zieht mit diesen Bestimmungen die Konsequenz aus den Ereignissen am 21. August in Prag und anderen Städten der Tschechoslowakei.

26. 8. — Abrüstung. Der Achtzehn-Staaten-Abrüstungsausschuß ändert auf seiner 431. Plenarsitzung im Genfer Palais des Nations seinen Namen in „Konferenz des Abrüstungsausschusses". Die Namensänderung erfolgt im Hinblick auf die Erweiterung des Gremiums von früher 18 auf jetzt 26 Mitglieder. Die Konferenz setzt sich wie folgt zusammen: Frankreich (das an den Beratungen nicht teilnimmt), Großbritannien, Italien, Kanada, die Niederlande und die Vereinigten Staaten (als Mitglieder der NATO); Bulgarien, Polen, Rumänien, die Sowjetunion, die Tschechoslowakei und Ungarn (als Mitglieder des Warschauer Paktes); Äthiopien, Argentinien, Brasilien, Burma, Indien, Japan, Jugoslawien, Marokko, Mexiko, die Mongolische Volksrepublik, Nigeria, Pakistan, Schweden und die Vereinigte Arabische Republik (als blockfreie Staaten).

27. 8. — Griechenland. Im schweizerischen Kurort Bad Schinznach treffen der Außenminister der Athener Militärregierung, Panajolis Pipinelis, und der im Exil lebende griechische König Konstantin zu einer geheimen Unterredung zusammen. — Am 30. 8. heißt es in Athen, es sei eine „proroyalistische Verschwörung" aufgedeckt worden, die den Sturz der Regierung geplant habe. Ein offizieller Sprecher gibt die Zahl der Verhaftungen mit 50, darunter 35 pensionierte Offiziere, an.

31. 8. — Brasilien. Eine Junta, der Marineminister Rademaker, Heeresminister Tavares und Luftfahrtminister Sousa de Mello angehören, benutzt eine schwere Krankheit des Staatspräsidenten Costa e Silva, um die Macht zu übernehmen. Vizepremier Pedro Aleixo wird den Militärs unterstellt. Für die erste Septemberwoche waren die Wiedereinberufung des von Costa e Silva im Dezember 1968 suspendierten Parlaments und die Proklamation einer neuen Verfassung erwartet worden.

Politik des Suchens nach Verständigung und Lösungen, auch Kompromißlösungen, unter der Bedingung der Berücksichtigung der Hauptelemente des Status quo. Und gerade an dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß wir unter dem Begriff Status quo nicht eine komplette Zusammenstellung aller aktuellen Merkmale der politischen Situation auf unserem Kontinent verstehen, sondern einige Grundprinzipien, wie Dauerhaftigkeit der Grenzen und Staatsstrukturen sowie Sicherheit vor dem Antasten des Gleichgewichts der Kräfte (also Verhinderung der atomaren Bewaffnung der BRD). Wie schon aus dem Budapester Appell hervorgeht, ist sogar das Bestehen von zwei Militärblöcken kein unerläßliches Element des Status quo: sie können liquidiert werden, sobald ein entsprechendes Sicherheitssystem gefunden ist, mit anderen Worten, wenn das Gleichgewicht in Europa — jenes Synonym des Status quo — seinen besseren, friedlicheren Ausdruck findet. Es ist um so selbstverständlicher, daß in den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und der BRD vor allem die Anerkennung der polnischen Westgrenzen und mittelbar die anderen oben erwähnten Elemente das Hauptelement des Status quo sind. Es wäre dagegen ein Absurdum, wenn wir als Faktor des Status quo das Fehlen von normalen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ansehen würden. Die Mitte Mai von Wladyslaw Gomulka ergriffene Initiative zeugt am besten davon, daß Polen den Sinn des Begriffs Status quo nicht so versteht. Es versteht ihn als Rahmen und Fundament einer schöpferischen, friedlichen Politik, die auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und auf die zukünftige Schaffung eines dauernden Systems der Sicherheit gerichtet ist, das erlaubt, gleichzeitig das deutsche Problem ohne Verletzung des Wesens des Status quo, d. h. ohne Antasten des europäischen Gleichgewichts, zu lösen.

Janusz Stefanowicz, Warschau

Zur Lage in Indien

Indiens Regierungspartei, der „Kongreß", wird gegenwärtig von Auseinandersetzungen erschüttert, die über reine Machtkämpfe hinaus politisches Profil gewinnen. Der knappe Sieg des neugewählten Staatspräsidenten Giri, unterstützt von Premierminister Indira Gandhi gegen den rechtsorientierten Kandidaten der Parteiführung, Reddy, ist die zweite Niederlage der Konservativen um den ehemaligen Finanzminister Desai. Wenige Wochen zuvor hatten sie Frau Gandhi nicht daran hindern können, die Verstaatlichung der indischen Großbanken anzukündigen. Nach über zwanzig Jahren unumschränkter „Kongreß"-Regierung ist das Rangen um den weiteren Weg Indiens in eine entscheidende Phase getreten.

Die allgemeine politische Krise ist nicht zuletzt auf die Unfähigkeit der Kongreßpartei zurückzuführen, die dringengenden Probleme des Landes wenigstens einigermaßen befriedigend zu lösen. Nach wie vor gilt für den Großteil der indischen Bevölkerung mit der niedrigste Lebensstandard der Welt. Auf der anderen Seite schwelgt eine Minderheit in geradezu märchenhaftem Reichtum. Wie auch in anderen Entwicklungsländern, die den kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, hat sich in Indien der Einkommensunterschied zwischen arm und reich weiter vergrößert. Die Landwirtschaft, in der etwa vier Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind, hat ihren halbfeudalen Charakter behalten. Bodenreformen, obwohl im Prinzip beschlossen, fallen in ihrer Ausführung in die Kompetenz der Gliedstaaten, wo sie oft bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Auf dem industriellen Sektor sind zwar nur die Leicht- und Lebensmittelindustrien den privaten Unternehmern vorbehalten, doch ist auch hier die Konzernbildung möglich.

Die politische Haltung des „Indischen Nationalkongresses", wie die korrekte Bezeichnung der in Europa meist als Kongreßpartei oder einfach als Kongreß bekannten Regierungs-Partei lautet, sowie seine bis zum Februar 1967 allein dominierende Position in der indischen Politik sind nur aus der Zeit des Unabhängigkeitskampfes her verständlich. Bis zur Unabhängigkeit des Landes vereinigte er als gegen die britische Kolonialherrschaft gerichtete Sammelbewegung beinahe alle politischen Richtungen in sich. Diese Funktion der Kongreßpartei verhinderte in der Kampfzeit zwar eine Kräftezersplitterung, sie verhinderte jedoch ebenso eine profilierte programmatische Ausrichtung dieser Partei, die sie auch heute noch nicht gefunden hat. Nach der Erlangung der Unabhängigkeit spalteten sich einige Gruppen von ihr ab. Der Hauptteil der Funktionäre blieb jedoch zusammen, da sie auf diese Weise am besten politischen Einfluß gewinnen bzw. ihn erhalten konnten. Von den beiden Hauptrichtungen besitzt die gemäßigt-sozialistische ein leichtes Übergewicht über die konservativ-liberale, doch neutralisieren sich beide weitgehend gegenseitig.

Obwohl die Kongreßpartei nach wie vor die weitaus stärkste Einzelgruppierung darstellt, haben auch andere Parteien stark an Bedeutung gewonnen. Links vom Kongreß stehen die beiden sozialistischen Parteien. Die „Sozialistische Volkspartei" (Praja-Sozialisten — PSP) war ursprünglich Teil des Kongresses. Seit einigen Jahren hat sie sich dessen linkem Flügel wieder stark genähert. Die „Vereinigte Sozialistische Partei" (Samyukta-Sozialisten — SSP) entstand aus einer Spaltung der Volkssozialisten. Sie hat inzwischen einige kleinere Gruppen der Linken in sich aufgesogen und stellt heute die bedeutendere der beiden sozialistischen Parteien dar. Programmatisch steht sie links von den Volkssozialisten. Ihre Forderungen beinhalten u. a. die sofortige Enteignung des Großgrundbesitzes und aller privaten Großbetriebe. Im Gegensatz zur PSP schließt die SSP gemeinsame Aktionen mit den Kommunisten nicht aus.

Auch die Kommunisten sind seit einigen Jahren in zwei etwa gleich starke Gruppen gespalten. Trotzdem haben sie stark an Boden gewonnen. Die ursprünglich nach Peking tendierende „Kommunistische Partei Indiens (Marxisten)" — CPI(M) besitzt ihre Schwerpunkte in den beiden Gliedstaaten Kerala und Westbengalen, in denen sie mit Hilfe anderer Parteien den Kongreß von der Macht verdrängte. Auf diese Weise kommt die CPI (M) mehr zur Geltung als die von Shripad Amrit Dange geleitete CPI, obwohl letztere im Bundesparlament einige Mandate mehr besitzt. Beide Parteien sprechen sich für die Mitarbeit in den Parlamenten aus. Auch die CPI (M) ist, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt, gegen den Versuch, den politischen Schwerpunkt auf bewaffnete Guerillaaktionen zu legen. Dieser Ansicht stellt sich die von der CPI (M) abgespaltene maoistische CPI (M-L) entgegen. Sie hofft, die Landbevölkerung nach und nach für einen Guerillakrieg mobilisieren zu können.

Politisch rechts vom Kongreß steht die „Swatantra (Freiheits)-Partei". Sie vertritt wie der rechte Kongreßflügel die Interessen des privaten Unternehmertums sowie die der ehemaligen Aristokratie. Im Bundesparlament besitzt sie den zweitgrößten Anteil der Mandate. Ebenfalls von Bedeutung ist die militant hinduistische „Indische Volkspartei (Jan Sangh)". Ihr Hauptverbreitungsgebiet ist der Sprachraum des Hindi im Norden der Indischen Union.

Bis jetzt hat es der Kongreß möglichst vermieden, mit anderen Parteien eine Koalition einzugehen. In einigen Gliedstaaten, in denen er in die Opposition verwiesen wurde, blieb er mit Abstand die stärkste Partei — nur reichte es nicht mehr zur absoluten Mehrheit. Die Anti-Kongreß-Koalitionen jedoch sind bisher meist heterogene Bündnisse bei-

nahe aller politischer Richtungen, deren einzige Klammer der Wunsch ist, selbst an die Macht zu gelangen. Wo nicht eine konsequente politische Kraft die Führung zu übernehmen vermag — wie in Kerala und Westbengalen die Kommunisten —, versagen diese Regierungen in der Regel. Zusätzlich kompliziert wird die Situation durch das starke Anwachsen regionaler, sich nur auf eine Sprach- oder Religionsgemeinschaft stützender Parteien. Auch diese Entwicklung muß dem Kongreß angelastet werden. Indem er es nicht vermochte, die Situation der Bevölkerung gegenüber der kolonialen Epoche grundlegend zu verbessern, bildete sich auch nicht in allen Teilen des Landes ein gesamtindisches Gemeinschaftsgefühl heraus. Schon bei den allgemeinen Wahlen von 1967 erreichte der „Dravidische Vorwärtsblock" in Madras die absolute Mehrheit und entsandte auch eine beachtliche Fraktion ins Bundesparlament. Bei den im Februar dieses Jahres in einigen Gliedstaaten durchgeführten Zwischenwahlen erstarkten auch andere regionale Gruppierungen auf Kosten der gesamtindischen Parteien. Wenn sich dieser Trend bis 1972 fortsetzt, muß mit einer weitgehenden Aufsplitterung des Bundesparlaments gerechnet werden.

Dies würde zu keiner Existenzkrise des indischen Parlamentarismus führen, wenn die weltanschaulich sich auf einer Ebene befindenden Parteien dann eine Koalition bilden würden. Hierzu müßte jedoch der Kongreß seine bisherige intransigente Haltung gegenüber anderen Gruppierungen aufgeben. Gegen ihn gerichtete Koalitionen, die sich nur auf eine knappe Mehrheit stützen könnten, hätten wenig Chancen, eine Legislaturperiode durchzustehen. Vielmehr wäre jederzeit die akute Gefahr einer Regierungskrise gegeben. Hierbei muß ein Moment in der indischen Politik beachtet werden, nämlich, daß die Parteiloyalität vieler Abgeordneter besonders bei den bürgerlichen Gruppierungen nicht sehr stark ausgeprägt ist. Wenn es ihnen dienlich erscheint, wechseln einige von ihnen in einer Legislaturperiode mehrmals die Reihen. Hierdurch wurden in den letzten beiden Jahren einige Landesparlamente schon funktionsunfähig. Für eine derartige Situation sieht die indische Verfassung die direkte Herrschaft des Präsidenten vor, der sie mittels des Gouverneurs ausübt. Dies ist auf Landesebene vielleicht noch zu verkraften, ein auch nach mehrmaligen Neuwahlen funktionsunfähiges Bundesparlament würde aber eine kritische Situation heraufbeschwören. Wie vor elf Jahren in Pakistan könnte dies auch in Indien zur Machtergreifung des Militärs führen.

In diesem Zusammenhang taucht natürlich die Frage auf, welche Gründe für die mangelnde Bereitschaft der Kongreßpartei bestehen, mit anderen Parteien zusammenzuarbeiten. Der wahrscheinliche Grund ist der, daß hierbei für sie die Gefahr der Spaltung zu groß ist. Ihr Zusammenhalt beruht auf der Tatsache, daß beide Flügel, der konservativ-liberale wie auch der gemäßigt-sozialistische bzw. sozialdemokratische, glauben, über sie ihre Interessen am besten wahren zu können. Bei einer evtl. Koalition mit den Sozialisten oder gar den Kommunisten müßte die Kongreßpartei Konzessionen machen, die für ihren rechten Flügel nicht akzeptabel sein würden. Das gleiche gilt natürlich auch umgekehrt für eine Rechtskoalition. Angesichts dieser Sachlage scheint der indische Premierminister, Frau Indira Gandhi, den Versuch zu unternehmen, im Hinblick auf eine nach 1972 wahrscheinlich notwendig werdende Koalition den rechten Flügel ihrer Partei soweit zu schwächen, daß er für eine Koalition der Linken mit dem Kongreß kein zu großes Hindernis darstellt. Allerdings ist einige Skepsis angebracht, ob ihr Vorhaben gelingt.

Eine derartige Koalition hätte jedoch die Möglichkeit, auf parlamentarischem Wege Reformen einzuleiten. Denn auch die von der Linken geführten Regierun-

gen in Kerala und Westbengalen können keine grundlegenden Reformen durchführen, sondern müssen sich in dem durch die Bundesgesetze und die Verfassung abgesteckten Rahmen bewegen. Sie können lediglich versuchen, mehr zu leisten als ihre Vorgängerin, und auf diese Weise ihre Sympathien in der Bevölkerung stärken. Das letzte Wort freilich liegt bei der Bundesregierung, um deren Zusammensetzung und weiteren Kurs der Kampf zwischen den Flügeln der Kongreßparteien zunehmend schärfer geführt wird. Beide Richtungen sind in diesen Auseinandersetzungen auf Bündnisse mit anderen Parteien angewiesen. Viel wird davon abhängen, ob die linke Abstimmungskoalition, die dem offiziellen Kongreß-Kandidaten, dem Rechten Reddy, das Präsidentenamt vorzuenthalten vermochte, sich stabilisieren wird.

Klaus Elliesen

Warum nicht Pompidou?

Der Präsidentenwechsel in Frankreich ist nicht nur für das Problem einer künftigen Sicherheits- und Friedensordnung Europas von sehr großer Bedeutung, sondern vor allem auch für die Frage der Einberufung und des Zustandekommens einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Der Bundeskanzler der Großen Koalition wußte sehr wohl, warum George Pompidou der für seine Bonner Europa-Konzeption weniger akzeptable Präsident Frankreichs sein würde, und in Anbetracht der großen Einflußmöglichkeiten Frankreichs auf die Entwicklung der Bundesrepublik scheute er sich nicht, selbst unter Verletzung diplomatischer Regeln der Höflichkeit und Zurückhaltung für den „Europäer" Alain Poher zu plädieren.

Natürlich ist es der hauptsächlich regierenden CDU/CSU nicht möglich, die Europa-Konzeption Präsident Pompidous direkt zu attackieren oder in Frage zu stellen; aber sowohl die Belobigung französischer Vertreter einer auch formellen Politisierung der EWG als auch die parteipolitische Wiederbelebung des von de Gaulle aus der Brüsseler EWG-Zentrale hinausmanövrierten Walter Hallstein durch die CDU — wie etwa zuletzt auf dem CDU-Bundestagswahlkongreß in Essen — zeigen unverkennbar, daß die für die Richtlinien der Politik des Bundeskabinetts maßgebende Zielvorstellung eben jenes EWG-Kerneuropa ist, das nach Franz-Josef Strauß die vierte Weltmacht werden soll und das schon einmal in der Form des Adenauerschen EVG-Projektes am Widerstande Frankreichs — vor fast genau fünfzehn Jahren — gescheitert ist.

Die verschiedenen europäischen Probleme, die den Kontinent in Unruhe und Unsicherheit halten, sind vielfach mit der Stellung und Haltung der bundesdeutschen Politik verknüpft, so daß auch ihre zumutbaren oder unzumutbaren Lösungen von der Grundlinie und der jeweiligen Praxis dieser Politik mitbestimmt werden. Ob es sich also um Fragen der Wirtschafts- und Zollpolitik, um Fragen der Währungsparitäten oder -disparitäten, um Fragen der Abrüstung und der politischen Entspannung, um Fragen des Boykotts oder der Unterstützung faschistischer Systeme, um die Alternative Revanchismus oder Verständigung, Anti-Status-quo-Politik oder Status-quo-Politik in Grenz- und Territorialfragen handelt: über diese teilweise scheinbar unzusammenhängenden Krisenbereiche wirkt die Bundesrepublik in einem so hohen Maße auf die Gesamtentwicklung Europas ein, daß offenbar gegen ihren Willen keine europäische Frage mehr geregelt oder gelöst werden kann. Gewiß gibt es

aufgerufen, im Bewußtsein, daß Hitler den Krieg und die Katastrophe bedeute." —

Alle Bände der „Bibliothek des Widerstandes" enthalten neben den einzelnen Berichten zahlreiche Dokumente, wie letzte Briefe, Gestapoberichte, Gerichtsurteile und Texte illegaler Flugblätter und Schriften. So wird z. B. in Oppenheimers Buch der Text aller vier Nummern des „Vorboten" nachgedruckt. Einige im laufenden Text in den Büchern von Bohn und Oppenheimer veröffentlichte Faksimiles sind nur schwer zu entziffern. Vorteilhafter ist es, wie in dem Buch von Hochmuth/Meyer, wenn sämtliche Faksimiles auf Kunstdruckpapier erscheinen, selbst wenn sich dadurch der Preis des jeweiligen Buches erhöht. Denn das beste Originaldokument verliert seinen Wert, wenn es in der Wiedergabe unleserlich ist. Es wäre auch zu begrüßen, wenn der Verlag bei allen künftigen Bänden für einen möglichst vielseitigen Benutzungsapparat sorgen würde. Vorbildlich sind bei Hochmuth/Meyer das Dokumenten- und Literaturverzeichnis sowie das Personenregister. Mit einem Personenregister ist außerdem leider nur der Band von Oppenheimer ausgestattet. Wünschenswert wäre ferner, wenn Literaturverzeichnisse nicht nur Erscheinungsort und -jahr, sondern auch den jeweiligen Verlag nennen würden.

Insgesamt bleibt über die „Bibliothek des Widerstandes" aber festzuhalten, daß hier wichtige Beiträge für eine noch zu schreibende Geschichte des Widerstandes gegen das Naziregime geleistet werden.

Heinz Brüdigam

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Friedrich Georg Friedmann, Politik und Kultur. Die nationalsozialistische Universität — Judentum und Christentum — Schwarzweißes Amerika — Radikale Studenten — Autorität und Glaubwürdigkeit. Verlag C. H. Beck, München, XIV, 172 S., Paperback 11,80 DM (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 58).

Walter Schätzel, Der Staat. Was Staatsmänner, Politiker und Philosophen über den Staat und seine Probleme gesagt haben. Vierte Auflage. Schünemann Verlag, Bremen, XVI + 488 S., 16 Abb., 15,80 DM (Sammlung Dieterich, Bd. 80).

Willfried Maier, Leben, Tat und Reflexion bei Heine. Verlag Bouvier, Bonn, 256 S., kart. 29,50 DM. — Weitere Neuerscheinungen des Verlages sind: Wilhelm Dehn, Ding und Vernunft. Zur Interpretation von Stifters Dichtung (172 S., kart. 22,— DM); Hans-Jürgen Wipfelder, Die Rechts- und Staatsauffassung im Werke Werner Bergengruens (208 S., kart. 28,50 DM).

De Landheere, Einführung in die Pädagogische Forschung. Aus dem Französischen übertragen und bearbeitet von Hans Jörg unter Mitwirkung von Ulrich Raatz. Verlag Beltz, Weinheim, 300 S., Ln. 25,— DM (Schriften zur Methodenlehre der empirischen Pädagogik, Bd. 1); als Studienausgabe „beltz compendium" 14,80 DM.

Hartmut v. Hentig, Systemzwang und Selbstbestimmung. Über die Bedingungen der Gesamtschule in der Industriegesellschaft. Zweite durchgesehene und erweiterte Auflage. Klett Verlag, Stuttgart, 224 S., br. 9,80 DM.

Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 450 S., br. 25,— DM, Ln. 35,— DM. — Zur Politischen Ökonomie legt der Verlag außerdem vor: Joseph M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Aus dem Amerikanischen von Horst Stenzel (224 S. mit Tabellen und Schaubildern, br. 28,— DM, Ln. 38,— DM); Elmar Altvater, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus (192 S., br. 18,— DM, Ln. 26,— DM).

Hans G. Helms, Fetisch Revolution. Marxismus und Bundesrepublik. Luchterhand Verlag, Neuwied, 196 S., br. 9,80 DM (Soziologische Essays). — Ein Vorabdruck aus diesem Buch erschien in „Blätter", Heft 6/1969, S. 588 ff.

Alexander Mitscherlich, Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression

unbefriedbar? 12 Beiträge. Piper Verlag, München, 280 S., Paperback 14,80 DM.

Ideologie und Recht. Herausgegeben von Werner Maihofer. Verlag Vittorio Klostermann, Frankfurt, XX, 176 S., Ln. 24,— DM, kart. 16,80 DM.

Hermann Bott, Die Volksfeind-Ideologie. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda, Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, 147 S., Paperback 9,80 DM; Vorzugspreis für Bezieher der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte" 7,— DM (Schriftenreihe der „Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte", Bd. 18). — Als Material dienten dem Autor vor allem die „Deutschen Nachrichten" (DN), das Parteiblatt der NPD. Das Buch ist mit einem umfangreichen Verzeichnis der einschlägigen Literatur versehen.

Reinhard Kühnl/Rainer Rilling/Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 398 S., kart. 5,— DM (edition suhrkamp, Bd. 318).

Erich Bayer, Griechische Geschichte. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart, XI, 831 S. mit Anmerkungen, Register und Literaturnachweisen, Ln. 19,80 DM (Kröners Taschenausgabe, Bd. 362).

Ferdinand Tremel, Wirtschafts- und Sozialgeschichte Österreichs von den Anfängen bis 1955. Verlag Franz Deuticke, Wien, VIII + 486 S., 11 Kt. und Diagramme im Text, 7 Kt. im Anhang, Großoktav, Ln. 70,— DM.

Emil Belzner, Die Fahrt in die Revolution oder Jene Reise. Ein Aide-Mémoire. Verlag Kurt Desch, München, 272 S., Ln. 19,80 DM. — Als Lenin im April 1917 im plombierten Waggon sein Exil in der Schweiz verließ, um nach Rußland zurückzukehren, konnte Emil Belzner den Zug ein Stück durch Deutschland begleiten.

Wolfgang Malinowski, Novemberrevolution 1918. Die Rolle der SPD. Mit einem Vorwort von Fritz Fischer. Ullstein Verlag, Berlin, 190 S., br. 2,60 DM (Ullstein Bücher, Bd. 641).

Sebastian Haffner, Der große Verrat. Die deutsche Revolution von 1918/19. Scherz Verlag, München, 240 S., Ln. 19,80 DM.

Hans H. Hermann, Weimar. Bestandsaufnahme einer Republik. Rowohlt Verlag, Reinbek, 176 S. mit 70 Abb., br. 2,80 DM

150 Jahre Klassenuniversität

Reaktionäre Herrschaft und demokratischer Widerstand am Beispiel der Universität Bonn

Hrsg.: Studentengewerkschaft Bonn

Aus dem Inhalt:

Bernhelm Booß: Warum sich studentische Dilettanten mit der Geschichte der Universität beschäftigen mußten

Die letzten Demokraten in der braunen Universität

— Wolf Herman Freiherr von Arnim: Ein Interview mit dem Genossen Professor

Gespräch mit einem Zeugen

— Dr. Heinz Gatermann: Meine Erfahrungen mit der Bonner Universität

Alfred Gecks: Über einige Versuche demokratischer Umgestaltung nach 1945

Elmar Hoffmeister: Vorschläge der Alliierten zur Hochschulreform

Wilfried Freiherr von Bredow: Humboldt, auf die Füße zu stellen oder Die Scheuklappen der deutschen Universität

Walter Kanowsky: Der Triumph der reinen Wissenschaft oder Ordnung muß sein (Aus der Frühzeit unserer Universität)

Joachim Kupsch: Die Gesellschaft von Freunden und Förderern der Universität Bonn

Bernhelm Booß: Der Trick mit dem Gerede von der Autonomie. Einige historische Formen der Universitätslenkung durch Generaldirektoren und Bankiers

Rutger Booß: Der NS-Studentenbund

Bernd Pauly: Zwei – drei – viele Jablonowski

Hannes Heer: 150 Jahre Klassenuniversität – 1 Jahr Widerstand

Ein Jahr Widerstand – Dokumentation Bonner Flugblätter

Die 150jährige Klassenuniversität und die „Repressive Universität". Eine Anthologie reaktionärer Reaktionen

180 Seiten, gebunden, DM 3,50

Bestellungen an:
Renate Fricke
53 Bonn-Beuel 1
Agnesstraße 35
Postscheckkonto Köln 23 29 12

Sozialistische Korrespondenz

● Die „Sozialistische Korrespondenz" (SK) bringt Kommentare — Berichte — Informationen aus der sozialdemokratischen und sozialistischen Bewegung des In- und Auslandes. Zu aktuellen Fragen erscheinen regelmäßig Interviews mit bekannten Politikern der sozialistischen Bewegung.

● SK informiert ausführlich über linke Plattform, Programme und Stellungnahmen der Jungsozialisten, des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) und der SPD,

● berichtet über Linkstendenzen in den europäischen sozialdemokratischen Parteien. Über den 11. Kongreß der Sozialistischen Internationale brachte die SK als einzige Zeitschrift der Bundesrepublik einen umfangreichen Bericht.

Zum Verhältnis SHB—SPD und zum Selbstverständnis des Sozialdemokratischen Hochschulbundes schrieben u. a.:

Wilhelm Vollmann, Bundeszentralrat des SHB, Ulf Kadritzke, Gert Hautsch, Jochen Herdes, Rainer Kawa und Eckehard Raupach.

In der SK schrieben u. a. oder gaben Interviews:

Prof. Dr. Dr. Karl Bechert (MdB), Rudolf Kaffka (MdB), Wilhelm Dröscher (MdB), Hans Schweitzer (MdL), Bezirksleiter der IG Chemie in Rheinland-Pfalz, Fritz Vilmar, Walter Haas, Bundesjugendsekretär des DGB, Prof. Dr. Wolfgang Abendroth, Frank Allaun MP, Arno Behrisch, Gunnar Myrdal, schwedischer Wirtschaftswissenschaftler, Prof. Benjamino Finocchiaro, Parlamentsabgeordneter der Sozialistischen Partei Italiens, A. G. van der Spek, Abgeordneter der Pazifistisch-Sozialistischen Partei Hollands.

SK erscheint zweimal monatlich. Preis: vierteljährlich DM 4,50 zuzüglich Porto.

Probeexemplare und Bestellungen an:

W. Runge-Verlag,
2 Hamburg 26, Postf. 260546

(Rororo/Tele, Bd. 2). — Der Band enthält u. a. Beiträge von Wolfgang Abendroth, Fritz Fischer und Thilo Vogelsang.

Edouard Calic, Ohne Maske. Hitler — Breiting. Geheimgespräche 1931. Vorwort von Golo Mann. Societäts-Verlag, Frankfurt, 240 S., Ln. 12,80 DM. — Schon im Jahre 1931 entwickelte Hitler gegenüber Richard Breiting, dem Chefredakteur der „Leipziger Neuesten Nachrichten", seine innen- und außenpolitischen Pläne für den Fall einer Machtergreifung. Der Herausgeber hat die (erstmalig veröffentlichten) stenographischen Aufzeichnungen der Gespräche für die Buchausgabe mit Kommentaren versehen.

Aktuelle Themen

Beate Klarsfeld, Die Geschichte des PG 2 633 930 Kiesinger. Dokumentation mit einem Vorwort von Heinrich Böll. Joseph Melzer Verlag, Darmstadt, 160 S., br. 10,— DM. — Mit vielen Faksimile-Dokumenten und einem Personenregister.

Wolfgang Plat, Begegnungen mit dem anderen Deutschland. Gespräche in der Deutschen Demokratischen Republik. Rowohlt Verlag, Reinbek, 367 S. mit 86 Abb., Paperback 14,80 DM (Rowohlt Paperback, Bd. 79).

Juan Bosch, Der Pantagonismus oder Die Ablösung des Imperialismus? Deutsche Ausgabe von „El pentagonismo sustituto del imperialismo", übersetzt von Fritz Rudolf Fries und Helmut Frielinghaus. Mit einem Nachwort von Sven G. Papcke. Rowohlt Verlag, Reinbek, 144 S., br. 2,20 DM (Rororo/Aktuell/Bd. 1151). — Der frühere Präsident der Dominikanischen Republik charakterisiert die Politik der USA in Lateinamerika als den Versuch, von den Vereinigten Staaten abhängige Regierungen zu unterstützen und an der Macht zu halten. Eine ausführliche Rezension erschien in „Blätter", Heft 7/1969, S. 773 ff.

Mary McCarthy, Hanoi 1968. Droemersche Verlagsanstalt Th. Knaur, München, 128 S., br. 2,80 DM (Knaur Taschenbücher, Bd. 215).

Wilfried Daim, Analyse einer Illusion. Das österreichische Bundesheer. Verlag Hinder + Deelmann, Bellnhausen, 112 S., Paperback 7,50 DM.

Status quo aus polnischer Sicht

Die Bezeichnung „Status quo" ist in der gegenwärtigen internationalen Politik sehr verbreitet, besonders jedoch in der europäischen Politik. Als technischer Terminus ist der Begriff seit der Zeit der Römer bekannt; es genügt, darauf hinzuweisen, daß — obwohl er in der internationalen Rechtswissenschaft allgemein angewandt wird — der „Status quo" keinerlei gesonderten Platz noch besondere Definition im Begriffsgefüge dieses Gebiets der Rechtsbeziehungen besitzt; die Enzyklopädien des internationalen Rechts haben für ihn kein spezielles Stichwort. Aber sowohl in der Umgangssprache als auch in wissenschaftlichen oder politischen Texten hat der Begriff des Status quo seine präzisierte Bedeutung: er kennzeichnet einen vorübergehenden Tatbestand sowohl auf der Rechts- als auch auf der wirklichen, politischen Ebene. Anders ausgedrückt, muß die Grundlage für die rechtliche Auffassung des Status quo ein bestimmter allgemein anerkannter Rechtsakt sein, für die politische dagegen eine längere Zeit bestehende tatsächliche Situation, die bereits ihre gewissen Eigenschaften geschaffen hat und entsprechende Folgen, einen entsprechenden Einfluß auf die internationalen Beziehungen für sich in Anspruch nehmen kann.

Wenn es sich um die rechtliche Seite des Status quo handelt, die durch das internationale Recht positiv geregelt worden ist, muß festgestellt werden, daß der Zweite Weltkrieg hier einen deutlichen zeitlichen und meritorischen Einschnitt darstellt. Vor dem Zweiten Weltkrieg war der Status quo auf das Prinzip der Friedensverhandlungen gestützt, die in der Zeit zwischen den Kriegen das internationale Gleichgewicht wiederherstellten. Natürlich war das nicht die einzige formale rechtliche Grundlage des Status quo; der Begriff war vorwiegend mit der Konfrontation der internationalen Beziehungen, eben mit den Friedensverhandlungen, verbunden. Anders sieht die Lage nach dem Zweiten Weltkrieg aus. Der grundlegende Akt des internationalen Rechts, der die europäischen Beziehungen nach diesem Krieg regelt, ist das Potsdamer Abkommen. Auf seiner Basis wurden alle Friedensverträge geschlossen (mit einer gewissen Abweichung lediglich im Falle des Vertrages mit Japan). Bisher besteht noch kein Friedensvertrag mit dem Hauptaggressor und Organisator des Zweiten Weltkrieges, d. h. mit „Deutschland als Ganzem". Daraus geht hervor, daß weiterhin Probleme, die traditionell in Friedensverträgen geregelt wurden, im Falle von „Deutschland als Ganzem" auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens gelöst sind, das seit einem Vierteljahrhundert den Friedensvertrag mit Deutschland ersetzt. So müßte vom rechtlichen Standpunkt aus der Status quo vor dem Zweiten Weltkrieg mit dem Potsdamer Abkommen und den Friedensverträgen, die Abkömmlinge dieses Abkommens sind, konfrontiert werden. Dieser Rechtsakt ist die Grundlage für die gesamte internationale Ordnung, die mit der rechtlichen Regulierung der Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg verbunden ist, und bildet die Grundlage für das, was im Potsdamer Abkommen als „peace settlement" bezeichnet wird — im Unterschied zu den endgültigen Friedensverträgen, die nach und nach abgeschlossen werden sollten. Es muß hier unterstrichen werden, daß das Potsdamer Abkommen die endgültige Festlegung der Hauptteile des „peace settlement" ist und eine endgültige vorvertragliche Lösung in den Schlüssel-

fragen für die Zukunft des deutschen Problems enthält, u. a. in der Frage der Grenzen, wovon zumindest der auf seiner Basis durchgeführte Transfer der Bevölkerung zeugt.

Die Praxis der 25 Nachkriegsjahre reduzierte die rechtlichen Hauptelemente des Potsdamer Abkommens auf einige „erste Faktoren" und bereicherte sie gleichzeitig um die Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten. Sie fanden ihren Ausdruck in ungezählten Deklarationen der sozialistischen Staaten und im laufenden Jahr erneut u. a. in 3 Dokumenten: im Appell der Staaten des Warschauer Paktes vom 17. März, im Appell der Moskauer Beratung vom 16. Juni und in der Rede des 1. Sekretärs des Zentralkomitees der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Wladislaw Gomulka, vom 17. Mai. Auf ihrer Grundlage kann daran erinnert werden, daß der grundlegende rechtliche Inhalt der Formulierung des Status quo in Europa folgende drei Probleme enthält:

1) Unantastbarkeit der in Europa bestehenden Grenzen, darunter auch der Grenze an der Oder und der Lausitzer Neiße sowie der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD, die als Ergebnis der nicht vollständigen Realisierung des Potsdamer Abkommens (nur im Falle der Grenze der heutigen DDR) entstanden ist;

2) Anerkennung der Tatsache des Bestehens zweier deutscher Staaten und Verzicht der BRD auf ihren Anspruch, das ganze deutsche Volk zu repräsentieren;

3) Verzicht der BRD auf den Besitz von Kernwaffen jeglicher Art.

Zweifellos ist die Achtung des bestehenden Rechtsbestandes immer ein „friedenschaffender" Faktor, und schon diese Tatsache gibt dem Begriff des Status quo in Europa eine entsprechende Qualität. Nicht durch Zufall jedoch sind in unserer Zeit die Begriffe „Frieden" und „Sicherheit" so eng miteinander verbunden. (Erinnern wir uns am Rande daran, daß das Wort „Sicherheit" im Statut des Völkerbundes nur einmal, und zwar in der Einleitung, erwähnt wurde, das Statut der Vereinten Nationen benutzt es 32mal, und das Hauptorgan der UNO trägt, wie bekannt, den Namen Sicherheitsrat.) Sicherheit ist gegenwärtig das zentrale Problem in den internationalen Beziehungen, und als Schlüssel dazu — bis jetzt, in Ermangelung eines besseren Systems der internationalen Zusammenarbeit — bleiben die im letzten Vierteljahrhundert geschaffenen Systeme des Gleichgewichts, des globalen und des lokalen, unter den letzteren das System des Gleichgewichts in Europa. Es muß festgestellt werden, daß der Status quo nicht nur — als Ausdruck der auf dem Kontinent geschaffenen rechtlich-internationalen Ordnung — ein Faktor des Friedens ist, sondern auch ein Faktor der Sicherheit. Es muß auch unterstrichen werden, daß im Falle der europäischen Lage mehr mitspielt als die einfache Tatsache, daß jedes Antasten des bestehenden Tatbestandes zu einem plötzlichen Schwanken des Sicherheitsgefühls des einen oder anderen Staates oder einer Staatengruppe führen kann und damit zu einem Antasten des Friedens. Der europäische Status quo hat in den vergangenen 24 Jahren den Rahmen und die Basis für ein zwar unvollkommenes, jedoch unter den aktuellen Bedingungen optimales System des kontinentalen Gleichgewichts geschaffen:

1) In Anlehnung an den territorialen, politischen und militärischen Tatbestand haben sich zwei Systeme von Staatenbündnissen mit analoger Ordnung und gleichlaufenden Interessen herausgebildet, die in ihren gegenseitigen Beziehungen vom „Gleichgewicht der Angst" zum „Gleichgewicht des Dialogs" und — wir wollen es hoffen — in Zukunft zu einem „Gleichgewicht der Zusammenarbeit" übergehen;

2) die gesamte praktische europäische Politik — und vor allem die Politik der Koexistenz und des Dialogs — ist auf eine öffentliche oder stillschweigende Anerkennung der Beständigkeit der bestehenden Staaten und der bestehenden Grenzen gestützt: das betrifft vor allem die DDR und Polen. Anders ausgedrückt — der vorhandene Tatsachenbestand ist die Grundlage für alle politischen Handlungen in Europa, und aus diesem Grunde ist der Status quo ganz automatisch zum Angelpunkt des natürlichen Strebens nach Gleichgewicht geworden, das jedes politische System in seiner Geschichte aufweist;

3) der Status quo, der das Bestehen von zwei deutschen Staaten einschließt, sichert das Gleichgewicht zwischen dem deutschen Problem und dem Problem der europäischen Sicherheit für den Zeitraum, in dem sie ungelöst bleiben. Diesen Gedanken möchte ich eingehender behandeln. Die Abhängigkeit des deutschen Problems von der Gesamtsicherheit auf dem Kontinent ist unserer Ansicht nach ein Axiom für den Frieden in Europa. Die tragischen Erfahrungen der vergangenen Generationen haben uns gelehrt, daß die These des deutschen Imperialismus — auch heute in der BRD wiederholt — von der Priorität der angeblichen nationalen deutschen Interessen vor der europäischen Sicherheit unvermeidlich zu einer Kriegskatastrophe führt. Daher war es die Absicht der Antihitlerkoalition der Kriegsjahre und die Absicht aller tatsächlich friedlichen Kräfte der Nachkriegszeit, Deutschland in den europäischen Frieden „einzubeziehen", mit anderen Worten: die Lösung des deutschen Problems als eine Funktion der Gesamtsicherheit in Europa zu interpretieren, und nicht umgekehrt. Das bedeutet, daß der Lösung der deutschen Frage die Schaffung eines dauerhaften und wirkungsvollen Sicherheitssystems vorausgehen muß. Es handelt sich hier nicht unbedingt um ein zeitliches Vorausgehen: man kann sich eine parallele Schaffung jenes Systems und der Maßnahmen, die das deutsche Problem endgültig regeln, vorstellen. Aber unerläßlich ist eine — sagen wir — prinzipielle Priorität. Das System der Gesamtsicherheit muß reifen und mit allen Partnern abgestimmt werden, damit in seinem Rahmen, innerhalb seiner logischen Konstruktion das ihm untergeordnete deutsche Problem einschließlich der Vereinigung Deutschlands gelöst werden kann.

Denn: wenn der Status quo das Bestehen von zwei deutschen Staaten nicht umfassen würde, oder wenn der Status quo in diesem Bereich verletzt werden sollte — kurz, wenn Deutschland vereinigt würde, ehe Europa und beide Supermächte bereit sind, ein wirkungsvolles System der gesamten Sicherheit zu schaffen, würde auf ganz natürliche Weise jene für den Frieden so fatale Umkehrung der Reihenfolge und der Hierarchie der Angelegenheiten eintreten, der Frieden in Europa würde den imperialistisch aufgefaßten nationalen Zielen Deutschlands untergeordnet. Aus diesem Grunde garantiert ein auf das Bestehen von zwei deutschen Staaten gestützter Status quo die Voraussetzung der richtigen Lösung der Frage des Friedens und der Sicherheit Europas für die Zukunft.

Der Status quo, in rechtlicher Hinsicht als Aktualität in den Hauptpunkten des Potsdamer Abkommens und in politischer Hinsicht als Synonym für die Schaffung eines europäischen Gleichgewichts nach dem Kriege verstanden, ist in keinem Falle gleichbedeutend mit einer Sackgasse oder politischer Bewegungslosigkeit. Er schafft einen Komplex von Grundvoraussetzungen für Frieden und Sicherheit, ohne die eine vernünftige Politik nicht möglich ist. Selbstverständlich entscheidet er nicht im voraus, welche Politik in Europa geführt wird und welche Tendenzen überwiegen. Es kann theoretisch eine Sackgassenpolitik sein, es kann aber auch — und es sollte unserer Ansicht nach — eine Politik des schöpferischen Dialogs und der Zusammenarbeit sein, eine

Politik des Suchens nach Verständigung und Lösungen, auch Kompromißlösungen, unter der Bedingung der Berücksichtigung der Hauptelemente des Status quo. Und gerade an dieser Stelle muß hervorgehoben werden, daß wir unter dem Begriff Status quo nicht eine komplette Zusammenstellung aller aktuellen Merkmale der politischen Situation auf unserem Kontinent verstehen, sondern einige Grundprinzipien, wie Dauerhaftigkeit der Grenzen und Staatsstrukturen sowie Sicherheit vor dem Antasten des Gleichgewichts der Kräfte (also Verhinderung der atomaren Bewaffnung der BRD). Wie schon aus dem Budapester Appell hervorgeht, ist sogar das Bestehen von zwei Militärblöcken kein unerläßliches Element des Status quo: sie können liquidiert werden, sobald ein entsprechendes Sicherheitssystem gefunden ist, mit anderen Worten, wenn das Gleichgewicht in Europa — jenes Synonym des Status quo — seinen besseren, friedlicheren Ausdruck findet. Es ist um so selbstverständlicher, daß in den bilateralen Beziehungen zwischen Polen und der BRD vor allem die Anerkennung der polnischen Westgrenzen und mittelbar die anderen oben erwähnten Elemente das Hauptelement des Status quo sind. Es wäre dagegen ein Absurdum, wenn wir als Faktor des Status quo das Fehlen von normalen Beziehungen zwischen diesen beiden Staaten ansehen würden. Die Mitte Mai von Wladyslaw Gomulka ergriffene Initiative zeugt am besten davon, daß Polen den Sinn des Begriffs Status quo nicht so versteht. Es versteht ihn als Rahmen und Fundament einer schöpferischen, friedlichen Politik, die auf die Normalisierung der Beziehungen zwischen allen europäischen Staaten und auf die zukünftige Schaffung eines dauernden Systems der Sicherheit gerichtet ist, das erlaubt, gleichzeitig das deutsche Problem ohne Verletzung des Wesens des Status quo, d. h. ohne Antasten des europäischen Gleichgewichts, zu lösen.

Janusz Stefanowicz, Warschau

Zur Lage in Indien

Indiens Regierungspartei, der „Kongreß", wird gegenwärtig von Auseinandersetzungen erschüttert, die über reine Machtkämpfe hinaus politisches Profil gewinnen. Der knappe Sieg des neugewählten Staatspräsidenten Giri, unterstützt von Premierminister Indira Gandhi gegen den rechtsorientierten Kandidaten der Parteiführung, Reddy, ist die zweite Niederlage der Konservativen um den ehemaligen Finanzminister Desai. Wenige Wochen zuvor hatten sie Frau Gandhi nicht daran hindern können, die Verstaatlichung der indischen Großbanken anzukündigen. Nach über zwanzig Jahren unumschränkter „Kongreß"-Regierung ist das Rangen um den weiteren Weg Indiens in eine entscheidende Phase getreten.

Die allgemeine politische Krise ist nicht zuletzt auf die Unfähigkeit der Kongreßpartei zurückzuführen, die dringengenden Probleme des Landes wenigstens einigermaßen befriedigend zu lösen. Nach wie vor gilt für den Großteil der indischen Bevölkerung mit der niedrigste Lebensstandard der Welt. Auf der anderen Seite schwelgt eine Minderheit in geradezu märchenhaftem Reichtum. Wie auch in anderen Entwicklungsländern, die den kapitalistischen Entwicklungsweg eingeschlagen haben, hat sich in Indien der Einkommensunterschied zwischen arm und reich weiter vergrößert. Die Landwirtschaft, in der etwa vier Fünftel der erwerbstätigen Bevölkerung beschäftigt sind, hat ihren halbfeudalen Charakter behalten. Bodenreformen, obwohl im Prinzip beschlossen, fallen in ihrer Ausführung in die Kompetenz der Gliedstaaten, wo sie oft bis zur Unkenntlichkeit verwässert werden. Auf dem industriellen Sektor sind zwar nur die Leicht- und Lebensmittelindustrien den privaten Unternehmern vorbehalten, doch ist auch hier die Konzernbildung möglich.

gen in Kerala und Westbengalen können keine grundlegenden Reformen durchführen, sondern müssen sich in dem durch die Bundesgesetze und die Verfassung abgesteckten Rahmen bewegen. Sie können lediglich versuchen, mehr zu leisten als ihre Vorgängerin, und auf diese Weise ihre Sympathien in der Bevölkerung stärken. Das letzte Wort freilich liegt bei der Bundesregierung, um deren Zusammensetzung und weiteren Kurs der Kampf zwischen den Flügeln der Kongreßparteien zunehmend schärfer geführt wird. Beide Richtungen sind in diesen Auseinandersetzungen auf Bündnisse mit anderen Parteien angewiesen. Viel wird davon abhängen, ob die linke Abstimmungskoalition, die dem offiziellen Kongreß-Kandidaten, dem Rechten Reddy, das Präsidentenamt vorzuenthalten vermochte, sich stabilisieren wird.

Klaus Elliesen

Warum nicht Pompidou?

Der Präsidentenwechsel in Frankreich ist nicht nur für das Problem einer künftigen Sicherheits- und Friedensordnung Europas von sehr großer Bedeutung, sondern vor allem auch für die Frage der Einberufung und des Zustandekommens einer europäischen Sicherheitskonferenz.

Der Bundeskanzler der Großen Koalition wußte sehr wohl, warum George Pompidou der für seine Bonner Europa-Konzeption weniger akzeptable Präsident Frankreichs sein würde, und in Anbetracht der großen Einflußmöglichkeiten Frankreichs auf die Entwicklung der Bundesrepublik scheute er sich nicht, selbst unter Verletzung diplomatischer Regeln der Höflichkeit und Zurückhaltung für den „Europäer" Alain Poher zu plädieren.

Natürlich ist es der hauptsächlich regierenden CDU/CSU nicht möglich, die Europa-Konzeption Präsident Pompidous direkt zu attackieren oder in Frage zu stellen; aber sowohl die Belobigung französischer Vertreter einer auch formellen Politisierung der EWG als auch die parteipolitische Wiederbelebung des von de Gaulle aus der Brüsseler EWG-Zentrale hinausmanövrierten Walter Hallstein durch die CDU — wie etwa zuletzt auf dem CDU-Bundestagswahlkongreß in Essen — zeigen unverkennbar, daß die für die Richtlinien der Politik des Bundeskabinetts maßgebende Zielvorstellung eben jenes EWG-Kerneuropa ist, das nach Franz-Josef Strauß die vierte Weltmacht werden soll und das schon einmal in der Form des Adenauerschen EVG-Projektes am Widerstande Frankreichs — vor fast genau fünfzehn Jahren — gescheitert ist.

Die verschiedenen europäischen Probleme, die den Kontinent in Unruhe und Unsicherheit halten, sind vielfach mit der Stellung und Haltung der bundesdeutschen Politik verknüpft, so daß auch ihre zumutbaren oder unzumutbaren Lösungen von der Grundlinie und der jeweiligen Praxis dieser Politik mitbestimmt werden. Ob es sich also um Fragen der Wirtschafts- und Zollpolitik, um Fragen der Währungsparitäten oder -disparitäten, um Fragen der Abrüstung und der politischen Entspannung, um Fragen des Boykotts oder der Unterstützung faschistischer Systeme, um die Alternative Revanchismus oder Verständigung, Anti-Status-quo-Politik oder Status-quo-Politik in Grenz- und Territorialfragen handelt: über diese teilweise scheinbar unzusammenhängenden Krisenbereiche wirkt die Bundesrepublik in einem so hohen Maße auf die Gesamtentwicklung Europas ein, daß offenbar gegen ihren Willen keine europäische Frage mehr geregelt oder gelöst werden kann. Gewiß gibt es

noch keine Hegemonie, keine direkt tonangebende Vorherrschaft der Bundesrepublik in oder gar über Europa, aber die für die „großen Mittelmächte" oder „kleinen Großmächte" charakteristische Kraft des politischen Vetos, der entwicklungshemmenden Blockierung oder gar Sabotage internationaler Verhandlungs- und Verständigungsmöglichkeiten steht ihr durchaus und bisher auch keineswegs ohne Wirksamkeit zu Gebote.

Während die beiden potentialmäßig mit der Bundesrepublik vergleichbaren westeuropäischen Mächte Frankreich und Großbritannien nur in einem wesentlichen Punkte oder in einigen für Europa sekundären Fragen von ihrer Kraft zum Veto effektiven Gebrauch in der internationalen Politik machen, wie etwa Frankreich in seiner ablehnenden Haltung zur Nonproliferation der Atomwaffen oder Großbritannien in seiner den UNO-Prinzipien nicht konsequent entsprechenden, zumindest aber sehr zweideutigen „Dekolonisierungspolitik" etwa gegenüber Rhodesien und Anguilla, blockiert die Bundesrepublik zwei wichtige Wege zur Stabilisierung und Befriedung Europas: den Nonproliferationsvertrag und die völkerrechtliche Fixierung des territorialen Status quo, die abrüstungs- und entspannungspolitischen Voraussetzungen einer soliden Friedenszukunft des Kontinents. Da nun eben diese Kombination der Infragestellung des wenn auch labilen europäischen Rüstungsgleichgewichts und der Nichtanerkennung des Gebiets-Status-quo, die einen Staat und mehr als 2000 Kilometer Grenzen in Europa verunsichert, die Addition bedrohlich brisanter Gegenwarts- und Zukunftsfaktoren bedeutet, befindet sich die Bundesrepublik in einer einzigartigen Lage: obwohl sie sich zur Zeit weder im Besitz der Atomwaffe noch der ehemaligen östlichen Reichsgebiete in den von 1919/21 bis 1937 bestehenden Grenzen befindet, übt sie fast einen solchen politischen Druck aus, als ob sie beides hätte. Die Blockierung des Zuganges zur vertraglich besiegelten Bestätigung der in der Vermeidung kriegerischer Konflikte erfolgreichen europäischen Nachkriegsstruktur ist in der Tat eine Art Großmachtpolitik — wenn auch nur eine negative. Ein Vertrag, der dieser nur negativ potenten Großmachtpolitik gegenüber eine Politik des Gleichgewichtsprinzips: „Grenzen von 69 und Rüstungsstand von 69" als Politik des Expansions- und Aufrüstungsstops durchsetzen könnte, würde für die Bundesrepublik endlich den Weg des freilich nur langfristig erreichbaren staatlichen Großformats in wirtschafts- und kulturpolitischer Richtung eröffnen. Da es — wie die ersten Ansätze des Bundeswahlkampfes 1969 zeigen — der Bundesrepublik aus innerer Kraft nicht allein möglich sein wird, diesen Weg des Stops der zumindest potentiellen Expansions- und Rüstungswettlaufspolitik ihrer bisherigen Führungsgruppe durchzusetzen, kommt es sehr entscheidend auf den Einfluß Frankreichs, des engsten Bonner Vertrags- und Bündnispartners in Europa, an, wenn es um die Einleitung einer wirklich allseits zumutbaren gesamteuropäischen Friedenspolitik geht.

Frankreich hat in den vergangenen hundert Jahren mehrfach zwischen den Extremen enger und engster Kooperation einerseits und scharfer bis schärfster Konfrontation andererseits seine existentiellen Erfahrungen im Umgang mit Deutschland und den Deutschen sammeln müssen; die für die Bonner Politik bremsenden politischen Positionen und Entscheidungen von Pierre Mendes France und Charles de Gaulle sind aus diesem Erfahrungsfundus erwachsen; die politische Linie des neuen Präsidenten George Pompidou wird nicht weniger davon mitbestimmt sein.

Eine Quintessenz der französischen Erfahrungen ist das problematische Verhältnis der Deutschen zu ihren jeweiligen Staats- und Machtgrenzen; denn selten hatten sie ein gutes Verhalten

gegenüber rational vertretbaren Grenzen an den Tag gelegt. So sehr dies aus den sozialpolitischen Verspätungen der deutschen Entwicklung erklärbar ist, so wenig kann dieser auch in der Gegenwart wieder gesellschaftspolitisch erhellbare Grundtatbestand aus der internationalen Politik ausgeklammert werden. Wo die innergesellschaftliche Emanzipations- und Entwicklungspolitik versagt, muß um des zwischenstaatlichen Friedens willen ein System völkerrechtlich verankerter kollektiver Sicherheitsvorkehrungen in Kraft treten. Und da angesichts der bevorzugten Berücksichtigung solcher exponierter Anti-Status-quo-Politiker wie Rehs und Windelen auf dem CDU-Bundeswahlkongreß 69 durch die Führungsspitze der hauptverantwortlichen bundesdeutschen Regierungspartei wiederum nichts rational Zumutbares vom deutschen Nachbarn am Rhein zu erwarten ist, könnte die Rettung der Chancen eines sicheren und friedlich sich entwickelnden Europas wieder einmal zur Aufgabe der Franzosen werden — wie im August 1954, als Mendes France die EVG, jenen ersten Anlauf der CDU/CSU zur Bildung einer vierten Weltmacht unter westdeutscher Führung, scheitern ließ.

Wie ernst den Staatsmännern Europas diesmal die Frage des Status quo und der zu seiner allgemeinen Sanktionierung einzuberufenden Sicherheits- und Friedenskonferenz ist, zeigt ihre Behutsamkeit, ihr vorsichtig-striktes Bemühen, auf keinen Fall diplomatisches Porzellan zu zerschlagen. Die Impulse aus Budapest und Helsinki sind deutlich vernommen und nirgendwo völlig abgewiesen worden. Der Ernst der Lage und die existentielle Bedeutung der Hoffnungen auf die Ergebnisse der europäischen Sicherheitskonferenz sind allseits klar erkannt; gekämpft wird um die Vorbedingungen ihres Zustandekommens. Und hier nun beginnt sich wiederum jenes demagogische Karussell der Irrealitäten und bedrohlichen Postulate aus Bonn zu drehen, das in raffinierter Weise mit der Formel des Friedensvertrages zum völkerrechtlichen Abschluß des Zweiten Weltkrieges jene unumgänglichen Schritte zur Sanktionierung des territorialen Status quo bis ins Unendliche hinauszuschieben unternimmt, die rationalerweise den Hauptinhalt eben dieses scheinheilig anvisierten Friedensvertragswerkes nur bilden könnten. Und hier nun hat Frankreich zwei positive, zwei höchst konstruktive Großmachteigenschaften: es gehört zu den großen Vier, die im Namen der über fünfzig Alliierten des Zweiten Weltkrieges für den Frieden in und mit Deutschland verantwortlich sind; es ist der stärkste und engste europäische Verbündete der Bundesrepublik.

Der Übergang von der nur faktischen Politik des Status quo zur Politik des völkerrechtlich fixierten Status quo ist nicht nur in einem allgemeinen europäischen Sinne friedensnotwendig, er ist darüber hinaus besonders für die Stellung Frankreichs in Europa von zentraler Bedeutung: Spannung und Unsicherheit würden die Präsenz der durch de Gaulles Entscheidung verlagerten us-amerikanischen Militärmacht wieder verstärken und damit den eigenen Spielraum verringern; nur ein unexpansiver, nur ein „saturierter" Bonner Bundesgenosse, der mit seinen und allen Grenzen des Kontinents zufrieden ist, kann sichere Gewähr dafür bieten, daß Frankreich nicht einmal indirekt in politische oder militärische Abenteuer hineingezogen wird.

Gerade aus dieser Situation heraus wäre es sehr naheliegend, daß eine entscheidende Initiative oder doch wesentliche Impulse zum Zustandekommen der europäischen Sicherheits- und Friedenskonferenz von Frankreich ausgehen. Warum sollte nicht Präsident Pompidou es sein, der Europas Zukunftsbedingungen und Hoffnungen unabweisbar artikuliert und damit das Startzeichen zur ersten wirklich umfassenden Europa-Konferenz gibt?

Klaus Ehrler

Harold Rasch

Vor der Entscheidung

Einmal, alle vier Jahre, da tun wa so, als ob wa täten ... diss is en scheenet Jefiehl.

Kurt Tucholsky, 1930

I

Schon die Vorbereitung der Bundestagswahlen von 1961 und 1965 ähnelte weit mehr einer Mischung von Markenartikelreklame und Schönheitskonkurrenz als einem ernsthaften Ringen um die politischen Fragen unserer Zukunft. Der „Wahlkampf" 1969 hat uns einige reizvolle neue Aspekte beschert. Auch diesmal mehr oder weniger zugkräftige Schlagworte an Stelle sachlicher Auseinandersetzungen, auch diesmal die Bilder der Parteigewaltigen und ihrer Gehilfen als Ersatz für eine kritische Würdigung ihrer Leistungen und Versäumnisse: der verbindlich lächelnde Kanzler, der einer glücklichen Braut den Weg in eine schöne Zukunft weist, und sein robuster bajuwarischer Finanzchef auf der einen, der unermüdlich reisende und dabei meist doch strahlende Außenminister, der jugendliche Wirtschaftswundermann Nr. II Karl Schiller auf der anderen Seite. Aber neu war diesmal, daß man Freund und Gegner nur zeitweise unterscheiden konnte, nur dann, wenn sie selbst das Bedürfnis hatten, ein eigenes Profil zu zeigen. Dann konnte man erleben, wie sie auf einander losgingen, sich reaktionärer Haltung oder mangelnder nationaler Gesinnung in der Ost- und Deutschlandpolitik, wahltaktischer Manöver und „schierer Volksverdummung" in der Frage der Aufwertung der D-Mark bezichtigten, sich gegenseitig mangelnde Kooperation vorwarfen und einander die Verdienste der Großen Koalition streitig machten. Ansonsten aber, so vernahmen wir, arbeiteten sie weiter friedlich zum Wohl des Ganzen zusammen, in den Kabinettsitzungen insbesondere glättete Kiesinger mit bewährter Meisterschaft etwa aufkommende Wogen, klammerte unangenehme Themen aus. Wahlkampf hin, Wahlkampf her, die laufende Arbeit sollte bis zum letzten Tage fortgeführt, „diese miese Ehe", wie sie Günter Grass seinerzeit sogleich genannt hatte, dem Volk wenn nicht gerade als Liebesheirat, so doch als eine auf Vernunft gegründete, im ganzen recht glückliche Verbindung dargestellt werden.

Daß ein denkender Bürger unseres Staates unter solchen Umständen in den letzten Monaten noch weniger erfuhr als während der vergangenen drei Jahre, wer eigentlich für was verantwortlich war, sich noch weniger als bisher ein rational begründetes Urteil über Leistungen und Versagen der beiden großen Parteien bilden konnte, stört offenbar kaum jemand; begreiflicherweise nicht, denn politisches Denken ist der Mehrheit, soweit sie es je geübt hat, längst abgewöhnt worden. Nicht einmal was die Parteien in Zukunft wollen, erfahren wir, denn alle drei behalten sich jede nur denkbare Koalition bis zum „Tage nach der Wahl" vor, was im Hinblick auf CDU/CSU und SPD bedeutet, daß die Manager möglicherweise das Gegenteil von dem tun werden, was der Wähler gewollt hat.

Wenn „freie Wahlen" in einem demokratischen Staat das bedeuten, was wir in diesem Jahr in der Bundesrepublik Deutschland erlebt haben und noch erleben, dann erfreuen wir uns zwar immer noch eines wesentlich anderen Wahlsystems als unsere Landsleute in der DDR, haben aber wahrhaftig keine Veranlassung, mit moralischer Entrüstung auf die Praxis Walter Ulbrichts herabzusehen. Einparteienherrschaft mit ein paar Konzessionsschulzen anderer Couleur oder ein System des Verbunds zweier Parteien zu einer Großkoalition von 90 Prozent der Abgeordneten mit ebenfalls ein paar Konzessionsschulzen, das ist kein allzu großer Unterschied. Sagen wir es offen: dieser „Wahlkampf" war und ist ein amtlich bezahlter Schwindel.

II

Der 5. Deutsche Bundestag hat, als er seine Arbeit beendete, manches Lob erhalten. In der Tat konnte er auf eine stattliche Anzahl von Gesetzen verweisen, die während der Periode der „Großen Koalition" verabschiedet wurden. Die Abgeordneten sind fleißig gewesen, und sie haben in Einzelheiten keineswegs nur bestätigt, was von der Bürokratie nach den Richtlinien des Kressbronner Kreises ausgearbeitet worden war. Es hat einige lebhafte Diskussionen im Plenum, wenn auch zum Teil vor fast leeren Bänken, gegeben, die Ausschüsse haben sogar öffentliche Hearings veranstaltet, Bundestagspräsident v. Hassel, der — als Verteidigungsminister ein totaler Versager — das Erbe des allzu geschäftstüchtigen Eugen Gerstenmaier angetreten hat, hat an Statur gewonnen und sich Achtung erworben; mit seiner Nachsichtigkeit gegenüber den Neonazis steht er leider nicht allein da. Auf einzelnen Gebieten ist auch materiell gute gesetzgeberische Arbeit geleistet worden. Das Gesetz zur Sicherung der Stabilität und des Wachstums stellt, obwohl mit der Vielfalt seiner Zielsetzungen in sich widerspruchsvoll, immerhin einen richtigen Ansatz für eine mittelfristige Finanzplanung dar, der längst hätte gesucht werden müssen. Das politische Strafrecht ist ein wenig entrümpelt, das Sexualstrafrecht von klerikalem Ballast befreit, die Rechtsstellung der unehelichen Kinder verbessert worden. Eine Finanzreform, die diesen Namen verdient, ist zwar nicht zustande gekommen, immerhin ist es gelungen, wenigstens in einigen Punkten die Kompetenzen des Bundes zu stärken. Gemessen an den Leistungen des 4. Bundestags (1961—1965), dessen Gesetzgebungsperiode in die letzten Jahre des kraftlos gewordenen Bundeskanzlers Adenauer und die beiden ersten seines von Anfang an schwachen, nur als Wahllokomotive brauchbaren Nachfolgers Ludwig Erhard fiel, schneidet das fünfte Parlament nicht schlecht ab.

Aber das kann natürlich nicht entscheidende Grundlage unseres Urteils sein. So wenig wir die Regierung Adolf Hitlers danach beurteilen können, daß während der dreißiger Jahre die ersten Autobahnen gebaut und ein brauchbares Aktiengesetz verkündet wurde, so wenig reichen einzelne durchaus billigenswerte Leistungen der Großen Koalition aus, um der Regierung Kiesinger/Brandt ein im ganzen gutes Zeugnis auszustellen. Dabei wollen wir gar nicht aufzählen, welche von ihr selbst geplanten Vorhaben die Bundesregierung nicht hat durchführen können, was alles am Sperrfeuer der verschiedensten Interessengruppen gescheitert ist. Wir wollen uns vielmehr auf das Wesentliche beschränken.

In folgender Hinsicht haben Bundesregierung und Bundestag, gemessen nicht an den Leistungen ihrer Vorgänger, sondern an den Aufgaben der Zukunft, vollständig versagt:

1) Sie haben zur Befriedung Mitteleuropas trotz aller subjektiv ehrlichen Bemühungen Willy Brandts nichts beigetragen, sondern die Spannungen erhöht;

2) sie haben nichts Ernstliches unternommen, um die immer stärker werdende Macht des Großkapitals unter Kontrolle zu bekommen, sondern sich im Gegenteil dieser Macht weitgehend unterworfen;

3) sie haben eine demokratische Entwicklung unserer Gesellschaft nicht nur nicht gefördert, sondern die ohnehin schwachen Ansätze demokratischen Bewußtseins weiter geschwächt und so einen wesentlichen Teil unserer Jugend und damit der Zukunft verloren.

Zu 1): Langsam, aber sicher erkämpft sich der 2. deutsche Staat, die DDR, internationale Anerkennung. Die schweren Opfer, die die sowjetische Besatzungsmacht und die eigene Regierung dem Volk zwanzig Jahre lang auferlegt haben und noch auferlegen, beginnen Früchte zu tragen. Technisches Können, Fleiß, eine zielbewußte Organisation haben zu beachtlichen wirtschaftlichen Erfolgen geführt. Nun konnten auch außenpolitische Erfolge errungen werden, vor allem in der arabischen Welt. Der Irak, der Sudan, Süd-Jemen, zuletzt Ägypten haben die DDR offiziell anerkannt und diplomatische Beziehungen mit ihr aufgenommen, außerdem im Fernen Osten Kambodscha. Das waren unangenehme Ereignisse für Bonn, keine gefährlichen, aber doch schmerzliche Schläge. Man munkelte von „unfreundlichen Akten", die nicht ohne Folgen bleiben würden. Eigentlich hätte man in jedem einzelnen Fall die Hallstein-Doktrin praktizieren und das Feld in Bagdad, Karthum, Aden und Kairo Ulbricht überlassen müssen. In Sachen der arabischen Staaten war man bisher so peinlicher Entscheidungen enthoben, da die Kunst Ludwig Erhards es fertig gebracht hatte, Beziehungen zu Israel nur um den Preis der Abberufung der Botschafter der meisten dieser Länder aus Bonn aufzunehmen, es gab also ohnehin keinen diplomatischen Verkehr mehr, den man zur Strafe für die Anerkennung der DDR hätte abbrechen können. Nur im Fall Kambodscha lag es anders, hier mußten Kiesinger/Brandt Farbe bekennen, wenn sie nicht völlig das Gesicht verlieren wollten, und da sie auf verschiedene Farben schwören, einigten sie sich schließlich auf eine schwarz-rote Mischung: sie brachen die amtlichen diplomatischen Beziehungen nicht ab, ließen sie aber „einfrieren". Diese Halbheit wiederum, von der FDP als „Kambodschieren" verspottet, gefiel dem gewiegten Politiker Prinz Sihanouk in Phnom Penh nicht, und er brach nun seinerseits den diplomatischen Verkehr mit uns ab. Difficile est satiram non scribere.

Dem bundesdeutschen Publikum wurde das alles mit der Begründung verharmlost, die die DDR anerkennenden Regierungen hätten ja nur auf mehr oder weniger starken Druck aus Moskau hin gehandelt. Das ist sicher richtig: der Druck, den wir mit der — wenn auch bereits arg lädierten — Hallstein-Doktrin nach wie vor auf die neutralen Länder auszuüben suchen, erzeugt selbstverständlich Gegendruck. Die Frage, ob es vernünftig ist, ob es im deutschen Interesse liegt, eine Politik zu treiben, die notwendigerweise immer stärkeren Druck der Sowjetunion gegen uns zur Folge haben muß, stellt sich offenbar den maßgebenden Männern in Bonn nicht.

Zum mindesten haben sie bisher keine andere Antwort auf diese Frage gefunden als in den fünfziger Jahren, da Konrad Adenauer uns alles Heil von einer „Politik der Stärke" gegenüber der Sowjetunion verhieß. Nach wie vor ist unsere Regierung nicht bereit, die Folgen des von Deutschland begonnenen und verlorenen Krieges auch völkerrechtlich auf sich zu nehmen, lehnt sie es ab, die DDR und ihre Grenzen anzuerkennen und das Münchner Abkommen von 1938 für nichtig zu erklären. Nach wie vor verweist sie auf einen in nebelhafter Ferne liegenden Friedensvertrag, ohne das Geringste für sein Zustandekommen zu tun, und pocht auf ein „Selbstbestimmungsrecht" der Völker, um mit abstrakten

Formeln das Geschehen eines Menschenalters rückgängig zu machen. Nach wie vor arbeitet Bonn trotz aller Beteuerungen nicht für den Frieden, sondern für die Aufrechterhaltung der Friedlosigkeit in Europa. Die Wähler werden einstweilen mit Meldungen über neue Initiativen der Westmächte in der Berlin-Frage, die — wie das letzte Modewort lautet — „die Verhandlungsbereitschaft der Sowjets ausloten" sollen, mit Berichten über die Eindrücke von FDP- und SPD-Politikern bei einem Empfang im Kreml und Nachrichten über den hoffentlich bald bevorstehenden Abschluß eines großen Gegenseitigkeitsgeschäfts (Erdgas gegen Stahlrohre) beglückt.

Vor einiger Zeit ist unter dem Titel „Verfehlte Außenpolitik, Irreführung und Selbsttäuschung" in zweiter Auflage eine Sammlung von Aufsätzen und Reden eines bekannten Politikers aus der Zeit von 1951 bis 1964 erschienen. Hier können wir die Stimme eines einsamen Rufers in der Wüste vernehmen, der als einer der ersten von Anfang an den unheilvollen Kern der außenpolitischen Konzeption Konrad Adenauers erkannt, unermüdlich von einer einseitig gegen die elementaren Interessen der Sowjetunion gerichteten Politik gewarnt und gezeigt hat, daß eine Wiederaufrüstung der Bundesrepublik und ihre militärische Eingliederung in den Westen eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands zur Folge haben müsse.

„Eine westdeutsche Aufrüstung, in welcher Form auch immer, würde die heute noch vorhandenen Reste eines gesamtdeutschen Lebens vernichten" (1951). „Insgesamt ist somit festzustellen, daß eine innerlich gespaltene Bundesrepublik in einem gespaltenen Deutschland und gespaltenen Europa, dessen Hälften beiderseits von den Weltmächten für ihre Aufmarschpläne gegeneinander beansprucht werden, das Ergebnis der Nachkriegspolitik ist" (1953). „Begreift man endlich, welches Spiel mit uns getrieben wurde, als die russische Frage vom März 1952 mit der Parole von der freien Wahl ohne Antwort über ihre militärischen Weiterungen geflissentlich nur halb und damit praktisch überhaupt nicht beantwortet wurde"? (1954). „Es ist keine westliche Verteidigung denkbar und durchführbar, die so stark wäre, daß sie einem Angriff der Roten Armee im Osten zu begegnen vermöchte. Wir würden den Krieg in unserem eigenen Lande haben. Und dieser Krieg in unserem eigenen Lande wäre zudem der Atomkrieg, der Krieg der Massenvernichtungswaffen" (1954).

„Ein anderer Paladin der Adenauerschen Politik, Kiesinger (CDU), kam aus Moskau mit der Aussage zurück: ‚Die Position der deutschen Außenpolitik der nächsten Jahre wird von den Erkenntnissen ausgehen müssen, daß die Wiedervereinigung nur im Einvernehmen mit der Sowjetunion zu erreichen ist' " (1955).

„Die CDU hat die parlamentarische Mehrheit... Sie wird im zweigeteilten Deutschland rüsten wollen bis in die Atomwaffen hinein. Sie wird ihr waghalsiges Verständnis von angeblicher Sicherheit über alles stellen. Sie wird weiterhin, wie Kiesinger es in der Debatte aussprach, den Versuch machen, auf die Sowjetunion einen Druck auszuüben, anstatt etwa auf der Grundlage eines Rapacki-Planes als ersten Schritt eine Entspannung in einem Teilbereich zu suchen" (1958). „Heute ist die Sowjetunion faktisch nur noch zu zwei Friedensverträgen mit zwei deutschen Staaten bereit, also gewillt, die Spaltung festzuschreiben. Heute ist kein Preis erkennbar, gegen den die Sowjetunion bereit wäre, die Wiederherstellung der Gemeinschaft unseres Volkes verbindlich zuzusagen. Selbst für ein Ausscheren der Bundesrepublik aus allen Abmachungen mit dem Westen und für eine völlige Auflösung der Bundeswehr samt einer uneingeschränkten Anerkennung der DDR und einer ebenso uneingeschränkten Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze gibt es keine Wiederherstellung der Gemeinschaft

unseres Volkes, sondern nur die Antwort, daß solches Sache von Bonn und Pankow sei. Das ist der Ertrag der von Dr. Adenauer kräftigst geförderten westlichen Politik, welche beizeiten abzuwandeln nicht gelungen ist" (1961).

„Was der frühere Bundeskanzler Dr. Adenauer im Januar 1960 zu Papst Johannes XXIII. sagte, fand bei den Nationen um uns herum ein böses Echo. Aber in der Bundesrepublik ließ man sich dies als Bestätigung des eingeschlagenen Weges gefallen: ‚Ich glaube, daß Gott dem deutschen Volk in den jetzigen stürmischen Zeitläuften eine besondere Aufgabe gegeben hat, Hüter zu sein für den Westen gegen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken'. Selten ist der Vorwurf des Marxismus, daß alle Religionen nur dazu da seien, den kapitalistischen Systemen zu dienen, so einfältig bestätigt worden wie hier durch den christlichen Staatsmann Dr. Adenauer" (1965).

Der Autor dieser Aufsätze und Reden [1]) ist niemand anders als Gustav Heinemann, der im Herbst 1950 aus der ersten Regierung Konrad Adenauers ausschied, weil er keine Mitverantwortung für die vom Kanzler, zumal ohne vorherige Befragung des Kabinetts, den Westmächten angebotene Wiederaufrüstung der Bundesrepublik übernehmen wollte. Vielleicht lohnt es sich, einen Augenblick darüber nachzudenken, wie die außenpolitische Entwicklung hätte verlaufen können, wenn dieser Mann mit den Stimmen der SPD und FDP nicht im März 1969 zum Bundespräsidenten, sondern im Herbst 1966 zum Bundeskanzler gewählt worden wäre.

Zu 2): Nichts zeigt deutlicher die weitgehende Abhängigkeit der Regierung Kiesinger/Brandt von den Interessen des Kapitals, insbesondere des Großkapitals, als ihre Haltung in einigen wichtigen wirtschaftspolitischen Fragen unserer Tage: Unternehmenskonzentration, Währungspolitik und Sanierung des deutschen Steinkohlenbergbaus.

Schon seit der ersten Hälfte der fünfziger Jahre, vor allem aber in den letzten Jahren haben wir eine im ganzen ständig wachsende Tendenz zum Zusammenschluß von Unternehmen zu immer größeren Gebilden erlebt. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht die Presse von neuen Aktienaufkäufen, von dem Erwerb von Schachtel- und Mehrheitsbeteiligungen, dem Abschluß von Beherrschungs- und Gewinnabführungs- (Organschafts-)verträgen berichtet. Nach Ansicht des Bundeskartellamtes legt gerade auch „der sich verstärkende Konzentrationsprozeß in der Elektro- und Chemie-Industrie ... nicht nur aus wettbewerbs-, sondern auch insbesondere aus gesellschaftspolitischer Sicht die Einführung einer nationalen Fusionskontrolle nahe" [2]). Sogar die Bundesregierung, die sich in dieser Frage bisher größte Zurückhaltung auferlegt hatte, hat nun wenigstens zugesagt, nach Abschluß einer in Gang befindlichen Untersuchung über die Frage des Zusammenhangs zwischen Unternehmensgröße und Wettbewerb zu prüfen, „ob eine Änderung der Vorschriften des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen über den Zusammenschluß von Unternehmen notwendig ist" [3]). Was aber geschah bisher wirklich? Zunächst einmal wurden der Unternehmenskonzentration erneut Tür und Tor weit geöffnet.

Wir haben keine grundsätzlichen Einwendungen gegen steuerliche Erleichterungen für den Zusammenschluß von Unternehmen, wie sie durch das neue „Um-

---

[1]) Erschienen im Stimme-Verlag, Frankfurt/Main, dessen Inhaber Dr. h.c. Herbert Mochalski jetzt Generalsekretär der „Deutschen Gesellschaft zur Förderung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion" ist.
[2]) Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamts für 1968, Bundestags-Drucksache V/4236, S. 9.
[3]) a.a.O., S. 3.

wandlungssteuergesetz" [4]) gewährt worden sind; das bisherige Recht machte manche notwendigen Zusammenschlüsse praktisch unmöglich, weil es als Gewinnrealisierung auf Grund von Veräußerungsgeschäften ansah, was bei betriebswirtschaftlich richtiger Betrachtung gesellschaftsrechtliche Vorgänge waren. Aber in einem Augenblick, da man den Zusammenschluß von Großunternehmen einer Fusionskontrolle zu unterwerfen, ihn also — aus guten Gründen — verwaltungsmäßig zu erschweren erwog, war es sachlich verfehlt, ihn zunächst einmal auf dem Wege über das Steuerrecht zu erleichtern. Jetzt wird fürs erste eine neue unkontrollierte Konzentrationswelle über uns hinwegrollen, der der Staat hilflos gegenübersteht. Bundesregierung und Bundestag haben sich wieder einmal allzu willfährig gegenüber den Interessen des Großkapitals und seiner Manager gezeigt, nur einen gewissen Publizitätszwang für Großunternehmen und Konzerne vermochte die SPD mit Hilfe eines parlamentarischen Junktims durchzusetzen [5]).

Und dann die Frage der Aufwertung der Deutschen Mark, zeitweise zum Wahlkampfschlager Nr. 1 geworden, obwohl die wenigsten die Zusammenhänge auch nur einigermaßen übersehen. Wir wollen das Sachproblem, das durch die Abwertung des französischen Franken jetzt einen neuen Aspekt erhalten hat, hier nicht erörtern, sondern nur auf zwei außerordentlich bezeichnende Momente hinweisen. Bundeswirtschaftsminister Schiller und Bundesfinanzminister Strauß waren in dieser Frage seit dem Frühjahr verschiedener Meinung, wobei dahingestellt bleibe, ob Schiller (der noch im Vorjahr wenig getan hat, um die schon damals in übermäßige Bewegung geratene Konjunktur zu bremsen) seinen Standpunkt aus sachlichen Gründen oder mehr aus taktischen Erwägungen geändert hat. Unter den gegebenen Umständen wäre es die Pflicht des Kanzlers gewesen, dem Rat derjenigen Stelle zu folgen, die von Amts wegen zum Hüter der Währung bestellt ist, der Deutschen Bundesbank. Kiesinger aber ließ sich in erster Linie von den Herren Abs und Berg und den Vertretern der Automobilindustrie beraten, höchst ehrenwerten Männern gewiß, aber doch ganz eindeutigen Vertretern gewisser Kapitalinteressen. Und die Haltung der Wirtschaft in ihrer Gesamtheit? Nun, es besteht ein stillschweigendes Übereinkommen, ein gentlemen's agreement, „bis zu den Wahlen" mit den Preisen stillzuhalten, bis zu diesem Termin die Kreise der CDU/CSU nicht zu stören, den Wähler nicht zu beunruhigen. Am 28. September wird der Mohr seine Schuldigkeit getan haben, dann wird man ihm die Rechnung präsentieren. Die Zeitungen schreiben ganz offen in diesem Sinn, kaum jemand scheint sich ernstlich mehr darüber aufzuregen, so sehr gehört Wahlschwindel bereits zum offiziell etablierten Spiel.

Schließlich die Frage der Sanierung des deutschen Steinkohlenbergbaus. Zehn Jahre hatte die Strukturkrise an der Ruhr bereits gedauert, immer wieder hatte namentlich Bundeswirtschaftsminister und Bundeskanzler Erhard eine Bereinigung des Problems auf die lange Bank geschoben. Dann endlich war man auf den Gedanken gekommen, die Zechenunternehmen in einer Einheitsgesellschaft zusammenzufassen. Das mag die richtige Lösung sein oder nicht, auch davon soll hier nicht gesprochen werden. In einer marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung hätten jedenfalls das Risiko des neuen Unternehmens in erster Linie die Kapitaleigner, die Aktionäre der früheren Zechenunternehmen, tragen müssen. Nicht so in der Bundesrepublik von 1969, hier gibt die öffentliche Hand (Bund und Land Nordrhein-Westfalen) den Zechengesellschaften und damit indirekt ihren Aktionären eine Garantie für die Tilgung ihrer Einbringungsforderun-

4) Gesetz über steuerliche Maßnahmen bei Änderung der Unternehmensform vom 14. August 1969 (BGBl. I, 1163).
5) Gesetz über die Rechnungslegung von bestimmten Unternehmen und Konzernen vom 15. August 1969 (BGBl. I, 1189).

gen. Gewinne zu Gunsten der Kapitaleigner, Verluste zu Lasten der Allgemeinheit — das ist die Parole! „Es sind die Schriftzüge von Kapitulanten, die im Wettbewerb versagt haben und die froh sind, daß sie das Risiko ihres Geschäfts zu einem staatsverbürgten stolzen Preis auf die Steuerzahler haben abwälzen können", schreibt W. Throm über den Abschluß des Grundvertrages der Ruhrkohle AG. [6]). Und dabei wagt man, sich auf „die bewährten Grundsätze der Marktwirtschaft" zu berufen, um gegen eine Erweiterung der Mitbestimmung der Vertreter der Arbeitnehmer in der Großwirtschaft zu wettern.

Zu 3): Die revisionistisch-friedensfeindliche Außenpolitik — „ein Musterbeispiel für einen heuchlerischen und ungenauen Stil der politischen Diskussion" — [7]), die restaurativ-reaktionäre Wirtschaftspolitik der CDU/CSU, in den letzten drei Jahren von der SPD mitgetragen, hätten nicht ohne fortschreitende Zerstörung der demokratischen Substanz des Grundgesetzes praktiziert werden können. Konrad Adenauer verteufelte die Opposition der SPD und erreichte damit, daß es heute überhaupt keine Opposition mehr gibt, die diesen Namen verdient, überhaupt keine Kontrolle der Regierung mit echten Alternativen. Alle wohlgemeinten Maßnahmen zur Reform des parlamentarischen Betriebs — Umbauten im Plenarsaal, bessere Unterbringung und wissenschaftliche Unterstützung der Abgeordneten, Gebot freier Rede und dergleichen — sind wertlos, wenn die wirklich wesentlichen Fragen aus der öffentlichen Diskussion ausgeklammert werden. Die Große Koalition mit ihrer Notstandsgesetzgebung hat hier nur offiziell besiegelt, was schon seit Beginn der sechziger Jahre immer deutlicher geworden war: den Verzicht auf eine intellektuell und moralisch redliche geistige Auseinandersetzung mit den Problemen unserer Zeit zu Gunsten einer immer offeneren Diktatur eines kleinen Klüngels von Berufspolitikern und ihrer Hintermänner mit Hilfe der stets dienstbefliessenen Bürokratie. Die Scheingefechte des jetzigen „Wahlkampfes" stellen einen Höhepunkt dieser Entwicklung dar.

Daß angesichts solcher Kapitulation des Parlaments die außerparlamentarische Opposition wächst, ist wahrhaftig kein Wunder, bedauerlich nur, daß sie nicht schon viel stärker geworden ist. Der politisch aktivste Teil der Jugend lehnt das Treiben unserer Politiker radikal ab, und vom Radikalismus bis zum Randalieren ist dann oft leider nur noch ein Schritt. Aber die Erwiderung auf solche Opposition ist nicht etwa Einkehr und Umkehr der Herrschenden, sondern ein Radikalismus auf der anderen Seite, auf der Seite der „nationalen Rechten", wobei der Unterschied zwischen Adolf v. Thadden und seinen Heerscharen einerseits, Franz-Josef Strauß und seiner weiß-blauen Gefolgschaft andererseits nicht allzu groß ist. Thaddens Sprache ist kleinbürgerlicher, deutschtümelnd, romantisch verbrämt, häufig freilich auch ganz besonders ruppig, seine „Saalordner" und sonstigen Schlägertrupps verleugnen kaum noch ihre Verwandtschaft mit den braunen und schwarzen Horden der SA und SS, Strauß ist weltgewandter, bedient sich im allgemeinen (keineswegs immer) gepflegterer Umgangsformen, — in der Sache unterscheiden sich beide höchstens graduell. Man glaubt Strauß, aber auch Kiesinger, Barzel und v.Hassel gern, daß sie im Gedanken an die Neonazis ein Unbehagen ankommt, aber das ist einfach persönliche Konkurrenzangst, nicht sachliche Gegnerschaft.

III

Seitdem der alte General in Paris sich aus dem politischen Leben zurückgezogen hat, haben unsere „Europäer" neuen Auftrieb erhalten. Unaufhörlich entwerfen

[6]) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 30. Juli 1969, Nr. 173.
[7]) Ralf Dahrendorf in einem Gespräch mit Karl H. Flach, in: „Zur Wahl gestellt", Rowohlt-Taschenbuchverlag, Reinbek 1969, S. 63.

sie neue Projekte eines „Vereinigten Europa", dem nun irgendwann und irgendwie auch Großbritannien angehören soll. Nur daß es auch einen europäischen Osten gibt, daß auch Polen, die Sowjetunion, die DDR zu Europa gehören, interessiert sie nicht oder höchstens in dem Sinne, daß die kleineren Staaten Mittel- und Osteuropas aus dem Herrschaftsbereich der Sowjetunion herausgelöst werden sollten, wie es die famose Gürtel-Doktrin des Franz-Josef Strauß, dargestellt zuletzt in seinem Buch „Herausforderung und Antwort" (1968), will.

Hier möge es erlaubt sein, zunächst noch einmal Gustav Heinemann zu zitieren: „Die deutsche Figur muß in eine Mittelstellung gebracht werden, indem sie in ihrem Bereich den großen Gegensatz zwischen dem Osten und dem Westen aufhebt. Dies und nichts anderes ist der Beitrag zum Frieden, den wir leisten können". „Wenn schon eine neue Aufrüstung, dann lieber nur eine deutsche Wehrmacht als deren zwei, die zum Bürgerkrieg gegeneinander gerüstet werden ... Warum nicht wechselseitige Garantien eines wiedervereinigten Deutschlands seitens seiner Nachbarn, die nach wie vor ein eigenes Lebensinteresse daran haben werden, daß das wiedervereinigte Deutschland nicht in das eine oder andere Lager fällt" (1952)?

„Soweit es an uns liegt, wäre endlich und folgerichtig von der Politik der zweigeteilten Aufrüstung abzulassen zugunsten einer Politik der vorrangigen Wiedervereinigung mit dem Ziel, Deutschland aus den Blockbindungen nach Osten und Westen herauszusteuern und mit jenen europäischen Nationen zu verbinden, die ebenfalls ihre Aufgabe in einem Ausgleich und der Überbrückung, aber nicht in der Versteifung der Spaltung sehen". „Für Europa kommt die Stunde neuer Orientierung — nicht gegen die USA, aber nun eben doch der Abwendung von jenem blanken Antikommunismus, der die letzten Jahre erfüllt hat und letzten Endes nur in einem neuen Krieg und Kreuzzug seine Entladung finden könnte" (1954).

„Dieses unabhängige Europa muß das Ziel unserer Politik sein. Es wird sich niemals gegen den Westen wenden, weil es selber Westen ist. Es kann sich aber auch nicht gegen den Osten zur Verfügung stellen, sondern muß eine Rolle des Ausgleichs suchen. Kann Amerika, das so viel für die Heimat seiner eigenen Kultur getan hat, das verstehen" (1954)?

„Es ist im Haag [8]) damals ausgesprochen worden, daß dieses Europa zwei Voraussetzungen erfüllen müsse: Es dürfe niemanden bedrohen und es dürfe von keinem Ost- oder Westblock abhängig sein. Das ist es, was uns bewegt; das ist es worauf wir zuschreiten wollen. Aber gemacht hat man daraus dieses Straßburger Kleinst-Europa mit nur einem Stück von Deutschland darin, und das Ganze eingehängt in einen Atlantikpakt amerikanischer Führung gegen den Sowjetblock. So kann Europa nicht werden" (1954).

Nicht daß alle diese Thesen von unmittelbarer Aktualität wären, — wir haben nun einmal wieder eine Armee, wir sind nächst den USA stärkstes Mitglied des westlichen Verteidigungsbündnisses, die Wiedervereinigung kann Nahziel unserer Politik nicht mehr sein. Aber die Grundtendenz Heinemanns ist heute so richtig wie eh und je: Die Bundesrepublik darf nicht Schutzschild oder gar Speerspitze gegen die Sowjetunion bleiben.

Und sind denn nicht heute alle Voraussetzungen für ein Umdenken, für eine Neuorientierung unseres außenpolitischen Wollens gegeben? Die Führung der Vereinigten Staaten hat den völligen Fehlschlag ihrer Ostasienpolitik eingesehen

[8]) Gemeint ist eine Zusammenkunft von Vertretern aller europäischen Nationen, die 1948 im Haag stattfand und an der auch Dr. Adenauer teilnahm.

Pahl-Rugenstein Verlag

Neuerscheinungen Herbst 1969

Friedrich Hitzer, Reinhard Opitz (Hrsg.)
Alternativen der Opposition
(Standardwerk der Außerparlamentarischen Opposition)
412 S., glanzkart., DM 12,60

Wilfried v. Bredow (Hrsg.)
Entscheidung des Gewissens
Kriegsdienstverweigerer heute
Mit einem Vorwort von D. Martin Niemöller
ca. 170 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Robert Steigerwald
Herbert Marcuses „Dritter Weg"
ca. 300 S., glanzkart., DM 9,80

Eberhard Czichon
Der Bankier und die Macht
Hermann Josef Abs in der deutschen Politik
ca. 300 S., glanzkart., ca. DM 12,80

Wilhelm Breuer / Bernd Hartmann / Herbert Lederer
Revolution in Lateinamerika
ca. 220 S., glanzkart., ca. DM 9,80

Günter Wirth
Heinrich Böll
ca. 250 S., Leinen mit Schutzumschlag, ca. DM 12,80

Günter Wallraff
Bundeswehr — „Schule der Nation"
Berichte aus der Bundeswehr
ca. 260 S., glanzkart., ca. DM 12,80

Sammlung Junge Wissenschaft

Friedhelm Nyssen
Schule im Kapitalismus
Der Einfluß wirtschaftlicher Interessenverbände im Felde der Schule
ca. 240 S., glanzkart., DM 22,80

Wilfried v. Bredow
Der Primat militärischen Denkens
Die Bundeswehr und das Problem der okkupierten Öffentlichkeit
ca. 200 S., glanzkart., DM 28,50

Hans Karl Rupp
Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer
ca. 300 S., glanzkart., DM 28,50

und scheint im Begriff, den unseligen Krieg in Vietnam nahezu um jeden Preis zu beenden. Sie beginnt zu verstehen, daß dem Wahnsinn des Wettrüstens ein Ende gemacht werden muß, wenn die Menschheit überleben will, nicht nur durch große internationale Abrüstungskonferenzen, sondern in unmittelbaren Verhandlungen mit der Sowjetunion. Sie sieht sich veranlaßt, auch in Europa den Umfang ihrer militärischen Präsenz zu überprüfen.

„Man beobachtet ... in Bonn mit wachsender Sorge den immer stärker werdenden Druck im amerikanischen Parlament auf den Präsidenten und die amerikanische Regierung, das amerikanische Engagement in Europa zu verringern", berichtete der Korrespondent der Frankfurter Allgemeinen Hofzeitung [9]) vor dem kürzlichen Besuch Kiesingers in Washington, und diese Sorge ist trotz der persönlichen Zusicherungen Nixons an Kiesinger nicht geschwunden [10]). Nun, genau auf das, was Bonn fürchtet, setzen wir unsere Hoffnungen. Kein Land ist stärker an einem Disengagement der beiden Atomgiganten, an einem Auseinanderrücken der Machtblöcke interessiert als das gespaltene Deutschland, kein Land braucht eine Befriedung dringender als wir, die die ersten Opfer eines neuen Zusammenstoßes wären. Jede Bundesregierung sollte ihre ganze Kraft gerade diesem Ziel widmen.

Über die Notwendigkeit einer verbindlichen Anerkennung der Ergebnisse des Zweiten Weltkriegs durch die Bundesrepublik braucht man heute kaum noch viele Worte zu verlieren. Diese Anerkennung ist jetzt ohnehin nur eine Frage der Zeit, kein Kiesinger, kein Strauß, kein Barzel wird sie verhindern können. Aber mehr ist nötig als nur die Beendigung des Zweiten Weltkriegs: Sicherung des Friedens auch für die Zukunft. Hierzu können die beiden deutschen Staaten ihren Beitrag leisten, indem sie, selbstverständlich im engsten Einvernehmen mit den USA einerseits, der UdSSR andererseits, auf ihr Ausscheiden aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt hinwirken. Das ist keine Aufgabe von Monaten, sondern von Jahren, wir wissen es wohl. Aber sie muß in Angriff genommen werden. Die Weichen der fünfziger Jahre sind nicht für ewig gestellt, eine falsche Richtung kann auch korrigiert werden. Langfristiges Ziel der Außenpolitik der Bundesregierung muß eine militärische Neutralisierung der Bundesrepublik und der DDR sein.

„Die SPD ... wird sich ... bewußt bleiben, daß die NATO nicht Endstation, sondern nur Durchgangsstation der Deutschland- und Europapolitik sein kann, weil eine Änderung der Verhältnisse nur eintreten kann, wenn auf einer Friedenskonferenz eine andere Zuordnung Deutschlands zu den europäischen Nachbarn gefunden wird, als heute die Teile Deutschlands zugeordnet sind" (1961) [11]).

Wir wollen hier nicht über die Aktiva und Passiva der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft rechten. Vielleicht überwiegt die Beseitigung der Binnenzölle der Sechs den grotesken, nach der jetzigen Abwertung der französischen Währung noch gesteigerten Agrarprotektionismus, den sie uns beschert und der in dem immer mehr anwachsenden, immer weitere Milliarden verschlingenden „Butterberg" seinen plastischsten Ausdruck gefunden hat, vielleicht. Aber keine Erweiterung der EWG, keine Verstärkung der Kompetenzen des Straßburger Parlaments ist nur annähernd so wichtig wie eine Befriedung ganz Europas. Wann wird man das begreifen? „Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich bewähren muß — wie wir es früher hörten —, sondern der Frieden ist der Ernstfall,

9) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 31. Juli 1969, Nr. 174.
10) Vgl. den Aufsatz von J. A. Weseloh, Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. August 1969, Nr. 183.
11) Gustav Heinemann, a.a.O., S. 162.

in dem wir alle uns zu bewähren haben, weil es hinter dem Frieden keine Existenz mehr gibt" (1964) [12]).

Wann wird — um nur die wichtigsten innenpolitischen Probleme zu nennen — der Bundestag gesetzgeberische Folgerungen aus der zunehmenden Unternehmens- und Besitzkonzentration ziehen? Die Frage einer Fusionskontrolle bedarf dringend ernsthafter Prüfung. Eine Erweiterung der „qualifizierten Mitbestimmung" des Montanbereichs steht auf der Tagesordnung und läßt sich nicht länger mit Sprüchen von dem „Angriff auf das Eigentum", Zerstörung der bewährten marktwirtschaftlichen Ordnung und Lähmung des Managements erledigen; aus dem „Eigentum" der Aktionäre folgt nichts, gar nichts für die zweckmäßigste Form der Organisation unserer Großunternehmen; die marktwirtschaftliche Ordnung ist von den Monopolen und Oligopolen selbst längst weitgehend unterlaufen, und was die täglichen Geschäfte des Vorstands betrifft, so wünscht kein Gewerkschaftsvertreter in sie hineinzureden. Unsere Erbschaftsteuergesetzgebung schließlich, die selbst den Übergang der größten Vermögen von Todes wegen auf die nächsten Angehörigen nur mit einer Steuer von 15 Prozent belegt, ist gesellschaftspolitisch nicht länger vertretbar: wenn wir hohe Unternehmergewinne zulassen und — als Entgelt echter unternehmerischer Leistung — auch zulassen müssen, dann sollte wenigstens im Todesfall ein angemessener Ausgleich erfolgen, auch wenn dies notwendigerweise eine Auflockerung festgefügter Machtpositionen in Familienunternehmen zur Folge hat.

IV

Die Entscheidung über die Politik der nächsten Jahre fällt voraussichtlich nicht am 28. September, sondern in den Wochen danach, und sie wird vor allem bei der SPD liegen. Für die Fraktionen der CDU/CSU ist die Lage verhältnismäßig einfach: beide Parteien sind ihrer Struktur nach konservativ-reaktionär, zu fortschrittlicher Politik nur unter massivem Druck bereit und werden, gegebenenfalls von den geistesverwandten Neonazis unterstützt, immer einen konservativen Kurs verfolgen, d. h. möglichst viel unverändert lassen. Sie können eine neue „Große Koalition" eingehen, ohne Wesentliches preiszugeben, da sie die starken beharrenden Kräfte des Establishments ohnehin auf ihrer Seite haben. Die SPD wird sich, wenn sie nicht die absolute Mehrheit der Sitze im Bundestag erlangt, wesentlich schwerer tun. Als zweitstärkster Koalitionspartner würde sie immer nur Anhängsel und Stütze einer im Kern reaktionären Regierung bleiben, wie sie es — trotz einiger tüchtiger Männer und guter Einzelleistungen — in den letzten drei Jahren war. Käme es noch einmal zu einer „Großen Koalition", dann wäre es für weitere vier Jahre mit der Demokratie zu Ende, denn wir wissen, was von etwaigen Abmachungen der Parteimanager über die Einführung eines „mehrheitbildenden Wahlrechts" zu halten ist. Dafür trüge die SPD die Verantwortung. Aber es gibt keinen Zwang zur „Großen Koalition", unter gar keinen Umständen. Kann die SPD nicht in der Regierung führen, dann sollte sie den verhängnisvollen Weg vom Herbst 1966 verlassen und wieder in die Opposition gehen. Eine konstruktive Opposition zu bilden, ist heute die weitaus dringlichste Aufgabe. Mit der so populären „Zusammenfassung aller staatstreuen Kräfte" ist in Wahrheit immer nur den Diktatoren gedient. Die Demokratie lebt von der permanenten offenen Austragung aller gesellschaftlichen Konflikte.

[12]) Gustav Heinemann, a.a.O., S. 173.

Günther Rose

Einige prinzipielle Bemerkungen zur Konvergenztheorie

Seit einigen Jahren ist das umfangreiche Arsenal bürgerlicher Gesellschaftslehren um eine neue Theorie reicher: Konvergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus lautet das Stichwort, wechselseitige Annäherung der beiden Systeme auf der Basis der einheitlichen „modernen Industriegesellschaft". Die Konvergenztheorie wird von einer buntschillernden Palette von Ideologen der verschiedensten Richtungen vertreten — freilich aus sehr unterschiedlichen Motiven und mit verschiedenen praktischen Konsequenzen. Die Skala reicht von Denkern des US-State Department und des Bonner Außenministeriums, sozialdemokratischen und revisionistischen Theoretikern, bürgerlichen Liberalen und Demokraten bis zu den Anhängern der Mao Tse-tung-Ideologie. Betrachten die einen die Konvergenztheorie als konzeptionelle Grundlage offensiver Ostpolitik und als Munition der psychologischen Kriegführung gegen die sozialistische Welt, erblicken die anderen in ihr eine Alternative zum Atomkrieg und ein Instrument der Aussöhnung der Widersprüche zwischen den Systemen. Andere wiederum begreifen sie als Leitidee eines „dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus. Die Mao Tse-tung-Ideologen bedienen sich partiell der Konvergenztheorie, indem sie den sozialistischen Ländern Europas „Verbürgerlichung" unterstellen, eine falsche Frontstellung der „armen" gegen die „reichen" Völker konstruieren und China zum Vorkämpfer der Interessen der „armen" Völker erheben.

Was den Charakter und die Funktionen der Konvergenztheorie betrifft, sei im Vorgriff thesenhaft festgestellt:

Erstens: Die Konvergenztheorie ist gegenwärtig die bedeutendste bürgerliche Gegenkonzeption zum Marxismus-Leninismus und zur revolutionären Bewegung für die Erneuerung der Existenzformen der menschlichen Gesellschaft.

Zweitens: Die Konvergenztheorie verfälscht den Inhalt unserer Epoche, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Der hohe Vergesellschaftungsgrad der modernen Produktivkräfte erfordert das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln und die Brechung der politischen Macht der Monopolbourgeoisie, also die demokratische und sozialistische Umwälzung der gegenwärtigen Gesellschafts- und Machtstrukturen des Spätkapitalismus. Diese objektive Notwendigkeit zu negieren, ist das zentrale Anliegen der Konvergenztheorie. Das geschieht durch Leugnung der gesetzmäßigen Aufeinanderfolge der Gesellschaftsformationen, namentlich des Kapitalismus und des Sozialismus als zweier qualitativ verschiedener, gesetzmäßig aufeinanderfolgender Epochen der Menschheitsgeschichte. Statt dessen konstruiert die Konvergenztheorie eine fiktive Gesetzmäßigkeit der Annäherung und Verschmelzung der beiden Gesellschaftssysteme. Insofern ist die Konvergenztheorie — unabhängig von den subjektiven Absichten mancher ihrer Anhänger — ihrem Wesen nach eine Erscheinungsform spätkapitalistischer Apologetik.

Drittens: Die Konvergenztheorie wird von den herrschenden Kreisen der kapitalistischen Welt gezielt und differenziert als ideologische und politische Waffe zur Konservierung des überlebten kapitalistischen Systems und für die antikommunistische außenpolitische Offensive eingesetzt. Sie befriedigt das bürgerliche Bedürfnis nach einer Ersatzperspektive, gaukelt dem Spätkapitalismus eine Lebenserwartung vor, die dieser als System nicht mehr besitzt. Sie soll die revolutionären Kräfte in den entwickelten kapitalistischen Ländern gegen den Einfluß der sozialistischen Ideen immunisieren und sie desorientieren: ihr Kampf um Demokratie und Sozialismus wird — ähnlich wie der nichtkapitalistische Entwicklungsweg in der „dritten Welt" — als ein historisch überflüssiger Umweg zu der einen „Industriegesellschaft" — also als im Grunde sinnlos — diffamiert. Schließlich dient die Konvergenztheorie und die sie ergänzende Theorie von der „Erosion des Ostblocks" als konzeptionelle Grundlage für die amerikanische Globalstrategie und die „flexible" neue Ostpolitik Bonns, und sie liefert Munition für die „geistige Offensive" gegen die sozialistischen Länder Europas.

Klärung eines Begriffs

Die Konvergenztheorie tritt in unzähligen Varianten und Schattierungen auf. Sie stellt sich weniger als eine geschlossene Gesellschaftstheorie als vielmehr als eine von verschiedenen ideologischen und politischen Positionen aus entwickelte Konzeption dar, mit der sich verschiedenartige praktische Schlußfolgerungen verbinden. Sie ist in sämtliche Disziplinen der bürgerlichen Gesellschaftslehre eingedrungen und integriert verschiedenartige traditionelle Strömungen und Elemente der bürgerlichen Philosophie und Soziologie.

In bezug auf ihr politisches Profil können eine offen-imperialistische und eine bürgerlich-liberale Variante unterschieden werden, nach der Art ihrer Begründung die ökonomische und die umfassendere soziologische Variante, in der nicht nur eine Annäherung der ökonomischen Systeme, sondern auch der sozialen Strukturen, der Machtverhältnisse und der Ideologien behauptet wird.

Die offen-imperialistische Variante faßt den Prozeß der Herausbildung der „modernen Industriegesellschaft" absolut einseitig als Anpassung und schließliche Unterwerfung des Sozialismus unter den Kapitalismus auf. Das wird von manchen ihrer Interpreten bisweilen auch offen ausgesprochen. „Die Grundthese der Konvergenztheorie", schreiben die amerikanischen Politologen Brzezinski und Huntington, „besagt nichts anderes, als daß die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten einander ähnlicher werden. Jedoch stellt sich dies in den am meisten verbreiteten Varianten so dar, daß der Wandel beinahe ausschließlich auf Seiten der Sowjetunion gesehen wird ... Die Vereinigten Staaten erscheinen als wohlhabend und frei, und die Sowjetunion bewegt sich langsam, aber sicher auf den gleichen Zustand zu" [1]). Es ist kein Zufall, daß die führenden Vertreter dieser Variante zugleich prominente imperialistische Politiker und Ideologen sind: Walt Whitman Rostow (unter John F. Kennedy und Lyndon B. Johnson Chef des Planungsstabes im US State-Department), George F. Kennan (unter Präsident Truman Chef dieses Planungsstabes), William E. Griffith (Berater Johnsons und Einpeitscher der amerikanischen Aggression in Vietnam) und auch Zbigniew Brzezinski (außenpolitischer Berater der Präsidenten Johnson und Nixon sowie Reisender in Sachen Konterrevolution im Sommer 1968) [2]).

---

1) Zbigniew Brzezinski/Samuel Huntington, Die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten: Konvergenz oder Evolution der politischen und sozialen Strukturen? In: Europa-Archiv, 12/1964, S. 428.

2) Brzezinski kritisiert allerdings — ähnlich wie Henry A. Kissinger — die methodologischen Voraussetzungen der Konvergenztheorie, insbesondere deren These von einem direkten Kausalzusammenhang zwischen dem technischen Entwicklungsniveau und dem politischen und ideologischen Überbau. Er wendet sich gegen die konvergenz-theoretische Auffassung, daß der Industrialisierungsprozeß zu gleichen sozialen und politischen Strukturen führen müsse und vertritt eine „Evolutions-Konzeption", in der die politisch-ideologischen Unterschiede zwischen

Die meisten Konvergenzspekulationen offen imperialistischen Charakters gehen von der Wachstumsstadientheorie Rostows aus, die dieser in seinem 1960 erschienenen Buch „The Stages of Economic Growth" aufgestellt hatte [3]). Mit dieser Theorie wollte Rostow nichts Geringeres als eine Alternative zum Marxismus begründen. „A Non-Communist Manifesto" — so lautete der anmaßende Untertitel des Buches. Ihren Kern bildet die Behauptung, daß alle Industrieländer die amerikanische Entwicklung nachvollziehen und sich an das amerikanische Modell der „Massenkonsumgesellschaft" angleichen müßten. Seine Konvergenzprognose lautet: Auch die sozialistische Gesellschaft werde sich zersetzen und verschwinden, sobald sie in das Zeitalter des „Massenkonsums" eintrete, da wachsender Wohlstand unvereinbar mit dem revolutionären Charakter der sozialistischen Ideologie sei und zur „Verbürgerlichung" führen müsse. Auf diese These wird noch zurückzukommen sein.

Konvergenztheoretiker der bürgerlich-liberalen Strömung wie Jan Tinbergen (Holland), Pitirim A. Sorokin (USA) und Walter Buckingham (USA) betonen den wechselseitigen Aspekt des angeblichen Annäherungsprozesses. Sie behaupten, daß der Kapitalismus immer weniger kapitalistisch, der Sozialismus immer weniger sozialistisch würde und daß sich schließlich beide Systeme auf einer mittleren Linie träfen und vereinigten. Da in diesem Prozeß auf eine geheimnisvolle Weise immer die jeweils „negativen" Seiten der beiden Systeme verschwänden, die „positiven" aber vom anderen System übernommen würden, ergebe sich am Ende die „optimale Struktur" einer idealen Gesellschaft. Die Gesellschaft der Zukunft vereinige demnach sozialistische Planwirtschaft mit kapitalistischer Marktwirtschaft, reale Demokratie der Arbeiter mit Unternehmerinitiative, soziale Sicherheit mit hohem Lebensstandard. Politisch und ideologisch herrsche in ihr ein „Pluralismus" der politischen Parteien und Ideen.

Es ist offenkundig, daß es sich bei diesen Konzeptionen um fiktive Konstruktionen handelt, auf dem Reißbrett entworfene Modelle einer „idealen" Gesellschaft, die nichts darüber aussagen, wie diese Gesellschaft zustande kommen soll. Es handelt sich um eine Neuauflage der alten Konzeption eines „dritten Weges" zwischen Kapitalismus und Sozialismus, die wie alle diese Konzeptionen den bürgerlichen Horizont nicht übersteigt. Darin gehen das tiefe Unbehagen am Spätkapitalismus, gekoppelt mit Illusionen über die staatsmonopolistische Machtkonzentration, aufrichtige Sympathien für bestimmte Eigenschaften des Sozialismus und das Unverständnis gegenüber dem Sozialismus als System eine merkwürdige Verbindung ein. Untersucht man die Zukunftsmodelle dieser Konvergenztheoretiker näher, dann zeigt sich nämlich, daß sie in systembestimmenden Zügen kapitalistischen Charakter tragen. So erklärt Buckingham das Privateigentum an den Investbauten und Ausrüstungen, das Profitmotiv und das Marktsystem für Eckpfeiler des neu entstehenden Wirtschaftssystems [4]). Jan Tinbergen zieht die Reprivatisierung mittlerer und kleinerer Betriebe als Mittel der Produktivitätssteigerung in Betracht und fordert allen Ernstes die Bildung von drei Parteien (einer „großen, stabilen und zentralen Partei" und zwei kleinerer, davon einer mit konservativer Einstellung und einer mit „Pioniertendenz", wobei die große

---

den Systemen stärker betont werden. Bei der Identität der Zielsetzung — Restauration des Kapitalismus — weisen Konvergenz- und Evolutionstheorie Unterschiede hinsichtlich der Mittel und Wege auf. Brzezinski erwartet die „Transformation" des Sozialismus weniger als Folge innersystemarer Wandlungsprozesse als vielmehr als Ergebnis der Einwirkung von außen. Dabei spekuliert er auf eine „Erosion" des sozialistischen Bündnissystems, auf die Anpassung der gegenwärtigen Verhältnisse eines sozialistischen Landes an seine eigene bürgerliche Vergangenheit (z. B. in Gesalt der ersten tschechoslowakischen Republik) und auf nationalistische und revisionistische Tendenzen. Somit läuft die politische Zielsetzung der „Evolutionstheorie" auf die der Konvergenztheorie hinaus, wenn auch auf lange Sicht und mit anderen Miteln und Methoden.

[3]) Deutsch: Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen o. J. (1960).
[4]) Walter Buckingham, Theoretical Economic Systems, New York 1958, S. 428.

mit einer der beiden kleinen Parteien koalieren, die andere aber die Opposition bilden müsse) als Ausweg aus dem „Dilemma von Parlamentarismus und Diktatur" [5]).

Auch die Zukunftsmodelle eines „dritten Weges" prognostizieren einen teils durch Übernahme von Verhältnissen des Kapitalismus der freien Konkurrenz, teils durch Anleihen vom Sozialismus modernisierten und reformierten Kapitalismus. Ihre Auffassungen laufen darauf hinaus, die wesentlichen systembestimmenden Eigenschaften des Sozialismus, die ihn als qualitativ neue Gesellschaftsformation kennzeichnen, zu eliminieren: die politische Macht der Arbeiterklasse; das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln; das System der wissenschaftlich fundierten Planung der Wirtschaft und der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung.

Das Bild der einheitlichen „Industriegesellschaft" beruht auf der Voraussetzung eines reformierten und modernisierten, aber sich in seinen Wesensmerkmalen gleichbleibenden Kapitalismus und eines sich wandelnden und schließlich selbst aufhebenden Sozialismus. Die Konvergenztheorie sagt also im Grunde nicht die Angleichung beider Systeme, sondern den Untergang des Sozialismus voraus. Der antikommunistische Charakter dieser Prognose ist allerdings vom Standpunkt mancher Konvergenztheoretiker in praktischen Fragen der Auseinandersetzung zwischen den Systemen weitgehend unabhängig.

Genesis der Konvergenztheorie oder Vom Elend bürgerlicher Sozialismus-Prognosen

Wie kommt es, fragt sich der aufmerksame Beobachter zunächst, daß heute von wachsender Ähnlichkeit der beiden Systeme die Rede ist, nachdem doch jahrzehntelang ihre absolute Unvereinbarkeit verkündet wurde? Der traditionelle militante Antikommunismus betonte doch gerade die Divergenz zwischen Kapitalismus und Sozialismus, um den real existierenden objektiven Gegensatz zwischen den Systemen extrem zuzuspitzen und die sozialistische Gesellschaft zu kriminalisieren und zu dämonisieren. In der antikommunistischen Kreuzzugsideologie der vierziger und fünfziger Jahre wurde der Sozialismus als die Negation jeder menschenwürdigen Existenz, schlechthin als Todfeind verketzert, die Völker Osteuropas als „heidnische Nomadenscharen", die zum Angriff auf das „Abendland" angetreten seien, verleumdet — wie etwa in der berüchtigten Lechfeld-Rede Heinrich v. Brentanos aus dem Jahre 1955. Im Ost-West-Konflikt, meinte Baron v. Guttenberg 1964 in seinem Pamphlet „Wenn der Westen will", gehe es nicht um Konkurrenz oder gar Konvergenz, sondern vielmehr um den unversöhnlichen Kampf zweier diametral entgegengesetzter, absolut unvereinbarer geistig-moralischer Prinzipien, um den Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit, Christ und Antichrist [6]). Es ist noch nicht lange her, daß etwa in den Schriften von Hans Freyer („Theorie des gegenwärtigen Zeitalters" — 1955) und Karl Jaspers („Die Atombombe und die Zukunft des Menschen" — 1958) der Sozialismus als die Übersteigerung und äußerste Konsequenz aller negativen Erscheinungen, welche die westlichen „Industriegesellschaften" dank ihres „pluralistischen" Aufbaus gerade noch vermeiden, interpretiert wurde, als Herrschaft der total durchorganisierten und verwalteten Apparaturen, als Totalitarismus, das Leben im Sozialismus als sinnloses Termiten- und Marionettendasein. Der durch seinen besonders blindwütigen und fanatistischen Antikommunismus berüchtigte Nationalökonom Wil-

[5]) Jan Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen? In: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Tübingen 1963, S. 11 ff.; ders., Ideologie und wissenschaftliche Entwicklung; eine optimale Ordnung. In: Internationale Politik, Belgrad, 1965, S. 372.

[6]) Theodor Freiherr von und zu Guttenberg, Wenn der Westen will . . ., Stuttgart, 1964, S. 21 ff.

helm Röpke verglich einmal in Anlehnung an ein Wort Gladstones über den Bourbonenstaat in Neapel den Sozialismus als die „Leugnung Gottes, in ein Regierungssystem gebracht" und schlug noch 1959 allen Ernstes vor, „statt des Wortes Osthandel den Begriff Todfeind-Handel einzuführen" [7]). Derartige Auffassungen leiten nahtlos in die Kreuzzugsideologie über; in ihnen wird der Atomkrieg als möglicher Ausweg ins Auge gefaßt und die Bereitschaft zum atomaren Untergang als notwendiges Opfer und kleineres Übel propagiert. So schrieb Röpke 1958 den ungeheuerlichen Satz: „Den durch die Angst vor den Nuklearwaffen völlig konfus gewordenen ... ist einzuschärfen, daß jene Gefahr (die des Sieges des Sozialismus — G. R.) weit schrecklicher ist als die Wasserstoffbombe, weil die moralisch-seelische Vernichtung unvergleichlich furchtbarer ist als die physische, der wir im natürlichen Verlauf der Dinge ohnehin tapfer ins Auge sehen müssen"[8]). Diese Auffassungen entsprachen der Roll back-Strategie der Eisenhower-Dulles-Administration und reflektieren heute die Vorstellungen jener Fraktion der imperialistischen Bourgeoisie, die auf eine militärische Konfrontation mit der sozialistischen Welt setzt.

Wie ist es weiter zu erklären, daß heute der Untergang des Sozialismus mit Argumenten vorausgesagt wird, die sich von den früher gebrauchten beträchtlich unterscheiden bzw. ihnen völlig entgegengesetzt sind? Erinnern wir uns: Bis in die dreißiger Jahre herrschte in der bürgerlichen Literatur über die Sowjetunion die Auffassung vor, daß der Sozialismus historisch gesehen nicht existenzfähig sei und die sozialistische Revolution daher ein nicht wiederholbares und schließlich gescheitertes Experiment bleiben werde. Dem jungen Sowjetstaat wurden anfangs Wochen, dann Monate und später wenige Jahre eingeräumt. Zwischen 1917 und 1919 sagte die „New York Times" den Untergang der Sowjetmacht nicht weniger als 91mal voraus. Der deutsche Nationalökonom Werner Sombart faßte 1919 seine Analyse der Sowjetmacht in dem lapidaren Satz zusammen: „Niemals wird die Revolution imstande sein, ein neues Wirtschaftssystem zu schaffen" [9]). Zu welchen krassen Fehleinschätzungen antikommunistisches Wunschdenken führen muß, zeigt auch das Beispiel Max Webers, der bis auf den heutigen Tag als einer der größten sozialwissenschaftlichen Denker aller Zeiten gefeiert wird. Weber prognostizierte 1918 dem Bolschewismus, den er als die „reine Militärdiktatur der Korporäle" begriff, eine Lebenserwartung, die „nur nach Monaten zählt"[10]).

Der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion erwies die Haltlosigkeit dieser Prognosen. In der bürgerlichen Literatur erscheint als neuer Aspekt die Behauptung von der systembedingten absoluten Unterlegenheit der sozialistischen Planwirtschaft. Die Fünfjahrpläne wurden für undurchführbar erklärt. Professionelle Antikommunisten, Trotzkisten und Renegaten vom Schlage eines Arthur Koestler operierten in den dreißiger Jahren mit Spekulationen auf eine innere Zersetzung der Sowjetunion. Die deutschen Faschisten entwickelten eine rassentheoretisch begründete Untergangsprognose. Während des Zweiten Weltkriegs berechneten bürgerliche Ökonomen, daß die Überwindung der ungeheuren Kriegsschäden in der Sowjetunion die Arbeit mindestens einer Generation erfordern würde. Bestimmte Kreise der amerikanischen Bourgeoisie spekulierten darauf, daß die Sowjetunion gezwungen sein werde, amerikanische Unterstützung, gekoppelt mit politischen Bedingungen, anzunehmen. Und noch 1947 pro-

7) Osthandel — „Geschäft mit dem Todfeind?" In: Der Tag, Westberlin, 14. 6. 1959.
8) Wilhelm Röpke, Drastische Wahrheiten — die freie Welt auf dem Prüfstand der sowjetischen Koexistenzpropaganda. In: Gegen die Brandung. Zeugnisse eines Gelehrtenlebens unserer Zeit, Erlenbach/Zürich und Stuttgart 1959, S. 322.
9) Werner Sombart, Sozialismus und soziale Bewegung, Jena 1919, S. 146.
10) Max Weber, Innere Lage und Außenpolitik. In: Gesammelte Politische Schriften, zweite erweiterte Auflage, hrg. von Johannes Winckelmann, Tübingen 1958, S. 280.

phezeite George F. Kennan, damals Chef des Planungsstabes im US-State Department und eine der größten Autoritäten der imperialistischen Ostforschung, den baldigen Untergang des Sowjetstaates. In einem in der Zeitschrift „Foreign Affairs" unter dem Titel „The Sources of Soviet Conduct" anonym veröffentlichten Artikel zeichnete Kennan ein düsteres Bild der innenpolitischen Verhältnisse in der Sowjetunion und ihrer Perspektiven. Die Bevölkerung sei „physisch und geistig müde", die Masse des Volkes „enttäuscht und skeptisch", die wirtschaftlichen Mängel ungeheuer. Das politische System sei labil, die KPdSU von inneren Konflikten erschüttert. Das Fazit dieser Situationsanalyse ist die Behauptung, daß die Sowjetmacht „den Keim zu ihrem Untergang in sich trägt und dieser Keim sich schon kräftig entwickelt hat"[11]).

Die Sozialismus-Prognosen der Konvergenztheorie bieten ein anderes Bild. Da die reale Existenz des Sozialismus heute nicht mehr als isolierter Einzelfall begriffen und seine Erfolge nicht mehr generell bestritten werden können, erscheint er in der modernisierten antikommunistischen Demagogie nicht mehr als eine „Fehlgeburt der Geschichte", als ein Gesellschaftssystem wider alle ökonomische Vernunft oder gar als „untypischer Fehltritt" des „asiatischen" Rußlands, sondern als eine Variante der „modernen Industriegesellschaft" bzw. als Methode der Industrialisierung in rückständigen Ländern. Mit der Oktoberrevolution, schreibt Hans Freyer in seiner „Schwelle der Zeiten" (1965), sei die „Möglichkeit aufgegangen, das hochindustrielle System auf ganz anderen Wegen, zugleich in einer sehr anderen politischen Form zu verwirklichen, als es in den alten Industriestaaten verwirklicht worden ist... Diese Möglichkeit ist in dem stahlharten Geist Lenins, dann in seiner bolschewistischen Revolution, dann im ‚Aufbau des Sozialismus in einem Land' zur geschichtlichen Wirklichkeit geworden"[12]). Damit ist der Ansatz für die Leugnung des Sozialismus als historisch-gesetzmäßiger Alternative zum Kapitalismus in der Epoche des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus gegeben, die den wesentlichen Inhalt der Konvergenztheorie bildet. Der Aufbau der sozialistischen Gesellschaft als neuer Qualität erscheint denn auch in der neueren bürgerlichen Historiographie und Soziologie als ein geradezu unbedeutender Vorgang gegenüber dem übergreifenden Prozeß der „Modernisierung" rückständiger Gesellschaften. Grundvorgang der neueren Geschichte sei der Übergang von der „Agrargesellschaft" zur „Industriegesellschaft". Indem die Geschichte auf das Schema „vorindustrielle — industrielle Gesellschaft" reduziert wird, erscheinen Kapitalismus und Sozialismus als zwei Varianten der strukturell einheitlichen „Industriegesellschaft". Die unterschiedlichen Eigentums-, Aneignungs-, Klassen- und Machtverhältnisse in beiden Systemen werden ignoriert, auf politisch-ideologische und organisatorische Unterschiede oder auf die Verschiedenartigkeit der Industrialisierungsmethoden zurückgeführt. Der kapitalistischen langfristigen Methode entspreche die liberaldemokratische Gesellschaftsorganisation, der sozialistischen kurzfristigen die „totalitäre" bzw. „stalinistische"[13]). In die Geschichte projiziert, führt diese Konzeption zu der aus der Wachstumsstadientheorie Rostows entlehnten These vom Phasenunterschied als dem entscheidenden Differenzpunkt der gesellschaftlichen Systeme. Das ermöglicht einerseits die Identifizierung der sozialistischen Industrialisierung mit der ursprünglichen Akkumulation und dem Frühkapitalismus, andererseits die Prognose einer allmählichen Anpassung der sozialistischen Gesellschaft im Prozeß fortschreitender Industrialisierung. In diesem Sinne charakte-

11) George F. Kennan, Die Hintergründe der Sowjetpolitik. In: Amerikas Außenpolitik von 1900—1950 und ihre Stellung zur Sowjetmacht, Zürich 1952, S. 135 f.
12) Hans Freyer, Schwelle der Zeiten, Stuttgart 1965, S. 213 f.
13) Vgl. dazu Christian Graf von Krockow, Soziologie des Ost-West-Konflikts. In: Soziologie des Friedens, Gütersloh 1962, S. 143 ff.

risierte der Tübinger Historiker Dietrich Geyer in seinem Vortrag auf dem westdeutschen Historikertag 1967 in Freiburg/Br. den durch die Große Sozialistische Oktoberrevolution eingeleiteten Aufbau der sozialistischen Gesellschaft in der Sowjetunion als das erste große Beispiel der „Modernisierung" eines Entwicklungslandes: Nicht die Entstehung der sozialistischen Gesellschaft als neuer Qualität sei das historisch Bedeutsame und Übergreifende an der Oktoberrevolution gewesen, sondern die Einleitung der Industrialisierung Rußlands auf dem „sozialistischen Weg technisch ökonomischer Umformung" durch die „Stalinschen Plankommissare", nachdem der protektionistische (Sergej Witte) und der marktwirtschaftliche Weg (Petr Stolypin) nicht zum Ziele geführt hatten [14]). Von diesem Ansatz aus wird auch der nichtkapitalistische Entwicklungsweg in der „dritten Welt" in seinem sozialen und politischen Wesen verfälscht und ebenfalls als klassenindifferenter Modernisierungsvorgang interpretiert.

Diese Gesellschaftsinterpretation schlägt in die Prognose um; die Prognose leitet in die Strategie der Spaltung, Aufweichung und Zersetzung des Sozialismus über. Etwas vereinfacht gesagt, prognostiziert die Konvergenztheorie den Untergang des Sozialismus mit „Argumenten", die den früher gebrauchten völlig entgegengesetzt sind: Behauptete man früher, der Sozialismus könne nicht bestehen, da er außerstande sei, der Bevölkerung einen hohen Lebensstandard zu schaffen, so wird heute argumentiert, der Sozialismus werde gerade an seinem hohen Lebensstandard und der „Verbürgerlichung" zugrunde gehen. Hieß es früher, der Sozialismus müsse untergehen, da er in einem rückständigen Lande mit einer Bevölkerung, die zum großen Teil aus Analphabeten bestehe, undenkbar sei, so heißt es heute, der Sozialismus werde verschwinden, da höhere Bildung und kulturelle Entwicklung zur „Liberalisierung" führen würde. Prophezeite man früher, der Sozialismus müsse scheitern, da er die Demokratie leugne, so schreibt man heute, gerade die Entfaltung der Demokratie werde zum Untergang des Sozialismus führen. Dieser Wandel illustriert, wie sehr sich der Kapitalismus historisch in der Defensive befindet. Auch in der Schwäche der „Argumente" des Gegners zeigt sich unsere gewachsene Stärke.

Die mit diesen Beispielen skizzierte ideologische Umorientierung in der bürgerlichen Sozialismus-Interpretation ist das Ergebnis der grundlegenden Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen den beiden Systemen. Die Situation des Weltimperialismus ist heute durch den Widerspruch zwischen seinem gewachsenen ökonomischen Potential und der Einschränkung seines Herrschaftsbereichs durch den Sozialismus und die nationale Befreiungsbewegung gekennzeichnet. Der Widerspruch zwischen seinen expansionistischen Zielen und den realen Kräften ist größer geworden. Alle in der kapitalistischen Welt ablaufenden Prozesse werden zunehmend durch den Kampf der beiden Systeme beeinflußt. Das bedeutet, daß für den Kapitalismus eine qualitativ neue strategische Situation entstanden ist. Der Erste Sekretär des ZK der SED und Vorsitzende des Staatsrats der DDR, Walter Ulbricht, stellte dazu auf der internationalen wissenschaftlichen Session anläßlich des 150. Geburtstages von Karl Marx fest: „Heute kann man konstatieren, daß der Kapitalismus gezwungen wurde, die Herausforderung des Sozialismus anzunehmen, und er nunmehr bestrebt ist, darauf ernstzunehmende Kräfte zu konzentrieren" [15]). Der Wettbewerb und die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus ist jedoch, wie Walter Ulbricht weiter ausführte, „mit der kapitalistischen Konkurrenz nicht vergleichbar. Ökonomisch ist der Sozialismus weder

---

14) Dietrich Geyer, Die russische Revolution als zeitgeschichtliches Problem. In: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, München, 1/1968, S. 43 f.
15) Walter Ulbricht, Die Bedeutung und die Lebenskraft der Lehren von Karl Marx für unsere Zeit, Berlin 1968, S. 50.

niederzukonkurrieren, noch läßt er sich aufkaufen. Politisch sind jegliche Erpressungsversuche zum Scheitern verurteilt. Militärisch gelingt es heute selbst der stärksten imperialistischen Macht nicht, mit einem relativ kleinen sozialistischen Land fertig zu werden. In der Auseinandersetzung zweier Gesellschaftssysteme entwickeln sich neue Gesetzmäßigkeiten und Maßstäbe" [16]).

Diese neue strategische Situation zwingt den Weltkapitalismus heute dazu, in bestimmtem Maße zu Methoden überzugehen, die im Widerspruch zur Natur der kapitalistischen Produktionsweise stehen und die früher als Argumente gegen den Sozialismus gebraucht wurden. So sollen z. B. durch Rezeption der einst so geschmähten Planwirtschaft den zum Sozialismus drängenden Produktivkräften noch im Rahmen des Kapitalismus gewisse Entwicklungsmöglichkeiten geschaffen werden. Dazu gehören innenpolitisch die neuen Herrschaftstechniken (wie der massive Einsatz der Manipulations-Mechanismen), die Tendenzen zur staatsmonopolistischen Formierung, andererseits die Gewährung von sozialpolitischen Konzessionen unter dem Druck des Sozialismus; außenpolitisch die Entwicklung von Strategie-Modellen, um unter dem vom sozialistischen Weltsystem ausgehenden objektiven Zwang zur Koexistenz die offensive imperialistische Politik vorantreiben zu können. Bei alledem handelt es sich um den Versuch der Monopolbourgeoisie, die historisch überlebte kapitalistische Gesellschaft mittels systemfremder Methoden zu stabilisieren und alle Potenzen des Imperialismus für den Kampf gegen den siegreichen Sozialismus und gegen die antiimperialistische revolutionäre Bewegung zu vereinigen. Imperialistische Politiker und Ideologen suchen nach neuen gesellschaftspolitischen und strategischen Theorien, aus denen Konzeptionen zur Konservierung des kapitalistischen Systems und für die außenpolitische Offensive entwickelt werden können. Dazu gehören die amerikanische Konzeption der „großen Gesellschaft", die „formierte Gesellschaft" als deren westdeutsche Variante, die Theorien von der Konvergenz der gesellschaftlichen Systeme und von der „Erosion des Ostblocks" sowie die daraus abgeleiteten strategischen Konzeptionen des „Brückenschlags" nach Osteuropa und des „Wandels durch Annäherung".

Das Aufkommen der Konvergenztheorie ist im besonderen das Resultat zweier strategischer Niederlagen des Imperialismus: Erstens des Scheiterns der Containment- und der Roll back-Strategie gegenüber der sozialistischen Welt; zweitens des Zusammenbruchs der traditionellen bürgerlichen Sozialismus-Prognosen.

Da die Genesis der Konvergenztheorie in diesem Rahmen nicht detailliert behandelt werden kann [17]), mögen dazu folgende Andeutungen genügen.

Die Theorie einer wechselseitigen Annäherung der beiden Weltsysteme, bereits in den fünfziger Jahren von bürgerlichen Ideologen Westeuropas und Nordamerikas gelegentlich und mehr oder weniger aphoristisch geäußert, entstand als ideologisch politische Konzeption in den USA an der Wende der fünfziger zu den sechziger Jahren. Sie steht in engem Zusammenhang mit der Entwicklung neuer außenpolitischer Konzeptionen des amerikanischen Imperialismus. Im Unterschied

16) Ebenda, S. 51.

17) Die Theorien der „Industriegesellschaft" und der Konvergenz bauen auf Elementen auf, die von bürgerlichen und sozialdemokratischen Ideologen des 19. und 20. Jahrhunderts entwickelt wurden. Dazu gehören in erster Linie die Kapitalismus-Deutung Max Webers, die Theorie von der „Revolution der Manager" Thorstein Veblens und James Burnhams und die Harmonielehren der kapitalistischen Apologetik. Von entscheidender methodologischer Bedeutung ist die Plünderung und Verfälschung des Marxismus. Ferner wird an einzelne Gedankengänge und Prognosen bürgerlicher Denker angeknüpft, deren Ideen in die Industriegesellschafts- und Konvergenztheorie integriert wurden. In der geistigen Ahnenreihe dieser Theorien sind u. a. zu nennen: Alexis de Tocqueville, Lorenz von Stein, John Maynard Keynes, Walther Rathenau, Karl Jaspers, Alfred Weber, Arnold J. Toynbee und Karl Raimund Popper. Vgl. zur Genesis dieser Theorien: Günther Rose, Der Ursprung der Legende von der Angleichung des Sozialismus an den Kapitalismus. In: Deutsche Außenpolitik, Berlin, 12/1966; ders. Zur Genesis und Funktion der Theorie der „Industriegesellschaft". In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 1/1967.

zum bürgerlichen historisch-politischen Denken Westeuropas dominiert der pragmatische Aspekt: die Konvergenzprognose wurde weniger aus der geschichtsphilosophischen und soziologischen Spekulation als aus den unmittelbaren praktischen Bedürfnissen der außenpolitischen Strategie abgeleitet. Zugespitzt gesagt, ist die Konvergenztheorie ein Produkt der Planung amerikanischer Ostpolitik und deren ideologisches Korrelat. In der Entstehung der Konvergenztheorie heben sich inhaltlich und zeitlich drei Phasen voneinander ab.

In den letzten Jahren des Zweiten Weltkriegs und unmittelbar danach entstanden in den USA bei gewissen Kreisen der amerikanischen Monopolbourgeoisie illusionäre Erwartungen einer Ausschaltung der Sowjetunion als weltpolitischer Faktor bzw. der Aufgabe der revolutionären Zielsetzung des Sozialismus. Diese gingen von der Annahme aus, daß die Sowjetunion gezwungen sein werde, sich für eine historisch lange Frist auf die Beseitigung der Kriegsschäden und die Probleme des Wiederaufbaus zu konzentrieren (Sumner Welles). Die Auflösung der Kommunistischen Internationale im Mai 1943 wurde als Aufgabe der weltrevolutionären Zielsetzung des Sozialismus gedeutet: Senator Conally kommentierte diesen Beschluß in der „New York Times": „Die Russen gestalten seit Jahren ihre Wirtschaftsform um und nähern sich dem Punkt, wo sie den Kommunismus aufgeben. Die westliche Welt wird diesen glücklichen Höhepunkt ihrer Bemühungen mit Freuden aufnehmen" [18]). Der Anspruch der USA auf die Welthegemonie steigerte sich zu den Mythen der „Einen Welt" („One World" — so lautete der Titel eines von dem republikanischen Präsidentschaftskandidaten für 1940, Wendell Willkie, 1941 veröffentlichten Buches) und des „Amerikanischen Jahrhunderts" (analog einem von dem Verleger Henry Luce ebenfalls 1941 veröffentlichtem Buch „The American Century"). Gegen Ende des Krieges erhielten diese Mythen infolge der Kräfteverschiebungen innerhalb des kapitalistischen Systems und durch das amerikanische Atombombenmonopol neue Nahrung. Die „One World"-Konzeption der amerikanischen Welthegemonie und einer Kooperation mit der Sowjetunion ging von der Voraussetzung eines statischen Kräfteverhältnisses und eines „gezähmten", d. h. seines revolutionären Geistes beraubten Sozialismus aus. Als diese Konzeption infolge der volksdemokratischen Revolutionen in Osteuropa und Asien sowie der wachsenden antiimperialistischen Bewegung zerbrach, traten die aggressiv imperialistischen Züge der amerikanischen Außenpolitik in vollem Maße hervor. An die Stelle der Konzeption der „Einen Welt" trat die Konzeption des weltpolitischen Dualismus zwischen den USA und der Sowjetunion. Containment-Strategie und Truman-Doktrin leiteten die Periode des Kalten Krieges ein.

Als Urheber der Containment-Strategie gilt George F. Kennan, der ihre Grundzüge im Juli 1947 in der Zeitschrift „Foreign Affairs" formulierte. Den Hauptinhalt der Eindämmungsstrategie bildete die weltweite Interventionspolitik der USA zur Niederschlagung der antiimperialistischen Bewegung und der Aufbau eines umfassenden Stützpunkt- und Militärpaktsystems zur strategischen Einkreisung der Sowjetunion. Mit seiner Hilfe hofften die USA eine Position der Stärke aufzubauen, um die Voraussetzungen für die antikommunistische und antisowjetische Offensive zu schaffen. Darüber hinaus enthielt diese Strategie das erste komplette Programm für eine „Transformation" des Sozialismus. Die Containment-Strategie war von der hintergründigen Erwartung getragen, der Sozialismus werde, durch die „Eindämmungspolitik" des Westens auf seine eigenen Grenzen zurückgeworfen, „früher oder später an seinen eigenen Widersprüchen scheitern, explodieren, degenerieren oder sich verändern" — so charakterisierte

[18]) New York Times, 23. 5. 1943, zit. nach: Henry Kissinger, Die Entscheidung drängt, Düsseldorf 1961, S. 235.

Golo Mann das Konzept dieser Strategie [19]). George F. Kennan formulierte als Aufgabe der amerikanischen Außenpolitik, durch Machtpolitik eine innere Zersetzung des Sozialismus einzuleiten, die „Sowjetpolitik ungeheuer zu belasten ... und so Tendenzen zu fördern, die sich schließlich entweder im Zusammenbruch oder in einer allmählichen Milderung der sowjetischen Macht auswirken müssen" [20]).

Doch die Containment-Strategie konnte keines ihrer Hauptziele erreichen; es gelang ihr nicht, die Entstehung des sozialistischen Weltsystems, die Brechung des amerikanischen Atombombenmonopols durch die Sowjetunion und die weitere Veränderung des ökonomischen Kräfteverhältnisses zu verhindern, von den hintergründigen Erwartungen auf eine Zersetzung des Sozialismus ganz zu schweigen. Mit dem Amtsantritt der Eisenhower-Dulles-Administration wurde die Containment-Strategie von der Roll back-Konzeption abgelöst. Die gewaltsame Beseitigung der sozialistischen Ordnung in Osteuropa wurde das erklärte Hauptziel des amerikanischen Imperialismus. Unter Anwendung diplomatischen Druckes, ökonomischem Boykott und atomarer Erpressung, gegebenenfalls durch Auslösung eines thermonuklearen Krieges, sollte der Sozialismus „zurückgerollt" werden. „Roll back", „Liberation", „Dynamik" — so lauteten die Parolen, die John Foster Dulles als Außenminister der Eisenhower-Regierung zur Charakterisierung des „New Look" der amerikanischen Außenpolitik ausgab, die die von ihm als „steril und statisch" bezeichnete Containment-Politik ablösen sollte. Das republikanische Wahlprogramm von 1952 versprach ausdrücklich das Ende der „negativen, vergeblichen und unmoralischen Politik der Eindämmung" herbeizuführen und den Sieg im Kalten Krieg herbeizuführen [21]). Um dieses Ziel zu erreichen, dürften die USA nicht davor zurückschrecken, ein „Duell am Rande des Abgrunds" zu wagen, und müssen daher gerüstet sein, jederzeit „massive Vergeltung" zu üben und Überraschungsangriffe gegen die strategischen Zentren des Gegners zu führen, wie Dean Acheson die militärpolitische Doktrin der Eisenhower-Regierung interpretierte [22]). In dem amerikanischen Faschisten James Burnham fand diese Politik ihren eifrigsten und abenteuerlichsten Verkünder.

Doch die Veränderung des Kräfteverhältnisses zwischen Kapitalismus und Sozialismus, insbesondere durch die Brechung des amerikanischen Wasserstoffbombenmonopols (1953), die Entwicklung der Interkontinentalrakete durch die Sowjetunion (1957), die wachsende Stabilität und Zusammenarbeit der sozialistischen Staatengemeinschaft (Warschauer Vertrag 1955), führte zum Scheitern der Roll back-Strategie. Die imperialistischen Niederlagen in Korea (1953) und in Vietnam (1954), das Fiasko des Putsches in der DDR im Juni 1953 und die Abwehr der Konterrevolution in Ungarn 1956, der Sieg der kubanischen Revolution und die Behauptung des sozialistischen Kuba gegen alle Interventionsversuche und nicht zuletzt die Niederlage der Bonner Deutschlandpolitik am 13. August 1961 demonstrierten eindringlich die neue Weltlage. Bereits in den fünfziger Jahren zeigte sich, daß die Kraft des Imperialismus nicht mehr ausreicht, den Sozialismus „einzudämmen", geschweige denn „zurückzurollen". Die Politik der Stärke war im Ansatz gescheitert. John Foster Dulles' bombastische Ankündigungen von „Liberation" und dynamischem Antikommunismus blieben Rhetorik.

Das Scheitern aller imperialistischen Pläne spiegelte sich in dem für die antikommunistische Strategie charakteristischen Hin-und-Her-Pendeln zwischen Be-

19) Golo Mann, Vom Geist Amerikas, Stuttgart 1955, S. 149.
20) George F. Kennan, Die Hintergründe der Sowjetpolitik, a.a.O., S. 141.
21) Vgl. dazu: Zwischen Himmel und Wallstreet, Ost-Politik im Nebel: John Foster Dulles. In: Der Spiegel, Hamburg, 49/1953, S. 23.
22) Dean Acheson, Macht und Diplomatie, Köln 1958, S. 67.

freiungsphraseologie, erfolglosen Versuchen zur Herbeiführung machtpolitischer Veränderungen und illusionären Erwartungen auf eine Wandlung des Sozialismus wider. Angesichts des offenkundigen Scheiterns der Roll back-Strategie begannen bestimmte Kreise der amerikanischen Führung bereits 1956/57 mit einer Neukonzipierung und Umorientierung der außenpolitischen Konzeption gegenüber der sozialistischen Welt, die schließlich mit dem Amtsantritt der Kennedy-Regierung 1961 regierungsoffizielle Politik wurde. Die Kennedy-Administration ging von der Erwägung aus, daß angesichts der Aussichtslosigkeit und Gefährlichkeit eines militärischen Frontalangriffs gegen die sozialistische Staatengemeinschaft — besonders gegen die Staaten, deren Sicherheit durch das sozialistische Bündnissystem geschützt wird — eine offensive imperialistische Strategie nicht mehr darin bestehen könne, die militärische Konfrontation zu suchen, sondern die Auseinandersetzung mit dem Sozialismus vorwiegend auf das ökonomische, politische und ideologische Gebiet zu verlagern. Für diese Strategie bot sich die Konvergenztheorie und die sie ergänzende Theorie von der „Erosion des Ostblocks" an. Denn ihre „Beweisführung" legt die Schlußfolgerung nahe, die erhoffte „Transformation" des Sozialismus durch eine langfristige gezielte ökonomische, politische und ideologische Einwirkung auf die sozialistischen Länder zu beeinflussen, zu beschleunigen und in die gewünschte Richtung einer „Entideologisierung", „Verbürgerlichung" und „Liberalisierung" zu lenken, um auf diese Weise die sozialistische Staatengemeinschaft aufzuspalten und die sozialistische Ordnung innenpolitisch zu zersetzen. Das war die Geburtsstunde der Strategie der Spaltung, Aufweichung und Zersetzung des Sozialismus, deren Hauptkomponenten die Schaffung ökonomischer Abhängigkeiten, der Einsatz politischer und diplomatischer Mittel (die „selektive Koexistenz") und die als „geistige Offensive" bezeichnete ideologische Diversion sind. Die Mitte der fünfziger Jahre in beiden Systemen einsetzende wissenschaftlich-technische Revolution, die auf beiden Seiten zu formal ähnlichen, in ihrem Charakter und ihren sozialen und politischen Auswirkungen aber völlig gegensätzlichen Veränderungen führt, lieferte den Stoff für die nunmehr ökonomisch und soziologisch argumentierenden Konvergenzprognosen.

Dem Scheitern der imperialistischen außenpolitischen Strategie entsprach der Zusammenbruch der bisherigen traditionellen bürgerlichen Sozialismus-Prognosen. Die sensationellen ökonomischen, wissenschaftlichen und technischen Erfolge der sozialistischen Welt — in diesem Zusammenhang sei nur an den „Sputnik-Schock" des Jahres 1957 erinnert — brachten derartige Prognosen weitgehend zum Erliegen. Das Schema des traditionellen Antikommunismus, wonach das Leben im Sozialismus ein „trostloses Vegetieren" unter der Herrschaft des „Totalitarismus" sei, wurde durch die Steigerung des Lebensstandards, die Entfaltung der sozialistischen Demokratie und das Aufblühen des geistigen und kulturellen Lebens in der Praxis widerlegt. Den maßgeblichen Kräften in den Lenkungsorganen der psychologischen Kriegführung begann zu dämmern, daß mit den alten Lügen von der „Mangelwirtschaft" und der „Zwangsherrschaft" in den sozialistischen Ländern nichts mehr zu bestellen ist und daß diese Lügen auch in den kapitalistischen Ländern immer weniger geglaubt werden. Mehr noch: die grundlegende Veränderung des Kräfteverhältnisses zwang dem bürgerlichen Denken Mitte der fünfziger Jahre die neue Fragestellung auf, ob das kapitalistische System auf die Dauer der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus überhaupt gewachsen sei. Der Antikommunismus geriet in eine tiefe Krise. Der Zusammenbruch der Leitbilder des traditionellen Antikommunismus erzwang eine Modernisierung des antikommunistischen ideologischen Arsenals. Dafür lieferten

die Theorien von der „Industriegesellschaft" und die Konvergenztheorie die konzeptionellen Grundlagen.

Eine falsche Gesellschaftstheorie

In diesem Abschnitt sollen die grundsätzlichen Fehler der Konvergenzkonzeption als Theorie der gesellschaftlichen Entwicklung untersucht werden. Wie schon eingangs festgestellt, verfälscht die Konvergenztheorie den Inhalt unserer Epoche, den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus. Sie negiert die Notwendigkeit, dem gesellschaftlichen Charakter der modernen Produktivkräfte entsprechende gesellschaftliche Produktionsverhältnisse und sozialistische Machtverhältnisse zu schaffen. W. I. Lenin hat, auf den Erkenntnissen von Karl Marx aufbauend, festgestellt, daß der Monopolkapitalismus in technischer und organisatorischer Hinsicht die materielle Vorbereitung des Sozialismus darstellt, daß die Konzentration der Produktion und des Kapitals bis dicht an den Punkt heranführt, in dem der Kapitalismus in sein Gegenteil umschlägt. In seiner Arbeit „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus" schrieb er: „In seinem imperialistischen Stadium führt der Kapitalismus bis dicht an die allseitige Vergesellschaftung der Produktion heran, er zieht die Kapitalisten gewissermaßen ohne ihr Wissen und gegen ihren Willen in eine Art neuer Gesellschaftsordnung hinein, die den Übergang von der völlig freien Konkurrenz zur vollständigen Vergesellschaftung bildet" [23]). An anderer Stelle schrieb Lenin über den staatsmonopolistischen Kapitalismus, daß er die „vollständige materielle Vorbereitung des Sozialismus, seine unmittelbare Vorstufe ist, denn auf der historischen Stufenleiter gibt es zwischen dieser Stufe und derjenigen, die Sozialismus heißt, keinerlei Zwischenstufen mehr ... Oder mit anderen Worten: Der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird und dadurch aufgehört hat, kapitalistisches Monopol zu sein" [24]). In seiner Auseinandersetzung mit Kautsky betonte Lenin stets, daß dieser Prozeß nicht automatisch ablaufen könne und werde, sondern die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat voraussetzt. In der Tat müssen gewisse technische und organisatorische Analogien zwischen der kapitalistischen und sozialistischen Ökonomik als Ausdruck der fortschreitenden Vergesellschaftung der Produktion angesehen werden. Diese Analogien spiegeln also keineswegs die prognostizierte Annäherung der beiden Systeme wider, sondern sind ein augenscheinliches Symptom dafür, daß im Schoße des Kapitalismus alle notwendigen materiellen Voraussetzungen für den Übergang zum Sozialismus herangereift sind.

Der Ausgangspunkt der konvergenztheoretischen Fehldeutung unserer Epoche ist ein Sozialismus-Bild, das mit dem realen Sozialismus nichts zu tun hat und niemals etwas zu tun hatte. In dieser Zeitschrift wurde schon festgestellt, daß die Konvergenztheorie einen jämmerlichen, verstümmelten Sozialismus-Begriff zur Voraussetzung hat, einen Sozialismus-Begriff, der die sozialistische Produktionsweise als System starrer Zentralisation, ausschließlich administrativer Leitung ökonomischer und gesellschaftlicher Prozesse, als „Mangelwirtschaft", „Kommandowirtschaft" und als „Totalitarismus" versteht [25]). Inwiefern dabei die Geschichte des Aufbaus der sozialistischen Gesellschaft verfälscht wird, kann hier nicht näher untersucht werden. Wichtiger in unserem Zusammenhang ist die Feststellung, daß dieser Kunstgriff es ermöglicht, den Prozeß des Aufbaus der entfalteten sozialistischen Gesellschaft in seinem Charakter zu verfälschen. Die Kon-

23) W. I. Lenin, Werke, Berlin 1960 ff., Bd. 22, S. 209.
24) W. I. Lenin, Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. In: Werke, Bd. 25, S. 369 f.
25) Vgl. Bernd Hartmann, Die Ereignisse in der ČSSR aus marxistischer Sicht. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 9/1968.

vergenztheoretiker interpretieren nämlich alle Maßnahmen der sozialistischen Länder zur Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution, zur Weiterentwicklung der sozialistischen Demokratie und zur Entfaltung des geistigen und kulturellen Lebens nicht als systemimmanente Entwicklungsprozesse des Fortschritts im Sozialismus, sondern als Schritte auf dem Wege der Annäherung an den Kapitalismus. Prof. Kurt Hager erklärte dazu auf dem 9. Plenum des ZK der SED (22. — 25. 10. 1968): „Alle Maßnahmen der sozialistischen Länder zur Durchführung der wissenschaftlich-technischen Revolution, wie neue Formen und Methoden der Planung und Leitung und andere, sind Maßnahmen des Fortschritts im Sozialismus und nicht — wie die Konvergenztheoretiker behaupten — Modifizierungen auf dem Wege zur Annäherung an den Kapitalismus. Es kann keine Kombination von Kapitalismus und Sozialismus geben, vielmehr wächst die Divergenz zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen" [26]).

Die Konvergenztheoretiker schließen aus dem hohen Entwicklungsstand der Produktivkräfte in beiden Systemen bzw. aus der Identität technologischer Prozesse auf eine wachsende Ähnlichkeit und Annäherung der sozialen Strukturen, politischen Machtverhältnisse und Ideologien in beiden Systemen.

Dazu kann zunächst festgestellt werden, daß die Ideologen des Spätkapitalismus zum ersten Male in nennenswertem Umfange versuchen, der Bedeutung der Produktivkräfte für die Erklärung gesellschaftlicher Prozesse Rechnung zu tragen. Diese für die bürgerliche Ideologie neue Erscheinung wurde von manchen bürgerlichen Kritikern der Konvergenztheorie zum Anlaß genommen, diese als einen „posthumen Sieg von Karl Marx" und als eine „geläuterte Form des Marxismus" zu charakterisieren, wie es z. B. der Berater des gegenwärtigen amerikanischen Präsidenten Nixon, Henry A. Kissinger, tat. Doch in Wirklichkeit handelt es sich dabei um den untauglichen Versuch, die bürgerliche Gesellschaftslehre durch einige Anleihen an den historischen Materialismus zu modernisieren und attraktiver zu machen. Denn die Konvergenztheoretiker verfälschen die Dialektik zwischen Produktivkräften, Produktionsverhältnissen und dem ideologischen und politischen Überbau in vulgärmaterialistischem Sinne.

Die Produktivkräfte haben in beiden Systemen einen hohen Entwicklungsstand erreicht. Die wissenschaftlich-technische Revolution vollzieht sich in allen entwickelten Industrieländern. Hüben und drüben wird die Kybernetik angewendet, liefern Computer die Daten für die ökonomische Entscheidungsvorbereitung. Die Wissenschaft ist zu einer bedeutenden Produktivkraft geworden. In beiden Systemen wächst die Zahl hochqualifizierter Fachleute. Die Spezialisierung der Produktion nimmt zu. Das wirft in beiden Systemen neue Fragen der Kooperation zwischen den Betrieben auf. Die Spezialisierung und die hohen Investitionen für die Automation erfordern die Serienfertigung für einen großen Markt. Dadurch verstärkt sich die Tendenz zur Internationalisierung des Wirtschaftslebens. Unter dem Einfluß der technischen Revolution verändert sich die Bevölkerungsstruktur; der Anteil der Stadtbevölkerung wächst, der der Landbevölkerung nimmt ab. Aus alledem ergeben sich weitere Probleme, vor denen beide Systeme stehen: Probleme des Städtebaus, des Verkehrswesens, der Sauberhaltung der Luft und des Wassers, der Auswirkung der technischen Revolution auf den Menschen als biologisches Wesen — um nur einige zu nennen.

Die technologischen Prozesse sind nahezu identisch. Daß FIAT in Togliatti (UdSSR) ein Automobilwerk errichtet, daß andererseits die USA technische Lizenzen in der Sowjetunion kaufen, zeigt, daß die Technik verschiedenen Systemen

[26]) Kurt Hager, Die Aufgaben der Gesellschaftswissenschaften in unserer Zeit. Referat auf dem 9. Plenum des ZK der SED, 2.—25. Oktober 1968, Berlin 1968, S. 17.

dient, daß sie also — marxistisch gesprochen — klassenindifferent ist. Führen aber diese Analogien und Identitäten im Bereich der Produktivkräfte und in gewissem Maße auch in der innerbetrieblichen Produktionsorganisation zu einer Annäherung der sozialen und politischen Strukturen?

Betrachten wir die Stellung des Menschen — der entscheidenden Produktivkraft! — in beiden Systemen. Im Kapitalismus sind die Werktätigen von allen grundsätzlichen Entscheidungen ausgeschlossen. Die Arbeiterklasse ist eine in bezug auf Macht über die Gesellschaft rechtlose Klasse. Bekanntlich stoßen schon die Forderungen der westdeutschen Gewerkschaft nach Mitbestimmung auf den erbitterten Widerstand der Monopolbourgeoisie. Völlig zu Recht heißt es im Grundsatzprogramm der DGB, daß die Arbeiter und die Masse der Angestellten, „die übergroße Mehrheit der Bevölkerung, nach wie vor von der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel ausgeschlossen (sind). Ihre Arbeitskraft ist auch heute noch ihre einzige Einkommensquelle" [27]). Die Arbeiterklasse wird ausgebeutet und soll durch Manipulation in Unwissenheit gehalten werden. Im Sozialismus dagegen stellt sie die führende gesellschaftliche Kraft dar. Sie verwandelt sich Schritt für Schritt aus einer durch vorwiegend körperliche Arbeit gekennzeichneten Klasse in eine Klasse, deren Tätigkeit durch Verbindung von körperlicher und geistiger Arbeit gekennzeichnet ist. Die Werktätigen der sozialistischen Gesellschaft planen und beherrschen als freie schöpferische Wesen die Entwicklung ihres gesamten gesellschaftlichen Lebens. Hier steht der Staat nicht als fremdes und feindliches Wesen über ihnen — die Werktätigen haben sich ihren eigenen Staat geschaffen, und sie sind aufgefordert mitzuarbeiten, mitzuplanen und mitzuregieren. In der allseitigen Befreiung des Menschen als wichtigster Produktivkraft wird der sozialistische Humanismus realisiert und besteht einer der entscheidenden Gründe für die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus. Verallgemeinert gesagt: Die Gesellschaftsformationen unterscheiden sich voneinander nicht in erster Linie durch den Entwicklungsgrad der materiell-technischen Produktivkräfte. Diese schaffen die Grundlage und Möglichkeit der Weiterentwicklung der gesellschaftlichen Verhältnisse, nicht aber schon ihre Wirklichkeit. Neue Entwicklungsstufen der Produktivkräfte führen nicht automatisch zur qualitativen Veränderung aller gesellschaftlichen Verhältnisse. Unter den Bedingungen der antagonistischen Klassengesellschaft wird die Veränderung der Gesellschaft über Veränderungen der Produktionsverhältnisse durch den Klassenkampf und die Revolution herbeigeführt. Daher unterscheiden sich die Gesellschaftsformationen vor allem durch den herrschenden Typ der Produktionsverhältnisse voneinander, also der Eigentums-, Aneignungs- und Verteilungsverhältnisse. Daraus ergibt sich die gegensätzliche Zielfunktion der Produktion: hier Produktion zur Befriedigung der materiellen und geistigen Bedürfnisse der Gesellschaft, dort Produktion um des Profits der herrschenden Minderheit willen. Die unterschiedlichen Eigentums- und Aneignungsverhältnisse begründen unterschiedliche Klassenverhältnisse und Überbauerscheinungen. In den beiden Weltsystemen haben zwei sich antagonistisch gegenüberstehende Klassen die Macht; die politisch-ideologischen Gegensätze zwischen den Systemen resultieren letzten Endes aus diesen antagonistischen Klassenverhältnissen, tragen also objektiven Charakter. Daher ist auch die Art und Weise der Lösung der Probleme der technischen Revolution verschieden. Sie wird vom Staat — dem wichtigsten Element des gesellschaftlichen Überbaus — bestimmt und durch die jeweiligen ideologischen Verhältnisse in dieser oder jener Richtung stimuliert. Staat und herrschende Ideologie reflektieren nicht direkt den Entwicklungsgrad

[27]) Grundsatzprogramm des DGB, beschlossen auf dem Außerordentlichen Bundeskongreß des DGB am 21. und 22. November 1963 in Düsseldorf, Düsseldorf o. J., S. 3.

der Produktivkräfte, sondern das System von Produktionsverhältnissen, und wirken auf diese zurück. Daher kann es zu keiner Konvergenz der Systeme kommen. Im Gegenteil: Mit der fortschreitenden Reproduktion der kapitalistischen Eigentums-Aneignungs-, Verteilungs- und Machtverhältnisse einerseits und der immer schärferen Konturierung und vollen Entfaltung der Eigenschaften der sozialistischen Gesellschaft andererseits wächst gesetzmäßig die Divergenz zwischen den Weltsystemen.

Entscheidend für die Auseinandersetzung mit der eklektizistischen Auffassung der bürgerlich-liberalen Spielart der Konvergenztheorie von einer Synthese der „positiven" Seiten beider Systeme und der Eliminierung ihrer „negativen" Seiten ist die marxistische Theorie vom Systemcharakter der Gesellschaft. Karl Marx wies nach, daß die verschiedenen Seiten, Elemente und Momente einer Gesellschaft kein zufälliges mechanisches Konglomerat einander fremder Faktoren sind, sondern daß „sie alle Glieder einer Totalität bilden, Unterschiede innerhalb einer Einheit" [28]). Daher ist das mechanische Übertragen von systembestimmenden Eigenschaften aus der Gesellschaftsformation in die andere möglich, ohne deren Charakter grundlegend zu verändern. Ähnlich wie es eine biologische Unverträglichkeit gibt, gibt es auch eine sozialökonomische und politisch-ideologische Unverträglichkeit der Elemente und Teilsysteme verschiedener Gesellschaftsformationen.

Das zeigt sich mit aller Schärfe bei der Eskalation der Konterrevolution im Sommer 1968 in der CSSR. Dabei bedienten sich die imperialistische Strategie und die revisionistischen Kräfte in der CSSR selbst der Losungen des politischen und kulturellen „Pluralismus" und des „marktwirtschaftlichen Sozialismus". Theoretisch gesehen, handelte es sich dabei um den Versuch, der sozialistischen Gesellschaft das politische und wirtschaftliche System einer längst überwundenen Etappe aufzupfropfen. Denn die Existenz miteinander konkurrierender politischer Parteien im Kapitalismus spiegelt die Widersprüche antagonistischer Klassen bzw. von Klassenfraktionen innerhalb der herrschenden Klasse wider. In der sozialistischen Gesellschaft existieren keine sich feindlich gegenüberstehenden Klassen mehr, hier vollzieht sich ein Prozeß wachsender politisch-moralischer Einheit des Volkes unter Führung der Arbeiterklasse. Hier werden Probleme, die sich aus den noch bestehenden Unterschieden in der sozialökonomischen Stellung ihrer Klassen, ihren unterschiedlichen Traditionen oder aus weltanschaulich-religiösen Unterschieden ergeben können, auf dem Wege kameradschaftlicher Zusammenarbeit gelöst [29]). Die zwanzigjährige Geschichte der DDR bietet gerade dafür ein hervorragendes Beispiel. „Oppositionsparteien" sind im Sozialismus überflüssig, abgesehen davon, daß sich solche Parteien angesichts der erbitterten Systemauseinandersetzung in Agenturen des Weltimperialismus verwandeln würden. Die Übertragung des Pluralismus-Modells auf den Sozialismus im Sinne der Konvergenztheorie zielte praktisch darauf ab, die sozialistische Staatsmacht und ganz besonders die führende Rolle der marxistisch-leninistischen Partei zu untergraben, um die entscheidenden Hindernisse einer kapitalistischen Restauration aus dem Wege zu räumen. Daß die Pluralismus-Losung für den Export der Konterrevolution ausschließlich an die sozialistischen Länder adressiert war, sei nur am Rande vermerkt. Im eigenen Machtbereich werden dagegen die größten Anstrengungen unternommen, um die Kräfte des Imperialismus zu koordinieren und zu formieren. Das gilt auch für die Losung des „marktwirtschaftlichen Sozialismus". Bekanntlich unternimmt die Monopolbourgeoisie große Anstrengungen,

[28]) Karl Marx, Zur Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1951, S. 255.
[29]) Inwiefern dieser Prozeß in der CSSR durch subjektive Fehler gehemmt wurde, untersucht der bereits zitierte Artikel von Bernd Hartmann.

Absender:

.....

.....

.....

.....

(Bitte deutlich ausfüllen)

Porto

An den

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

5 Köln

Barbarossaplatz 2

An die Redaktion der Blätter für deutsche und internationale Politik

1. Welche Beiträge dieses Heftes der „Blätter" haben Sie besonders interessiert?:

.....

.....

.....

2. Kritische Bemerkungen zu diesem Heft:

.....

.....

.....

3. Anregungen, Themenvorschläge usw. für die nächsten Hefte der „Blätter":

.....

.....

.....

4. Sammeln Sie die „Blätter" oder geben Sie sie nach dem Lesen weiter?:

.....

um die Anarchie der kapitalistischen Ökonomik zu überwinden und mit Hilfe der einst verketzerten Planung zu Regulierungsmaßnahmen überzugehen. Von manchen Konvergenztheoretikern wird das Modell der „freien Marktwirtschaft" als hoffnungslos antiquiert verspottet, z. B. von dem amerikanischen Ökonomen John Kenneth Galbraith. Dennoch wurde dieser alte Ladenhüter in der modifizierten Form der „sozialistischen Marktwirtschaft" besonders gegenüber der CSSR als Ausweg aus allen wirtschaftlichen Schwierigkeiten empfohlen und von Ota Šik als ökonomisches Modell des Sozialismus propagiert. „Marktwirtschaftlicher Sozialismus" — das bedeutet Verselbständigung der betrieblichen gegenüber den gesellschaftlichen Interessen und Einführung des Konkurrenzkampfes als ökonomisches Regulativ. Denn in diesem Konzept stellen die Betriebe autonome, miteinander konkurrierende und nur durch den Marktmechanismus verbundene Körperschaften dar, in denen Produktion und Reproduktion im nachhinein nach den Impulsen des Marktes korrigiert wird. Damit wären der Anarchie und Labilität des Kapitalismus Tür und Tor geöffnet, der Entwicklung der Produktivkräfte wären enge betriebliche Grenzen gesetzt und der Verzicht auf die wissenschaftliche Prognose und die gesamtgesellschaftliche Leitung der Prozesse der technischen Revolution ausgesprochen. Die „marktwirtschaftlich" aufgelockerte sozialistische Ökonomik böte den Nährboden für die spontane Entstehung eines zunächst am Gruppeneigentum orientierten und durch den Widerstreit von Gruppeninteressen ausbalancierten Wirtschaftssystems, das durch Markt- und Kreditbeziehungen mit den kapitalistischen Monopolen des Auslands verbunden wäre. Die unweigerliche Folge wäre die schrittweise Rekapitalisierung des Sozialismus.

Die Losung des „marktwirtschaftlichen Sozialismus" entpuppt sich also als ein kapitalistischer Roßtäuschertrick, mit dem die sozialistischen Länder überredet werden sollten, zunächst einen entscheidenden Faktor ihrer Systemüberlegenheit — die wissenschaftlich fundierte ökonomische und gesamtgesellschaftliche Planung — und sodann die gesamten sozialistischen Produktionsverhältnisse preiszugeben. Es ist bezeichnend, daß ein eingeschworener Gegner der Konvergenztheorie und militanter Antikommunist wie Karl C. Thalheim, der noch 1965 auf einer Konferenz zum Thema „Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung?" in seiner Polemik gegen die Annäherungsthese erklärt hatte: „Wettbewerb muß aber, wenn er systemverändernd im Vergleich zum alten östlichen System sein soll, auch das Mittel zur Ausschaltung nicht leistungsfähiger Grenzbetriebe sein" [30]), zwei Jahre später der revisionistischen Wirtschaftskonzeption Šiks Beifall spendete: „Wenn aber das, was Herr Šik hier vorgetragen hat, durchgeführt wird, so ist das ein echter Systemwandel, und ich würde darin eine Annäherung der Wirtschaftssysteme sehen" [31]). Annäherung als Wandel des „östlichen" Systems, als Aufgabe systembestimmender Eigenschaften des Sozialismus, d. h. als kapitalistische Restauration — das ist der Inhalt des Konzepts des „marktwirtschaftlichen Sozialismus". Umgekehrt ist es natürlich ebenfalls unmöglich, die sozialistische ökonomische und gesamtgesellschaftliche Planung auf die kapitalistische Produktionsweise aufzupfropfen, ohne das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln und das staatmonopolistische Herrschaftssystem zu beseitigen. Alle Versuche zur Regulierung und Programmierung ökonomischer, erst recht gesamtgesellschaftlicher Prozesse in einigen entwickelten kapitalistischen Ländern stoßen an die engen Grenzen der aus der Natur der kapitalistischen Gesellschaft resultierenden Eigenschaften der Anarchie, Konkurrenz, der Labilität und Spontaneität.

30) Karl C. Thalheim, Bedeuten die Wirtschaftsreformen in den Ostblockländern einen Systemwandel? In: Wirtschaftsplanung im Ostblock. Beginn einer Liberalisierung? Stuttgart-(West-)Berlin, Köln-Mainz 1966, S. 65.
31) Karl C. Thalheim, Probleme zentraler Wirtschaftsplanung, München 1967, S. 73.

Auch die konvergenztheoretische Fehlinterpretation der sozialistischen Warenproduktion verkennt ihren Systemcharakter. In der relativ selbständigen Formation des Sozialismus wirken bestimmte ökonomische Kategorien, die eine gewisse formale Ähnlichkeit mit entsprechenden Kategorien des Kapitalismus haben: Ware, Wert, Preis, Gewinn, Markt, Kredit und Zins u. a. Die Konvergenztheoretiker verabsolutieren die äußerliche Ähnlichkeit dieser Kategorien, um zu behaupten, daß zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen kein grundsätzlicher Unterschied bestehe bzw. nicht mehr bestehe. Diese Auffassung ignoriert den gegensätzlichen Systemcharakter der kapitalistischen und sozialistischen Warenproduktion. Diese Kategorien wirken nämlich in der sozialistischen Warenproduktion nicht als Rudimente der kapitalistischen Produktionsweise bzw. als Formen der Annäherung an diese, sondern als eigene Kategorien der sozialistischen Formation. Ihre Existenz und Wirkungsweise wird durch den Sozialismus geprägt. Die kapitalistische Warenproduktion ist ein System von Ware-Geld-Beziehungen miteinander konkurrierender kapitalistischer Unternehmer. Sie ist keinem gesellschaftlichen Plan unterworfen, in ihr herrschen Anarchie und Spontaneität; sie führt über den Ruin vieler Unternehmungen zur Konzentration und Zentralisation des Kapitals usw. Die sozialistische Warenproduktion dagegen ist eine geplante Warenproduktion; die Planung stellt in ihr den bestimmenden Faktor dar. In ihr sind die Degradation der Arbeitskraft zur Ware, die Herrschaft des Produkts über den Produzenten und die Anarchie aufgehoben. Daher besitzen auch die oben genannten Kategorien einen gegensätzlichen Charakter, z. B. die Kategorien „Gewinn" und „Profit". Der Profit wird von der Klasse der Kapitalisten angeeignet, um ihre parasitären Bedürfnisse zu befriedigen und die kapitalistische Akkumulation aufrechtzuerhalten; die private Aneignung des Profits führt im staatsmonopolistischen Kapitalismus zu einer außerordentlichen Verschärfung des Entfremdungsmechanismus. Der Gewinn im Sozialismus dient der Befriedigung der Bedürfnisse der Bevölkerung, der ständigen Erweiterung und Modernisierung des Produktionsapparates und als Stimulans der Betriebe im System der sozialistischen Warenproduktion.

Ein verzerrtes Spiegelbild der Wirklichkeit

Aus der Ignorierung des Systemcharakters der Gesellschaft und aus dem Nichtbegreifen der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen, von Basis und Überbau, können alle weiteren wesentlichen Fehleinschätzungen der Konvergenztheorie abgeleitet werden. Auf einige soll kurz eingegangen werden.

a) Übernehmen die „Manager" die Macht?

Eine große Rolle spielt in allen Konvergenzprognosen die Auffassung, daß in der „modernen Industriegesellschaft" nicht mehr das kapitalistische Eigentum, sondern das „Management" die entscheidende Rolle spiele. Ihr liegt objektiv die fortschreitende Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion zugrunde, die bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts von englischen Nationalökonomen festgestellt worden und von Karl Marx im „Kapital" analysiert worden ist. Es handelt sich darum, daß die kapitalistischen Eigentümer immer weniger auch zugleich die Leiter und Organisatoren des Produktionsprozesses sind, daß sie also mehr und mehr gesellschaftlich überflüssig werden. Die Zentralisation des Kapitals führt auch dazu, daß seine Macht über die Produzenten immer anonymer wird, daß es also für den einzelnen Arbeiter immer weniger möglich wird, aus der unmittelbaren Anschauung die Kapitalmacht mit bestimmten Personen oder Personengruppen zu identifizieren. Kann man aber daraus den Schluß ziehen, daß die Kapitalisten als Klasse abdanken? Kann aus der Trennung von Kapitaleigentum und Kapitalfunktion eine Trennung von Eigentum und Macht ab-

geleitet werden? Dies behaupten die auf der Theorie James Burnhams von der „Revolution der Manager" aufbauenden technokratischen Konzeptionen. So behauptet Hans Freyer, daß die „Alternative ‚Besitz eigener Produktionsmittel oder Arbeit an fremden' fortschreitend an Bedeutung verliere" [32]). Entscheidend sei nicht mehr das Eigentum, sondern die Kontrolle über den Produktions- und Zirkulationsapparat, und diese liege in den Händen des „Managements". John Kenneth Galbraith geht mit seiner These von der „Technostruktur" noch einen Schritt weiter: Die Erfordernisse der Technologie und Planung bewirkten, daß die Betriebe in beiden Systemen sich mehr und mehr vom Kapitalbesitz bzw. vom politischen Primat des sozialistischen Staates emanzipierten und sich zu autonomen, von Kapital und Staat unabhängigen Mächten verwandelten [33]). Galbraith meint, daß damit ein entscheidender Wandel im Wesen der Gesellschaft eingetreten sei, der mit der Ablösung des Bodens durch das Kapital als Produktionsfaktor im 19. Jahrhundert vergleichbar sei, und der zur Konvergenz der Systeme führen müsse.

Es sei zunächst die polemische Frage gestattet, warum die Monopolherren nicht von selbst auf ihr Eigentum verzichten, wenn die Macht sowieso auf das „Management" übergegangen ist oder übergeht. Unseres Wissens gibt es bis heute keine Erklärung etwa von Abs, von Flick oder von Siemens, daß sie auf ihren Monopolbesitz verzichten, ihre politische Macht aufgeben und sich dem Sozialismus annähern wollen. In Wirklichkeit verteidigt die Monopolbourgeoisie ihr Eigentum bis aufs äußerste, das zeigt schon ihr Widerstand gegen die Forderung nach Mitbestimmung, die als unzulässiger Eingriff in die Eigentumsordnung abqualifiziert wird. Sie sind auch bestrebt, verlorenes Eigentum wiederzuerlangen und sich fremdes anzueignen — das zeigen die „Grauen Pläne" des Wehner-Ministeriums, in denen die Beseitigung des sozialistischen Eigentums in der DDR bis ins kleinste Detail ausgearbeitet worden ist. Die „Managertheorie" gehört also offensichtlich zu jenen apologetischen Lügen, mit denen die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern über die wirklichen Machtverhältnisse getäuscht werden und die in die sozialistischen Länder exportiert werden sollen, um die Bedeutung des sozialistischen Eigentums für die Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft zu negieren. Was die Stellung der „Manager" im Kapitalismus betrifft, so muß festgestellt werden, daß ihr Schicksal — sofern sie nicht selbst Aktionäre sind — völlig vom Erfolg der von ihnen geleiteten Unternehmen abhängt. Das kapitalistische Eigentum zu erhalten und zu mehren, bestimmt das Handeln der „Manager", die in ihren Entscheidungen dem Profitstreben ihrer Auftraggeber unterworfen sind. Die „Manager" sind auf Gedeih und Verderb an den Monopolprofit gebunden. Es trifft auch nicht zu, daß die Eigentümer keinen direkten Einfluß auf die Führung der Großunternehmen besäßen. In der Regel sitzen sie in den Vorständen und Aufsichtsräten der Konzerne, also in den Schlüsselpositionen. Wer das Geheimnis der Macht im Spätkapitalismus ergründen will, muß die Eigentumsverhältnisse untersuchen. Das Eigentum an den Produktionsmitteln verleiht Macht über Millionen Menschen. Daran hat sich seit Karl Marx' Zeiten nur eines wesentlich gewandelt: Die wirtschaftliche Macht ist mit der des Staates verschmolzen, ein Vorgang, den die Marxisten Übergang zum staatsmonopolistischen Kapitalismus nennen.

Eine neue Variante der Managertheorie besagt, daß analog zur Expropriation der Kapitalisten durch die „Manager" im Sozialismus eine Expropriation der „Ideologen" durch die „Experten" stattfinde, als deren Folge sich die Autonomie der

32) Hans Freyer, Entwicklungstendenzen und Probleme der modernen Industriegesellschaft. In: Die Industriegesellschaft in Ost und West. Konvergenzen und Divergenzen, Mainz o. J., S. 20.
33) John Kenneth Galbraith, Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968, S. 117 ff.

Experten einstelle. Diese Auffassung korrespondiert mit der These des „technokratischen Staates" der „Industriegesellschaft", in dem die „Sachzwänge" politische Herrschaft und Entscheidung mehr und mehr überflüssig machten. Die Handlungen der Regierungen würden immer weniger von ideologischen und politischen Vorgaben diktiert, hüben und drüben setzten sich die Fachleute gegen die Ideologen durch. Dieser Prozeß verstärke die Annäherung zwischen den Systemen.

Allein die Praxis Bonner Staatspolitik erweist die These vom „technokratischen Staat" als Legende. Was die gesellschaftliche Rolle der leitenden Wirtschaftsfunktionäre im Sozialismus betrifft, so muß gesagt werden, daß sie im Rahmen der Grundsatzentscheidungen des sozialistischen Staates und unter der Führung der marxistisch-leninistischen Partei handeln und durch die Gesellschaft kontrolliert werden. Von der Entstehung einer „unabhängigen Führungsschicht", von der auch Franz-Josef Strauß im „Entwurf für Europa" träumt, kann daher keine Rede sein. Der konstruierte Gegensatz von „Sachverstand" und Ideologie existiert im Sozialismus überhaupt nicht. Es ist daher ein aussichtsloses Unterfangen, auf Differenzen innerhalb der politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Führungsgremien eines sozialistischen Staates zu spekulieren. Der Einheit von wissenschaftlich-technischer und sozialistischer Revolution entspricht die Einheit von weltanschaulicher und politischer Erziehung und Bildung mit fachwissenschaftlicher Ausbildung.

b) Führt die technische Revolution zur „Entideologisierung"?

Die These, daß der „modernen Industriegesellschaft" eine Tendenz zur „Entideologisierung" innewohne, ist mit der Theorie des „technokratischen Staates" verwandt. Sie meint im besonderen, daß das Denken und Fühlen der Menschen auf Warenkonsum und Freizeitgestaltung orientiert sei und daß das Interesse an der Veränderung der Gesellschaft immer geringer werde. Der politisch passive „Konsumbürger", der nur an seinen Wohlstand denke und sich ohne Widerstand von den Massenmedien manipulieren und von den „Technokraten" beherrschen lasse, werde zum Normaltyp des Menschen in der „Industriegesellschaft". In gesellschaftskritischer und -verändernder Ansicht wird diese These auch von einem Teil der gegen das staatsmonopolistische System rebellierenden Jugend in den kapitalistischen Ländern vertreten.

Ohne Zweifel beeinflußt die „Konsumentenideologie" gegenwärtig große Teile der arbeitenden Bevölkerung in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Ohne diese Problematik hier ausloten und Lösungen anbieten zu können, seien dazu drei Bemerkungen gestattet. Erstens ist dies keine allgemeine Erscheinung; zwischen den kapitalistischen Ländern und innerhalb der kapitalistischen Länder bestehen in dieser Hinsicht erhebliche Unterschiede. Zweitens ist der Begriff „Entideologisierung" überhaupt irreführend: indem mit der „Konsumentenideologie" die Leitbilder und Überzeugungen des herrschenden Systems übernommen werden, entsteht kein ideologisches Vakuum in den Köpfen, sondern bürgerliche Ideologie. Und drittens ist die Entideologisierungsthese völlig falsch, wenn sie in konvergenztheoretischem Sinne auf den Sozialismus übertragen wird.

In der sozialistischen Formation werden alle ökonomischen, gesellschaftlichen und menschlichen Beziehungen nicht spontan realisiert, sondern die bewußte Gestaltung der gesellschaftlichen Beziehungen unterscheidet den Sozialismus von der Spontaneität des Kapitalismus. „Die sozialistischen Produktionsverhältnisse werden durch die Tätigkeit der Menschen realisiert, die Interessen, Prinzipien und Ideale haben, von denen sie sich bei ihren Handlungen leiten lassen. Die mate-

riellen Produktionsverhältnisse sind, wie Marx zeigte, untrennbar mit den ideologischen, gesellschaftlichen Beziehungen, mit der Sphäre der Politik und des Staates, des Rechts und der Moral verflochten" [34]). Daraus ergibt sich die wachsende Bedeutung der sozialistischen Ideologie, der führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei beim umfassenden Aufbau des Sozialismus. Die Forderung nach „Entideologisierung", ein wesentlicher Bestandteil der „geistigen Offensive" gegen die sozialistischen Länder, bezweckt nichts anderes als die Verdrängung der sozialistischen durch die bürgerliche Ideologie. Das wäre gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die bewußte, planmäßige Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft. Nicht die „Entideologisierung", sondern das Eindringen der wissenschaftlichen Ideologie des Marxismus-Leninismus ist die Voraussetzung für die wissenschaftliche Lenkung der gesellschaftlichen Prozesse in der sozialistischen Gesellschaft.

c) Führt Wohlstand zur „Verbürgerlichung"?

Manche Konvergenztheoretiker meinen, daß Wohlstand die revolutionäre sozialistische Ideologie untergrabe. Das behaupten z. B. der ehemalige Chefplaner der amerikanischen Außenpolitik, Walt Whitman Rostow, und die Anhänger der Dogmen Mao Tse-tungs. Das meinen aber auch Vertreter der außerparlamentarischen Opposition gegen den staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik und in anderen kapitalistischen Ländern. Manche konstruieren daraus eine Kritik an den sozialistischen Ländern und berufen sich dabei fälschlich auf Marx.

Der von Marx und Engels begründete wissenschaftliche Sozialismus lehnt alle asketischen Weltanschauungen ab. Die Not und das Elend zu überwinden und allen Menschen ein besseres Leben zu schaffen, ist einer der wichtigsten Wesenszüge des sozialistischen Humanismus. In der Vorarbeit zum „Kapital" entwickelte Marx den Leitsatz von der höchsten Entwicklung der Produktion als Basis der kommunistischen Gesellschaft. „Also keineswegs Entsagen vom Genuß, sondern Entwickeln von power, von Fähigkeiten, wie der Mittel des Genusses" [35]). Nicht das Wachstum, sondern ein zu niedriges Niveau des gesellschaftlichen Reichtums und des persönlichen Konsums der Produzenten sind eine Gefahr für den Sozialismus. Marx und Engels erklärten, daß die „Entwicklung der Produktivkräfte ... eine absolut notwendige praktische Voraussetzung" des Kommunismus ist, „weil ohne sie nur der Mangel verallgemeinert, also mit der Notdurft auch der Streit um das Notwendige wieder beginnen" müßte [36]). Die Entfaltung des sozialistischen Reichtums ist in gewissem Sinne sogar die Voraussetzung für die eigentliche Menschwerdung des Menschen. „Das Reich der Freiheit beginnt in der Tat erst da, wo das Arbeiten, das durch Not und äußere Zweckmäßigkeit bestimmt ist, aufhört; es liegt also der Natur der Sache nach jenseits der Sphäre der eigentlichen materiellen Produktion." Erst jenseits des Reiches der Notwendigkeit „beginnt die menschliche Kraftentwicklung, die sich als Selbstzweck gilt, das wahre Gesicht der Freiheit, das aber nur auf jenem Reich der Notwendigkeit als seiner Basis aufblühen kann. Die Verkürzung des Arbeitstages ist die Grundbedingung" [37]). In der weltweiten Auseinandersetzung zwischen den Systemen ist die Entwicklung der Produktivkräfte und die Steigerung des Nationaleinkommens sogar der alles entscheidende Faktor für die Beantwortung der Frage „Wer — Wen?"

---

34) Walter Ulbricht, Die Bedeutung des Werkes „Das Kapital" für die Schaffung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR und den Kampf gegen das staatsmonopolistische Herrschaftssystem in Westdeutschland, Berlin 1967, S. 42.
35) Karl Marx, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin 1953, S. 599.
36) Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 3, S. 34.
37) Marx/Engels, Werke, Berlin 1956 ff., Bd. 25, S. 828.

Reichtum im Kapitalismus und im Sozialismus unterscheiden sich grundsätzlich. Das beginnt damit, daß im Kapitalismus nur eine kleine Minderheit des Reichtums teilhaftig wird, der Sozialismus dagegen die Voraussetzungen für die Befriedigung der Bedürfnisse aller Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft schafft. Materieller Reichtum dient in den Händen der Bourgeoisie zur Ausbeutung anderer oder dazu, den Mitmenschen im Kampf ums spätbürgerliche Dasein auszustechen. „Wenn ich sechs Hengste zahlen kann, sind ihre Kräfte nicht die meinen?" läßt Goethe Mephisto sagen. Karl Marx kommentierte diese Stelle in den „Ökonomisch-philosophischen Manuskripten" als geniale dichterische Erkenntnis der Funktion des Geldes im Kapitalismus: „Was durch das Geld für mich ist, was ich zahlen, d. h. was das Geld kaufen kann, das bin ich, der Besitzer des Geldes selbst. So groß die Kraft des Geldes, so groß meine Kraft. Die Eigenschaften des Geldes sind meine — seines Besitzers — Eigenschaften und Wesenskräfte. Ich bin häßlich, aber ich kann mir die schönste Frau kaufen ... Ich bin lahm, aber das Geld verschafft mir 24 Füße ... ich bin geistlos, aber das Geld ist der wirkliche Geist aller Dinge, wie sollte sein Besitzer geistlos sein?" [38]). Dieser Sachverhalt ist in der Bundesrepublik auf die knappe Formel gebracht „Hast du was, dann bist du was". Im spätkapitalistischen Prestige- und Statusdenken wird der Wert des Menschen daran gemessen, welches Automodell er fährt, in welchem Stadtteil er wohnt, welchen Schmuck er trägt usw.

Im Sozialismus hat dagegen das Geld aufgehört, Kapital, also Mittel der Ausbeutung zu sein. Keiner hat die Möglichkeit, sich andere durch Reichtum zu unterwerfen. Persönlicher Wohlstand hat die moralische Legitimation der gesellschaftlichen und individuellen Leistung. „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Leistungen", schrieb Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms über das Verteilungsprinzip im Sozialismus. Wir begreifen Reichtum auch nicht in seiner verkrüppelten bürgerlichen Form als ausschließlichen Genuß materieller Güter. Protzentum und spießerhafte Angeberei mit materiellem Reichtum sind dem Sozialismus fremd. Wer dennoch das Streben nach Wohlstand auf den Konsum materieller Güter beschränkt, bleibt im Grunde in bürgerlichen Vorstellungen befangen. Sozialistischer Wohlstand — das ist die Einheit materieller Güter und geistig-kultureller Werte. So begriffen, ist Wohlstand im Sozialismus der Ausdruck der Selbstverwirklichung des sozialistischen Menschen und nicht eine Form von „Verbürgerlichung", wie es manche Konvergenztheoretiker behaupten.

Zur politisch-ideologischen Funktion konvergenz-theoretischer Modelle

Von der eingangs getroffenen Feststellung ausgehend, daß die Konvergenztheorie von den herrschenden Kreisen der kapitalistischen Welt als ideologische und politische Waffe zur Konservierung des überlebten kapitalistischen Systems und für die antikommunistische Offensive eingesetzt wird, sollen abschließend ihre wichtigsten ideologischen und politischen Funktionen skizziert werden.

Ideologisch liefert sie dem Spätkapitalismus eine Ersatzperspektive. Sie ermöglicht die Ausarbeitung eines „positiven Gesellschaftsbildes" des Spätkapitalismus, d. h. eines wandlungsfähigen, sich selbst reformierenden Kapitalismus und eines Zukunftsbewußtseins, einer imperialistischen Pro-Ideologie, die beweisen soll, daß die imperialistischen Zielsetzungen mit den objektiven gesellschaftlichen Gesetzmäßigkeiten übereinstimmen. Es ist ein Wesenszug der bürgerlichen Ideologie, die kapitalistische Gesellschaft als naturgegebene, „normale" und ewige Form menschlichen Zusammenlebens zu begreifen. Im spätbürgerlichen Progno-

[38]) Karl Marx, Ökonomisch-philosophische Manuskripte, Leipzig 1968, S. 223.

sedenken wird jedoch ein unaufhebbarer Widerspruch sichtbar: Je konkreter der Ewigkeitsanspruch des Kapitalismus und der Realisierbarkeit seiner Zielvorstellungen nachgewiesen werden sollen, desto größer wird der Verlust an Rationalität, desto deutlicher der Widerspruch zur Wirklichkeit. In unserer Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus kollidiert die Vorstellung eines sich auf den Kapitalismus hin bewegenden Sozialismus eklatant mit den Erfahrunngen der gesamten neueren Geschichte und den leibhaftigsten Tatsachen, besonders wenn die Frage der Konterrevolution praktisch gestellt wird. Daher trägt die Konvergenztheorie den Stempel des Illusionären; sie stellt eine jener zweckoptimistischen Ersatzperspektiven dar, „die von einem ständigen Gefühl ihrer Irrealität begleitet und nicht recht geglaubt werden". Da sie fortschreitend praktisch widerlegt werden, kann „der Widerspruch zwischen objektiver Perpektivlosigkeit, subjektivem Krisenbewußtsein und dem Klassenbedürfnis nach einer Handlungssicherheit verleihenden Ersatzperspektive nur noch durch Produktion phantastischen Charakter annehmender Illusionen, also gar nicht gelöst werden" [39]). Andererseits leistet die Konvergenztheorie für das spätbürgerliche Perspektivdenken mehr als etwa die agnostizistische Theorie von der „Offenheit der Geschichte", da sie die Realisierung der imperialistischen Ziele aus den Gesetzmäßigkeiten der technischen Revolution abzuleiten sucht und als möglich oder gewiß hinstellt. Daher pendelt die spätbürgerliche Prognostik zwischen illusionären Prophezeiungen eines perennierenden und expandierenden Kapitalismus und dem Verzicht auf die Prognostizierbarkeit der Geschichte. Der illusionäre Charakter der spätbürgerlichen Apologetik verhindert jedoch keineswegs, daß diese die Grundlage aggressiver außenpolitischer Konzeptionen bilden.

Die hauptsächliche innere Funktion der Konvergenztheorie besteht darin, daß sie die historischen Grenzen und sozialen Antagonismen des Kapitalismus verschleiert und harmonisiert, daß sie die Notwendigkeit des revolutionären, organisierten Kampfes gegen den Kapitalismus bestreitet und auf die Integration der Arbeiterklasse in das kapitalistische System abzielt und daß mit ihrer Hilfe versucht wird, der revolutionären Arbeiterbewegung die weltanschauliche Grundlage ihres Kampfes zu entziehen und sie damit geistig zu entwaffnen. Das geschieht vor allem durch zwei apologetische Thesen: erstens lohne sich der Kampf um den Sozialismus schon deshalb nicht, da der Kapitalismus durch Übernahme einiger Errungenschaften des Sozialismus von seinen schlimmsten Gebrechen geheilt worden sei und der Sozialismus nur einen historisch überflüssigen Umweg zu der einen „Industriegesellschaft" darstelle; zweitens sei durch die „zweite industrielle Revolution" ein Umschlag vom Kapitalismus der Ausbeutung und Armut in eine „Überfluß- und Wohlstandsgesellschaft" (Galbraith) erfolgt. Die Entfremdung werde allein durch Verkürzung der Arbeitszeit und Ausdehnung der Freizeit überwunden (Carlo Schmid). In diesem Weltbild erscheinen die kapitalistischen Interessen als objektive Sachzwänge der „modernen Industriegesellschaft, gewerkschaftliche und antimonopolistische Bestrebungen können als Störungsfaktoren des „Gemeinwohls" verteufelt werden (Eric Voegelin, Götz Briefs). Dem entspricht ein Menschenbild, das durch optimale Anpassung an die Sachzwänge der „modernen Industriegesellschaft" gekennzeichnet ist [40]).

Außenpolitisch liefert die Konvergenztheorie konzeptionelle Grundlagen für den Neokolonialismus und für die imperialistische Strategie gegenüber der sozialistischen Welt.

---

[39]) Wolfgang Heise, Aufbruch in die Illusion, Berlin 1964, S. 254.

[40]) Damit leiten die apologetischen Elemente der Konvergenztheorie in die Formierungskonzeption über, womit jedoch keineswegs ihre Identität behauptet werden soll. Vgl. dazu: Günther Rose, Zur Genesis und Funktion der Theorie der „Industriegesellschaft". In: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Berlin, 1/1967, S. 41 ff.

Der Neokolonialismus verleumdet — ähnlich, wie es gegenüber der Arbeiterklasse der entwickelten kapitalistischen Länder geschieht — den nichtkapitalistischen Entwicklungsweg der Industrialisierung als einen überflüssigen Umweg zur „Industriegesellschaft". Eine weitere konvergenztheoretische Variante neokolonialistischer Politik ist die Behauptung, daß der Grundwiderspruch unserer Epoche nicht mehr der zwischen Sozialismus und Kapitalismus sei, sondern der Widerspruch zwischen „armen" und „reichen" Völkern, dem „reichen Norden" und dem „armen Süden", zwischen „Weltdorf" und „Weltstadt", den „Industrienationen" und den „Bauernvölkern". Diese These ist theoretisch falsch und praktisch irreführend. Ohne hier konkret darauf eingehen zu können [41]), sei folgendes gesagt: Diese These geht von der falschen Voraussetzung aus, daß quantitative Niveauunterschiede einen dominierenden weltpolitischen Gegensatz begründen können, macht also, ganz im Sinne der Konvergenztheorie, allein den Entwicklungsstand der Produktivkräfte zum Angelpunkt des Charakters einer Gesellschaftsformation. In der Praxis wird diese These durch die Solidarität und tätige Hilfe der sozialistischen Länder für die jungen Nationalstaaten und die antiimperialistische Befreiungsbewegung widerlegt. Die weltweite Interventionspolitik des amerikanischen Imperialismus demonstriert, wer der Feind der Völker der „dritten Welt" ist. Die These von einer wachsenden Interessengemeinschaft der „reichen" Industrieländer des Nordens ist eine demagogische Spekulation, geschaffen zu dem Zweck, Imperialismus und Sozialismus auf eine Stufe zu stellen und einen Keil zwischen die Sowjetunion und die mit ihr verbündeten Staaten einerseits und den Völkern der „dritten Welt" andererseits zu treiben.

Im Anschluß an die historisch-politische Skizze von Genesis und Funktionen der Konvergenztheorie für die imperialistische Strategie soll nun ihre Rolle in der „flexiblen" Osteuropapolitik Washingtons und Bonns beschrieben werden. Die Konvergenztheorie negiert die Objektivität und den materiellen Charakter der Widersprüche zwischen den Systemen und reduziert diese auf ideologische und politische Gegensätze. Die Auseinandersetzung zwischen den Systemen wird im Grunde als tragisches Mißverständnis im Streben nach einer besseren Welt ausgegeben. So brachte es z. B. der französische Konvergenztheoretiker Pierre Bertaux fertig, den Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus als eine von den psychopolitischen Beratern der beiden Lager eingegebene „sportliche Fiktion" zum Zweck der Stimulierung einer Konkurrenzsituation zu interpretieren [42]); Golo Mann bezeichnete die Auseinandersetzung zwischen den Systemen als „dogmatisches Mißverständnis eigentlich lächerlichen Charakters" [43]). Aus derartigen krassen Fehldeutungen wird einerseits die Forderung nach „ideologischer Koexistenz" abgeleitet; andererseits wird daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß der Hebel zur Untergrabung des Sozialismus in der ideologischen Sphäre angesetzt werden müsse. Mit Hilfe der Konvergenztheorie soll der Bevölkerung der sozialistischen Länder der Gedanke suggeriert werden, daß die Wandlung des Sozialismus in Richtung „moderne Industriegesellschaft" — sprich Kapitalismus — ein objektiver Prozeß der technischen Revolution sei, den man nicht behindern, sondern fordern und fördern müsse. Die dafür entworfenen Modelle einer „Demokratisierung" und „Liberalisierung" des Sozialismus sollen das Vertrauen der Völker zum einzigen real existierenden Sozialismus untergraben. Dabei werden die wirklichen Erfolge und Leistungen des Sozialismus an einem abstrakten Sozialismus-Ideal gemessen; die sozialistische Wirklichkeit soll da-

41) Vgl. dazu Gerhard Liebig, „Arme" gegen „reiche" Völker — eine falsche Frontstellung. In: Einheit, Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus, Berlin, 8/1968.
42) Pierre Bertaux, Denkmaschinen, Kybernetik und Planung. In: Der Griff nach der Zukunft, München 1964, S. 81.
43) Golo Mann, die europäische Moderne. In: Propyläen-Weltgeschichte, Summa historica — Die Grundzüge der weltgeschichtlichen Epochen, (West-)Berlin-Frankfurt/M.-Wien 1965, S. 535.

durch in eine „graue Durststrecke" verwandelt werden. In allen diesen „Sozialismus-Modellen" wird der Sozialismus nicht als gegenwärtiger realer Prozeß, sondern als ein fernes, anzustrebendes Ideal aufgefaßt, das in völligem Gegensatz zum gegenwärtigen Entwicklungsstand des Sozialismus stehe. Bekanntlich polemisierte schon Karl Marx gegen das kleinbürgerlich-utopische Sozialismus-Verständnis. Was jedoch zu seinen Lebzeiten eine kleinbürgerliche Utopie war, verwandelt sich heute in Munition der imperialistischen ideologischen Diversion gegen den real existierenden und um die Verwirklichung der Ideen von Marx, Engels und Lenin ringenden Sozialismus. Das wurde bereits für die konterrevolutionären Parolen des „Pluralismus" und der „sozialistischen Marktwirtschaft" nachgewiesen.

Die Ausnutzung der Konvergenztheorie für die aggressive, auf die Veränderung des Status quo abzielende imperialistische Strategie findet sich auch im Konzept des Franz-Josef Strauß. Dieses Konzept basiert auf einer Kombination von Spekulationen auf nationalistische Relikte bzw. Tendenzen in der sozialistischen Staatengemeinschaft mit illusionären Hoffnungen auf soziologische und ideologische Wandlungsprozesse im Sozialismus gemäß der Konvergenztheorie. Von diesen Voraussetzungen ausgehend, entwickelt Strauß ein System strategischer und taktischer Überlegungen für die Großmachtpolitik des Bonner Staates als Instrument seines Hegemoniestrebens in Westeuropa und zur Anbahnung einer konterrevolutionären Entwicklung in den sozialistischen Ländern. Charakteristisch für das politische Denken von Strauß ist jedoch die Skepsis gegenüber konvergenztheoretischen Hoffnungen auf einen gewissermaßen automatisch ablaufenden „Transformationsprozeß" im Sozialismus. Nach seiner Auffassung werde sich die angestrebte kapitalistische Restauration weniger durch einen solchen „Transformationsprozeß" einstellen, sondern eher das Ergebnis einer langfristigen Einwirkung von außen sein. Ähnlich wie die Planer der amerikanischen Globalstrategie will sich auch Strauß nicht auf das spontane Wirken angeblicher innersystemarer Entwicklungsprozesse verlassen. Er sucht nach Ansatzpunkten für eine offensive imperialistische Politik und erblickt sie im „Kapitalbedarf" der sozialistischen Länder, in den Traditionen ihrer bürgerlichen Vergangenheit, in nationalistischen Tendenzen, in der Entstehung einer „neuen unabhängigen Führungsschicht" von „Managern" und in der Ausstrahlungskraft des Lebensstandards der entwickelten kapitalistischen Länder. Sein Programm mündet in ein Plädoyer für die imperialistische Machtpolitik gegenüber der sozialistischen Staatengemeinschaft. Diese Politik schließt die Möglichkeit des atomaren Konflikts zwischen den Weltsystemen ein. Westeuropäische Integration, Atomrüstung, Kriegsvorbereitung und „flexible" Ostpolitik verschmelzen in seinem Konzept zur Strategie der Konterrevolution.

*

Nach alledem erhebt sich die Frage, wie es zu erklären ist, daß manche progressiven Kräfte in der kapitalistischen Welt, Liberale und Demokraten, Christen und Anhänger der außerparlamentarischen Opposition von der Konvergenztheorie (oder einigen ihrer Thesen) beeinflußt werden. Aber das ist schon ein anderes Thema. Hier die Andeutung einer Antwort: Zunächst liegt das einfach daran, daß sie den Sozialismus nicht kennen und die beiden Systeme nicht miteinander vergleichen können. Da ihnen sachliche Informationen über den Sozialismus und die Wissenschaft des Marxismus-Leninismus vorenthalten werden, nehmen sie den Schein für das Wesen und folgern aus gewissen Analogien auf eine Annäherung der Systeme. Und schließlich will uns scheinen, daß ihnen der „dritte Weg" als ein bequemerer Weg, als „Ausweg" zur Vermeidung der Härte des Klassen-

kampfes erscheint. Die Anziehungskraft der Konvergenztheorie und damit ihre Gefährlichkeit beruhen gerade darauf, daß sie es ihren bürgerlich-liberalen Anhängern ermöglicht, eine Kritik an den „negativen" Seiten des Imperialismus vorzunehmen wie auch, sich den „positiven" Seiten des Sozialismus zuzuwenden, ohne den bürgerlichen Horizont zu sprengen. Daher dienen diese Auffassungen — welche subjektiven Vorstellungen sich auch immer damit verbinden mögen — objektiv dem Imperialismus.

Wir haben mehrfach festgestellt, daß die Divergenz zwischen den Systemen wächst. Die Vergesellschaftung der Produktivkräfte erfordert den Sozialismus. Nicht der Sozialismus nähert sich also an den Kapitalismus an, sondern der Kapitalismus an den Sozialismus in dem Sinne, daß sich in seinem Schoße die materiellen Voraussetzungen für den Sozialismus entwickelt haben. Solange aber das kapitalistische System bestehen bleibt, verschärft sich sowohl der Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktionsweise zwischen dem gesellschaftlichen Charakter der Produktion und der privaten Form der Aneignung wie auch der Widerspruch zwischen den Systemen.

Die Konvergenztheorie wird dadurch praktisch widerlegt, daß die sozialistischen Länder die Überlegenheit der sozialistischen Formation allseitig beweisen und ihre spezifischen Eigenschaften immer klarer konturieren. Die ständige Konfrontation der Konvergenztheorie mit der Wirklichkeit des Sozialismus und die strategischen Niederlagen des Imperialismsu führen gesetzmäßig zum Verschleiß dieser neuesten Variante antikommunistischer Demagogie.

Ulrich Greiwe

Darstellung und Kritik der Futurologie in den USA und in der BRD

Allem Anschein nach: die sogenannte Zukunftsforschung und ihre Verfechter haben die kapitalistische Teststrecke mit Auszeichnung überdauert. Genehmigt! frohlocken die Industriellen. Wir werden es Euch schon zeigen! ereifern sich die intellektuellen und speziellen Reformer in listiger Wonne. Ihr werdet es erleben! flüstern die US-Starfuturologen Hermann Kahn und Anthony Wiener gewinnträchtig.

Die Zukunft ist zum Bestseller geworden. Der Reiz, sie zwischen Buchdeckeln und in eigens dafür hergerichteten Institutionen zu entkleiden, ohne auch nur im geringsten vereiteln zu können, daß sie durch die programmierenden Antagonismen und Instanzen der kapitalistischen Welt flugs wieder verhüllt wird, beginnt sich zu etablieren.

Bereits am 1. Dezember 1967 häufte die Stadtbibliothek Hannover 151 Werke deutscher Sprache [1]), deren Autoren die Zukunft beschworen und entwarfen, verdammten oder zu errechnen suchten. Die Zukunft entwickelt sich, heute. Am Unternehmersessel „im Kreise der engsten Berater", im Lobbybüro „auf Gegenseitigkeit", auf dem Reißbrett des Stadtplaners, hinter dem Eisernen Vorhang des Rüstungsgewerbes, dort im Halbdunkel der „oberen Zehntausend" beginnen die Spuren, die unser aller Zukunft dereinst hinterlassen wird.

Daß die Zukunftsforschung alias Futurologie nicht nur die Gefahr einer immobilisierenden Mystifizierung und Verschleierung der Zukunft, sondern bereits des Gegenwärtigen in sich birgt, soll — nicht zuletzt — diese Einleitung andeuten.

Darüber hinaus wird zu prüfen sein, ob mit der Futurologie nicht eine Art Feuerwehr-Wissenschaft innerhalb des kapitalistisch strukturierten, psychologisierten und informierten Weltteils angepflanzt und probiert werden soll, um dessen Herrschern die Machtpotentiale zu wahren und damit vor dem Untergang der kapitalistischen Sozialsystematik bzw. Asozialsystematik zu bewahren.

I

Um zu einer Stellenwert-Bestimmung und Definition des Phänomens Futurologie vorzustoßen, ist es wohl am vorteilhaftesten, die gesellschaftliche Situation des Kapitalismus im Hinblick auf seine Zukunftserwartungen zu umreißen. Zunächst fällt auf, daß, je älter und monopolimperialistischer der Nachkriegskapitalismus sich verhält, die Zukunftsangst seiner führenden Nutznießer um so mehr steigt. Die Sehnsucht nach Alternativen zum kapitalorientierten Geschichtsprozeß hat Ausmaße angenommen, die von den Systemstrategen im wesentlichen durch verdummende Manipulation, Korruption und faschischtoide Gewalt verstümmelt wird oder zu werden droht. Der Kolumnist Walter Lippmann, gewiß einer der unverblümtesten liberalkapitalistischen Bewußtseinsdekorateure, versuchte einige verbale Kennzeichen dieser Zukunftsangst auszumachen, als er schrieb: „In den höher entwickelten Ländern, kommunistischen und nichtkommunistischen, findet man heute keine tragenden Ideen, keine einigenden oder mitreißenden Überzeugungen, keine Erlösungspläne und keine flammenden Versprechen für eine bessere Zukunft. Dieser staubverhangene Ausblick kennzeichnet, so glaube ich, die historische Tatsache, daß wir heute in den letzten Abschnitten etablierter und traditioneller Gesellschaftsformen leben. Wir stehen gleichzeitig in den Anfängen eines Ringens um eine neue Kultur, das sich voraussichtlich über Generationen hinziehen wird. Es ist keine Zeit für Nur-Politiker. Es ist eine Zeit für Propheten und Führungspersönlichkeiten, für Entdecker, Erfinder, Pioniere; eine Zeit für diejenigen, die bereit sind, heute Bäume zu pflanzen, damit ihre Kinder unter ihnen sitzen können!" [2]).

In Lippmanns gefühlsschwangerer Zeitdeutung zeichnet sich ein Wesenszug des Spätkapitalismus ab, der ganz entscheidend zum intellektuellen Bedürfnis nach Zukunftsgewißheiten beigetragen hat: der geplante Verschleiß seiner Produkte, die Inszenierung neuer Konsumerlebnisse [3]), also außengeleiteter Bedürfnisse, um die Strukturen einer radikalen Kapital-Minderheit künstlich aufrechtzuerhalten — und damit ihre gewohnte Gewinnmaximierung. Die Neuerscheinungen

1) Beaujean/Friederichs, Zukunftsforschung — ein Literaturverzeichnis zur Futurologie.
2) Zit. nach „Die neue Gesellschaft — Sonderheft zum Parteitag der SPD in Nürnberg", März 1968.
3) In diesem Zusammenhang vermittelt eine Reportage Aufschluß, die am 11. April 1969 in der „Zeit" auftauchte und sich mit dem berühmten „Werbe-Hippie" Charles Wilp beschäftigte: „... Die Bioklimatik. die Wilps Studio mit natürlicher Elektrizität füllt, soll bald auch die Kunden der deutschen Supermärkte stimulieren. Ozongesättigte Menschen sollen durch Haare nach Eiern tasten, durch kühle Nylondrähte nach eisigen Afri-Cola-Flaschen: Wilps ‚Taktile Regale'. Kaufen als eine Art Entspannungsspiel". Vgl. hierzu filmische Machwerke wie „Che" und „Wild in den Gassen".

innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft produzieren sich in zunehmendem Maße als vorübergehende Modeerscheinungen.

Handelt es sich um systemkritische Neuerscheinungen, so setzt die handelsübliche Integrationsmaschinerie ein: über den Widerstand wird verhandelt, indem Symbole des Widerstandes [4]) als Ware gehandelt werden.

Bei Lippmann wird Optimismus zu einem Vehikel des dynamischen Gefühls. Es ist ein morscher Trick des liberalkapitalistischen Kolumnismus, strukturelle Zukunftsbedingungen zugunsten eines im Augenblick des Lesens an der Realität verpuffenden Predigerstils zu verschleiern. Lippmann betreibt jene publizistische Verinnerlichung, in die Klaus Harpprecht in der Futurologie-Nummer des „Monat" mit noch größerer Intensität verfallen ist [5]).

Der Kapitalismus und seine bürokratischen Triebkräfte der Gewinnmaximierung und des Rentabilitätsprinzips trotzen Lippmanns emphatischen Zeitzeichen. Spricht er einerseits von der Entleerung der kommunistischen wie nichtkommunistischen Welt von „Erlösungsplänen", „flammenden Versprechen" und „mitreißenden Überzeugungen", so widerspricht er sich, offenbar vom eigenen verträumten Höhenflug geistesbetört, alsbald: denn Propheten und punktuelle Sozialerfinder vermögen in dieser Zeit nichts zu bewirken außer Verschleierung der oligarchischen Triebkräfte und der systematischen Entwicklung der kapitalistischen Länder zu autokratisch bis totalitär regierten Gesamtunternehmen [6]). Herbert Marcuse hat den Einfall des Präsidenten Johnson, der amerikanischen Gesellschaft die Utopie der „Great Society" zu verordnen, als propagandistischen Bluff nachgewiesen: ein mörderischer Präsident versuchte sich als Pionier und Prophet zu verschanzen!

Marcuse schließt seine Kritik: „Vielleicht gründet mein ernstester Zweifel an der Great Society darin, daß die amerikanische Außenpolitik das innenpolitische Programm der Great Society nahezu entwertet. Die Tatbestände der Koexistenz, der Beziehungen zu armen Ländern, des Neokolonialismus und des militärischen Establishments sind keine zufälligen Außenfaktoren — sie determinieren vielmehr die Aussichten auf Wachstum, Verbesserung und selbst den Fortbestand einer Gesellschaft, ob sie nun groß oder nicht so groß ist. Erklärungen über die Notwendigkeit, das amerikanische Programm auf andere Völker auszudehnen, widerspricht der brutale und schmutzige Krieg in Vietnam; das direkte oder in-

[4]) In ganzseitigen Anzeigen warb die Großfirma Peek & Cloppenburg im März 1969 für einen „neuen Anzug-Typ" in einem „Gespräch mit einem jungen (Mode)-Revolutionär". Einer der neuen Werbesprüche lautete: „Und wenn schon Revolution, dann erstmal Mode-Revolution. Wollen Sie mitmachen? Es wird Ihnen wirklich leicht gemacht, denn dieser revolutionäre neue Anzug im Chicago-Stil kostet nur . . ." Zit. nach „Berliner Extra-Dienst" Nr. 25 III./1969. Ähnliches ließ sich das Werbeteam von C & A Brenninkmeyer bereits 1968 einfallen. Die Desintegration kann also durchaus eine creative Funktion für die Kapitalisten haben, was nur um so deutlicher den Konsum oberflächlichen Flitters zum wesentlichen Bestandteil kapitalistischer Erneuerung ausweist. 15 Prozent aller 1969 in den USA marktgängigen Waren sollen, so verkünden mehrere Publikationen, 1965 noch so gut wie unbekannt gewesen sein: im allgemeinen rechnet man zwischen Erfindung und ihrer Massenproduktion mit einer Zeitspanne von zehn Jahren. Nach C. V. Rock („Berufe von morgen") planen Textil-Strategen bereits Kunststoff-Anzüge zum Wegwerfen für 6 Mark.

[5]) Harpprecht bietet ein unvergeßliches Beispiel dafür, daß exzellenter Feuilletonismus in Gemeingefährlichkeit umschlagen kann, wenn Unglück zum Zufall emporstilisiert wird: „Dieses Jahrhundert bot den Theologen, die es einsegneten, wahrhaftig Anlaß genug, sich auf die Unerforschlichkeit des Walters der Geschicke zu berufen. Aber die Menschheit scheint sich das Prinzip der Unsicherheit, um mit Jouvenel zu reden, abgewöhnen zu wollen. Es bleibt auf die angebliche Nebensache individueller Existenz beschränkt: man vergißt die Pille; man stirbt an einem launischen Krebs; macht bankrott, verliebt sich womöglich oder hat, aus welchen Gründen auch immer, keine Lust mehr. Man könnte sogar — und in der Stunde, in der diese Zeilen notiert werden, ist es keineswegs gewiß — mit dem ersten Absprung zur Eroberung des benachbarten Planeten scheitern. Man würde es als einen Unglücksfall bezeichnen, der einen berechneten nächsten Glücksfall durchaus nicht zu verhindern vermag. Accident — im Englischen heißt es beides: Zufall und Unglück" („Monat", August 1969).

[6]) Kurz und deutlich dazu Prof. Eric Voegelin in den „Gesellschaftspolitischen Kommentaren", Nr. 11/65, unter dem Titel „Die dritte Phase der Industriegesellschaft": „Wenn der demokratische Prozeß unter den Teilunternehmern nicht zu Lösungen der ständig anfallenden Probleme führt, so daß das Gesamtunternehmen stagniert und die wirtschaftliche Existenz der Gesellschaftsmitglieder, etwa durch steigende Arbeitslosigkeit, ernsthaft gefährdet ist, dann bleibt als Alternative nur die Einsetzung eines Unternehmers für den Gesamtbetrieb — und das heißt der Übergang von der politischen Demokratie zu irgendeiner Form autokratischen oder totalitären Regimes".

Porto

PAHL-RUGENSTEIN VERLAG

5 Köln

Barbarossaplatz 2

Senden Sie bitte ein kostenloses Probeheft an folgende Anschriften:

1. .....

.....

2. .....

.....

3. .....

.....

Name und Titel, Ort und Straße

Ich bestelle hiermit die Monatszeitschrift

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

a) zum Preise von DM 2,50 zuzüglich Postzustellgebühr. Das Bezugsgeld wird durch den Postboten vierteljährlich im voraus erhoben.

b) zum Preise von DM 2,50 zuzüglich Porto bei Direktlieferung vom Verlag aus gegen vierteljährliche — halbjährliche — jährliche Verlagsrechnung
(nicht Gewünschtes bitte streichen)

c) als Student, Schüler, Wehrpflicht- oder Ersatzdienstleistender zum ermäßigten Preis von DM 2,— zuzüglich Porto *nur direkt vom Verlag* gegen vierteljährliche — halbjährliche — jährliche Verlagsrechnung
(nicht Gewünschtes bitte streichen)

Eine Beendigung des Abonnements ist stets zum Vierteljahresschluß möglich. Zahlungen können erfolgen auf das Postscheckkonto Köln 65 14. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Köln.

Name: .....
(Bitte in Block- oder Maschinenschrift ausfüllen)

Wohnort: .....

Straße: .....

.....
(Unterschrift)

direkte Eingreifen, wo immer sozialer Wandel althergebrachte Interessen bedroht, das Gedeihen militärischer Stützpunkte auf dem gesamten Erdball. Denn diese Bedingungen bezeugen, daß Mächte herrschen, die unvereinbar sind mit dem großen Entwurf von Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Es ist mehr das Vorhandensein dieser Mächte als das Fehlen von Kapazitäten und Absichten, das dem Programm einen ideologischen Charakter verleiht. Die Great Society wird eine Gesellschaft sein, die in Frieden bestehen und wachsen kann, ohne eingebautes Bedürfnis nach Verteidigung und Aggression — oder sie wird überhaupt nicht sein" [7]).

Die Analyse der kapitalistischen Geschichte spielt bei Gebeten an die Zukunft Lippmannscher Provinienz keine Rolle mehr. Das hier geübte Prinzip Hoffnung erfüllt zweierlei: es trägt zur Erblindung im Gegenwärtigen bei und stattet Zukünftiges in nahezu religiöser Manie bereits mit dramatischen, den Lebensrahmen revolutionierenden Silhouetten aus. Wer ringt denn um eine neue Kultur, die schließlich von Industriellen erlaubt, wenn nicht initiiert wird? Wer bestimmt denn, in welcher Weise die „etablierten und traditionellen Gesellschaftsformen" reformiert, geschweige denn revolutioniert werden? Im kulturellen Bereich läßt sich ausmachen, daß die Herrschenden ihre Existenzen zu retten suchen, indem sie die Kritik an sich und dem Mechanismus, der ihnen zynisch unverhältnismäßigen Nutzen verschafft, wiederum zur Industrie umfunktionieren. Günther Anders hat zu dieser kapitalistischen Taktik, den Widerspruch allmählich zu betäuben, eine eindrucksvolle Parabel zubereitet: „‚Wenn wir die Freiheit genießen', so schloß der molussische Philosoph Agelaos einen seiner aufsehenerregenden Aufsätze, ‚in den Kulturteilen der großen molussischen Blätter die Wahrheit zu schreiben, so nicht nur aus dem schändlichen Grunde, weil unser Staat es sich erlauben kann, uns Geistigen Narrenfreiheit einzuräumen, sondern aus dem noch schändlicheren, weil unsere Regierung die Produktion von Ventilen für erwünscht hält, wenn nicht sogar aus dem noch schändlicheren, weil sie deren Existenz für notwendig erachtet'. Diesen Aufsatz schickte Agelaos, kaum daß er hinter dem Worte ‚erachtet' den Schlußpunkt gesetzt hatte, an ein der Regierung nahestehendes Blatt — und siehe da: schon am nächsten Morgen war seine Wahrheit dort veröffentlicht; und schon am übernächsten Morgen traf das Honorar ein, über dessen Höhe er sich nicht zu beklagen brauchte" [8]).

Anders' literarische Klage läßt sich für die deutsche Tages- und Wochenpresse schwerlich prägen, denn die meisten Redaktionen haben sich unter dem spätkapitalistischen Druck bereits in Jahrmärkte absoluter Anpassung umgekrempelt [9]). Der hier angedeutete Strukturwandel der Nicht-Öffentlichkeit hat in der Bundesrepublik nicht zu einer Expansion repressiv-toleranter Flexibilität innerhalb der Kommunikationsmedien geführt, im Gegenteil: die durch Hitler und seine industriellen Hintermänner im Zweiten Weltkrieg masochistisch programmierte deutsche Gesellschaft läßt sich wiederum von Heilsvorstellungen halluzinieren und — fähig, dafür zu leiden, aber unfähig, zu trauern — machen die Reichen und ihre Strategen ihr Innenfeinde und Außenfeinde und einen dazu gehörigen Anpassungswortschatz schmackhaft.

---

7) Herbert Marcuse, Das Individuum in der „Great Society", in: „Ideen zu einer kritischen Theorie der Gesellschaft", edition suhrkamp 300, S. 183/184.
8) Günther Anders, Der Blick vom Turm, München 1968.
9) Z. B. dreht sich der Mitbestimmungskampf in vielen Redaktionen der Informationsmedien nicht um die Erringung eines Journalismus, der Zusammenhänge zwischen punktuellen politischen Begebenheiten und der Konzeption des Systems entdeckt, sondern um die Erhaltung der liberalkapitalistischen Partial-Kritik. In diesem Zusammenhang sind überragend interessant: der „provokativ"-Band der Europäischen Verlagsanstalt „Kapitalismus und Pressefreiheit"; Wolf Lepenies, Student und Öffentlichkeit — Kommunikationsprobleme einer Minderheit, in: Studenten in Opposition, Bielefeld 1968; Eckart Spoo, Pressekonzentration, Springer-Dominanz und journalistische Arbeit, in: Imperium Springer — Macht & Manipulation, Köln 1968.

Der Hinweis auf einige Verzerrungen, die das kleinbürgerliche Bewußtsein unter dem Applaus der Kapitalisten (sie applaudieren der eigenen Inszenierung) der Wirklichkeit überbaut, schien mir überpointiert nötig, da futurologisches Denken durch die erstarrte Bewußtseinswelt des überwiegenden Teils der bundesdeutschen Bevölkerung zu einem von ihr isolierten Luxus gerät. Eine so demonstrativ zukunftsorientierte wissenschaftliche Bewegung kann ohne leidenschaftliche Korrespondenz mit der Gesellschaft nicht existieren. Keine wissenschaftliche Bewegung zuvor wurde von einem derart konkreten Gestaltungswillen getragen.

II

Sträubt sich die hiesige Instinktkoalition der konservativen Herrschenden und der von ihnen Zurechtgewiesenen gegen eine humanistisch effektive wissenschaftliche Gesellschaftsplanung, so ist zum dominierenden Hindernis einer emanzipatorisch gesonnenen amerikanischen Futurologie ihre Abhängigkeit von militärischen Organisationen geworden [10]). Unter den Gründen für die wissenschaftliche Führungsrolle der USA verkündet der amerikanische Futurologe Zbigniew K. Brzezinski in seiner Studie „Amerika im technetronischen Zeitalter": „In der Sowjetunion hat die starre Ressorttrennung zwischen geheimer militärischer Forschung und industrieller Forschung einen sterilisierenden Effekt gehabt; dadurch ist verhindert worden, daß bei der Waffenforschung gesammelte Kenntnisse zur industriellen Anwendung kamen" [11]).

Brzezinskis Arbeit muß zu den ungeschminktesten und sensibelsten Produkten westlicher Antizipatoren gerechnet werden, weil dieser heute 41jährige, in Warschau geborene Direktor des Research Institute on Communist Affairs und Professor für Public Law and Government der Columbia-University nicht in einem futurologischen Eklektizismus verharrt, sondern in journalistisch simplifizierender Sozialpsychologie Konflikte und Milieu von morgen, vornehmlich für die amerikanische Gesellschaft, zu entwerfen sucht, wobei er Amerika heute als die schöpferische Gesellschaft annimmt; „die anderen eifern ihm bewußt oder unbewußt nach" [12]).

„Um das Jahr 2000", so heißt es bereits im fünften Satz der Brzezinski-Studie, „werden Robespierre und Lenin — so schockierend das für ihre Verehrer klingen mag — allgemein als milde Reformer gelten". Dieses formale Siebenmeilen-Histörchen besagt nur, daß Brzezinski weder Robespierre noch Lenin mag, und zweitens, daß „es im Wesen der Geschichte liegt, stets Neues zu produzieren" (Georg Lukács). Den „neuen Sozialrebellen" wirft Brzezinski unverblümt „die Unfähigkeit" vor, „ein konkretes und sinnvolles Programm aufzustellen". Genau hier beginnt die „Integrationsideologie", deren Anziehungskraft der technetronische Futurologe „schmälern" möchte: dieser suggestive Vorwurf, ein beliebter Sport kapitalistischer Systemstrategen, ist leicht außer Kraft zu setzen, indem man bedenkt, daß sowohl dem bundesdeutschen als auch dem amerikanischen ka-

---

10) Nach „Forschungsplanung — Eine Studie über Ziele und Strukturen amerikanischer Forschungsinstitute", R. Oldenbourg Verlag München-Wien, setzt z. B. Nordamerikas berühmteste Denkfabrik, die RAND Corporation in Santa Monica/Californien, „aus ihrem Mitarbeiterstab (rund 1000 Angestellte, davon 550 bis 600 Wissenschaftler und Techniker) Wissenschaftler als Verbindungsleute zwischen der Gesellschaft und ihrem wichtigsten Auftraggeber, der US-Luftwaffe, ein; sie sollen helfen, daß von den durch RAND angebotenen Möglichkeiten der bestmögliche Gebrauch gemacht wird. Umgekehrt ist eine kleine Gruppe höherer Luftwaffenoffiziere während ihrer Dienstzeit in den Forschungsstab der RAND Corporation beordert. Als weiteres Verbindungsglied wurde die „Project RAND Military Advisory Group" (MAG) nach dem Vorbild des Kuratoriums gebildet . . ." Zu den wesentlichsten Auftraggebern der futurologisch orientierten System Development Corporation (SDC) — mehr als 4000 Mitarbeiter — zählt die Studie: Verteidigungsministerium, Amt für ehemalige Kriegsteilnehmer, Luftwaffe, Armee, Königlich Kanadische Luftwaffe . . .

11) Brzezinski, Amerika im technetronischen Zeitalter, deutsch in „aus politik und zeitgeschichte", 29. Mai 1968, S. 11.

12) Nicht wenige Futurologen siedeln die historische Lücke in der sozioökonomischen Entwicklung zwischen der Bundesrepublik und den USA bei 16 Jahren an.

pitalistischen System mehr als zwanzig Jahre Zeit gelassen wurden, sich zugunsten größerer sozialer Lücken zu entwickeln. „In vielen zurückgebliebenen Ländern wird die Spannung zwischen dem, was ist, und dem, was sein kann, sich verstärken", stellt Brzezinski fest. Dieser Bewegungsrichtung soll sich alle Welt offenbar einordnen. Alle optimistischen Passagen lösen sich in Unwohlgefallen auf, da Brezezinskis Vorstellungen nichts so kennzeichnet wie ihre herrschaftssoziologischen Widersprüche. Da heißt es zunächst: „Die Verlagerung der finanziellen Verantwortung auf die unteren Stufen könnte dazu führen, daß die dann wichtiger gewordene Lokalpolitik mehr Talente anzieht und überhaupt mehr Interesse findet". Doch die „nationale Koordination" soll jede Entfaltung ungezügelter, den Herrschaftsinteressen widerstreitender Politik im Keim ersticken: „Nationale Koordination und lokale Teilnahme ließen sich auf diese Weise durch die neuen Koordinationssysteme miteinander verbinden". Mit den „neuen Kommunikationsmitteln und Computertechniken" gelingt es in dieser Form, jeden Willensbildungsprozeß von unten nach oben unter den Koordinationsprämissen verpuffen zu lassen — und somit die Demokratie [13]).

Brzezinskis Sorge gilt einer technetronischen Gesellschaft, deren demokratische Freiheit faktisch nur noch in der Einbildung und Selbstbeschränkung besteht: „Ökonomische Macht verquickt sich unauflöslich mit politischer Macht; im gleichen Maße verschwindet sie aus dem Blickfeld, und beim einzelnen wächst das Gefühl der Entbehrlichkeit". Die psychische Verelendung der „technetronischen Massen" ergründet Brzezinski nicht, der Fortschritt um jeden menschlichen Preis erweist sich als seine Revolutions-Vorstellung: „Viele Amerikaner fühlen sich weniger frei"; dieses Gefühl scheint damit zusammenzuhängen, daß sie kein „Ziel" mehr sehen; Freiheit impliziert die Wahl, so oder so zu handeln, und Handeln erfordert Zielbewußtsein. Wenn der gegenwärtige Übergang Amerikas ins technetronische Zeitalter keine persönliche Befriedigung zu bieten vermag, dann könnte das nächste Stadium ein verdrossenes Sich-Zurückziehen von der sozialen und politischen Teilnahme sein — eine Flucht vor sozialer und politischer Verantwortung in die „innere Emigration". Politische Frustration könnte es den Menschen erschweren, rasche Umweltveränderungen zu verarbeiten und zu internalisieren; das wiederum würde die psychische Anfälligkeit vergrößern.

Wenn es also keine orginelle Lust in der amerikanischen Gesellschaft mehr gibt und die falschen Bedürfnisse, die die unersättliche Industrie vermittels nahezu berechenbarer Werbewirkung verordnet, selbst dann, wenn sie als falsch eingesehen werden, nicht verjagt werden — in diesem Fall, so möchte ich behaupten, wird die amerikanische Konsumgesellschaft einer Kamikaze-Mentalität verfallen. Die seelische und soziale Verwüstung, die der amerikanische Kapitalismus angerichtet hat, sieht Brzezinski möglicherweise in der Solidarisierung der „Unzufriedenheit der Intellektuellen mit der wachsenden Verbitterung der benachteiligten Negermassen" explodieren: „Im extremen Fall könnte den Vereinigten Staaten eine Phase gewaltsamer, destruktiver innerer Kämpfe bevorstehen, wobei ideologische und rassische Intoleranz Hand in Hand gingen". Hier wird rassische und ideologische Unduldsamkeit eben ideologisierend mystifiziert. Denen, die den heuchlerischen Ruhe- und Ordnungskonsum auf Kosten der amerikanischen Minderheiten als nur den Überpriveligierten dienlich entlarven, schiebt Brzezinski den Schwarzen Peter zu. Solcherlei publizistische Überhöhungen tragen zur „Hemmung des Neugierverhaltens, die zu den konstanten Erziehungselementen

[13]) In diesem Zusammenhang findet es Brzezinski groteskerweise erwähnenswert, daß „die amerikanische Armee ihre Kontrollsysteme so weit entwickelt hat, daß jetzt massive Luftangriffe und Artilleriefeuer nicht selten von Sergeanten ausgelöst und koordiniert werden. Im Zweiten Weltkrieg waren Oberste dafür zuständig".

unserer Gesellschaft gehört" (Alexander Mitscherlich) bei. Der diesjährige Friedenspreisträger des Buchhandels der BRD sozial-psychoanalysiert weiter: „Es besteht die Tendenz, Minoritäten, die eine gewisse unersetzliche Funktion in der Gesellschaft ausüben, in Gettos zu isolieren, d. h. auszustoßen, und sie zugleich zu einem für die innere Ökonomie der Mehrheit außerordentlich wichtigen Haßobjekt zu stempeln [14]). Die Juden haben in der christlichen Welt lange diese Rolle gespielt, die Inder spielen sie heute in vielen afrikanischen Gesellschaften, die Neger in den USA. Zum Sündenbock stempeln heißt Anpassung unmöglich machen, gerade sie wird verboten. Der Jude, der Neger müssen die bleiben, die sie sind; es herrscht der Zwang einer negativen Imago. In Wirklichkeit produziert dann das Getto tatsächlich deformierte Persönlichkeiten, ‚Opfer', für die es nur aggressive Reaktionen — von wechselnder Sublimiertheit oder brutaler Direktheit — zur Erleichterung der Lage gibt. Und diese Reaktionen wiederum werden als Rassencharakter zur Aufrechterhaltung der negativen Imago schematisiert und verschärfen die paranoiden Ängste. So bilden sich schließlich Feindseligkeit und Mißtrauen, für die es keine Lösung mehr zu geben scheint, nachdem die Informationsbrücken einmal abgebrochen sind; Informationen über die äußere Realität wären aber eine der Voraussetzungen jeder Anpassungsleistung. Das tatsächliche Verhalten und die wirkliche Einstellung werden jetzt von unbewußt vorbereiteten Phantasien gesteuert" [15]).

Wenn Brzezinski von einer „Phase größerer Bewußtheit" spricht, in die die amerikanische Gesellschaft nun eintrete, so konstatiert er zugleich ihren Abschied von der „Phase der Spontaneität", die einen „fast automatischen Optimismus im Hinblick auf die Zukunft, auf das ‚amerikanische Wunder', auf Gerechtigkeit und Glück für alle" gefördert habe. „Die Spontaneität war verbunden mit dem Glauben an die inhärente Güte der amerikanischen sozio-ökonomischen Dynamik: in dem Maße, wie Amerika sich entwickelte, wuchs und reicher wurde, würden sich auch verbliebene oder neu auftauchende Probleme von selber lösen". Wenn Brzezinski seine Analyse hier unterbricht, um nicht nur die „Neue Linke" in verlogener publizistischer Dramaturgie zunächst einmal anzubellen, sondern auch noch mit dem Argument, „daß es der ‚Neuen Linken' äußerst schwer fällt, die vorhandenen — namentlich marxistischen — Doktrinen auf die neue Wirklichkeit anzuwenden", so kann das andererseits nur Billigung des Status quo heißen, dessen präfaschischtische Züge zwar ermittelt werden dürfen, aber nicht revolutionär eliminiert. Genau dieser Reformismus, diese publizistische Sozialisation an die systemimmanenten Grausamkeitsgründe führt in den weltweiten Abgrund!

Die „Phase größerer Bewußtheit" erweist sich durch die mangelnde kapitalistisch-sozialpsychologische Einsicht im Denken Brzezinskis als leichtfertige Erfindung. Bewußtheit in einer sich human transformierenden Gesellschaft hieße zunächst einmal, die Lust am Nachteil des anderen vermittels fundierter, herrschaftsunabhängiger Erziehungs- und Gesellschaftspolitik abzubauen. Das kann rational geschehen, und die kalte Autorität der Technologie in einer „vaterlosen Gesellschaft" wird uns nicht von der Freude und Sinnlichkeit entfernen, nur gegen zur Herrschaftsstabilisierung propagierte Feinde wird sie sich nicht mehr wenden

14) Es ist deshalb zweifelhaft, ob eine geographische Lösung Unzufriedenheit und den psychologischen Terror der Weißen mindert. So stand am 31. 7. 1968 in der „Frankfurter Rundschau": „Die geographische Trennung der Rassen wird in den nächsten 17 Jahren in den USA immer mehr zunehmen. Nach Ansicht einer von Präsident Johnson eingesetzten Kommission für städtische Probleme . . . werden die Farbigen immer mehr in die Städte wandern und die weißen Amerikaner immer mehr in ländliche Vororte ziehen. Nach den Erwartungen der Kommission, die als Warnung und nicht als Prophezeiung verstanden werden sollen, werden dann 1985 wesentlich mehr Großstädte als jetzt eine farbige Mehrheit haben. Zur Zeit sind es nur Washington und Newark."

15) Alexander Mitscherlich, Aggression und Anpassung, in: Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, edition suhrkamp 282, S. 86.

müssen. Uns selbst kennenzulernen, und damit die psychologischen Verformungen des kapitalistisch programmierten Getriebes an uns, ist die Aufgabe von Mitscherlichs Sozialpsychologie: „Soll Moral im Zeitalter perfekter Vernichtungsmittel deshalb nicht zur privaten Kuriosität, zum Deckmantel der Tatverschleierung herabsinken, dann kann sie nur darin bestehen, uns sanft aber beharrlich zur Erweiterung unserer Selbstwahrnehmung anzuhalten. Wo sie sinnlos Tugenden fordert, die ohne Schaden nicht erreichbar sind, nämlich z. B. ohne übergroße Domestikation, kann sie nicht erwarten, daß sie anders als im Dienste der Zerstörung arbeitet. Die verwüsteten Landschaften der Welt, die ermordeten namenlosen Scharen der Geschichte beweisen es. Sie wurden immer im Namen einer höheren Tugend vernichtet, nämlich einer Tugend, die sich diesen Beinamen des höheren selbst zulegte und sich deshalb zur Zerstörung privilegiert glaubte" [16]).

Die Zukunftsforschung ist dringend verdächtig (von vielen ihrer liberalen Anhänger unbewußt mitgetragen), eine neue verderbliche Tugend in die Welt zu setzen: die Flucht nach vorn, die Vorwärtsstrategie zur konkreten Verblendung der Zukunftsbedingungen. Ihre Bemühungen, ein neues Wertsystem für die spätkapitalistische „technetronische" Gesellschaft einzuleiten, trifft nur selten die Wurzeln dessen, das seiner gemeinunnützigen Wirkung beraubt werden muß. Brzezinskis Vorhersagen stellen ein ebenso deutliches wie warnendes Beispiel dar: „Die Möglichkeiten und Gefahren der chemischen Gedankenkontrolle, des Individualitätsverlusts durch Transplantationen, der Manipulation genetischer Strukturen werden von der Gesellschaft (!) verlangen, Grenzen für die Nutzung der neuen Fähigkeiten festzulegen. Wissenschaftler sagen mit einiger Zuversicht (!) voraus, daß am Ende dieses Jahrhunderts die Computer den Menschen in ihren Denkleistungen nicht mehr nachstehen und zu ‚schöpferischem' Denken imstande sein werden; mit Robotern und ‚Laboratoriumsgeschöpfen' gekoppelt, könnten sie handeln wie Menschen. Es ist nicht zu verkennen, daß diese Entwicklungen genügend Stoff für einen höchst vertrackten — und vielleicht bitteren (!) — philosophisch-politischen Dialog über die Natur des Menschen liefern. Andere Entwicklungen und Verfeinerungen werden die Gesellschaft, wie wir sie jetzt kennen, weiter verändern. Die Informations-Revolution — Speicherung großer Mengen jederzeit abberufbarer Informationen (von wem? Anm. d. Verf.), eines Tages vielleicht die Möglichkeit, durch Knopfdruck benötigte Informationen in fast jeder Privatwohnung visuell und akustisch verfügbar zu machen — wird der institutionalisierten kollektiven Erziehung einen anderen Charakter geben. Die gleichen Techniken könnten dazu benutzt werden, jeden Bürger einer totalen politischen Überwachung auszuliefern; das Problem der Privatsphäre wird damit viel akuter werden, als es heute ist. Kybernetik und Automation werden die Arbeitsgewohnheiten revolutionieren: Muße wird die Regel werden, aktive Arbeit eine Ausnahme — und ein Privileg für die Begabtesten. Die leistungsorientierte Gesellschaft weicht vielleicht der vergnügungsorientierten Gesellschaft, in der Zuschauerspiele (Massensport, Fernsehen) als Opium für Massen dienen, die in ihrem Leben immer weniger ein Ziel erkennen können".

Daß „der Mensch feststellt, daß ihm gar nichts anderes übrigbleibt", da dies die unumstößliche „Dynamik der technischen Entwicklung" sei, diese suggestiven absoluten Formeln systemimmanenter Erziehungspublizistik entlarven — wie so oft — Alternativen der Futurologie als Alternativen der Herrschenden. So nimmt es nicht wunder, daß Brzezinski in sein Zukunftspanorama auch „einige lokale Kriege zwischen schwächeren, ärmeren, nationalistisch besonders aufgepeitsch-

[16]) Alexander Mitscherlich, Was haben wir dem Diktat der Grausamkeit entgegenzusetzen? Kommentar im Zweiten Deutschen Fernsehen in der Reihe „Fragen der Zeit" am 6. 4. 1969.

ten Nationen" einkalkuliert; vielleicht komme es sogar zur totalen nuklearen Auslöschung einer oder mehrerer kleiner Nationen, ehe im Gefolge der dadurch ausgelösten weltweiten Schockwirkung eine größere internationale Kontrolle durchgesetzt werden könne.

Die „Drohphantasie", die sich hier — dabei nur wie eine Karikatur der futurologischen Albträume von Herman Kahn [17]) wirkend — breitmacht, hat Dieter Senghaas auf das scharfsinnigste analysiert und gebrandmarkt: „Diese Phantasie entwirft Konfliktfälle, die nicht nur nicht realistisch sind, deren Formulierung vielmehr einer sich automatisch erweiternden Selbstbeschäftigung mit Gewalt, Gewaltdiplomatie und Drohstrategien gehorcht. In der Folge kommt es zu einer kaum zu übertietenden Lernpathologie, die zwangsläufig dazu führt, daß Abschreckungspolitik im Maße ihrer lückenlosen Realisierung konsequent den Weg zu politischen Alternativen verbaut und die Gesamtpolitik ihrer Flexibilität beraubt" [18]). Diese Lernpathologie findet ihr Pendant in der masochistischen, verbal ablenkenden Verherrlichung jener Symbole, die sich in der Gesellschaft als Meilensteine der Zukunft eingeprägt haben: Computer, interplanetarische Raketen, Haushaltsautomation, Stimulanz-Präparate und Transplantationen. Wie diese Erwartungen gezeugt werden und welche infantil-journalistische Zukunftsromantik zu diesen Bilderbuch-Vorstellungen beiträgt, soll später untersucht werden.

III

Bei einer derart jungen Wissenschaft, die überdies noch keine akademische Respektabilität erlangt hat, steht eine Erforschung der Motive der sogenannten Zukunftsforscher im Verhältnis zu den Motiven der Machthaber, denen sie sich zur Verfügung stellen, noch aus. Während sich die ökonomische Konkurrenz zunehmend internationalisiert und die „technischen Produktionsprozesse immer mehr von den subjektiven Schranken des menschlichen Arbeitsvermögens befreit" werden, werden „Rentabilität und Effektivität heute weitgehend von der wissenschaftlichen Durchdringung der Produktion" [19]) gesichert. Dem Dogma des Marktes und der technokratisch-kapitalistischen Zwangsläufigkeit zu entrinnen, war jedoch das Ansinnen systemkritischer Futurologen wie Jungk, Flechtheim und Menke-Glückert. Sie unterschätzten die Tatsache, daß „durch die Umstellung von der privaten auf die politische Auftragsbasis der Forschungsprozeß im ganzen einem bewußten politischen Willen zugänglich wird" (Jürgen Habermas). Ein machtabhängiger Ausleseprozeß geht vonstatten, den Habermas am Beispiel der systemtechnisch agierenden amerikanischen MITRE Corporation skizziert: „Das Hauptquartier der Luftwaffe läßt durch geschulte Kontaktleute dem Programmbüro des Forschungsinstitutes ein grob umrissenes militärtechnisches oder organisatorisches Problem vortragen; der Ausgangspunkt ist ein vage formuliertes Bedürfnis. Eine strengere Fassung des Problems ergibt sich erst im Laufe einer langwierigen Kommunikation zwischen den selbst wissenschaftlich ausgebildeten Offizieren und dem Projektleiter. Mit der endlichen Selektion und der gelungenen Definition der Fragestellung ist indessen der Kontakt nicht erschöpft; sie genügen allenfalls für den Abschluß eines detaillierten Vertrages. Während der Forschungsarbeiten selbst besteht auf allen Ebenen, vom Präsidenten bis zum Techniker, ein stetiger Informationsaustausch mit den entsprechenden Stellen der auftragserteilenden Institution. Die Kommunikation darf nicht abbrechen, bis die

17) Herman Kahn, Eskalation, Berlin 1966; Herman Kahn/Anthony Wiener, Ihr werdet es erleben, Wien 1969.
18) Dieter Senghaas, Aggressivität und Gewalt. Thesen zur Abschreckungspolitik, in: Aggression und Anpassung in der Industriegesellschaft, a.a.O., S. 135.
19) Paul Oehlke/Hans-Henning Herzog, Wissenschaft und Intelligenz im Spätkapitalismus, in: ad lectores 8, Festschrift des Soziologischen Luchterhand-Lektorats zum 70. Geburtstag von Eduard Reifferscheid, S. 139.

Lösung des Problems grundsätzlich gefunden ist, denn erst mit der prinzipiell absehbaren Lösung ist das Ziel des Projektes endgültig definiert. Das Vorverständnis des Problems, das praktische Bedürfnis des Auftraggebers, wird selber erst in dem Maße artikuliert, in dem sich theoretische Lösungen und damit Techniken der Befriedigung in streng entworfenen Modellen abzeichnen" [20]).

Die „Phantasie an die Macht" zu setzen, unterdessen zu einer Lieblingsproklamation der futurologischen Publizistik gediehen, scheiterte an der Bewußtwerdung der „amerikanischen Herausforderung" innerhalb der europäischen Industrie. Mithin versuchte man auf der oligarchischen Ebene ein europäisches Industrie-Bewußtsein hochzuspielen: Schlagworte wie „technologische Lücke" (zwischen USA-Europa), „Management-Lücke" und — allumfassend — „politische Lücke" forcierten das Zukunftsinteresse und stimulierten ein Wirrwarr von futurologischen Weissagungen. Die Experimentfeindlichkeit in der Bundesrepublik entpuppte den futurologischen Boom, der sich bisweilen als echtes soziales Bedürfnis nach einer liberalen Anti-Routine-Bewegung auszuweiten schien, als irrational. Ein deutschtümliches Maß an Phantasie-Sublimierung und Leblosigkeit, das Weltkriegsrelikt, endlich Ruhe und Ordnung — und wieder unter den mißratenen rechten Vorzeichen — zu erhalten, stemmte sich gegen einen politisch mobilisierenden Run nach beharrlicher schöpferischer Phantasie. Dieses Mißverständnis drückte Robert Jungk in der diesjährigen Mai-Nummer des „Merkur" so aus: „Zu Unrecht werden beim Zukunftsforscher prophetische Fähigkeiten vermutet, werden Erwartungen in ihn gesetzt, die kaum aus seinen Äußerungen abzuleiten sind, sondern den Wunschvorstellungen nach Sicherheit im Unsicheren strebender Zeitgenossen entsprechen."

IV

Wie sieht nun dieses Bild von der Zukunft aus, das sich in den Informationsmedien der Bundesrepublik dartut? Welche Struktur hat das Vorverständnis, das hier gegenüber dem Leser entworfen wird, welcher Mentalität ist es, wie extrapolativ, wie spekulativ?

Da das hier versuchte Röntgenbild der Reaktion der Informationsmedien auf die zukunftsorientierten Kenntnisse und Erkenntnisse der Futurologen keineswegs den Anspruch auf Vollkommenheit erhebt, soll nur auf einige Charakterzüge der populären futurologischen Information hingewiesen werden — im Kontext der allgemeinen Informationssituation und deren politischen Ursachen.

Die psychologische Rolle, die Science-fiction-Schwarten bei den „utopischen Erwartungen" an die gewohnten Informationsmedien spielen, darf nicht unterschätzt werden. „Vereinzelte Versuche", so konstatierte der „text intern"-Dienst, „mit sozialkritischen, parapsychologischen oder technisch-wissenschaftlich fundierten Romanen wurden nicht selten von den Verlagen als zu hoch abgelehnt. Der Massengeschmack forcierte das Überangebot von galakto-historischen Verwicklungen, Monstern und Mutanten, Telepathen und Tranzendenzwesen." Daß diese millionenfachen, zum Teil präfaschistisch organisierten Phantasien, obwohl sie in den Weltraum katapultiert werden, Rückkopplungen zulassen, die nicht ohne Wirkung auf das Umweltverhalten und Politikverständnis bleiben, braucht hier nicht mehr nachgewiesen zu werden [21]). Den Science-fiction-Filmen geistig Paroli bieten zu wollen, scheint ebenso unsinnig, da sie nur hin und wieder kühle Distanz schaffen — so Stanley Kubricks „2001" —, im übrigen aber mobilisierende Identifikation,

[20]) Jürgen Habermas, Verwissenschaftlichte Politik in demokratischer Gesellschaft, in: „Forschungsplanung . . .", a.a.O., S. 138/139.
[21]) Vgl. die Diskussion in „konkret".

die mit den Anpassungserwartungen der Kapitalisten an ihre Gewaltmaßnahmen durchaus korrespondieren. Susan Sontag, die linksliberale amerikanische Kulturkritikerin, hat in ihrem Essay über die Katastrophen-Phantasie Aufklärendes dazu geliefert: „Die Phantasie kann zweierlei tun: sie kann uns vor der unerträglichen Langeweile retten und uns von den — realen oder vorausgeahnten — Schrecken ablenken, indem sie uns die Flucht in exotische, gefährliche Situationen ermöglicht, die sich im letzten Augenblick zum Guten wenden, und sie kann das seelisch Unerträgliche auf ein normales Maß reduzieren und uns dagegen abhärten. Im ersten Fall verschönert sie die Phantasie, im zweiten neutralisiert sie die Welt ... Besonders die Dialoge der meisten Science-fiction-Filme, die sich durch eine ungeheuere, aber nicht selten rührende Banalität auszeichnen, sorgen für eine herrliche, unbeabsichtigte Komik. Zeilen wie ‚Kommen sie schnell, in meiner Badewanne ist ein Ungeheuer', ‚Warten Sie, Professor, es ist jemand am Telefon', ‚Wir müssen etwas unternehmen', ‚Das ist einfach unglaublich' oder ‚Ich hoffe, es klappt' wirken herzerfrischend inmitten der malerischen und betäubenden Massenvernichtung. Dennoch ist zugleich etwas Schmerzliches und Todernstes in diesen Filmen. In einem gewissen Sinne stehen sie alle in einer komplicenhaften Beziehung zum Entsetzlichen. Sie neutralisieren es, wie ich bereits gesagt habe. Vielleicht bringen sie nicht mehr als alle anderen Künste den Betrachter in ein Komplicenverhältnis zum dargestellten Gegenstand. Die Filme verewigen Klischees in bezug auf Identität, Willensentscheidung, Macht, Wissen, Glück, gesellschaftlichen Consensus, Schuld und Verantwortung, die, gelinde gesagt, unserer gegenwärtigen, durch Extreme (Susan Sontag sieht als „Extreme unserer Zeit": „unendliche Banalität und unvorstellbaren Schrecken", U. G.) gekennzeichneten Situation nicht dienlich sind" [22]).

Eine analytische Konsequenz besitzt die linksliberale Kulturkritik natürlich nicht: die Kapitalisten müssen um ihrer Fortexistenz willen die Banalität ins Unendliche erneuern und strukturieren und den Schrecken, ihren Schrecken, den sie verbreiten, mit Kulturtaktik [23]) ins Unvorstellbare vernebeln.

Spricht Herbert Marcuse von einer „Revolution der Wahrnehmungsweise", deren die Neue Linke als Lebenselixier bedürfe, so war bereits sehr früh erkenntlich, daß die gesellschaftliche Reflexion über Zukunft hierzulande quasi nur auf eine Evolution der Wahrnehmungsweise hinauslaufen sollte und hinauslief. In dem pointierten Fakten-Potpourri, das „Spiegel"-Redakteure in der Titelgeschichte „Todlos glücklich" am 26. Dezember 1966 mixten, wimmelt es von Verschleierungen, die sich garantiert immer dann anmelden, wenn Öffentlichkeitsarbeiter zu der biologisierenden Formel, „der Mensch" besitze Macht, da er ja Mensch sei, greifen. Zu welchen Absurditäten solch naives Bewußtsein fähig ist, läßt sich im „Spiegel" an Passagen wie dieser ablesen: „An der Schwelle des 21. Jahrhunderts verfügt der Mensch wie nie vorher über die Macht, seinen Planeten nach eigenem Willen zu gestalten. Und mehr: Zum erstenmal in seiner Geschichte ist er im Begriff, die Fortentwicklung seiner eigenen Spezies zu steuern. ‚Der Mensch',

22) Susan Sontag, Die Katastrophenphantasie, in: „Süddeutsche Zeitung", 21./22. 9. 1968.

23) Wie das betriebspsychologisch gemacht wird, darüber hat der amerikanische Soziologe Warren Breed mit „Social control in the news room" für den journalistischen Bereich eine treffliche Studie geliefert. In einer eingehenden Befragung von 120 amerikanischen Journalisten stellte Breed fest, daß — ich zitiere Christel Hopf, „Zu Struktur und Zielen privatwirtschaftlich organisierter Zeitungsverlage" in: „Kapitalismus und Pressefreiheit", a.a.O., S. 22 — „neu eingestellte Mitarbeiter höchstens in die stilistischen Prinzipien der Zeitung explizit eingeführt werden, nicht aber in die politischen Prinzipien ... Wie lernt man aber nichtexplizierte Zielsetzungen kennen? Breed zählt auf: Durch Lektüre des eigenen Blattes, über Hausmitteilungen, auf Nachrichtenkonferenzen, in Gesprächen mit Vorgesetzten, durch Beobachten des Vorgesetzten, durch Klatsch und schließlich durch Straf- und Belohnungsaktionen, die die eigene Arbeit oder die Arbeit von Kollegen treffen können: Streichungen aus einem Artikel, Ablehnung bzw. Honorierung eines Artikelvorschlags, verstecktes Lob, versteckter Tadel".

so formulierte es der amerikanische Experimentalbiologe Hudson Hoagland, ‚wird das einzige Tier sein, das seine eigene Evolution zu lenken vermag'."

Daß es erstens anders kommt und zweitens, als man denkt — diese von den „Spiegel"-Titelstoryschreibern eingangs zitierte Spruchweisheit muß immer dann maximal eintreten, wenn an die Dinge gedacht wird und nicht primär an die Beziehungen der Dinge untereinander. Eine Futurologie, die Sozialpsychologie und Ökonomie politisch impliziert, fehlt. Die Zucht des Menschen zum mechanischen Diener des Kapitalismus vorzubereiten, kann eine andere Aufgabe des futurologischen Journalismus sein. Im Septemberheft 1968 der deutschen „Reader's Digest"-Filiale „Das Beste" steht unter dem Titel „In zwanzig Jahren" zu lesen: „Die vermehrte Freizeit wird zum Teil zur beruflichen Weiterbildung verwendet werden, die durch den technologischen Wandel nötig geworden ist. Dazu Hans Katzer, der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: ‚Der Hochschullehrer und der Arzt werden genauso wie der Facharbeiter und der Büroangestellte die zwingende Notwendigkeit erfahren, vorhandene Kenntnisse zu vertiefen, umzulernen und sich neues Wissen anzueignen'." Ganz nebenher wird so eine Gesellschaftsordnung verzerrt, deren hierarchische Psychologie es nur aus propagandistischen Gründen, wenn es gilt, Wissenschaftler wie Büroangestellte zum Proletariat der Herrschenden zu stempeln, zuläßt, daß Bürger sich solidarisch fühlen. Für wen solcher Zukunftsjournalismus „das Beste" ist, läßt sich verdammt leicht ersehen. In den Erwartungen, die solchermaßen „gemacht" werden, setzt der ganze Zynismus gegenüber den gegenwärtigen Verhältnissen ein. Mag die Voraussage, daß „die Durschnittsfamilie 1988 für Gesundheit, Hygiene und Körperpflege doppelt soviel ausgeben wird wie heute", noch wie ein humaner Gewinnmaximierungsakt erscheinen, so schreibt der „Reader's Digest"-Autor Christian Wulf spätestens bei jenem Vorgang taktisch, der ausersehen ist, den kapitalistischen Kreislauf noch auf Dekaden hinaus immer aufs neue zu retten: Mode. In zwanzig Jahren, so postuliert Wulf, wird „die Mode noch abwechslungsreicher und differenzierter sein als heute". Bereits in der anschließenden Vermutung bläht sich jener futurologische Journalismus auf, dessen Zielrichtung nicht die Zukunft ist, dessen Zweck nur das Hinwegtrösten ist: „Dabei wird sich der Trend fortsetzen, daß die Unterschiede nicht mehr von der sozialen Stellung, sondern von der Altersklasse bestimmt werden". Eben hier setzt die selbst für liberale Geister einsichtige Verkehrung des natürlichen Bedürfnisses nach Zukunftsgewißheiten in Hinhaltetaktik, in plumpe Wunschträume ein, die Protestpotentiale zu sublimieren vermögen. Wehrt sich ein Journalist gegen solcherlei Vorwürfe, so ist das meistenfalls auf mangelnde Erkenntnisfähigkeit in den eigenen Lern- und Anpassungsprozeß zurückzuführen [24]).

Die ganze Gemeinheit der konservativen Ideologie zeigt sich immer dann, wenn ihre Interpreten sich in der Lage sehen, „konkrete Utopien" derer, die sich — ohne triviale Gewißheiten — beim Grenzabtasten des kapitalistischen Systems eben von diesem Tag um Tag gestraft sehen, stilvoll zu verreißen. Beider Gründe liegen offen zutage. Konservativintellektuelle Kritiker wie Günter Zehm gehören zum Stamm derer, die sehr wohl in der Lage sind, ihren eigenen Lern- und Anpassungsprozeß zu reflektieren; Zehm gelang es im Zuge einer Kritik an Enzensbergers Futurologie-„Kursbuch" sogar, sich zum Sachwalter einer liberalen Futurologie einzupendeln [25]).

---

[24]) s. vorangegangene Fußnote.

[25]) Günther Zehm, Enzensbergers Utopia, „Welt" vom 19. 10. 1968. Zehm wandte sich darin wohlweislich nur fünf konkreten utopischen Versuchen und einem „Gespräch über die Zukunft" mit Dutschke, Rabehl und Semler zu, die die S. 110—174 des im übrigen überzeugend kritischen Bandes bildeten.

V

Daß die Wissenschaft zukunftsorientierter Erkenntnis, was ihre praktische Mitwirkung betrifft, nur in den Genuß der repressiven Toleranz kommen soll und keinen Schritt weiter [26]), machte einer der Initiatoren und Gründungsmitglieder — neben Karl Steinbuch (TH Karlsruhe), Bruno Fritsch (ETH Zürich), Helmut Klages (TU Berlin) und Ossip K. Flechtheim (FU Berlin) — der „Gesellschaft für Zukunftsfragen e. V.", Prof. Werner Holste, hauptberuflich: Vorstandsmitglied der „Demag", deutlich: „Die Industrie erwartet von der Zukunftsforschung, daß sie wirtschaftlich verwertbare Ergebnisse bringen wird. Es gibt meiner Auffassung nach kein Industrieunternehmen, das sich nicht für alle Ergebnisse eines künftigen Institutes für Zukunftsforschung interessieren wird ... Ich erwarte von der Zukunftsforschung entscheidende Hinweise auf zahlreichen Gebieten unseres Geschäftes" [27]).

Eine Futurologie, die sich den ausschließlich technokratisch konstruktiven Erwartungen durch Gewinngier um jede radikale soziale Phantasie gebrachter Unternehmer beugt, gebärdet sich genauso unterprivilegierten-feindlich wie die Spielarten der bislang geübten bürgerlichen Wissenschaft. Da helfen auch wohlwollende Postulate nichts, solange ihre Verwirklichung industriell gebunden und auf diese Weise gefiltert wird: „Wir müssen die Forschung auch auf die Situation der Arbeiter und Angestellten ausdehnen. Ab und zu empfiehlt es sich, marxistisch zu denken, ohne Marxist zu werden [28]). Wir müssen die Möglichkeiten erkennen, die Grundspielregeln des politischen Systems zu ändern — auch um den Benachteiligten zu helfen" [29]). Wie sollen die „Grundspielregeln des politischen Systems" emanzipationswirksam gewandelt werden, solange sich futurologische Soziologen wie hier Prof. Klages, der stellvertretende Vorsitzende des „Zentrum Berlin für Zukunftsforschung" (ZBZ), sich infolge der ihrem Futurologie-Verständnis eigenen „herrschaftssoziologischen Leerstellen" (Senghaas) in die Abhängigkeit derer begeben, die vom derzeitigen Struktur-Zustand des politischen Systems mächtig und bewußt übervorteilt werden? Es ist zwar diabolisch, der deutschen Zukunftsforschung vorzuwerfen, sie führe sich durch mangelndes Systembewußtsein ad absurdum. Aber welch gesellschaftspolitisch naive Technokraten am Werke sind, vor deren dominierender Stellung in der hiesigen Zukunftsforschung nicht scharf genug gewarnt werden kann (der Autor ist sich angesichts dieser liberalkritischen Attitüde darüber im klaren, daß sich die Sachwalter des bundesdeutschen kapitalistischen Systems eben jenen interdisziplinären Intelligenzgrad unter den Wissenschaftlern zum Pendant erwählen, der ihrer letzthin autoritären Plumpheit entspricht), zeigen symptomatische Äußerungen des ZBZ-

---

26) Nicht ausdiskutiert werden kann hier die Strategie einer desintegrativen administrativen Guerilla. Dazu Robert Jungk in einem Interview mit dem Chefredakteur der „Schwäbischen Zeitung" vom 2. 11. 1968: „Wie aber läßt sich die Zukunftsplanung der Mächtigen beeinflussen oder kontrollieren, wenn sie gegenüber den anderen im Vorteil sind? Robert Jungk berichtet von einer Gruppe in Washington, die sich Guerillas nennt. Sie wollen die Taktik der Herrschenden, Widerspenstige in den Apparat aufzunehmen, um sie dort zu besiegen, ins Gegenteil verkehren. Sie sickern in den Apparat ein, um das Denken der Leute im Apparat umzudrehen. Mit solchen Gruppen kommen, so hofft Jungk, andere Typen von Menschen in die Befehlsräume der Macht. Er kennt eine ganze Internationale dieser erneuerungsbereiten Guerilas. ‚Jeder steht für achttausend, die mitmachen wollen, aber nicht in vorderster Linie' ". In diesem Zusammenhang ist aus marxistischer Sicht hochinteressant. Friedrich Tomberg, Von der Entfremdung des Bewußtseins zum Bewußtsein der Entfremdung, in: ad lectores 8, a.a.O., S. 103.

27) „Die Wirtschaft muß an die Zukunft denken", Interview mit Prof. Holste, „Handelsblatt" vom 5./6. 1. 1968. Unterdessen hat die Ad-hoc-Gründung eines rein industriellen Instituts für Zukunftsforschung auf der Hannover-Messe 1969 stattgefunden. Nach Auskunft des Deutschen Industrieinstituts in Köln wird der „Zuschnitt des neuen Instituts schon allein erkennbar aus der Zusammensetzung des Gründungsausschusses: Ihm gehören u. a. an: Bundesforschungsminister Stoltenberg, Bundeswirtschaftsminister Schiller, Bürgermeister Weichmann, die niedersächsischen Minister Kubel und Langeheine, Dipl.-Ing. Dr. Bölkow, Dr. v. Menges (GHH), Merkle (Bosch), Prof. Oeftering (Bundesbahn), Dr. Overbeck (Mannesmann), Dr. Lotz (VW). Zum brain trust gehören die aktiven Mitglieder der Gesellschaft für Zukunftsfragen".

28) Prof. Klages' Marx-Verständnis hat F. Tomberg in ad lectores 8, a.a.O., S. 96/97, diskutiert.

29) „Münchner Merkur" vom 21. 8. 1968, S. 3.

Vorsitzenden Prof. Dr.-Ing. H. H. Koelle in der Hauszeitschrift des Forschungsinstitutes. Die weltweite soziale Spannung reduziert sich im Bewußtsein Koelles auf eine Meinung, die von dem Bemühen dessen, der mit gutem Zureden eine Kuh vom Eis holen will, qualitativ nicht weit entfernt ist: „Die Jugend geht sogar auf die Straße, und mancher Erwachsener ist versucht, sich anzuschließen, um zu zeigen, daß er mit der heutigen Regierungsform und Praxis nicht zufrieden ist. Entweder gibt es eine beschleunigte Evolution, oder es besteht die Gefahr einer Revolution" [30]). Eben! Nicht genug: „Eine Schlüsselfigur in jeder Reorganisation des Verwaltungsapparates ist der Bundesinnenminister. Der gegenwärtige Innenminister Dr. Benda ist jung, flexibel, nicht übermäßig mit Tradition belastet, in gesundem Maße ehrgeizig, und hat von sich aus bereits mit der Renovierung des eigenen Hauses begonnen" [31]). Wissenschaftler, die Politik auf den Elan abstrahieren, in dem sie begangen wird, haben noch nicht begriffen, warum ein Goebbels, der auch „jung, flexibel, nicht übermäßig mit Tradition belastet, in gesundem Maße ehrgeizig" war, den letzten kontinuierlichen Faschismus in Deutschland mitzustrukturieren vermochte. Mit dem Ruf „Reformen sind das Gebot der Stunde, wenn der Fortschritt gesichert und Ruhe und Ordnung bewahrt werden sollen" (so schließt Prof. Koelle seinen Zwischenbericht zur Verwaltungsreform) ist das Studium der embryonalen Geschichte des Dritten Reiches nicht bewältigt. Unter der „großen Zahl von Problemen, die auf akzeptable Lösungen warten" (Informationsbroschüre über das „Zentrum Berlin für Zukunftsforschung") wandte sich das ZBZ in sieben Arbeitskreisen Universitätsmodellen, Vorwarnsystemen, Berlin als Wissenschaftsstadt, Stadtentwicklung, optimalen Produktionsstrukturen, Brain-Power-Modellen und Verkehrsschadenmodellen zu. Es ist nur zwangsläufig, daß Koelle bei einem Go-in am 3. Februar 1969 den Vorwurf, im ZBZ werde unkritische Zukunftsforschung kultiviert, seine herrschaftsgebundene Forschungsmentalität sei offensichtlich, bestritt. Mit der absurden Behauptung, das ZBZ diene der „Durchschaubarmachung komplexer Zusammenhänge", deshalb sei ja „gerade die Möglichkeit gegeben, die kritischen Einwände auf ihre Relevanz hin zu prüfen", schnitt Koelle jene Diskussionstaktik an, die der Beruhigung und Ordnung bei kritischen Diskussionskonflikten gewidmet ist, was erfahrungsgemäß nur zu einer repressiv-toleranten Konsequenz führt. Das Politik-Verständnis solcher Futurologen erschöpft sich im vagen Wissen um politische Geschehnisse.

In diesem stümperhaften Bewußtsein veranstaltet das ZBZ laufend Umfragen, deren Ergebnisse schon deshalb irrelevant sein müssen, weil ihnen — angesichts der Herrschafts- und Ereignis-Zusammenhänge — stumpfsinniger analytischer Eklektizismus zugrunde liegt. Um „vergleichbare Zielsysteme für die Bundesrepublik" zu entwickeln, sollten die ZBZ-Mitglieder z. B. unter folgenden 13 außenpolitischen Zielsetzungen jene für die Jahre 1957, 1963, 1966 und 1969 „für die Regierung der Bundesrepublik in der Praxis gewichtigsten" auswählen: „Stärkung des Weltfriedens — Entspannung ohne BRD-Benachteiligung — Partnerschaft mit den USA — Freundschaft mit Frankreich — Zusammenarbeit mit Frankreich — Integration in einem starken Weltbündnis — Festigung der NATO-Einigung und Stärkung Europas — Wiedervereinigung Deutschlands — Auseinanderleben Deutschlands verhindern — Expansionspolitik der UdSSR widerstehen — Bessere Beziehungen zum Ostblock — Entwicklungsländern helfen." Zu welch unsinnigen, letzthin anachronistischen Ergebnissen derart beschränkte „Zukunftsforschung" gedeihen muß, intendieren bereits Fragestellungen wie diese (für eine Studie, die dem Auswärtigen Amt angetragen wurde): „Ableitung von Einfluß-

30) „Analysen und Prognosen", herausgegeben vom Zentrum Berlin für Zukunftsforschung e. V., Januar 1968, S. 3.
31) Ebd.

faktoren individueller Staaten auf Grund ihres geistigen Potentials insbesondere im Bereich der Außenpolitik". Futurologie gerät so bestenfalls zur faden Beschäftigungstherapie nicht ausgelasteter Professoren, denen wahrscheinlich nicht einmal mit der Lektüre von „Deutschlands Bekenner" abzuhelfen ist.

VI

Bei ihrem jetzigen Potential dürfte es den „Reformern" vom ZBZ nur schwer mißlingen, weitere massive Kritik auf sich zu ziehen. Wirksame Impulse zu einer Humanisierung der Strukturen zu geben statt punktuelle Reparaturen zu inspirieren, muß in der Optimierung des technischen Potentials seine Entsprechung finden. Johannes Agnoli stellte in diesem Zusammenhang in einer Sendung des Süddeutschen Rundfunks folgende Forderungen auf: „Die Technik schafft die objektiven Bedingungen der Emanzipation in der Welt, in der gerade die Technik und ihre Anwendung sich in den Händen antiemanzipatorischer Kräfte befindet. In der Zukunftsperspektive einer gesellschaftspolitischen Zielsetzung, die im allgemeinen Demokratisierung genannt wird, genauer gesagt die Befreiung von Abhängigen anstrebt, weil die Abhängigen inzwischen mündig sein können, ist es verständlich und konsequent, daß die breiteste Basis von denjenigen gebildet wird, die im Bewußtsein dieser Möglichkeit sich schon jetzt gegen ihre spätere Unterdrückung wehren, die Jugend ... Angesichts der außerparlamentarischen Aktionen und Provokationen spricht man lieber von jugendlichem Übermut, jugendlicher Verantwortungslosigkeit, im Extremfall von jugendlichem Terror." Mitverantwortlich für eine subtile technokratische Unterdrückung aller Emanzipationsbestrebungen wird eine Futurologie, die zwar unter dem Leitmotiv „eine bessere Welt für bessere Menschen gestalten helfen" (ZBZ) angetreten ist, deren analytische Scheuklappen aber zu einem Opportunismus führen müssen, der technokratisch schlüssige Modelle für humane Modelle auszugeben gewillt ist. Futurologen laufen hierzulande Gefahr, sich von der allmählichen Anonymisierung der Herrschaft verblenden zu lassen, um der Wissenschaft den ihr vorsichtshalber zugedachten spielerischen Selbstzweck zu verleihen, der weder Antagonismen „aktions-orientiert" — wie es im ZBZ so schön heißt — reflektiert noch an einer neuen technischen Humanität interessiert ist. Es sei denn, A. N. Whiteheads Intuition „Sache der Zukunft ist es, gefährlich zu sein" sei für den überwiegenden Teil der Futurologen beschlossene Sache.

Martin Hall, Los Angeles

Nixons erste sechs Monate

Wenn die ersten sechs Monate der Regierung Nixon etwas vor allem anderen bewiesen haben, dann dies, daß all das Gerede von einem „neuen Nixon", das von seinen Wahlkampfmanagern und Public-Relations-Experten so sorgfältig und so erfolgreich unter die Leute gebracht wurde, um Richard M. Nixon dem Wähler besser verkaufen zu können, eben nur Gerede war. Der alte Nixon — perfektes Produkt des Parteiapparats, ein Mann ohne Prinzipien, jedoch voller Tricks, begrenzt in der Fähigkeit, die Bedeutung der tiefen Krise Amerikas zu erfassen, konventionell, konservativ und ohne eigene Ideen — ist nicht nur anläßlich der Zusammenstellung seines Kabinetts und seines Beraterkreises wieder zum Vorschein gekommen, sondern auch in der Art der Entscheidungen, die er in den letzten Monaten, wenngleich zum Teil widerstrebend, zu fällen hatte.

Richard H. Rovere, Redaktionsmitglied des Magazins „The New Yorker", schrieb am 20. Juli 1969 im „New York Times Magazine": „Die ersten sechs Monate Richard Nixons waren . . ., naja, es waren Richard Nixons erste sechs Monate. Ich bin jedenfalls um Worte verlegen, will sagen um Worte einer umfassenden Beurteilung . . . Nixons Neigungen, das wissen wir, sind zumeist konservativ. Aber ein Politiker ist kein Baum, der sich so neigen muß, wie der Schößling einst zurechtgebogen wurde. Ich bin der Ansicht, daß der Präsident vor einem außerordentlich schwierigen und delikaten Problem steht. . . . Er wurde von einer Minderheit gewählt, die, grob gesprochen, eine Koalition verschiedener Gruppierungen darstellte, die ihrerseits durch das Gefühl geeint wurden, von unten bedroht zu sein. Zur Erfüllung dieses abgeschlossenen Vertrages muß er versuchen, ihnen nachzukommen. Um jedoch in seinem hohen Amt erfolgreich zu sein und um eine weitere Amtsperiode zu gewinnen . . ., muß er den Bedürfnissen derjenigen nachkommen, die seine Gegner waren . . . Das muß ihn einfach peinigen. Und diese Pein wirkt sich lähmend aus und macht ihn unbeweglich, zumindest bis jetzt. Vielleicht wird die Lähmung bis 1972 anhalten, obwohl es schwer vorstellbar ist, wie das Land dreieinhalb Jahre des Stils überleben könnte, den wir in den vergangenen sechs Monaten kennengelernt haben."

I. F. Stone, vielleicht der bestinformierte unter den wenigen unabhängigen Journalisten in Washington, hat Nixon mit beißender Schärfe charakterisiert. Am 14. Juli schrieb er in seinem Wochendienst „I. F. Stone's Weekly" unter anderem: „Unentschlossen, weich und trickreich, ohne die Vision des Staatsmannes und ohne die Finesse des Politikers — so stellt sich Nixon jetzt dar. Wie Johnson redet er davon, die Inflation zu bekämpfen, ist jedoch nicht bereit, das Steuereinkommen durch Schließung der Lücken im Steuersystem oder durch Einführung der im Kriege üblichen Besteuerung überdurchschnittlicher Profite zu erhöhen. Er kämpft lediglich darum, die Sondersteuer von 10 Prozent beizubehalten, die am schwersten die niedrigen Einkommensgruppen trifft . . . Im Unterschied zu Johnson scheint Nixon den ganzen Ernst der Rassenkrise nicht zu begreifen. In Wahlrechts- und Schulfragen ermutigen seine Doppelzüngigkeiten den Widerstand des Südens und verstärken die schwarze Desillusion. Jene schreckliche Spaltung in zwei Nationen, vor der der Kerner-Untersuchungsausschuß gewarnt

hat, ist durch Nixons allzu durchsichtige ‚Strategie für den Süden' nur noch vertieft worden. Es ist eine Tragödie, in einer Zeit wie dieser ein absolutes Nichts im Weißen Haus sitzen zu haben."

Nixons Generalstaatsanwalt Mitchell hat den rassistischen Politikern des Südens durch ein trickreiches Manöver eine weitere Verlangsamung in der Ausführung des Bürgerrechtsgesetzes garantiert, durch das schwarzen und weißen Jugendlichen gleiche Bildungsmöglichkeiten eingeräumt werden sollen. Wohl wissend, daß jedes neue Gesetz von der reaktionären Kongreßkoalition gemacht werden muß, bestand er darauf, daß das Bürgerrechtsgesetz in allen fünfzig Staaten verwirklicht werden müßte. Das sieht wie ein vollkommen fairer Vorschlag aus. Um dies jedoch zu erreichen, muß im Kongreß ein neuer Gesetzentwurf durchgebracht werden, und jedermann weiß, wie dieser Entwurf aussehen wird. Auf diese Weise zahlt Nixon den Politikern des Südens, die ihm im vergangenen Jahr zur Wahl verhalfen, seine politischen Schulden zurück.

Der gleiche Generalstaatsanwalt erlaubte es jedoch einem seiner Stellvertreter, einem Manne namens Kleindienst, in aller Öffentlichkeit zu fordern, rebellische Studenten in Konzentrationslager zu stecken.

Um noch zu sichern, daß es künftig keine wirksame Kontrolle gegenüber vom Kongreß verabschiedeten reaktionären Gesetzentwürfen mehr gibt — der oberste Gerichtshof kann mit einer entsprechenden Entscheidung solche Gesetze für verfassungswidrig erklären, was unter seinem Vorsitzenden Earl Warren mehrfach geschehen ist —, ernannte Nixon nach Warrens Pensionierung den Bundesrichter Burger zu dessen Nachfolger. Burger ist dafür bekannt, daß er während seiner Amtszeit als Bundesrichter permanent gegen alle Entscheidungen des Gerichtshofes stimmte, die dem Schutz der Bürgerrechte und der bürgerlichen Freiheit dienten.

Die ersten sechs Monate der Regierung Nixon bestanden aus doppelzüngigen Reden. Nixon, der in seiner Antrittsrede enthusiastisch erklärt hatte, ein Friedensstifter zu sein bedeute für ihn die höchste Ehre, die die Geschichte für einen öPräsidenten bereithalte, Nixon, der versprochen hatte, den Vietnamkrieg zu beenden und die amerikanischen Truppen heimzuholen, hat den amerikanischen Streitkräften befohlen, in Südvietnam derartige Zerstörungen anzurichten, daß dieses unglückliche Land für Jahre kaum bewohnbar sein wird, selbst wenn die USA schließlich gezwungen sind, sich zurückzuziehen. Während der regulären Auswechslung von 25 000 Soldaten ein derartiger propagandistischer Anstrich gegeben wurde, daß es schon so aussah, als stelle diese Maßnahme den Beginn eines amerikanischen Rückzugs dar, hat Nixon die amerikanische Verhandlungsdelegation in Paris dahingehend instruiert, daß sie die bisherige Sackgassentaktik auf unbegrenzte Zeit fortsetzt.

Nixon hat seit seinem Amtsantritt immer wieder seine Bereitschaft beteuert, mit der Sowjetunion Verhandlungen zu beginnen, um zu einer Verringerung des atomaren Wettrüstens zu gelangen. Gleichzeitig setzte er in einer Mischung aus Versprechen und Drohungen jedes erdenkliche Druckmittel ein, um im Senat eine Mehrheit für seinen Plan zu erhalten, ein Anti-Raketensystem (ABM) auszubauen, dessen Kosten auf rund fünfzig Mrd. Dollar geschätzt werden. Dieser Plan war als unpraktikabel und viel zu kostspielig kritisiert worden, gleichzeitig aber auch deswegen, weil er von vornherein Verhandlungen über Rüstungskontrolle zum Scheitern verurteilen würde. Schließlich wurde er vom Senat mit einem Abstimmungsergebnis von 51 zu 50 angenommen. Für Nixon war das ein Pyrrhussieg, denn damit wurde vor der ganzen Welt demonstriert, daß die

Nation in der Beurteilung eines wichtigen politischen Schrittes, den der Präsident für lebenswichtig hält, in zwei gleich große Lager gespalten ist.

Die ersten sechs Monate Nixons waren angefüllt mit großen Gesten während seiner Europareise, Gesten, die günstig für ein Wiederaufleben des Kalten Krieges sind: er ermutigte Bonns revanchistische Politik, schloß mit dem Diktator Franco einen neuen Vertrag ab über die Stationierung amerikanischer Militärbasen auf spanischem Boden und versprach, die amerikanischen Truppen in Europa zu belassen. Im gleichen Zeitraum schloß Nixon mit Thailand einen neuen Vertrag ab und weigerte sich, der amerikanischen Bevölkerung, ja sogar dem Senat irgendwelche Einzelheiten über die Verpflichtungen mitzuteilen, die er gegenüber den Führern dieses Landes eingegangen ist.

Nixon hat in Japan eine neue Welle antiamerikanischer Gefühle dadurch hochkommen lassen, daß er in Okinawa Giftgas lagern ließ, wo ein verhängnisvoller Unfall bereits das Leben Dutzender von Soldaten gefährdet, die mit entweichendem Gas in Kontakt gekommen sind. Gleichzeitig war die amerikanische Armee gezwungen, öffentlich zuzugeben, daß sie in drei verschiedenen Staaten der USA Giftgas erprobt, und zwar als Vorbereitung auf den möglichen Einsatz solcher Waffen in künftigen Konflikten.

Der Präsident hat es für angemessen gehalten, ausgerechnet Gouverneur Nelson Rockefeller auf drei Lateinamerikareisen zu schicken, dorthin also, wo der Name Rockefeller schlechthin als Symbol für die koloniale Ausbeutung Südamerikas durch US-Kapital steht.

Diese Mischung aus Nichtbeachtung der Gefühle von Amerikanern und amerikanischen Verbündeten und puren Bravour- und Kraftakten seitens eines Minderheitspräsidenten, der außerdem mit einem noch von der Demokratischen Partei beherrschten Kongreß zurechtkommen muß, hat auf der innenpolitischen Szene bereits bemerkenswerte Ergebnisse gezeitigt.

Zum erstenmal in der Geschichte dieses Landes wurde im Senat mit 70 Ja- und 16 Gegenstimmen eine Resolution verabschiedet, in der erklärt wird, der Präsident habe aufgrund der Verfassung kein Recht, das Land ohne ausdrückliche Zustimmung des Senats in außenpolitische Abenteuer wie den Vietnamkrieg hineinzuführen. Einige Zitate aus der dieser Abstimmung vorausgegangenen Debatte mögen die Stimmung der überwältigenden Senatsmehrheit verdeutlichen. So erklärte Senator Fulbright, der Vorsitzende des außenpolitischen Senatsausschusses:

„In einem der Hearings des letzten oder vorletzten Jahres hat der damalige Außenminister Rusk ein Argument vorgebracht, das für mich widerwärtig war: Wir hätten mit unserer Unterstützung des Gesetzes über Auslandshilfe und dadurch, daß ein großer Teil der Hilfe an Südvietnam gegangen sei, eine Art Verfassungsklima geschaffen, das der Regierung Handhabe für ihr Vorgehen gebe. Das hat mich wirklich aufgebracht. Hätte ich nur im Traum geahnt, daß ich mit meiner Unterstützung der Auslandshilfe ihm oder jeder anderen Regierung eine Intervention mit 500 000 Mann ermöglichen würde, ich hätte mir die Kehle durchgeschnitten!"

Senator Cook, Republikaner aus Kentucky, erklärte: „Diese Resolution ... signalisiert das Ende der Willfährigkeit des Senats gegenüber nicht autorisiertem Einsatz von Amerikanern und amerikanischen Finanzen im Ausland."

Senator Stennis (Mississippi) sagte: „Außenminister Rusk hat die mittlerweile berühmte Erklärung abgegeben, kein potentieller Aggressor solle der Auffas-

sung sein, ‚die Nichtexistenz eines Verteidigungspaktes, einer Kongreßerklärung oder amerikanischer Militärpräsenz garantiere der Aggression Straffreiheit'. Diese Erklärung grenzt gefährlich nahe daran, uns in die Rolle eines Weltpolizisten zu bringen, eine Rolle, für deren Übernahme wir weder das Menschenmaterial noch die materiellen Grundlagen haben."

Ein letztes Zitat von Senator Church, Idaho: „Die römischen Cäsaren entsprangen nicht auf einen Schlag dem Haupt des Zeus. Hinterlistig und heimtückisch stahlen sie einem arglosen Senat die Macht ... Die Senatoren der USA mögen sich noch ihrer Freiheit erfreuen, zu debattieren und Gesetze zu erlassen, aber aufgrund unserer eigenen Nachlässigkeit beschäftigen wir uns in steigendem Maße mit der Form statt mit der Substanz der Macht."

Noch am 23. Juli erklärte Senator Cranston in einer Rede vor dem Senat: „Das Gespenst der Eskalation in Vietnam ist wieder auferstanden und bedroht uns. Es geht hier in den Hallen dieses Kongresses um und belauert Millionen unserer Landsleute ... Ich habe gehört, daß Senatoren sagten, jetzt könnten wir einen militärischen Sieg erringen. Ich habe gehört, daß Senatoren sagten, Militärfachleute dieser und der vorhergehenden Regierung hätten erklärt, wir könnten den Krieg immer noch gewinnen, wenn wir uns nur entschlössen, das Geld dafür auszugeben und die entsprechenden Opfer zu bringen."

Eins der hervorstechenden Merkmale von Nixons politischem Stil ist die Art und Weise, wie er von seiner politischen Schwäche und seiner Programmlosigkeit durch gewaltige Manöver in der Außenpolitik ablenkt. Nach seiner Europareise erwartete man in den USA, daß der neue Präsident seine Aufmerksamkeit nun endlich den brennenden innenpolitischen Problemen zuwenden würde. Es geschah jedoch nichts dergleichen. Stattdessen kündigte Nixon auf Empfehlung seines Experten für „Fragen der nationalen Sicherheit", Henry Kissinger, plötzlich an, er werde unmittelbar nach dem erfolgreichen Abschluß der Reise der amerikanischen Astronauten zum Mond eine Blitzreise um die Welt unternehmen. Präsident Nixon, der mit diesem unter Präsident Kennedy begonnenen und unter Johnson fortgeführten Projekt nahezu nichts zu tun hatte, hat trotzdem versucht, aus der ersten Landung von Menschen auf dem Mond das Äußerste an Prestige für sich herauszuholen. Er ließ sich zum Pazifischen Ozean fliegen, um dort der Landung der Astronauten beizuwohnen und sie auf dem Flugzeugträger persönlich zu begrüßen. Schließlich bewies er noch die Geschmacklosigkeit, darauf zu bestehen, daß sein Name neben denen der Astronauten auf die Plakette graviert wurde, die sie auf dem Mond zurückließen; er widersetzte sich sogar dem Vorschlag, auf dieser Plakette John F. Kennedys Anordnung wiederzugeben, bis zum Jahre 1969 einen Menschen zum Mond zu schicken.

Nach diesem Rendezvous brach der Präsident zu seiner Weltreise auf. Seine erste Station waren die Philippinen, was vorher groß angekündigt worden war. Die Beziehungen der USA zu diesem Lande haben sich in der letzten Zeit verschlechtert. In der philippinischen Außenpolitik ist es zu einem wichtigen Wechsel gekommen, seit erstmals eine öffentliche Debatte geführt wird, in der führende Politiker und Geschäftsleute erklärt haben, für die Philippinen sei es an der Zeit, Handels- und vielleicht auch diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion, zur Volksrepublik China und sogar zu einigen der sozialistischen Länder Osteuropas aufzunehmen. Auch die Bereitschaft, die USA im Vietnamkrieg zu unterstützen, ist beträchtlich zurückgegangen. Philippinische Truppen wurden aus Südvietnam abgezogen, und die materielle Hilfe wurde gleichfalls gekürzt.

Hier betonte der Präsident zum erstenmal auf seiner Reise, die USA würden ihre

Verpflichtungen gegenüber der Regierung von Saigon treu erfüllen, künftig werde es jedoch keine weiteren „Vietnams" geben, die amerikanische Unterstützung der Alliierten in Asien werde nur in der Lieferung von Rüstungsmaterial und Geld bestehen. Sofort startete die amerikanische Presse eine konzertierte Kampagne und machte diese Aussage zur „neuen amerikanischen Asienpolitik". In Pakistan und ebenso in Indien machte der Präsident deutlich, er sei nicht für ein Asienbündnis, dessen Ziel in der weiteren Isolierung Chinas bestehe. Als Nixon jedoch nach Thailand kam, äußerte er sich anders. Dort erklärte er, Amerika werde voll Stolz Seite an Seite mit Thailand stehen und dieses Land gegen Aggression von außen und Subversion von innen verteidigen.

Es nimmt nicht wunder, daß diese Erklärung, die den früheren Äußerungen des Präsidenten in Manila, Neu-Delhi und Pakistan zu widersprechen schien, die verschiedenartigsten Spekulationen über die wirklichen Absichten der Regierung Nixon im Hinblick auf ihre Asienpolitik auslöste. Zyniker meinten, der Präsident habe offensichtlich jedem seiner Alliierten genau das gesagt, was dieser hören wollte; andere waren der Ansicht, daß, sollte es zu einem Disengagement in Asien kommen, dieses offenbar ein langsamer und stockender Prozeß sein werde. Ein Überraschungsbesuch in Südvietnam brachte, wiederum abgesehen von seinem Publicity-Effekt (Nixon war der erste amerikanische Präsident, der Saigon im Kriege besuchte), nichts Neues. Aber der wirkliche Höhepunkt während der Weltreise des Präsidenten stand noch bevor: sein Besuch in Bukarest. Nixons Erklärungen zur Frage eines eventuellen Sicherheitssystems in Asien, die USA seien an keinem derartigen System interessiert, das den Versuch darstelle, China einzukreisen, waren bereits eine klare Distanzierung von allen denkbaren sowjetischen Plänen in diesem Gebiet. Der Staatsbesuch des Präsidenten in Bukarest stellte nun den Gipfel dieser Reise dar und unterstrich deutlicher als alles andere ihre eigentlichen Intentionen. Es verdient festgehalten zu werden, daß Senator Mansfield, der Sprecher der Senatsmehrheit, außerordentlich besorgt darüber war, der Rumänienbesuch könnte sich auf die Beziehungen zur Sowjetunion negativ auswirken. In einer öffentlichen Erklärung hatte er Nixon daran erinnert, Moskau liege lediglich einige Flugstunden entfernt, und vorgeschlagen, der Präsident möge doch diese Gelegenheit ergreifen, auch Moskau zu besuchen. Dieser Vorschlag wurde vom Weißen Haus summarisch abgelehnt. Es war Rumänien, ein Land des Warschauer Paktes, dessen Beziehungen zur Sowjetunion ziemlich kühl sind, Rumänien, das auf eigene Initiative diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland aufgenommen hat und nun von Nixon ausgesucht worden war, in seiner Position ermutigt zu werden. Daß diese Geste gleichzeitig als Unterstützung der Politik der Bonner Regierung gedacht war, die noch immer hofft, den Warschauer Pakt aufzulockern und das eine oder andere seiner Mitglieder aus dem Osten herauszulocken, wird durch die Reaktion der meisten westdeutschen Zeitungen deutlich illustriert. Von der amerikanischen Presse und den Fernsehstationen wurde der Empfang in Bukarest bis zum äußersten hochgespielt. Nur sehr wenige der realistischeren Kommentatoren stellten die naheliegende Frage, wie sich all dies auf die künftigen Beziehungen zu Moskau auswirken wird und wie es sich mit der erklärten Absicht des Präsidenten verträgt, mit der Sowjetunion ein Übereinkommen zu erzielen.

Für die Situation ist es bezeichnend, daß George Wallace, der frühere Gouverneur von Alabama, der sich an der Präsidentschaftswahl des Jahres 1968 als unabhängiger Kandidat beteiligte und mit einem rassistischen und extrem nationalistischen Programm über 11 Prozent der Stimmen erhielt, vor kurzem wieder begonnen hat, seinen Rundbrief im gesamten Gebiet der USA zu ver-

schicken, und andeutete, er werde sich auch 1972 wieder beteiligen. Unterstützung erhält er von enttäuschten früheren Republikanern und von Demokraten aus den Südstaaten. Sie beklagen sich über Nixon nicht nur, weil er ihre rassistische Politik nicht genügend unterstützt, sondern weil er, wie sie sagen, einen militärischen Sieg in Vietnam verhindert.

Das Bild wäre unvollständig, wenn wir nicht erwähnen würden, daß auf der anderen Seite des politischen Spektrums die Friedensbewegung und die kämpferischen Elemente unter den farbigen Amerikanern ihre Kräfte im ganzen Lande mobilisieren. Eine nationale Konferenz von Friedensorganisationen fand in Cleveland statt. An ihr nahmen einige amerikanische Delegierte teil, die gerade vom Berliner Weltfriedenstreffen zurückgekommen waren. Konkrete Pläne für koordinierte Aktionen in den noch verbleibenden Monaten dieses Jahres wurden ausgearbeitet. Die Konferenz in Cleveland, die vom 4. bis 5. Juli stattfand, beschloß zwei nationale Mobilisierungskampagnen für die Beendigung des Vietnamkrieges. Eine wird am 27. September in Chicago, die andere in Washington, D. C., am 15. November stattfinden. Für den 15. Oktober plant die Studentenbewegung ein sogenanntes „campus moratorium", einen eintägigen Generalstreik an allen Universitäten und Hochschulen des Landes.

Niemand kann vorhersagen, was in den Gettos der amerikanischen Großstädte geschehen wird. Die Stimmung ist verzweifelt, seit Nixon sich weigerte, auch nur die geringsten Zugeständnisse an die Bewegung der Armen zu machen, die vom Nachfolger des ermordeten Dr. Martin Luther King, Rev. Abernathy, angeführt wird. Dieser erklärte nach einer Konferenz im Weißen Haus, niemals zuvor in seinem Leben habe er an einer so ergebnislosen Konferenz teilgenommen. Der fortwährende Polizeiterror gegen militante schwarze Organisationen wie die Schwarzen Panther hat zur Bildung schwarz-weißer Organisationen wie den „Freunden der Panther" geführt, die sich vor kurzem in Oakland, Kalifornien, konstituierten.

In einer im ganzen Land ausgestrahlten Radio- und Fernsehansprache hat Nixon eine totale Revision der amerikanischen Sozialpolitik angekündigt. Dieser Plan, falls der Kongreß ihn annehmen sollte, würde fast vier Mrd. Dollar kosten. Andererseits scheint sein Hauptzweck darin zu bestehen, den einzelnen Staaten nicht nur einen Anteil an den Steuergeldern des Bundes zukommen zu lassen, sondern ihnen auch große Freiheiten für die Verwendung dieser Gelder einzuräumen. Im tiefen Süden, wo Hunger und Armut vorherrschen, kann das durchaus dazu führen, daß die Bedürftigen weniger Unterstützung erhalten und daß noch stärker als bisher Unterstützungsempfänger gezwungen werden, sich als ungelernte Arbeiter für niedrige Löhne zu verdingen. Mit einem derartigen Programm wird man einer Lösung des Armenproblems kaum näherkommen. Die erste Reaktion im Kongreß war vorsichtig.

Wenn die ersten sechs Monate Nixons dem Lande einen Vorgeschmack des Kommenden vermittelt haben, dann sieht die Zukunft tatsächlich hart aus. Kein Versuch, den Erfolg der amerikanischen Astronauten zur Schaffung einer Illusion nationaler Einheit zu benutzen, wird die Bevölkerung von der tiefen Krise ihres Landes ablenken können. Die wirtschaftlichen Konsequenzen einer unfähigen und unsinnigen Politik sind bereits alarmierend. Verluste an der Börse nehmen bereits spektakuläre Ausmaße an. Die strenge Geldpolitik hat die Inflation nicht aufgehalten, sondern hat, insbesondere in der Bauindustrie, bereits zu einer deutlichen Rezession geführt. Es wird noch mehr passieren . . .

Wilfried v. Bredow

Möglichkeiten und Gefahren der Friedensforschung

I

Es ist heute zu einem Gemeinplatz geworden, daß der Grad der Wirksamkeit von Wissenschaft bezüglich ihrer humanen Ziele nicht nur vom Stand ihrer eigenen Entwicklung abhängt, sondern auch und in hohem Maße vom Charakter der Gesellschaftsordnung, in der sie sich entwickelt. Diese Erkenntnis ist leicht einsehbar, und man kann sie empirisch überprüfen.

Dennoch will es scheinen, als ob viele Wissenschaftler selbst und ein großer Teil der Rezipienten ihrer Forschungsergebnisse über diesen Tatbestand hinwegsehen, wiewohl sie ihn abstrakt durchaus anerkennen. Dies aber hat zur Folge, daß wissenschaftliche Ergebnisse und/oder sogar ganze Disziplinen nur verzerrt Wirklichkeit spiegeln; bestenfalls lassen sich solche Widersprüche relativ schnell ausfindig machen — etwa im Fall der nordamerikanischen Biologen, die über die naturwissenschaftliche Wertfreiheit ihrer Forschungen nachhaltig aufgeklärt wurden, als sie sehen mußten, im Krieg gegen Vietnam „gute Dienste" geleistet zu haben. Schlimmer (im wissenschaftsinternen Bereich) ist es aber, wenn wegen bestimmter sozialer und politischer Voraussetzungen ganze Wissenschaftszweige sich so entwickeln, daß trotz des subjektiv ehrlichen humanistischen Interesses der Wissenschaftler ihre Ergebnisse entweder unwirksam bleiben, was diese Ziele betrifft, oder gar Illusionen über humanistische Theorie erzeugen, während in der Wirklichkeit durch sie der gegenläufige Prozeß nur beschleunigt wird.

Diese Gefahr ist ganz offensichtlich akut in der Politischen Wissenschaft und der Soziologie: hier ist, betrachtet man die Masse der Forschungsergebnisse der letzten Jahrzehnte, von dem emanzipatorischen Schwung des vorigen Jahrhunderts immer weniger übrig geblieben, und vor allem die Soziologie und die Soziologen haben nicht vermocht, die Anforderungen der Wissenschaft und die der (kapitalistischen) Gesellschaft so miteinander in Einklang zu bringen, daß aus dieser Wissenschaft über mannigfache Anweisungen technologischer Art noch humanisierende Impulse gekommen wären.

Ein anderes Problem, das mit dem eben angesprochenen lose zusammenhängt, betrifft die differenzierende und integrierende Entwicklungstendenz heutiger Wissenschaft. Im Alltag (und in den Feuilletons der überregionalen Zeitung) werden vor allem die differenzierenden Tendenzen wahrgenommen und beklagt. In der Tat hat sich in den letzten Jahren der Hang zu immer feiner verzweigten Spezialisierungen der Wissenschaft weiter durchgesetzt; auf der anderen Seite jedoch haben sich neben interdisziplinären Forschungsrichtungen zunehmend auch sogenannte Querschnittswissenschaften herausbilden können, deren bedeutendste die Kybernetik und die Soziologie sind. Solche Querschnittswissenschaften zeichnen sich dadurch aus, daß ihr Gegenstand nicht neben oder außerhalb der anderen Wissenschaften liegt, sondern in diesen selbst.

Eine weitere Querschnittswissenschaft könnte die Friedensforschung werden. Dafür spricht, daß seit der kurzen Zeit ihres Bestehens die Friedensforschung Wissenschaftler der verschiedensten Disziplinen zu ihren Adepten zählen kann. Und liegt nicht der im Namen Friedensforschung bereits bezeichnete Gegenstand dieser Wissenschaft in allen anderen Wissenschaften? Mit der Entwicklung der Atomwaffen und entsprechender Trägersysteme ist der Frieden, der Weltfrieden, nämlich über seine bisherige Bedeutung als im großen und ganzen zwar wünschenswerter, aber bei bestimmten politischen oder sozialen Konstellationen relativ leicht zu opfernder Zustand weit hinausgewachsen: Frieden ist heute für das gedeihliche Überleben der Menschheit unabdingbar geworden, und solange wir noch keinen Frieden haben, schwebt über uns allen die unvorstellbare, aber wirklichkeitsgemäße Drohung der Weltkatastrophe.

So gesehen, ist es nicht nur verständlich, sondern sogar äußerst notwendig, daß sich eine wachsende Zahl von Wissenschaftlern der verschiedensten Provenienz mit Friedensforschung befaßt. Allerdings sollte man die Notwendigkeit von Friedensforschung nicht vorschnell und sentimental (weil eben jeder, der sich mit dem Frieden beschäftigt, sympathisch erscheint) mit der Fruchtbarkeit und Stringenz ihrer bislang vorgelegten Ergebnisse verwechseln [1]).

Dagegen spricht bereits aus der Sicht der Praxis, daß Friedensforschung bisher wenig genug dazu beigetragen hat, akute politische und soziale Probleme lösen zu helfen. Ist man der Meinung, daß dieser Maßstab, für den Augenblick jedenfalls, doch wohl zu hohe Ansprüche stellt, so müßte man aber umso intensiver die theoretischen Ansätze von Friedensforschung untersuchen. Vielleicht ergibt sich von hier aus eine Einsicht in die ebenso großen Möglichkeiten und Gefahren einer Wissenschaft, die ihres Gegenstandes wegen die wichtigste dieser Zeit ist.

II

„When the Communists turned their battery of conflict techniques on us, we had no theory to cover modern conflict situations. Did the sociologists have anything creative to offer in the cold war? Psychological warfare is still infantile; sociological warfare, embryonic" [2]). Es wäre sicherlich übertrieben, wollte man behaupten, diese Fragestellung und ihr politischer Hintergrund hätten allein Pate gestanden an der Wiege eines neuen Zweiges der Soziologie, der sich mit der Natur und der Lösung von Konflikten befaßt und von dem in den fünfziger Jahren die wichtigsten Anstöße für die ganz neue Wissenschaft vom Frieden (Peace Research) ausgingen, in der verschiedene Ansätze und Methoden von Natur- und Sozialwissenschaften vereinigt werden sollten. Noch lange, nachdem sich Friedensforschung von ihrem Gegenstand taufen gelassen hatte, bildete die Konflikttheorie ihren Kern.

Die von Soziologen und Sozialpsychologen erarbeiteten theoretischen Modelle der Konfliktlösung wurden in den fünfziger Jahren vor allem auf das Gebiet der internationalen Abrüstung angewendet [3]). Die Problematik dieser Untersuchungen kommt sofort dann zum Ausdruck, wenn man sich vor Augen hält, daß für sie das obige Zitat von Jessie Bernard voll und ganz zutrifft.

---

1) Eine recht informative Übersicht über den Stand der Friedensforschung (mit ausgezeichneter Bibliographie) vermittelt das von E. Krippendorff herausgegebene Sammelwerk „Friedensforschung" Köln/Westberlin 1968 (Neue Wiss. Bibliothek, 29).

2) Jessie Bernard, Where is the Modern Sociology of Conflict?, in: American Journal, 56. Jg., 1950, S. 463. Vgl. dazu die sechziger Jahre: Herbert v. Borch beschreibt in seinem Buch ‚Friede trotz Krieg', München 1966 die von Z. Brzezinski entwickelte neue Ostpolitik der USA in der Kennedy/Johnson-Ära unter der Überschrift „Soziologie als Diplomatie" (S. 278 ff.).

3) Vgl. als einführende, im deutschen Sprachbereich zugängliche Übersicht über solche Bemühungen: Donald G. Brennan (Hrsg.), Strategie der Abrüstung. 28 Problemanalysen, Gütersloh 1963.

„Abrüstungsforschung hat sich nicht ohne immanente Logik des begrenzten technisch-pragmatischen Ansatzes zur Perversion der eigenen Ziele entwickelt; aus Abrüstung wurde Rüstungskontrolle und damit lediglich die Zähmung des Rüstungswettlaufes, nicht die Überwindung der Rüstungsgesellschaft und ihrer ökonomischen, politischen und psychischen Kosten, wurde die Rationalisierung des internationalen Drohsystems, nicht aber die Schaffung der Voraussetzungen seiner Abschaffung, wurde die Forderung auch und nicht zuletzt der innergesellschaftlichen Stabilisierung auf Kosten sozio-ökonomischer Dynamik (. . .)" [4]).

Vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges und der neuen Phase internationaler Kooperation (Teststoppabkommen, Atomwaffensperrvertrag) einerseits und internationaler Konflikte (Verschärfung des Vietnam-Krieges, neue Strategie im Sinne von „Veränderung durch Einwirken" des Westens in kommunistischen Ländern) andererseits, die das Verhältnis der beiden Systeme kapitalistischer und kommunistischer Staaten bestimmen, vor diesem Hintergrund hat sich die Friedensforschung erheblich ausweiten können, zumal in den angelsächsischen und skandinavischen Ländern; für die Bundesrepublik ist ihr Auftreten allerdings ziemlich neuen Datums. Einer der ersten, der hier durch seine der Friedensforschung gegenüber aufgeschlossenen Äußerungen hervortrat, ist der Bundesminister für wissenschaftliche Forschung, G. Stoltenberg, der auf dem 13. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hannover sagte: „Die Friedensforschung muß von Staat und Politikern besonders unterstützt und ihre Ergebnisse müssen mehr als bisher genutzt werden (. . .)" [5]).

III

Gewiß, auch nach der Aussage von Krippendorff ist Friedensforschung ein „blutjunges Unternehmen", dessen innerer Zusammenhalt sich bisher kaum aus den „auch nur in Umrissen gesicherten methodischen Grundlagen und Gemeinsamkeiten herstellt, sondern sich aus der Gemeinsamkeit der Richtung wissenschaftlichen und — es sei offen ausgesprochen — politischen Fragens entwickelt hat bzw. zu entwickeln beginnt" [6]). Diese letzte Behauptung bleibt allerdings noch zu beweisen, denn ein Überblick über die verschiedenen, mit dem Etikett „Friedensforschung" ausgezeichneten Arbeiten, die bislang vorgelegt wurden, läßt vermuten, daß es mit der gemeinsamen Richtung politischen Fragens so weit her doch nicht ist. Dies nämlich teilt die Friedensforschung mit einem anderen, ebenfalls hauptsächlich von der bürgerlichen Sozialwissenschaft initiierten Unternehmen, der Konvergenz-Theorie: daß hier neben naiven Utopismen in Bezug auf die Zukunft, neben ethisch motivierter Antizipations-Anstrengung und neben wissenschaftlichem Forschungsdrang aus politischer Einsicht auch die Absicht auszumachen ist, Friedensforschung so aus- und umzugestalten, daß sie unter dem Anstrich zukunftsorientierter Humanität inWirklichkeit doch nur ein Instrument wird in der Auseinandersetzung der beiden weltweiten Systeme [7]).

Offen ausgesprochen wird in diesem Krippendorf-Zitat lediglich etwas Selbstverständliches, was für jede wissenschaftliche Tätigkeit gilt — daß nämlich der forschungsimmanente, ‚wertneutrale' Impetus des Wissenschaftlers sich von sei-

4) E. Krippendorff, Einleitung zu: Friedensforschung, a.a.O.
5) Zit. nach W. O. Metzger, K. F. Schade, H. Boss-Stenner, Materialien zum Thema Friedensforschung, in: Offene Welt, N. 95/96, 1967, S. 212 f.
6) Krippendorff, a.a.O., S. 11.
7) Zur Konvergenz-Theorie vgl. u. a. J. Tinbergen, Kommt es zu einer Annäherung zwischen den kommunistischen und den freiheitlichen Wirtschaftsordnungen?, in: Hamburger Jahrbuch f. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 8. Jg., 1963. Günther Rose, Zur Genesis und Funktion der Theorie der ‚Industriegesellschaft', in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 15. Jg. 1967, S. 20 ff. Rolf Dubs, Konvergieren die Wirtschaftsordnungen in Ost und West? in: Außenpolitik, 18. Jg., 1967, S. 5 ff.

ner politischen und sozialen Lage und seinen entsprechenden Vorstellungen nicht trennen läßt.

Aber dennoch: ist es nicht ein Gebot der Logik und der Selbsterhaltung, daß im Zeitalter der drohenden atomaren Katastrophe, im Zeichen der overkill-capacity der Supermächte, die Menschen ihre Energien darauf konzentrieren, den Frieden nicht nur in seiner gegenwärtigen, unsicheren Form zu wahren, sondern ihn dahingehend zu ändern, zu verbessern, daß die gewaltigen materiellen Potentiale der Erde nicht mehr dazu verwendet werden, einen möglichen und in seinen Formen immer schrecklicher werdenden Krieg vorzubereiten, sondern vielmehr dazu, der gesamten Menschheit ein menschenwürdiges Leben zu schaffen?

Daß es dazu noch ein weites Stück Wegs ist, braucht keineswegs ein Argument gegen Friedensforschung zu sein. Denn wer, wenn nicht die Wissenschaft, könnte solche Perspektiven so entwerfen, daß sie eben gerade nicht den utopischen Gefilden der schönen Spekulation angehören, sondern der Ebene des Erreichbaren? Allerdings: der moralische Anstoß allein reicht nicht aus. Es ist kein Zufall, daß der Slogan „Peace is our Profession" eben nicht die Eingangshalle eines der zahlreichen neuen Institute für Friedensforschung ziert, sondern stattdessen der Wahlspruch des Strategic Air Command der US Air Force ist. Die ideologischen Verwirrungen um das, was Frieden heißt (und das ist etwas sehr Komplexes), wird sich, das steht zu befürchten, auch auf die Friedensforschung übertragen haben.

Ebenso wie der Friedensforschung ist es bereits einer anderen, in ihrer Zielrichtung viel vager definierten Wissenschaft gegangen, der Futurologie. Friedensforschung und Futurologie stehen im übrigen in einem engen Zusammenhang; etwas überspitzt nennt Claus Koch die Friedensforschung eine „sentimentale Variante" [8]) der Zukunftsforschung. Die Einwände gegen die eine Wissenschaft treffen auch die andere. Zukunftsoptimismus im Sinne einer verewigenden Prolongierung der Gegenwart und Friedensoptimismus als vorweggenommene Siegesfreude des bestehenden Systems — beides läßt sich leicht kombinieren zur „Botschaft des aufgeklärten, organisierten Kapitalismus im Schatten der Bombe" [9]). Ossip K. Flechtheim kann heute nur noch betrübt feststellen, daß sich der von ihm so getauften Futurologie immer mehr die „Technokraten und Neokonservativen" [10]) annehmen. Er selbst möchte, gewiß subjektiv ehrlich, aber politisch erstaunlich naiv die Futurologie eher als „dritte Kraft" zwischen Kapitalismus und Sozialismus aufgefaßt wissen [11]).

Noch einmal wird an dieser Stelle sichtbar, daß die Querverbindungen zwischen Futurologie, Friedensforschung und der Konvergenztheorie sehr eng sind und daß alle drei, schon vom theoretischen Ansatz her, sich die Perspektive auf eine machbare und gleichzeitig humane Zukunft hin gegenseitig vorstellen.

IV

Friedensforschung ging zunächst aus von der Konflikttheorie, und auch heute noch beschäftigen sich, wie eine Umfrage ergab, die meisten Wissenschaftler der Friedensforschung mit der Konflikttheorie [12]). Diese quantitative Angabe verweist auf einen grundlegenden Mangel der Friedensforschung, den Mangel

8) Claus Koch, Kritik der Futurologie, in: Kursbuch, H. 14/19, S. 2.
9) Ebenda.
10) O. K. Flechtheim, Futurologie 1969, in: Frankfurter Rundschau vom 20. 2. 1969.
11) Ebenda.
12) Krippendorff, Friedensforschung, a.a.O., S. 15.

einer stichhaltigen Definition ihres Gegenstandes [13]). Und so beginnt in der neuesten Auflage der Encyclopedia of the Social Sciences der Artikel über „Frieden" denn auch mit den resignierenden Worten: „Social science has uncovered more knowledge about war than about peace (...). Unfortunately, studies tend to be focused in wars as units of analysis rather than on periods of peace, and there is a tendency to define peace simply as ‚non-war'." [14]). Diese Bestimmung ist für den gemeinten Begriff in der Tat nicht angemessen. Johan Galtung, der Autor dieses Artikels, bemüht sich deshalb um eine differenzierende Definition. Er unterscheidet zwei „concepts of peace":

1) Der negative Frieden = zwischen großen sozialen Gruppen (Staaten, rassischen und ethnischen Gruppen) herrscht ein Zustand von „absence of organized violence";

2) positiver Frieden = zwischen großen sozialen Gruppen herrscht ein Zustand der Kooperation und Integration.

Diese Unterscheidung wird von Galtung weiter vertieft, indem er sie auf die Beziehungen zwischen zwei Nationen anwendet und zu einer Vierer-Klassifikation gelangt:

1) Krieg = organisierte Gewalt;

2) negativer Frieden = keine Gewalt, aber auch keine friedliche Interaktion („friedliche Koexistenz");

3) positiver Frieden = Zusammenarbeit, von Zeit zu Zeit unterbrochen von einzelnen Gewaltakten;

4) „unqualified peace" = friedliche Zusammenarbeit ohne jeglichen Einbruch von Gewalt.

Galtung weist mit Recht darauf hin, daß die Definition von Frieden als „Nichtkrieg" weder für die Theorie noch für die Praxis Gewinn bringt, denn sie umfaßt z. B. auch die einfache Abwesenheit von jeglicher Interaktion, die wie etwa im Falle der Beziehungen zwischen Norwegen und Nepal rein aus geographischen Gründen herrührt. Nach dieser Terminologie ist der negative Frieden heute zur Grundbedingung jeder sinnvollen Politik (d. h. jeder Politik, die nicht auf Selbstzerstörung aus ist) geworden. Es ist deshalb vor allem der positive Frieden, der den Friedensforschern und den Politikern interessant erscheinen sollte.

Diese Typologie von Galtung stellt einen der wenigen Versuche dar, den Gegenstand von Friedensforschung zu umreißen — einen, wie sich schnell erweist, ziemlich wenig zufriedenstellenden Versuch. Denn seine Aussagekraft geht in keinem Punkt über das hinaus, was jede zweite Ministerrede und der common sense auch zur Sprache bringen, wenn es um dieses Thema geht. Frieden nur als Zustand zu beschreiben, ohne die Diskrepanz zwischen dem bestehenden Unfrieden in die Beschreibung miteinzubeziehen und, was noch wichtiger ist: die Möglichkeiten, den bestehenden Unfrieden zu überwinden, miteinzubeziehen, das bleibt auf der Ebene der Wortwahl. Die Sache selbst ist damit nicht getroffen.

Sie ist auch nicht getroffen in der Definition von Friedensforschung selbst, die J. G. Starke formuliert hat. Nach ihm handelt es sich dabei um „that body of theories, concepts, hypotheses, principles, generalisations, general laws, deduc-

13) Vgl. in diesem Zusammenhang die zwar intelligente und brillant formulierte, aber entscheidende Probleme doch übersehende Kritik an der Friedensforschung von Sebastian Haffner in: konkret, Nr. 8/1969.
14) Encyclopedia of the Social Sciences, Bd. 11, 1968, S. 487.

tions, and propositions which can best be formulated concerning the subject of peace, and which serve to claryfy the forces of conditions that: a) from a positive standpoint, are favourable to, or necessary for the maintenance or establishment of a peaceful regime; and b) from a negative standpoint, are unfavourable to, or may threaten or disturb such peaceful regime. It also necessarily includes systematic analysis of the formal machinery or formal methods for securing peace [15]).

So wie Galtungs Definition von Frieden wegen ihrer völligen Abstraktheit unverbindlich bleibt für die theoretischen Ansätze des Wissenschaftlers, so kann auch Starkes scheinbar so umfassende Beschreibung dessen, was Friedensforschung sein soll, keinerlei Hinweise geben auf praktische Bezüge. Wie verwirrend sich solche Konzeptionen auswirken, geht schon allein daraus hervor, daß als eine Untergruppe der Friedensforschung und als Verlängerung der Abrüstungsforschung der letzten Jahre sich eine Art Wissenschaft von der Friedenssicherung entwickelt hat, die einesteils nicht mehr ist als eine umbenannte Internationale Politik und auf der anderen Seite, weil auch sie vorgibt, um den Frieden wissenschaftlich besorgt zu sein, ein Gemisch von außenpolitischer Propaganda und Stammtisch-Spekulation [16]).

Die Beiträge, die Krippendorff in seinem Sammelband zusammengestellt hat, erbringen nun tatsächlich ganze Kataloge von Prinzipien, Verallgemeinerungen usw., die sich auf die verschiedensten Arten von Frieden beziehen lassen. Die Crux bei fast allen von ihnen ist, daß inhaltliche Konkretionen entweder fehlen oder stillschweigend „wertfrei" als modizifierte Bedingungen der industrialisierten Großgesellschaft westlichen Typs eingeführt werden. Und so fällt es schwer, die verschiedenen historisch, anthropologisch, psychologisch oder soziologisch orientierten Ansätze miteinander in Einklang zu bringen, ja es ist unmöglich. Quincy Wright, aus dessen monumentaler Arbeit „A study of war" ein Abschnitt abgedruckt ist, kommt z. B. zu der Feststellung, daß, was es an ständiger Evolution in der Menschheitsgeschichte gegeben habe, nicht dem Krieg, sondern „dem Denken" zu verdanken ist. „Die Alexander, Cäsar und Napoleon erzeugten Oszillationen; die Aristoteles, Archimedes, Augustin und Galilei erzeugten Fortschritte"[17]). Solche Einsichten verraten zwar sehr viel vom moralischen Impetus ihres Verfassers, für eine auf Resultate bedachte Friedensforschung sind sie jedoch wegen ihrer Abstraktheit und Mißverständlichkeit gefährlich. Heute wird sowieso kaum jemand die Moltke'sche Auffassung vertreten: „Der ewige Frieden ist ein Traum, und nicht einmal ein schöner, und der Krieg ein Glied in Gottes Weltordnung." Die Frage, ob die Menschheit dem Krieg etwas zu verdanken hat, war immer schon scholastisch-verquer, sie ist ganz gewiß in dem Augenblick völlig peripher geworden, in dem der Krieg zur höchst realen Möglichkeit ihrer Vernichtung geworden ist. Quincy Wrights „Study of war" ist ein bedeutendes Buch, weil es viel verstreutes Material zusammenfaßt, aber es bietet eben deshalb keinen Ansatzpunkt, die moderne Problematik in den Griff zu bekommen.

15) J. G. Starke, An Introduction to the Science of Peace (Irenology), Leyden 1968, S. 15.
16) Vgl. H. W. Kuhn / V. Rittberger / G. Zellentin / L. Haupts, Möglichkeiten der Friedenssicherung heute (Reihe: Politische Bildung, 1967/3), Stuttgart 1967; ferner: die protokollarischen Berichte der Woche der Wissenschaft in Recklinghausen: Friedenspolitik und Friedenssicherung oder Ist der Krieg eine Naturkatastrophe?, Braunschweig 1968. Bei diesem Colloquium sprachen u. a. Iring Fetscher, E. Krippendorff, Fritz Vilmar, L. Böldcow (!), E. Menzel, E. Majonica (!), G. Markscheffel, H. W. Rubin, Anton Gail, O. K. Flechtheim. Aus dieser Diskussion sei nur ein Zitat angeführt: „Ich stimme mit den Fragestellern in einem Punkte völlig überein, nämlich darin, daß die Sorge um die Menschen in Mitteldeutschland absolut Vorrang hat vor allen anderen Problemen und wir nach diesem Prinzip der Sorge um die Menschen dort drüben zu handeln haben." (S. 110) Dies sagte Ernst Majonica, weil er das unter Friedenssicherung versteht.
17) Quincy Wright, Die Geschichte des Krieges, in: Krippendorff, Friedensforschung, a.a.O., S. 44.

So wie in diesem Einleitungsbeitrag bleibt auch bei den folgenden am Schluß ihres Studiums nur Enttäuschung, obwohl zu den Verfassern so renommierte Autoren wie Michael Haas, Kenneth E. Boulding, Herbert Marcuse, Charles E. Osgood, Amitai Etzioni u. a. gehören. Und auch Robert C. Angells Betrachtungen „Auf dem Weg zum Frieden" [18]) erscheinen vor allem deshalb bemerkenswert, weil sie in ihrer Kritik an den verschiedenen Ansätzen der Friedensforschung deutlich machen, daß es nicht nur zum Frieden selbst, sondern auch bis zur adäquaten wissenschaftlichen Darlegung seiner Bedingungen noch ein weiter Weg ist. Angell unterzieht so die konflikttheoretische oder genauer: die spieltheoretische Analyse einer scharfen Kritik.

Der spieltheoretische Ansatz geht davon aus, daß Staaten — und außer dieser Ebene wird bezeichnenderweise keine näher in den Blick genommen — ihre politischen Entscheidungen nach streng zweckrationalen Erwägungen treffen. Ein Krieg zwischen Staaten kann dann vermieden werden, wenn beiden Seiten klar wird, daß niemand daraus einen Gewinn ziehen kann. Ziel aller Politik in einer solchen Situation müsse es also sein, mit allen Mitteln zu verhindern, daß ein Staat im Krieg plötzlich doch eine Chance für sich entdeckt.

V

Eine solche Konzeption kann nützlich sein allenfalls in solchen Situationen, in denen es um die Verhinderung eines Krieges geht, mit Frieden hat sie nicht viel zu tun. „Denn wir gelangen zum Frieden nur in dem Maße, in dem die gegenwärtigen Spielregeln durch eine andere Reihe von Regeln ersetzt werden" [19]). Um welche Regeln es sich dabei handeln muß, weiß auch Angell nicht. Deshalb gehören die Aufsätze, die Krippendorf unter dem Titel „Die Rüstungsgesellschaft und ihre Interessen" innerhalb seines Sammelwerkes abdruckt, zu den interessantesten und fruchtbarsten des gesamten Buches. Gerhard Brandt untersucht die „Divergierenden Funktionen militärischer Rüstung", Eike Hennig berechnet „Die Rüstungsgesellschaft und ihre Kosten" und Hans Dieter Boris schreibt „Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und westlichen Industriegesellschaften". Alle diese Beiträge versuchen darzulegen, daß der gegenwärtige Unfrieden in der Welt strukturell mit bestimmten Erscheinungsweisen des Spätkapitalismus untrennbar verbunden ist. Am weitesten über die verengte Perspektive der im Behaviorismus befangenen Friedensforschung ragt dabei der längere Aufsatz von Dieter Senghaas hinaus [20]). Nach Senghaas stellt sich in der Friedensforschung die zentrale Frage, „wie es zu erklären ist, daß eine die Reproduktion der internationalen Gesellschaft konstituierende Organisation von Gewaltpolitik über das System von Abschreckung sich am Leben erhalten kann und wie diese Gewaltpolitik sich heute institutionell und programmatisch in mehr Dimensionen und differenzierter niederschlägt als jemals zuvor in der Geschichte, obgleich die Fragwürdigkeit und Irrationalität ihrer Rationalität sogar schon fast bei ihren Verfechtern außer Zweifel steht" [21]). Diese Fragestellung blickt durch das Geflecht der internationalen Beziehungen hindurch, deren Anspannung oder Ruhe allzuoft als alleiniger Indikator für Frieden angesehen werden. Sie erfaßt auch und gerade die einzelnen betroffenen Gesellschaften selbst, ihre Strukturen, Werte, Zielvorstellungen, ihre Herrschaftsverhält-

18) A.a.O., S. 537 ff.
19) Angell, a.a.O., S. 538.
20) Dieter Senghaas, Zur Pathologie organisierter Friedlosigkeit, in: Krippendorff, a.a.O., S. 217—259, hier zitiert nach dem Vorabdruck in: H.-E. Bahr (Hrsg.), Weltfrieden und Revolution. Neun politisch-theologische Analysen, Reinbek 1968.
21) Dieter Senghaas, Friedensforschung im Banne von Abschreckung, in: Politische Vierteljahresschrift, 9. Jg., 1968, S. 469.

nisse usw. Damit aber wird die bloß strategische Ebene endlich verlassen, von der aus Frieden als technische Regelung und nicht mehr erscheint, als Regelung zumal, die mit den Mitteln des Krieges durchgesetzt werden kann. Die Paradoxie des „Si vis pacem, para bellum" wird wohl dort schlicht als unumgänglich hingenommen, wobei doch wohl die Hoffnung, uneingestanden (oder vielleicht auch nicht uneingestanden) bleibt, daß ein deus ex machina auftritt und alles so löst, daß die eigene Partei gewinnt.

Die Theorie der Abschreckung, gegen die sich die scharfe Kritik von Senghaas wendet, wirkt jedoch nicht nur auf dem Felde der internationalen Beziehungen und innenpolitisch nur so, daß der Gesellschaft ökonomische Anstrengungen auferlegt werden, um Rüstungen zu produzieren, deren Ziel es ist, niemals verwendet zu werden. Auf einen ersten Fehler dieses Konzepts hat bereits Bert Röling verwiesen, als er darauf aufmerksam machte [22]), daß eine Außenpolitik, in der die Existenz der atomaren Bewaffnung eine Rolle zu spielen habe, bereits ein Risiko mit sich bringt, das nicht voll auszukalkulieren sei. Zudem erhöht sich die Gefahr, daß ein nicht gewollter thermonuklearer Krieg ausgelöst wird. Solche Kritik wie die von Röling bleibt aber technisch, und es ist nicht verwunderlich, daß andere „Friedensforscher" wie etwa Herman Kahn und seine Mitarbeiter alles unternommen haben, um die hier angesprochene Risikomarge so weit wie möglich einzuengen. Für den Frieden ist dabei aber nichts gewonnen.

Senghaas sieht die schwerwiegenden Nachteile der Theorie der Abschreckung woanders. Das System, das durch die einander zugewandten, sich gegenseitig abschreckenden Mächte gebildet wird, dient nur solange der Erhaltung des „negativen Friedens", solange die Abschreckung glaubwürdig bleibt. Sie bleibt aber nur dann glaubwürdig, wenn alle Beteiligten ihren Rüstungsstand ununterbrochen ergänzen und erneuern. So wird keinem von ihnen die Möglichkeit gelassen, die „an ihn gerichteten Erwartungen aggressiven Verhaltens" als irrig zu beweisen, um aus diesem Drohsystem auszubrechen und eine friedlichere Phase einzuleiten. „Ein lückenloses System macht den Gegner (...) tendenziell auf alllen Ebenen zum potentiellen Aggressor, denn angesichts eines umfassenden Droh-, Warn- und Vergeltungssystems wird ihm systematisch die Chance verbaut, seine Friedfertigkeit unter Beweis zu stellen" [23]). Das aber hat weitgehende Auswirkungen auf die innenpolitischen Bereiche. Die von der Theorie geforderte Verteufelung des Gegners dient so zur Rechtfertigung eigener aggressiver Verhaltensweisen. Dem Gegner wird verboten, sich anders zu zeigen als so, wie es die eigene Sicht zuläßt. Statt um Information geht es nun um Propaganda, an die Stelle der Kommunikation tritt die Manipulation. „Abschreckung ist in diesem Sinne kollektiv organisierter Terror, gesellschaftlich organisierte Aggression, ein System der Angst (...). Würde Abschreckungspolitik über das gängige, an sich schon genügend schreckliche Maß hinaus konsequent betrieben (vor allem durch eine Politik umfassender aktiver Zivilverteidigung), so käme dies einer Militarisierung sämtlichen Lebens gleich" [24]).

Es macht keine Mühe, zahlreiche konkrete Hinweise dieser Theorie auf die politische Praxis der USA und besonders auch der Bundesrepublik zu erkennen und zu verifizieren. Der neue „zivile Militarismus", der sich in diesen Ländern ausgebreitet hat, ist ein Kind der Abschreckungs-Doktrin. Die gesamte Diskussion um die Notstandsgesetze und den übrigen Komplex der inneren Staatsreformen der Bundesrepublik gewinnt durch diese Sicht eine neue Komponente: ihre Kon-

22) Bert V. A. Röling, National and international peace research, in: International Social Science Journal, 17. Jg., 1965, S. 490.
23) Senghaas, Friedlosigkeit, a.a.O., S. 114.
24) Senghaas, Friedlosigkeit, a.a.O., S. 133.

zipierung und Durchsetzung bedeuteten einen weiteren Schritt in Richtung auf die Verhärtung der Abschreckungsdoktrin. Die Zielrichtung bestimmter innenpolitischer Interessen und eine Außenpolitik, die heute wie früher auf der Abschreckung basiert, verquicken sich so zu einem Gespinst friedloser Politik, in dem der gutwillige Einzelne solange gefangen und gefesselt bleibt, bis er ebenfalls organisiert und planend den circulus vitiosus des organisierten Unfriedens durchbrechen kann. Hierzu könnte Friedensforschung ein Hilfsmittel sein. Bis jetzt aber wird sie vornehmlich als Glasperlenspiel betrieben.

VI

Krippendorffs Sammelband vermittelt einen Überblick über den Stand der Friedensforschung, wie sie vor allem in den Vereinigten Staaten aufgefaßt wird. Es ist deshalb durchaus etwas anderes als europäische Überheblichkeit, wenn man zu dem Urteil gelangt, daß die Beiträge nichtamerikanischer Autoren darin am fesselndsten zu lesen sind.

Allerdings fehlt bei Krippendorff jeder Hinweis darauf, wie es mit der Friedensforschung nun weitergehen soll. Ihre Möglichkeiten — wissenschaftlich und politisch — sind groß, aber eminent sind auch ihre Gefahren. In der Bundesrepublik regen sich an mehreren Orten Bestrebungen, Institute für Friedensforschung zu gründen und die bestehenden in München (Studiengesellschaft für Friedensforschung) und Hannover (Gesellschaft für Zukunfts- und Friedensforschung) aufzuwerten, Bestrebungen, denen z. B. auch die renommierte Deutsche Vereinigung für Politische Wissenschaft durchaus positiv gegenübersteht.

Angesichts der Erfahrungen in den Vereinigten Staaten ist aber Skepsis angebracht, was die Fruchtbarkeit solcher Bemühungen betrifft. Ohne alle bestehenden Institute und Gesellschaften einer eingehenden Kritik zu unterziehen, kann an dieser Stelle jedoch festgehalten werden, daß es in der westlichen Welt eigentlich nur ein einziges Institut gibt, das den Möglichkeiten der Friedensforschung gerecht zu werden scheint.

Das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) wurde am 1. Juli 1966 gegründet und nahm zu Beginn des Jahres 1968 seine Arbeit auf [25]). Es ist konzipiert als „Unabhängiges internationales Institut", das vom schwedischen Parlament zwar unterstützt wird, jedoch ist es ihm freigestellt, andere Geldmittel zu verwenden. Über die Unabhängigkeit des Instituts wacht ein aus international bekannten Wissenschaftlern zusammengesetzes Gremium, dem u. a. Joseph Rotblat (England), Leo Mates (Jugoslawien) und Ivan Malek (CSSR) angehören. Den Vorsitz dieses Gremiums hat Gunnar Myrdal inne.

Dieser klaren Entscheidung für Internationalität und finanzielle Unabhängigkeit entspricht eine ebenso klare Wahl der Forschungsgegenstände. „Das Institut verfolgt nicht die soziologische Richtung der Friedensforschung, sondern beschäftigt sich in der Hauptsache mit der Erforschung einer Reihe von vordringlichen Fragen" [26]). Der „Report on Activities 1967/1968" verweist auf neun Projekte:

1) Atomenergie und Abrüstung: ein Versuch, den Atomwaffensperrvertrag zu erweitern;

2) Erstellung eines Jahrbuchs über Bewaffnung und Abrüstung in der Welt;

[25]) Diese und die folgenden Angaben über SIPRI verdanke ich Mr. Jan Martenson, Assistent Director an diesem Institut.
[26]) Martenson, a.a.O.

3) Waffenhandel: eine Studie über den Handel mit Waffen zwischen waffenproduzierenden Staaten und Entwicklungsländern;

4) Kommunikationssatelliten;

5) Chemische und biologische Kriegführung;

6) Inspektionsmöglichkeiten zur Unterbindung der Produktion biologischer Waffen;

7) Das Presseecho auf die Internationale Abrüstungskonferenz;

8) Das Problem der Entmilitarisierung der Ozeane;

9) Seismische Methoden zum Erkennen unterirdischer Explosionen.

An all diesen Projekten arbeiten Wissenschaftler aus allen Ländern der Erde mit, sowohl aus kapitalistischen wie aus sozialistischen. Das ist ermutigend, wenngleich es im Augenblick nicht mehr als ein Versprechen ist. Ein Versprechen für eine fruchtbare Friedensforschung, und vielleicht ein Versprechen für einen fruchtbaren Frieden.

Andrej Stepanow, Moskau

„Wenn wir gut mit den Russen standen . . ."

Die sowjetisch-deutschen Beziehungen 1917—1931 im Lichte der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR", Bde. I—XIV*)

„Wenn wir gut mit den Russen standen, war es gut für beide Länder; wenn wir Feinde waren, haben beide in gleichem Maße gelitten". So schrieb in seinen Memoiren Herbert v. Dirksen (1925—1928 Leiter der Ostabteilung des Auswärtigen Amtes, 1928—1933 deutscher Botschafter in der Sowjetunion) über die Stimmung des „Durchschnittsmenschen". Meiner Meinung nach ist diese These bedeutungsvoll. Ohne Überschätzung: sie ist lebenswichtig. Das illustrieren auch die diplomatischen Dokumente, die von der Kommission zur Ausgabe diplomatischer Dokumente beim Außenministerium der UdSSR veröffentlicht werden.

Bis heute liegen 14 Bände vor mit über 6 000 sowjetischen und ausländischen Dokumenten, die vor allem aus dem Archiv des sowjetischen Außenministeriums stammen. Die meisten dieser Dokumente werden der Öffentlichkeit erstmalig vorgelegt. Sie umfassen den Zeitraum von 1917 bis 1931. In den kommenden Jahren sollen weitere Bände erscheinen, die die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg behandeln werden.

* Verlag für Politische Literatur, Moskau 1957—1968.

Die neue Ausgabe ist die vollständigste und die am besten geordnete. Die Leser finden Artikel und Reden Lenins zur Außenpolitik, Beschlüsse von Parteitagen und Plenartagungen des Zentralkomitees der KPdSU, Resolutionen von Sowjetkongressen und von Sitzungen des Gesamtrussischen Zenralexekutivkomitees (ZEK) bzw. des ZEK der UdSSR, Verordnungen der Sowjetregierung, Berichte des Außenministers an das Politbüro, Jahresberichte des Ministeriums, Verträge und Abkommen der Sowjetunion mit anderen Staaten, den Schriftwechsel des Außenministeriums der UdSSR mit den entsprechenden Behörden anderer Länder, mit Diplomaten und Staatsmännern, Berichte und Aufzeichnungen über Gespräche sowjetischer Botschafter mit ausländischen Diplomaten, Materialien internationaler Konferenzen und Beratungen.

Einen bedeutenden Platz (einige hundert) nehmen Dokumente über die sowjetisch-deutschen Beziehungen ein.

Wie bekannt, nahm in der Außenpolitik der UdSSR das Bemühen um friedliche Koexistenz, um Gleichberechtigung und beiderseitig nützliche Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern stets einen wichtigen Platz ein. Ein Beispiel dafür sind die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland in der uns interessierenden Periode.

Wie die Dokumente berichten, wurden die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland nicht an einem Tage und nicht ohne bedeutende Schwierigkeiten hergestellt, gab es doch zu viele Unterschiede in den sozialen Systemen. Die Sowjetregierung hielt es nicht nur für möglich, sondern auch für notwendig, zu Deutschland dauerhafte Beziehungen der friedlichen Koexistenz herzustellen. In der sowjetischen Note an den deutschen Generalkonsul Hauschild vom 18. September 1918 hieß es: „Die Arbeiter- und Bauern-Regierung wünscht nachdrücklich gutnachbarliche Beziehungen und friedliches Zusammenleben mit Deutschland, ungeachtet aller Unterschiede in der Ordnung beider Staaten..." (Bd. I, S. 488).

Prof. Georg Klemperer (ab 1919 Direktor der 4. Universitätsklinik in Berlin) erzählte: „Ich unterhielt mich mit Lenin häufig über die russisch-deutschen Beziehungen. Lenin vertrat stets den Standpunkt, daß an der Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen beide Völker gleichermaßen interessiert sind" (Deutschland—Sowjetunion. Aus fünf Jahrzehnten kultureller Zusammenarbeit. Humboldt-Universität zu Berlin 1966, S. 25).

Wie Lenin im April 1922 betonte, eröffnete ein Zusammengehen mit Deutschland für Rußland „gigantische wirtschaftliche Perspektiven, unabhängig davon, ob die deutsche Revolution bald siegt. Wir können uns auch mit einer bürgerlichen Regierung Deutschlands verständigen" (W. I. Lenin, Gesammelte Werke, Band 43, S. 188). Damit war die Position der Sowjetunion bestimmt; sie setzte sich konsequent für ein gutnachbarliches Verhältnis zu Deutschland ein.

Der Sowjetstaat strebte nach umfassender wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit Deutschland. In seinem Bericht auf der Sitzung des Gesamtrussischen ZEK vom 17. Juni 1920 erklärte G. V. Tschitscherin: „Wir wünschen und sind bereit, zu Deutschland Wirtschaftsbeziehungen aufzunehmen, wir wollen mit Deutschland freundschaftliche Beziehungen unterhalten" (Bd. II, S. 650).

Weitsichtig und realistisch denkende Politiker Deutschlands waren sich ebenso wie einflußreiche Handelskreise darüber im klaren, daß die unterschiedliche soziale Ordnung kein Hindernis für die Zusammenarbeit mit der UdSSR sei. Außenminister Stresemann äußerte dazu: „Unser Verhältnis zu Rußland wird für uns wirtschaftlich und politisch stets von der allergrößten Bedeutung sein." Die

AEG-Direktoren Deutsch und Rathenau wiesen in einem an den Reichskanzler gerichteten Schreiben vom 17. Februar 1920 darauf hin, daß vom Ausbau der Verbindungen zu Sowjetrußland die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands abhänge. Sie forderten eine auf Vertrauen gegründete Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Sowjetrußland.

Am Handel mit der Sowjetunion beteiligten sich in den 20er Jahren über 3 000 deutsche Firmen, darunter Krupp, Stinnes, Wolff, IG-Farben, AEG sowie Schiffswerften, Betriebe des Landmaschinenbaus, der Leichtindustrie u. a. Die Handelskreise waren daran interessiert, aus der UdSSR Rohstoffe zu beziehen, vor allem Erdöl und Erdölprodukte, Erze, Holz usw. Zugleich wünschten sie ein breites Sortiment von Industrieerzeugnissen in der Sowjetunion abzusetzen. Ein gewisses Interesse an einer noch besseren Zusammenarbeit mit der UdSSR bekundeten auch verschiedene Banken.

Die Dokumente sprechen davon, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern entwickelten:

Am 19. April 1920 wurde in Berlin ein „Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Heimschaffung der beiderseitigen Kriegsgefangenen und Zivilinternierten" abgeschlossen (Bd. II, S. 459—462) und am 6. Mai 1921 das „Vorläufige Abkommen zwischen dem Deutschen Reich und der Russischen Sozialistischen Föderativen Sowjetrepublik über die Erweiterung des Tätigkeitsgebiets der beiderseitigen Delegationen für Kriegsgefangenenfürsorge", das, wie sein Artikel 16 besagt, bis zum Abschluß eines Handelsvertrages als Grundlage der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen dienen sollte (Bd. IV, S. 104).

Das Abkommen von 1921 schuf günstige Bedingungen für die Entfaltung des sowjetisch-deutschen Handels, dessen Umfang nun immer mehr wuchs.

Beim Ausbau der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit spielte der Rapallo-Vertrag eine besonders bedeutende Rolle. Er regelte die sowjetisch-deutschen Beziehungen auf der Basis der Gegenseitigkeit, der Gleichberechtigung, der Achtung der Interessen und der Souveränität der Partner. Der Vertrag schuf günstige Voraussetzungen für eine verstärkte wirtschaftliche Zusammenarbeit. Er legte den Grundsatz der Meistbegünstigung fest und bestimmte die Exterritorialität der Handelsvertretungen. Beide Regierungen verpflichteten sich, „in wohlwollendem Geiste" einander entgegenzukommen (Bd. V, S. 224).

Eine der Formen des sowjetisch-deutschen Wirtschaftsverkehrs waren die Konzessionen, für die die Handelskreise Deutschlands spürbares Interesse aufbrachten. Nicht zufällig waren von den 460 Konzessionsvorschlägen, die bis zum März 1923 ins Hauptkonzessionskomitee der UdSSR gelangten, 174 aus Deutschland (56 kamen aus den USA und England, 50 aus Frankreich, 25 aus den skandinavischen Ländern usw.) (Bd. V, S. 274).

Auch an den Ausstellungen, die in den 20er Jahren in der Sowjetunion stattfanden, beteiligte sich Deutschland lebhaft.

Die Sowjetunion war daran interessiert, deutsche Spezialisten und andere qualifizierte Kräfte für die Arbeit in der sowjetischen Volkswirtschaft zu gewinnen. In den Dokumenten finden sich wirtschaftliche und statistische Angaben, die das ununterbrochene Wachstum des Warenumschlags zwischen der Sowjetunion und Deutschland bestätigen.

Seit Mitte der 20er Jahre, als die erfolgreiche Wiederherstellung der sowjetischen Volkswirtschaft in die beginnende sozialistische Industrialisierung überging, gab

es noch mehr Möglichkeiten für eine sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem Gebiet. Das beiderseitige Interesse an einer Erweiterung des Handels bedingte den Abschluß eines speziellen Handelsvertrages.

Als die Regierung Deutschlands mit den Verhandlungen über einen solchen Vertrag begann, hofften maßgebliche Kreise der Bourgeoisie, in die sowjetische Wirtschaft so tief wie nur irgend möglich eindringen zu können, um Landwirtschaft und Rohstoffe für sich auszunutzen und so das Land in ein Anhängsel Deutschlands zu verwandeln. Natürlich waren Pläne solcher Art höchst unrealistisch.

Die großen Schwierigkeiten, die dem Ausbau der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit im Wege standen, resultierten schließlich weniger aus der Unterschiedlichkeit der sozialen Systeme beider Staaten als vielmehr aus der antisowjetischen Haltung bestimmter Kreise in Deutschland, hinter denen die sie ermunternden Imperialisten der USA, Englands, Frankreichs u. a. standen. Eben diese Kreise waren es auch, die der Sowjetunion prinzipielle Zugeständnisse abtrotzen wollten. Ein Beweis für diese Haltung war die Provokation vom 3. Mai 1924 gegen die Handelsvertretung der UdSSR in Berlin.

Die Sowjetregierung nahm allen feindlichen Bestrebungen gegenüber eine feste und prinzipielle Haltung ein. Sie begnügte sich nicht mit einem energischen Protest, sondern ging soweit, daß sie den Handel mit Deutschland abzubrechen drohte, weil es an normale Bedingungen für die Tätigkeit der sowjetischen Außenhandelsorgane mangelte. Der Volkskommissar für Außenhandel, Krassin, betonte am 26. Mai 1924 auf dem XIII. Parteitag der KPR(B): „Die deutsche Regierung muß sich über den Ernst der entstandenen Lage unbedingt klar werden. Auf dem Spiele steht nicht eine Kleinigkeit, auf dem Spiele stehen die guten Beziehungen Rußlands und Deutschlands, auf dem Spiele steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit dieser zwei Länder, die auf Grund objektiver Bedingungen wie füreinander geschaffen sind. Wir sind verpflichtet, die deutsche Regierung zu warnen, wir müssen ihr zeigen, daß sie mit dem Feuer spielt" (Bd. VII, S. 324).

Unter dem Druck der Arbeiterklasse und breiter Schichten der Öffentlichkeit, darunter auch von Handelskreisen, sah sich die deutsche Regierung gezwungen, den Konflikt zu lösen. Im Ergebnis von Verhandlungen unterzeichnete sie gemeinsam mit der sowjetischen Vertretung am 29. Juli 1924 ein Protokoll, in dem sie den berechtigten Forderungen der UdSSR nachkam (Bd. VII, S. 409—411). Den der UdSSR feindlich gesinnten Kräften war es nicht gelungen, die sich entwickelnde sowjetisch-deutsche Zusammenarbeit zu untergraben.

In der Mitte der 20er Jahre setzten die aggressiven Kreise des Westens die größte Hoffnung auf Deutschland, dem sie die Rolle des Stoßkeils in einem antisowjetischen Feldzug zudachten. In den Bänden VIII—XII nehmen deshalb die Dokumente über die Locarno-Konferenz von 1925 und über die sowjetisch-deutschen Beziehungen einen breiten Raum ein. Nunmehr verfügen die Historiker über eine große Zahl sowjetischer Dokumente, die es ihnen ermöglichen, den Gang der Verhandlungen zwischen der UdSSR und Deutschland über wirtschaftliche und politische Fragen zu verfolgen. Diese Verhandlungen sollten nicht nur die Grundsätze der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit, wie sie durch den Rapallo-Vertrag von 1922 festgelegt worden waren, bestätigen, sondern sie auch weiterentwickeln.

Am 12. Oktober 1925 wurde in Moskau das sowjetisch-deutsche Rechts- und Wirtschaftsabkommen unterzeichnet. Ein langer und nicht einfacher Weg von Ver-

handlungen hatte zum Ziel geführt. Die Ergebnisse waren für beide Seiten nützlich. Gleichzeitig hatte man sich auch über einen Kredit von 100 Mio. Mark geeinigt, den Deutschland der Sowjetunion gewähren wollte. Die Regierung Deutschlands schloß den Vertrag unter anderem ab, weil die deutsche Bourgeoisie ernsthaft um den Verlust ihrer Position auf dem sowjetischen Markt fürchtete; denn auch andere Länder waren an der UdSSR als Handelspartner interessiert. Mit Abschluß des Handelsvertrages verfolgte Deutschland gleichzeitig politische Interessen.

Der Vertrag bestand aus den Allgemeinen Bestimmungen, einem Abkommen über Niederlassungen und Allgemeinen Rechtsschutz, einem Wirtschaftsabkommen, einem Eisenbahnabkommen, einem Seeschiffahrtsabkommen, einem Steuerabkommen, einem Abkommen über Schiedsgerichte in Handelssachen und anderen Zivilangelegenheiten sowie einem Abkommen über gewerblichen Rechtsschutz. Ebenfalls am 12. Oktober 1925 wurden ein Konsularvertrag und ein Abkommen über Rechtshilfe in zviilen Angelegenheiten unterzeichnet (Bd. VIII, Dok. Nr. 342, 344). In dem Vertrag wurde betont, daß Rapallo weiterhin als Grundlage für die Regelung der Beziehungen zwischen den beiden Partnerstaaten anzusehen sei (Artikel 3 der Allgemeinen Bestimmungen). Artikel 1 des Wirtschaftsabkommens legte die allgemeinen Prinzipien für die Zusammenarbeit beider Länder auf ökonomischem Gebiet fest. Die vertragsschließenden Seiten verpflichteten sich, „die wechselseitigen Handelsbeziehungen auf jede Weise zu führen, die möglichste Stabilität des Warenverkehrs zu erzielen und den Anteil beider Länder an der gegenseitigen Aus- und Einfuhr nach Maßgabe des Fortschritts des wirtschaftlichen Wiederaufbaus auf das Vorkriegsmaß zu bringen, wobei sie sich von wirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lassen werden" (ebenda, S. 589).

Das sowjetisch-deutsche Rechts- und Wirtschaftsabkommen vom 12. Oktober 1925, das auf den Grundsätzen der Gleichheit und der gegenseitigen Achtung der nationalen Souveränität wie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des Partners beruhte, entsprach den Interessen beider Länder. Das Vertragswerk schuf gute Möglichkeiten zur weiteren Entwicklung der beiderseitigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die ein Beispiel dafür war, wie sich gleichberechtigte und beiderseitig vorteilhafte Beziehungen zwischen zwei Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme entwickeln können. Der Vertragsabschluß zeugte von einem Erfolg jener Kräfte in Deutschland, die — allen voran die Arbeiterklasse — nach einer Zusammenarbeit mit der UdSSR strebten. Dieses Abkommen entsprach den ureigensten Interessen der Werktätigen Deutschlands. In seiner gegen den Locarno-Vertrag gerichteten Reichstagsrede vom 24. November 1925 betonte Thälmann: „Die Fortsetzung der Rapallo-Politik — das Bündnis mit der Sowjetunion — würde bedeuten gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, Getreide- und Rohstofflieferungen aus der Sowjetunion, Lieferung deutscher Fabrikate nach der Sowjetunion und damit Überwindung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, Hebung der Lebenslage der werktätigen Bevölkerung."

Im Frühjahr 1926 gestalteten sich auch die politischen Verhandlungen erfolgreich. Sie waren nicht leicht gewesen und hatten sich 16 Monate hingezogen. Das lag vor allem daran, daß bestimmte Kreise in Deutschland und im Ausland der sich entwickelnden sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit entgegenwirkten. Wie die Dokumente zeigen, suchten im Laufe der Verhandlungen beide Seiten nach annehmbaren Lösungen und waren zu Kompromissen bereit. Und so konnte schließlich am 24. April 1926 der Vertrag über Nichtangriff und Neutralität in Berlin unterzeichnet werden (Bd. IX, Dok. Nr. 141).

Der Berliner Vertrag schuf eine sichere Grundlage für den weiteren Ausbau der gutnachbarlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland. In seinem Begrüßungstelegramm an Stresemann erklärte Volkskommissar Tschitscherin: „Wir betrachten unseren Vertrag als Friedensinstrument, das der Festigung des Friedens in der ganzen Welt dienen muß. Der Geist von Rapallo lebt in diesem Vertrag und erweist damit seinen wohltuenden Einfluß auf die ganze Lage" (ebenda, S. 254). Dieses Abkommen hob das Ansehen Deutschlands in der Welt und festigte seine Positionen auf internationaler Ebene. Mit diesem selbständigen und entschlossenen Schritt Deutschlands mußten auch seine westlichen Partner rechnen.

Die sich mehrenden Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaft um die Jahreswende 1925/26 drängten die führenden Kreise Deutschlands dazu, den Wünschen der UdSSR entgegenzukommen und dieser einen neuen Kredit in Höhe von 300 Mio. Mark einzuräumen (Bd. IX, S. 324). Die Einigung wurde im Februar 1926 erzielt, und im Juni des gleichen Jahres faßte der Reichstag den entsprechenden Beschluß.

Im folgenden Jahr 1927 litt die Entwicklung der deutsch-sowjetischen Beziehungen unter der sich verschärfenden internationalen Situation. Die Ursachen dafür lagen in dem Bemühen antisowjetisch eingestellter Kräfte des Westens, einen Krieg gegen die Sowjetunion vom Zaune zu brechen. Banditenüberfälle auf die sowjetische politische Vertretung und das Konsulat in China, der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur UdSSR durch England, die Ermordung des sowjetischen Botschafters Vojkov in Warschau, eine Verleumdungskampagne gegen die kommunistische Weltbewegung — all das war Ausdruck der Politik der „Ultras" von damals.

Wie würde sich die entstandene internationale Situation auf die sowjetisch-deutschen Beziehungen auswirken? Würde Deutschland den am 24. April 1926 geschlossenen Vertrag ebenso gewissenhaft erfüllen wie die Sowjetunion? Fragen solcher Art mußten natürlich beim Sowjetvolk aufkommen, und dies um so mehr, als es Anzeichen dafür gab, daß bestimmte Kreise in Deutschland die freundschaftlichen Beziehungen zur UdSSR abzubrechen wünschten.

In diesem Zusammenhang ist das Gespräch von Interesse, das Tschitscherin am 7. Juni 1927 mit Stresemann in Baden-Baden führte. Der deutsche Außenminister versicherte dort seinem sowjetischen Kollegen „mehrmals und höchst entschieden, daß sich Deutschlands Verhalten gegenüber der UdSSR nicht verändern würde" (Bd. X, S. 303). So war es auch kein Zufall, daß Deutschland nach dem Abbruch der sowjetisch-englischen Beziehungen die Vertretung der sowjetischen Interessen in England und auch in Südchina (Schanghai, Hankou, Kanton) übernahm (ebenda, S. 567).

Im Jahre 1928, unter komplizierten internationalen Verhältnissen, unternahm die sowjetische Diplomatie Anstrengungen, um die Zusammenarbeit mit Deutschland zu festigen. Eine Reihe von Dokumenten in Band II (1928) beleuchtet die Verhandlungen über Wirtschaftsfragen. Als Ergebnis der Verhandlungen wurden in Moskau am 21. Dezember 1928 das Protokoll zur Erläuterung und Entwicklung des Vertrages vom 12. Oktober 1925 und 8 Beilagen unterzeichnet.

Im Jahre 1929 blieb Deutschland der wichtigste Handelspartner der UdSSR.

Der Stellvertretende Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR, Litwinow, erklärte in seinem Referat auf der 2. Tagung des Zentralen Exekutivkomitees der UdSSR am 4. Dezember: „Die wichtigsten objektiven Bedingungen, die seinerzeit den Rapallo-Vertrag und unsere langjährige Freund-

schaft diktiert haben, wirken im großen und ganzen auch heute weiter. Besonders freundschaftliche Beziehungen unterhalten wir nach wie vor mit Deutschland". Die Weltwirtschaftskrise, die im Jahre 1929 die kapitalistische Welt erschütterte, wirkte sich auch auf die Lage und den politischen Kampf in Deutschland aus. Die reaktionären Kräfte begannen allmählich ihr Haupt zu erheben. Antisowjetische Aktionen und sogar Forderungen nach Abbruch der Zusammenarbeit mit der UdSSR verstärkten sich.

Wie aus den veröffentlichten Unterlagen zu ersehen ist, war die sowjetische Haltung gegenüber Deutschland sehr wohlwollend. Stomonjakow, Mitglied des Kollegiums des Volkskommissariats für Auswärtige Angelegenheiten, sagte zu Botschafter Dirksen am 12. April 1929: „Im Vordergrund steht bei uns die Zusammenarbeit mit dem uns befreundeten Deutschland ... Die Sowjetregierung ist nicht gewillt, Deutschland aus unseren großen Geschäften im Ausland auszuschließen und Amerika a priori zu bevorzugen".

Vom 8. bis 14. Januar 1929 wurde in Moskau eine vielbeachtete „Woche der deutschen Technik" abgehalten. In seiner Rede bei der Eröffnung der Woche versuchte Botschafter Dirksen die Ansicht zu widerlegen, es gebe in Deutschland einflußreiche Kreise, die die Industrialisierung der Sowjetunion mit Mißbehagen verfolgten. Der Botschafter sprach sich gegen die Auffassung aus, die Industialisierung der UdSSR laufe den wirtschaftlichen Interessen Deutschlands zuwider. Gegenwart und Vergangenheit, sagte Dirksen, hätten überzeugend bewiesen, daß es sich umgekehrt verhalte und daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit sich desto intensiver entwickelte, je schneller beide Länder auf dem Wege der Industrialisierung vorwärtsschritten.

In den Jahren 1930—1931 entwickelten sich die sowjetisch-deutschen Beziehungen unter komplizierten und gespannten Verhältnissen.

Die herrschenden Kreise Deutschlands entfernten sich immer mehr von der Rapallo-Politik. Das kam unter anderem darin zum Ausdruck, daß sich in der Außenpolitik Deutschlands die feindseligen Tendenzen verstärkten. Berlin suchte eine Verbesserung der Beziehungen der UdSSR zu Frankreich und Polen zu verhindern. Die damaligen „Ultras" forderten, daß sich Deutschland aktiv in die antisowjetische Einheitsfront, in den „Kreuzzug" gegen den Bolschewismus eingliedere. Der Faschismus, dessen Gefährlichkeit absolut unterschätzt wurde, strebte in Deutschland zur Macht.

Das Bedürfnis Deutschlands, wirtschaftliche Beziehungen zur UdSSR zu unterhalten, behielt aber auch unter diesen Bedingungen die Oberhand über die antisowjetischen Umtriebe der reaktionären Politiker sowie eines Teils der Bourgeoisie und der Junker. Dieses Bedürfnis verstärkte sich noch durch die Verschärfung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten sowie durch die Schwierigkeiten, die als Folge der bereits jahrelang dauernden Weltwirtschaftskrise entstanden waren. Das zunehmende Wirtschafts- und Verteidigungspotential des Sowjetstaates sowie sein wachsender Einfluß und seine steigende Autorität in der Weltpolitik wirkten sich zweifellos zügelnd auf die Hitzköpfe in Berlin aus.

Im Januar 1931 regte die Sowjetregierung Besprechungen in Moskau zwischen dem Obersten Volkswirtschaftsrat (russische Abkürzung WSNCH) und der deutschen Industrie an. Hierzu wurden Vertreter führender deutscher Industrie-Unternehmen nach Moskau eingeladen. Bei den Gesprächen in Moskau waren damals Krupp, Borsig, Otto Wolff, Flick, Vögeler, Klöckner, die Gutehoffnungshütte, die DEMAG, die AEG, Siemens und Brown Boveri vertreten.

Die Verhandlungen dauerten vom 28. Februar bis 9. März. In der Eröffnungsan-

sprache wies der damalige Vorsitzende des WSNCH, Ordschonikidse, darauf hin, daß zwischen der deutschen und der sowjetischen Regierung schon seit einigen Jahren freundschaftliche Beziehungen bestanden. Das Ziel der Zusammenkunft, erklärte er weiter, bestehe darin, auf der Grundlage der im Laufe eines Jahrzehnts gesammelten Erfahrungen zu erörtern, was getan werden müsse, um die geschäftliche Zusammenarbeit in Zukunft noch mehr auszubauen. Ordschonikidse betonte, daß in der Sowjetunion, ungeachtet der stürmischen Entwicklung der sowjetischen Industrie, weiterhin Interesse für Erzeugnisse der deutschen Industrie vorhanden und keineswegs an eine Einschränkung der wirtschaftlichen Beziehungen gedacht sei, sondern im Gegenteil eine Ausweitung derselben angestrebt werde.

Im Verlaufe der Besprechungen wurde von sowjetischer Seite betont, wie wichtig es sei, der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch Ausarbeitung eines langfristigen Programms eine stabile Grundlage zu geben. Davon ausgehend, kündigte die Sowjetunion für die Jahre 1931—1933 Aufträge in Höhe von 1,5 bis 2,5 Mrd. Mark an (1930 hatten sie sich auf 400 Mio. Mark belaufen). Die Vertreter der deutschen Industrie begrüßten den Vorschlag, die gegenseitigen Beziehungen durch ein Element der Stabilisierung zu ergänzen.

Am 10. März 1931 veröffentlichte TASS eine Meldung, in der es hieß, daß die Besprechungen in Moskau „zu einem Ergebnis führten, das beide Seiten befriedigte". Weiter hieß es darin: „In beiderseitigem Einvernehmen wurde festgestellt, daß eine möglichst große Stabilität der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen die beste Grundlage für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen darstellt..."

In der Zeit vom 15. April bis 31. August 1931 vergab der Oberste Volkswirtschaftsrat Aufträge für insgesamt 300 Mio. Mark an deutsche Firmen. In einem am 14. April geschlossenen Abkommen wurden die Bedingungen und die Art der Verwirklichung dieser Lieferungen festgelegt.

In einem Aide-mémoire der Regierung der UdSSR an die Regierung Deutschlands vom 15. August wurden Besprechungen zwischen beiden Ländern vorgeschlagen, um Fragen zu erörtern, die sich auf günstigere Bedingungen für den sowjetischen Export nach Deutschland bezogen. Diesem Thema galten einige Dokumente. Die in Moskau im Dezember 1931 abgehaltenen Besprechungen, die von dem Wunsch getragen waren, „stabilere Grundlagen und Möglichkeiten für die weitere Entwicklung der beiderseitigen ökonomischen Beziehungen zu schaffen", zeitigten ein positives Ergebnis.

Der Warenaustausch zwischen der UdSSR und Deutschland stieg von 456 Mio. Rubel im Jahre 1930 auf 540 Mio. Rubel im Jahre 1931. Im dritten Quartal 1931 nahm die UdSSR im deutschen Export den zweiten Platz ein.

In einem Meinungsaustausch wurde die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des sowjetisch-deutschen Abkommens über Nichtangriff und Neutralität aus dem Jahre 1926 erörtert. Als Ergebnis der Gespräche wurden am 24. Juni in Moskau zwei wichtige Dokumente unterzeichnet: Protokolle über die Verlängerung des zwischen der UdSSR und Deutschland am 24. April 1926 geschlossenen Vertrages sowie des Abkommens über Schlichtungsverfahren vom 25. Januar 1929. Als Beweis für die weitere enge Zusammenarbeit zwischen der UdSSR und Deutschland war das von großer politischer Bedeutung.

Im Bericht der Regierung der UdSSR an den VI. Sowjetkongreß (8. bis 17. März 1931) wird über die damaligen sowjetisch-deutschen Beziehungen folgendes ge-

sagt: „Die Hauptlinie der deutschen Außenpolitik gegenüber der UdSSR ist in letzter Zeit eine Linie der freundschaftlichen Zusammenarbeit und weiteren Festigung der Beziehungen, die im Laufe von neun Jahren einigen Prüfungen standgehalten haben und sich, unserer tiefen Überzeugung nach, auch weiter im beiderseitigen Interesse und im Interesse der Wahrung des Friedens entwickeln können und müssen".

Innerhalb der engen Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland hat es zwar nicht wenig Reibungen und Konflikte gegeben, doch ist es immer gelungen, wenn auch mitunter erst nach längeren Verhandlungen, diese zu überwinden. Davon schreiben z. B. der bekannte deutsche Diplomat Gustav Hilger und der amerikanische Historiker Alfred J. Meyer in dem Buch „The incompatible Allies" (New York, 1953, p. 151). Die Autoren fügen hinzu: „Hinter den Kulissen der Verhandlungen herrschte erstaunliches Vertrauen und enge Zusammenarbeit".

Die Beziehungen der friedlichen Koexistenz und der Zusammenarbeit mit der UdSSR entsprachen den nationalen Interessen des deutschen Volkes. Die Sowjetunion verurteilte, getreu ihren internationalen Verpflichtungen, den Versailler Raubvertrag, und als 1923 die französischen Imperialisten das Ruhrgebiet besetzten, reichte die UdSSR dem deutschen Volk die Hand brüderlicher Hilfe. Am 13. Januar 1923 wandte sich das Gesamtrussische ZEK an die Völker der Welt mit einem Aufruf, in dem es erneut den räuberischen Charakter des Versailler Friedens entlarvte, der „die Herrschaft des Hasses zwischen den Völkern Europas verewigte und in Europa ein wirtschaftliches und politisches Chaos schuf ... In diesen entscheidenden Tagen erhebt das Rußland der Arbeiter und Bauern von neuem seinen empörten Protest gegen die wahnsinnige Politik des imperialistischen Frankreich und seiner Verbündeten. Von neuem protestiert es mit ganz besonderem Nachdruck gegen die Vergewaltigung des Rechts des deutschen Volkes auf Unabhängigkeit. Von neuem warnt es mit ganz besonderer Energie die Völker der ganzen Welt vor der Gefahr eines neuen Blutvergießens, das heute Europa bedroht. Völker Europas, der Frieden ist in tödlicher Gefahr. Das Schicksal des Friedens liegt in euren Händen!" (Bd. VI, S. 152).

In jenen Tagen fanden in Moskau und anderen sowjetischen Städten Massendemonstrationen und Sympathiekundgebungen für das deutsche Volk statt. Am 29. Januar 1923 beschloß das Präsidium des Zentralrats der sowjetischen Gewerkschaften eine materielle Hilfeleistung für die Arbeiter des Ruhrgebiets in Höhe von 100 000 Goldrubeln, obwohl der Lebensstandard der Bevölkerung der UdSSR damals noch sehr bescheiden war. Die sowjetische Bergarbeitergewerkschaft schickte 160 Waggon Getreide. Am 29. März wurden den deutschen Arbeitern 1 400 Tonnen Roggen übergeben. Das war eine markante Äußerung des proletarischen Internationalismus des Sowjetvolkes.

Der sowjetisch-deutsche Handel erreichte Ende der 20er Jahre und zu Beginn der 30er Jahre beträchtliche Ausmaße. Der sowjetische Export nach Deutschland erreichte im Wirtschaftsjahr 1927/28 24,5 Prozent. 1932 wuchs der Import der UdSSR aus Deutschland auf 46,5 Prozent an. 1925 betrug der sowjetisch-deutsche Handelsumsatz 1,002 Mrd. Rubel, 1927/28 1,5 Mrd., und im Jahre 1931 stieg er auf den Höchststand von 1,8 Mrd. Rubel.

Diese Beziehungen friedlicher Koexistenz und sachlicher, für beide Seiten vorteilhafter Zusammenarbeit schlossen aber natürlich Streitfragen und Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Staaten nicht aus. Der Standpunkt der UdSSR war in dieser Beziehung klipp und klar formuliert. In einem der in Band XII veröffentlichten Dokumente heißt es: „... bei einem so großen Unter-

schied zwischen unseren politischen und Wirtschaftssystemen sind gewisse Konflikte, Zwischenfälle und Reibungen zwischen den beiden Staaten absolut unvermeidlich ... Man darf nicht zulassen, daß wir wegen vorübergehender Hindernisse, denen wir begegnen, unseren Weg und unsere Perspektive verlieren".

Friedliche Koexistenz und beiderseitig nützliche Zusammenarbeit charakterisierten die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland in den Jahren 1918—1931. Davon künden die Bände I—XIV der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR" mit großer Überzeugungskraft. Das obengenannte Material ist eine Illustration der konsequenten Durchführung des Leninschen Kurses der UdSSR auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Die wichtige und lehrreiche Erfahrung der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit in der Vergangenheit hat, meiner Meinung nach, auch heute nicht ihre Aktualität und praktische Bedeutung verloren.

Wolf Kalz, Santiago de Chile

„Allianz für den Fortschritt"

Zum wirtschaftlichen Einfluß der USA in Lateinamerika

„Allianz für den Fortschritt" hieß das Zauberwort der Ära Kennedy, das seit der Gipfelkonferenz von Punta del Este 1961 unter dem Patronat der Vereinigten Staaten gemeinsame Stärke verhieß und Erhöhung des Lebensstandards für die hungernden, unterentwickelt gehaltenen Völker Lateinamerikas in Aussicht stellte. Industrieller Fortschritt, ein gemeinsamer Markt nach dem Vorbild der EWG und Veränderungen in der Sozial- und Eigentumsstruktur wurden geplant. Doch die Magie des Wortes verlor mittlerweile sehr an Glanz, wie kürzlich sogar der USA-freundliche und dort beliebte ehemalige Botschafter Chiles, Radomiro Tomic, resigniert feststellte. 1967 veranstaltete man erneut eine Gipfelkonferenz am gleichen Ort, aber die anschließenden zähen Verhandlungen zwischen den Staaten des Kontinents versiegten bald ergebnislos, entweder infolge des einzelstaatlichen Egoismus oder aufgrund allzu verschiedener geographischer und ökonomischer Gegebenheiten. Heute ist es soweit, daß man von der Allianz fast nur noch in Regierungsproklamationen spricht oder seitens solcher Kreise, die institutionell mit ihr zu tun haben. Eingeweihte aber kommen beim Studium des vorliegenden Zahlenmaterials zu dem Schluß, daß die Allianz bisher so gut wie ausschließlich den Interessen eines Staates gedient habe — denen der USA [1]).

1) Vgl. z. B. El Mercurio, Santiago de Chile, 1. 3. 1969: „Realidad de la Alianza para el Progresso".

Dokumente zum Zeitgeschehen

Wissenschaftlich-technisches Gutachten über die Schaffung von Voraussetzungen zur Produktion von Kernwaffen in der Bundesrepublik Deutschland

Einleitung

Bei der Beurteilung der Voraussetzungen für eine Produktion von Kernwaffen in Westdeutschland müssen die besonderen Bedingungen beachtet werden, unter denen sich Kernforschung und Kerntechnik in Westdeutschland entwickeln. Es ist zu erwarten, daß diese besonderen Bedingungen zu anderen technischen Lösungen führen, als sie von den „alten" Atommächten realisiert wurden.

Die Entwicklung der friedlichen Kernenergetik baute in diesen Ländern auf den durch das militärische Programm geschaffenen Möglichkeiten auf.

Länder, die die Kernenergie primär zu friedlichen Zwecken nach ökonomischen Gesichtspunkten entwickeln, schaffen sich damit zwangsläufig auch bestimmte technische Voraussetzungen, die durch ein später anlaufendes militärisches Programm genutzt werden können. Das gilt insbesondere dann, wenn das betreffende Land auf dem Kernenergiesektor eine, wenn auch beschränkte, Autarkie anstrebt.

Angesichts des offenen Strebens der Bundesregierung nach Verfügung über Kernwaffen in irgendeiner Form erschien es uns notwendig zu analysieren, inwieweit in Westdeutschland durch das bekannte bundesdeutsche Kernenergieprogramm Voraussetzungen für die Produktion von Kernwaffen geschaffen werden. Das Resultat dieser Analyse ist in dem vorliegenden Gutachten zusammengefaßt. Es wird der Nachweis geführt, daß durch die forcierte Entwicklung einer möglichst autarken Kernenergiewirtschaft in naher Zukunft eine lückenlose Kette von Einrichtungen geschaffen sein wird, die die Herstellung eigener Kernwaffen ohne erhebliche zusätzliche Investitionen ermöglicht. Die für den letzten Schritt zur Entwicklung und Produktion der eigentlichen Kernwaffen benötigten Kenntnisse und Spezialisten sind zur gegebenen Zeit ebenfalls vorhanden.

Bei der Analyse der Entwicklung in der Bundesrepublik sind die spezifischen Gegebenheiten des Landes zu berücksichtigen. In der Bundesrepublik sind zwei Hauptrichtungen zu erkennen. Am weitesten fortgeschritten ist der in enger Zusammenarbeit mit den Reaktorkonzernen der USA erfolgte Aufbau einer Industrie für den Bau von Leichtwasserreaktoren (Siedewasserreaktoren der AEG und Druckwasserreaktoren von Siemens-Schuckert). Dieser Weg kann autark fortgeführt werden, bis auf die Lieferung des angereicherten Urans, das z. Z. nur aus den USA bezogen werden kann. Der zweite Weg wird ebenfalls von Siemens-Schuckert mit Natur-Uran-Schwerwasser-Reaktoren verfolgt. Die aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges stammende Beherrschung des Natur-Uran-Marktes durch die USA, England und Kanada ist im Schwinden, und die Bundesrepublik ist aktiv in dem Bestreben, sich ausländische Reserven zu sichern. Falls erforderlich, kann ein beschränktes Programm mit den Uranvorkommen der Bundesrepublik völlig autark durchgeführt werden.

Bemerkungen zum Stand der industriellen Entwicklung in der Bundesrepublik und zu den internationalen Beziehungen

Seit 1955 werden in der Bundesrepublik Arbeiten auf dem Gebiet der Kernforschung in größerem Ausmaß durchgeführt. Diese Forschungen werden durch umfangreiche staatliche Mittel gefördert. Anlagen der Großforschung wurden von Bund und Ländern in Organisationsformen des Privatrechts errichtet, wobei die Tendenz deutlich erkennbar ist, in steigendem Maße Forschungsinstitute in Bundeseigentum überzuführen (Kernforschungs-

zentrum Karlsruhe, neuerdings auch Kernforschungsanlage Jülich und Institut für Plasmaphysik in Garching). Grundlagenforschung, angewandte Forschung und technische Entwicklung sind häufig in diesen Institutionen zusammengefaßt. Damit erlangt die Bundesregierung größeren Einfluß auf die bedeutendsten Kernforschungszentren und hat größere Möglichkeiten zur Geheimhaltung. Viele Industriekonzerne sind an der Entwicklung und Produktion von kerntechnischen Ausrüstungen beteiligt. Durch die Unterstützung der führenden Konzerne der USA auf dem Gebiet des Reaktorbaues wurde einigen Monopolen der Bundesrepublik ermöglicht, eine eigene Reaktorbauindustrie zu schaffen.

Der Direktor für Wirtschaft bei der damaligen Euratom-Kommission, Dr. H. Michaelis, erklärte am 31. 3. 1965: „Während französische Einzelunternehmen kaum in der Lage sind, komplette Kernkraftwerke zu bauen, können die deutschen Reaktorbaugruppen entsprechende Arbeiten leisten". Gegen starke Konkurrenz aus den USA, Großbritannien, Frankreich und Kanada hat die Siemens AG den Auftrag zur Errichtung eines Kernkraftwerkes mit Schwerwasser-Reaktor in Argentinien erhalten. Dieser Reaktor soll eine elektrische Leistung von 318 MW entwickeln; er stellt eine Weiterentwicklung des Mehrzweckforschungsreaktors (MZFR) dar. Dieser Auftragserteilung gingen Verhandlungen auf Regierungsebene voraus. Wie der „Industriekurier" vom 22. 2. 1968 mitzuteilen wußte, hatte die Bundesregierung eine Kapitalhilfe von 10 Prozent des Auftragsvolumens zugesagt, wenn der Auftrag einer westdeutschen Firma zugeschlagen wird.

Durch Ausnutzung der Möglichkeiten der internationalen Zusammenarbeit und die Bereitstellung großer finanzieller Mittel hat die Bundesrepublik einen großen Teil des Rückstandes gegenüber den führenden Atommächten aufgeholt. Westdeutschland gehört seit 1958 der „Europäischen Atomgemeinschaft" (Euratom) an und trägt zum Forschungs- und Investitionshaushalt von Euratom 30 Prozent bei. Daneben beteiligt sich die Bundesrepublik unter anderem an der „Europäischen Gesellschaft für die chemische Aufarbeitung bestrahlter Brennstoffe" (Eurochemic). Dazu kommen noch Abkommen mit den USA, Großbritannien, Frankreich und Kanada, die die Bundesrepublik in die Lage versetzen sollen, „wichtige wissenschaftliche und technische Kenntnisse zu erhalten, die für die Wiederbelebung der deutschen Kernforschung notwendig sind" [1]).

Besondere Bedeutung haben die engen Konzernverflechtungen mit den USA gewonnen. Die Beziehungen der AEG und BBC-Krupp zu General Electric, von Siemens-Schuckert zu Westinghouse, der Deutschen Babcock und Wilcox zur Amerikanischen Babcock und Wilcox sowie zusammen mit Demag zur North-American Aviation und Atomics International, der Gutehoffnungshütte zu General Atomics, von MAN zu Allis Chalmers sind wichtige Faktoren im sich immer mehr entfaltenden Konkurrenzkampf der westdeutschen und amerikanischen Konzerne gegen die französische und englische Reaktorindustrie [2]). Daher wurde schon die Frage der Überprüfung der europäischen Beziehungen gestellt.

So erklärte Prof. Winnacker, Präsident des westdeutschen Atomforums, zugleich Vorstandsvorsitzender der Farbwerke Hoechst und stellvertretender Vorsitzender der westdeutschen Atomkommission, am 20. 5. 1965 auf einer Sitzung der westdeutschen Atomkommission: „Gerade im Rahmen dieser Zusammenarbeit mit der Industrie (gemeint ist die Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Kernforschungszentren) wird man die Beziehungen zu Euratom nach Auslaufen der Assoziation am 31. 12. 1967 einer Überprüfung unterziehen müssen, und zwar im Hinblick darauf, inwieweit bei einem fortgeschrittenen Stand der Entwicklung durch einen Kenntnisaustausch innerhalb der Gemeinschaft und auch gegenüber anderen Staaten bei fehlender Gegenseitigkeit die Wirksamkeit der eigenen Arbeit beeinträchtigt werden kann."

Mittel und Kader auf dem Gebiet der Kernforschung und Kerntechnik

Bis Ende 1966 wurden in der Bundesrepublik Deutschland nach offiziellen Angaben vom Bund 3 Mrd. DM und von den Ländern 1,3 Mrd. DM für Kernforschung und kerntechnische

1) „Bundesbericht Forschung I des Bundesministeriums für wissenschaftliche Forschung", Bonn 1965, S. 37.
2) Ein Beispiel hierfür ist die von der AEG und General-Electric gemeinsam gegründete Gesellschaft „KRT-Kernreaktorteile GmbH" zur Produktion von Kernbrennstoff und Ausrüstungen für Kernkraftwerke für den europäischen Markt (EuroNuclear, Juni 1965, S. 321).

Entwicklung ausgegeben. Für das westdeutsche Atomprogramm von 1963—1967 stellte die Bundesregierung 2,5 Mrd. DM zur Verfügung. Die jährliche Zuwachsrate betrug dabei 20 Prozent. Das Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung gab 1967 570,8 Mio. DM bei einem Gesamtetat von fast 1,7 Mrd. DM für die Kernforschung und Kerntechnik aus. Die Ausgaben des Bundesministeriums für diesen Zweck haben im Jahre 1964 die Ausgaben der englischen Atomenergiebehörde überholt.

Ende 1966 waren in den Kernforschungszentren und Gesellschaften der Bundesrepublik 8 500 Mitarbeiter beschäftigt. Die durchschnittlichen Zuwachsraten lagen zwischen 1960 und 1966 höher als 20 Prozent. In der Industrie arbeiteten zur gleichen Zeit auf diesem Gebiet ca. 2 000 Personen, insgesamt also über 10 000. Im Vergleich dazu beschäftigten Ende 1964 die französischen Kernforschungsstätten und andere Kernforschungseinrichtungen im Bereich der friedlichen und der militärischen Kernforschung 25 000 Mitarbeiter. Es ist zu erwarten, daß dieser Stand in der Bundesrepublik etwa 1970 erreicht wird.

Vorkommen von Natururan, Anlagen zur Erzaufbereitung und Verarbeitung der Konzentrate

In der Bundesrepublik Deutschland wurden mit relativ geringem Aufwand bisher Vorkommen von rd. 1 000 t Natururan festgestellt, während die möglichen Vorräte auf ca. 10 000 t geschätzt werden. Die Ausgaben für Prospektierung wurden 1966 und 1967 wesentlich erhöht. 1966 waren 50 bis 60 Geologen in der Uransuche beschäftigt [3]). Obwohl nach Angaben des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung, Stoltenberg, vor 1975 kein Uran abgebaut werden wird, soll mit der Erschließung der Vorkommen schon jetzt begonnen werden, „um die Voraussetzungen für einen möglichen späteren Abbau zu klären". In Menzenschwand, Schwarzwald, sind die Schürfungsarbeiten soweit vorangeschritten, daß erforderlichenfalls ohne großen Zeitverlust mit der Uranförderung begonnen werden kann.

Angesichts der bekannten Weltvorräte von über einer halben Million Tonnen billigen Urans sind diese Zahlen nicht bedeutend. Als Rohstoffbasis für ein ziviles Atomenergieprogramm sind diese Vorräte völlig unzureichend [4]). Die Bundesrepublik ist auf Uranimport aus Kanada, den USA, Großbritannien oder Südafrika angewiesen. Die westdeutsche Regierung bemüht sich besonders um den Ankauf von Uranerz aus Staaten wie Südafrika, die keine Garantien für die ausschließlich friedliche Nutzung des gelieferten Urans fordern. So fließt seit 1967 Uranerz aus Südafrika in die Bundesrepublik.

Wenn auch die eigenen festgestellten Vorräte für das vorgesehene Kernkraftwerkprogramm der Bundesrepublik völlig unzureichend sind, so könnten damit genügend Reaktoren versorgt werden, um eine vom militärischen Gesichtspunkt bedeutsame Menge Plutonium herzustellen. Der Uranbezug aus Südafrika erweitert diese Möglichkeiten wesentlich. Die eigenen mit Sicherheit festgestellten Vorräte ermöglichen den Betrieb von schwerwassermoderierten Natur-Uran-Reaktoren von ca. 600 MW für rund 10 Jahre, ohne auf ausländische Lieferungen oder Anreicherungsanlagen angewiesen zu sein.

In Ellweiler bei Birkenfeld/Nahe wird eine Versuchsanlage zur Uranerzverarbeitung betrieben, die jährlich 300 t U308-Konzentrate herstellen kann. Sie wird durch Ankauf einer Mindestproduktion von 20 t/a aus Bundesmitteln in Betrieb gehalten. Die chemische Aufarbeitung von Konzentraten erfolgt durch Nukem, in Wolfgang bei Hanau, wo in einer Anlage mit einer Kapazität von 40 t/a pulverförmiges UO_2 oder Uranmetall hergestellt werden kann. Auch die Kapazität dieser Anlage wird noch nicht voll genutzt. Brennelemente können von Nukem und Siemens-Schuckert hergestellt werden, wofür Kapazitäten bis zu 50 t/a zur Verfügung stehen. Die genannten Anlagen und Rohstoffe reichen aus, um jährlich soviel Natururan zu produzieren, daß damit in Schwerwasserreaktoren jährlich über 100 kg Pu erzeugt werden können bzw. über 300 kg, wenn die Kapazität der Anlagen von Nukem entsprechend erweitert wird.

---

3) Kerntechnik 8/9 1966.

4) Nach westdeutschen Schätzungen wird der kumulierte Uranbedarf der Bundesrepublik bis zu Beginn der 80er Jahre auf insgesamt 40 000 bis 50 000 t steigen (Bundesbericht Forschung II, 28. 7. 1967, Seite 72).

In den letzten Jahren ist die Geschäftigkeit von seiten der Bundesrepublik aufgefallen, eine von der Einflußnahme von Euratom unabhängige Bezugsquelle von Uran zu sichern. Nachdem durch die Interessenvertretung der kerntechnischen Industrie, das Deutsche Atomforum, die Forderung erhoben wurde, „marktwirtschaftliche Grundsätze" für die Versorgung von Uranerzen und Kernbrennstoffen durch die Euratom-Agentur anzuwenden, beschloß der Bundestag am 12. 3. 1965, die Bundesregierung zu ersuchen, daß „die Vorschriften über die Versorgung mit Erzen, Ausgangstoffen und besonderen spaltbaren Stoffen so gestaltet werden, daß die Tätigkeit der Agentur sich auf beobachtende, beratende, vermittelnde und ähnliche Funktionen beschränkt, solange keine ausgesprochene Mangellage auf dem Gebiet der Versorgung eintritt" (Deutscher Bundestag — 4. Wahlperiode, Drucksache IV/3121).

Das zwischen Euratom und den USA abgeschlossene Abkommen wird von Frankreich seit dem 1. 1. 1965 nicht mehr anerkannt. In Westdeutschland wird selbst festgestellt, daß die Vertragsvorschriften in der Praxis liberal gehandhabt werden und daß Westdeutschland weitere Liberalisierungswünsche hat [5]).

Im Zusammenhang mit den im Juli 1966 in Kanada geführten Verhandlungen über die Lieferung von Uranerzen wurde von westdeutscher Seite vermerkt, daß durch „überholte Vorschriften" der kanadischen Regierung die Uranlieferungen beeinträchtigt werden und daß nach kanadischen Hinweisen eine Änderung dieser Bestimmung herbeigeführt werden soll. Damit würde dann eine von bindenden Garantien freie weitere wesentliche Uranquelle zur Verfügung stehen.

Reaktoren in der Bundesrepublik

In der Bundesrepublik Deutschland sind jetzt 36 Reaktoren in Betrieb oder im Bau, darunter 3 Kernkraftwerke, 7 Versuchsleistungsreaktoren, 16 Forschungsreaktoren und 10 Unterrichtsreaktoren. Der Bau zweier weiterer Kernkraftwerke von je mehr als 600 MWe (Würgassen, Stadersand/Elbe) wurde 1967 beschlossen. An Versuchskraftwerken laufen der Siedewasser-Reaktor in Kahl mit 15 MWe, der 1961 in Betrieb ging, und der Mehrzweckforschungsreaktor in Karlsruhe mit 50 MWe, der 1965 in Betrieb ging. Die Inbetriebnahme des Demonstrationskernkraftwerkes mit Siedewasser-Reaktor in Gundremmingen mit 237 MWe erfolgte 1966, ebenso des Kugelhaufen-Reaktors mit 15 MWe in Jülich. Das Kernkraftwerk Lingen mit 252 MWe wurde am 20. Mai 1968 in Betrieb genommen. Die in Jülich von Brown-Boveri und Krupp verfolgte Reaktorentwicklung ist auf den Thorium-Uran-233-Zyklus orientiert.

Die mit einem Schiffsreaktor von 38 MWe ausgerüstete „Otto Hahn" hat 1968 die erste Probefahrt durchgeführt. Der D_2O-Druckröhren-Reaktor Niederaichbach mit 100 MWe, das kompakte natriumgekühlte Versuchskraftwerk in Karlsruhe mit 20 MWe, der Heißdampf-Reaktor Großwelzheim mit 25 MWe und der Druckwasser-Reaktor Obrigheim mit 283 MWe sollen in den Jahren 1968/1969 in Betrieb gehen. Daneben laufen noch eine Reihe von Planungsstudien und vor allem umfangreiche und ehrgeizige Arbeiten zur Entwicklung von schnellen Brutreaktoren. Zwischen 1971 und 1974 sollen zwei Prototypen mit je 300 MWe mit Natriumkühlung und Dampfkühlung den Betrieb aufnehmen.

Seit 1966 sind in der Bundesrepublik Leistungsreaktoren mit 317 MWe in Betrieb. Bis 1970 erhöht sich diese Zahl auf fast 1000 MWe. 1975 soll eine Kernkraftwerkkapazität von ca. 5 000 MWe und 1980 von ca. 25 000 MWe zur Verfügung stehen.

Bezeichnend für das heutige Stadium ist die absolute Vorrangstellung der amerikanischen Entwicklung der Druckwasser- und Siedewasser-Reaktoren. Demgegenüber ist die westdeutsch-französische Zusammenarbeit auf der Grundlage der französischen graphitmoderierten und schwerwassermoderierten Reaktoren nicht über das Diskussionsstadium hinausgekommen. Ob sich bei der Entwicklung und dem in der zweiten Hälfte der 70er Jahre erwarteten Einsatz schneller Brutreaktoren wiederholen wird, ist noch eine offene Frage. Es gibt Anzeichen, daß die Bundesrepublik sich bei dieser Entwicklung von der

5) Abschied von Euratom? Atomwirtschaft 8/9 1966.

amerikanischen Vorherrschaft zu befreien sucht und schon jetzt den späteren Konkurrenzkampf mit den USA ins Auge faßt. Eine selbständige Entwicklungsrichtung stellen die Schwerwasser-Reaktoren dar.

Die Plutoniumerzeugung in den Reaktoren der Bundesrepublik

Die Schwerwasser-Reaktoren können mit Natururan betrieben werden. Deshalb kann Westdeutschland mit diesen Reaktoren ein beschränktes, völlig autarkes Kernenergieprogramm durchführen. Nach Karlsruher Angaben produziert der MZFR (Mehrzweckforschungsreaktor) jährlich 38 kg Plutonium bei dem offiziell vorgesehenen Abbrand von 4 500 MWd/t. Bei diesem Abbrand wird das Plutonium durch Beimischung des Isotopes Pu-240 „denaturiert" — es ist ohne Isotopentrennung für militärische Zwecke unbrauchbar. Die zulässige Beimischung von 6 Prozent wird schon bei einem Abbrand von etwa 1 000 MWd/t erreicht [6]).

Da die Brennelemente dieses Reaktors ohnehin kontinuierlich ohne Öffnen des Reaktordeckels ausgewechselt werden, kann der Betrieb ohne Störungen auf einen Abbrand von 1 000 MWd/t umgestellt werden. Der Verbrauch an Brennelementen wird dabei auf das 4- bis 5fache und die Plutonium-Produktion auf 48 kg pro Jahr steigen. Der Reaktor MZFR kann somit zu einer beliebigen Zeit zur Produktion bombenreinen Plutoniums übergehen und in einem Jahr genügend Plutonium für 8 A-Bomben des Nagasaki-Typs herstellen [7]). 1970 soll ein Reaktor ähnlichen Typs mit doppelter Leistung bei Niederaichbach den Betrieb aufnehmen.

In den Leichtwasser-Reaktoren wird die kritische Pu-240-Konzentration bei einem Abbrand von etwa 4 000 MWd/t erreicht, während der vorgesehene Abbrand 16 500—24 000 MWd/t beträgt. Auch in diesem Falle ist es möglich, den Abbrand ohne wesentliche Änderungen im Betriebsablauf auf 4 000 MWd/t zu reduzieren. Allerdings müßte der dabei eintretende, um den Faktor 4 bis 6 erhöhte Bedarf an angereichertem Uran auffallen. Dieser Weg ist vorläufig nur mit Zustimmung des Lieferlandes, d. h. in diesem Falle der USA, möglich. In Kahl und Gundremmingen (Inbetriebnahme 1966) könnten auf diese Weise jährlich ca. 150 kg militärisch reines Plutonium erzeugt werden. Mit den bis 1969 in Betrieb befindlichen Leichtwasser-Reaktoren würde die Produktionskapazität etwa 430 kg betragen.

Bei diesen Betrachtungen wurde die Möglichkeit einer späteren Aufarbeitung des Reaktorplutoniums durch Isotopentrennung außer acht gelassen. Wie in den Abschnitten 8 und 9 gezeigt wird, bestehen jedoch reale technische Möglichkeiten, mit relativ geringem Aufwand eine solche nachträgliche Isotopentrennung vorzunehmen. Ein solcher, vom „klassischen" Herstellungsverfahren des Bombenplutoniums abweichender Weg würde erlauben,

a) die als Leistungsreaktoren ausgelegten Anlagen ökonomisch und ohne zusätzlichen Brennstoffbedarf zu betreiben;

b) die gesamte in Leistungsreaktoren erzeugte Plutoniummenge als Rohstoff zur Herstellung von Kernwaffen verfügbar zu machen;

c) die Vorbereitungen zur Herstellung und gegebenenfalls die Herstellung der Kernwaffen geheimzuhalten und weitgehend vom „friedlichen" Kernenergieprogramm zu entkoppeln;

d) die Entwicklung von Wasserstoffbomben aufzunehmen, ohne Anlagen für die Urantrennung zu besitzen.

Wenn diese Möglichkeit genutzt wird, so können sämtliche Reaktoren in der für die ökonomische Nutzung in Kernkraftwerken vorgesehenen Weise betrieben werden. Die

---

6) Die Verhältnisse liegen ähnlich wie bei Natururan-Graphit-Reaktoren. In englischen Calder-Hall-Reaktoren, die der Produktion von militärischem Plutonium dienen, darf der Abbrand nur 750 bis 1250 MWd/t erreichen (Atomkernenergie Juni 1962, S. 238).

7) Für die Herstellung einer Bombe vom Nagasaki-Typ (mit einer Sprengkraft äquivalent von 20 000 t TNT) werden 6 kg Plutonium benötigt. Bei verbesserten Typen wird an Stelle der Implosion einer Vollkugel die Implosion einer Hohlkugel verwendet. Dabei kann die benötigte Menge des Plutoniums wesentlich reduziert werden.

Anzeige

Wolfgang Abendroth
Antifaschistische Abwehrbewegung schaffen
ADF wählen

Der Marsch der NPD auf Bonn ist trotz des Art. 21 Abs. 2 GG von der Bundesregierung nicht durch einen Verbotsantrag aufgehalten worden. Das ist keineswegs erstaunlich: Wäre ein Kabinett, an dessen Spitze ein ehemaliges Mitglied der NSDAP steht, wirklich moralisch legitimiert, einen derartigen Antrag zu stellen?

Faschistische Parteien werden von den herrschenden Klassen normalerweise erst dann zur Macht gebracht, wenn sie sich durch eine schwere — sei es eine ökonomische, sei es eine politische — Krise zu diesem äußersten Mittel der Unterdrückung demokratischer und proletarischer Bewegungen genötigt sehen. Wenn also die „normalen" Herrschaftsformen der spätkapitalistischen Gesellschaft versagen oder nicht mehr zu genügen drohen.

Es ist auffällig genug, daß die NPD schon in einer Situation ökonomischer Stabilität wesentlich mehr Prozente der Wählerstimmen auf sich vereinigen kann, als es einst die NSDAP bei den Reichstagswahlen 1928 konnte. Bei erheblicher Störung des ökonomischen Gleichgewichts durch eine Rezession oder durch ähnliche Prozesse wäre also mit einem noch rascheren Wachstum der faschistischen Bewegung zu rechnen.

Dagegen gibt es nur eine wirksame Gegenkraft, die eine Wiederholung des selbstmörderischen Debakels von 1933 unmöglich machen könnte: den Zusammenschluß aller demokratischen und proletarischen Kräfte zu einer geschlossenen Abwehrbewegung, die jeder Ausbreitung nationalistischen Denkens in den kleinbürgerlichen Schichten und in den entpolitisierten Teilen der Arbeitnehmerklasse entgegenwirkt.

Die ADF betrachtet ihre Aufgabe im Wahlkampf darin, zielbewußt und systematisch immer wieder an die Gefahr des Faschismus zu erinnern, allen irrationalen, scheinnationalen Stimmungen entgegenzutreten, die völkerrechtliche Anerkennung der bestehenden Grenzen der beiden deutschen Staaten und der Existenz des anderen deutschen Staates zu verlangen.

Ihre wesentliche Funktion ist es, die Erinnerung an diese zentralen, wirklichen Probleme der bundesdeutschen Politik aufrechtzuerhalten, während alle übrigen Parteien die Kernfrage der westdeutschen Politik aus dem Wahlkampf ausklammern.

Deshalb bedarf sie der Unterstützung, gleichgültig, ob sie die Fünf-Prozent-Grenze überschreitet oder nicht. Jede Stimme für die ADF würde mindestens helfen, einen Druck auf die SPD dahin auszuüben, daß sich in ihr wieder Kräfte entfalten können, die den Kampf gegen die Gefahren des Faschismus und das Wiedererwachen von Vorstellungen des deutschen Imperialismus für wichtiger halten als opportunistische Unterordnung unter die CDU/CSU.

Deshalb rufe ich zur Wahl der ADF auf.

Wolfgang Abendroth

Pu-Produktion wird geringer. Die Produktionskapazität der Schwer- und Leichtwasser-Reaktoren hat Ende 1966 ca. 140 kg und wird 1970 ca. 370 kg betragen, mit einem Gehalt von durchschnittlich 75 Prozent militärisch verwendbarem Plutonium.

Nach den offiziellen Berichten des II. Euratomkongresses (September 1965) beträgt die kumulierte Plutoniummenge aus der Eigenproduktion der Bundesrepublik im Jahre 1970 500 kg, 1975 beinahe 4 t und 1980 10—20 t[8]).

Die Abtrennung des Plutoniums

Die ausgebrannten Brennelemente der Reaktoren werden z. Z. entweder für spätere Nutzung gelagert oder in chemischen Wiederaufbereitungsanlagen verarbeitet, um das Plutonium abzutrennen. Das letztere geschieht fast ausschließlich für militärische Zwecke, da der Einsatz des Plutoniums in Kernkraftwerken noch nicht industriell ausgereift ist. In 5 bis 10 Jahren ist mit dem breiten Einsatz von Plutonium in Kernreaktoren zu rechnen.

Für die Abtrennung des Plutoniums sind in England und Frankreich große Wiederaufbereitungsanlagen für metallische Brennelemente des in den französischen und englischen Graphitreaktoren verwendeten Magnox-Typs entstanden. Ihre Kapazität kann alle absehbaren Bedürfnisse für diesen Typ decken.

In England entsteht außerdem eine Anlage mittlerer Größe für die Wiederaufbereitung oxydischer Brennelemente mit einer Jahreskapazität von 300 t. In Mol (Belgien) wurde 1966 mit westdeutscher Beteiligung (vor allem Farbwerke Hoechst) eine Anlage der Eurochemic mit einer Kapazität von 150 jato in Betrieb genommen, in der metallische und oxydische Brennelemente verarbeitet werden können. Die Kapazität kann aber ohne wesentliche Änderungen verdoppelt werden. Die Auslastung dieser Anlagen ist noch nicht gesichert. Erst frühestens 1972 kann die Kapazität von 150 t/a auf Grund des z. Z. noch geringen Bedarfs voll genutzt werden[9]). Rentabilität kann erst nach Ausnutzung der vollen Kapazität erreicht werden.

Darüber hinaus wird in Karlsruhe ebenfalls unter Beteiligung der Farbwerke Hoechst eine chemische Wiederaufbereitungsanlage in eigener Regie der Bundesrepublik errichtet, die Ende 1969 in Betrieb gehen soll. Im Januar 1967 begann der Bau der Anlage. Ihre Kapazität soll 40 t/a betragen, kann aber auch — wie die Erfahrungen bei der Inbetriebnahme der Moler Anlage zeigen — bei über 100 t/a liegen. Der Bau dieser Anlage war in der Bundesrepublik lange ein Streitobjekt.

Auch im Ausland wurden lebhafte Diskussionen hervorgerufen, da es unverständlich schien, daß die Bundesrepublik zusätzlich zu der Möglichkeit, in Mol Erfahrungen zu sammeln, eine auf Grund ihrer kleinen Kapazität verhältnismäßig teure Pilotanlage errichtet. Zur gleichen Zeit baut England mit seinen reichen Erfahrungen auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung eine größere Anlage und bemüht sich — zunächst vergeblich —, wie auch Mol, genügend Aufträge für die Auslastung der Anlage zu erhalten. Es besteht also z. Z. kein unmittelbarer ökonomischer Zwang, in der Bundesrepublik eine eigene Wiederaufbereitungsanlage zu errichten. Alle bisher in Europa errichteten oder im Bau befindlichen Wiederaufbereitungsanlagen werden staatlich subventioniert. Eine Expertenberatung der Euratomländer im Oktober 1966 in Madrid ergab, daß die in Europa bestehenden Überkapazitäten auf dem Gebiet der Wiederaufbereitung erst 1975 ausgelastet werden können. Trotzdem wird neuerdings der Bau einer weiteren Anlage mit einer Kapazität von 300 jato ventiliert[10]).

Mit der Karlsruher Wiederaufbereitungsanlage ist der Weg vom Uranerz bis zum Plutonium abgeschlossen, der erforderlichenfalls in gewissem Umfang autark verfolgt werden kann. Aus dem MZFR fallen bei einem Abbrand von 4 500 MWd/t jährlich 13 t ausgebrannter Brennelemente mit einem Plutoniumgehalt von 38 kg an. Aus den bis 1970 geplanten Kernkraftwerken kommen ca. 60 t hinzu. Der Plutoniumgehalt wird insgesamt

---

8) Internationaler Bericht der Sektionen Ia und IV, Bericht KFK 366.
9) Atomwirtschaft Heft 8/9/1966.
10) Atomwirtschaft, Juni 1966.

ca. 370 kg betragen. In Karlsruhe oder auch bei teilweiser Nutzung der Anlage der Eurochemic kann das Plutonium abgetrennt werden. Mit Hilfe einer Isotopentrennanlage können hieraus 32 kg bzw. 300 kg militärisch reines Plutonium erzeugt werden, genügend für 5 bis 6 bzw. 50 Bomben vom Nagasaki-Typ.

Militärisch reines Plutonium kann auch ohne Isotopentrennanlage erzeugt werden, wenn der Abbrand reduziert wird. Aus dem MZFR fallen dann jährlich fast 60 t an, von denen mindestens 40 jato in Karlsruhe auch ohne Nutzung der Eurochemic-Anlage verarbeitet werden können. Daraus können ca. 32 kg Pu gewonnen werden, genügend für 5 bis 6 Bomben des Nagasaki-Typs. Für die Bearbeitung der gesamten ab 1970 anfallenden Menge wäre bei dem verringerten Abbrand eine zusätzliche Wiederaufbereitungskapazität von etwa 300 jato erforderlich, mit der 580 kg Plutonium aus den ausgebrannten Brennelementen gewonnen werden können.

Die weitere Bearbeitung des Plutoniums kann in der 1964 gegründeten Gesellschaft Alkem (Alpha-Chemie und Metallurgie GmbH) erfolgen, die eine Anlage mit einer Produktionskapazität von einer Tonne Plutonium im Jahr besitzt.

Möglichkeit der Herstellung von bombenreinem Plutonium durch Gaszentrifugen

Die Erzeugung von militärisch verwendbarem Plutonium kann entweder durch Reduzierung des Abbrandes der Brennelemente in Reaktoren oder durch nachfolgende Reinigung des Plutoniums von dem unerwünschten Plutonium-Isotop 240 mit Hilfe einer Isotopentrennanlage erfolgen.

Der erste Weg wurde von den „alten" Atommächten beschritten. Er hat den Nachteil, daß der Uranverbrauch der Reaktoren auf ein Vielfaches der Menge ansteigt, die für den wirtschaftlichen Betrieb der Kernkraftwerke benötigt wird. Da die eigenen Uranvorkommen der Bundesrepublik Deutschland beschränkt sind, würde ein überhöhter Uranimport resultieren, der nur mit Kollusion der Uran-Lieferanten geheimgehalten werden könnte. Das gilt im verstärkten Maße für die Lieferung angereicherten Urans, das für die Leichtwasser-Reaktoren benötigt wird, da die Bundesrepublik über keine eigenen Anreicherungsanlagen verfügt und der Bau solcher Anlagen kaum geheimgehalten werden könnte.

Der zweite Weg setzt die Entwicklung eines technisch verwendbaren Verfahrens zur Trennung der Plutonium-Isotope voraus, durch welches ein Plutonium-240-Anteil von über 20 Prozent auf höchstens 6 Prozent reduziert werden kann. Zu diesem Zweck ist das für die Trennung der Uran-Isotope von den Atom-Großmächten angewandte Diaphragmen-Diffusionsverfahren nicht geeignet. Es erfordert zur Füllung der vielstufigen Trennkaskade zu große Plutoniummengen, und die starke Radioaktivität des Plutoniums hat eine zu große Bildung feinstdisperser fester Plutoniumverbindungen zur Folge, durch die die feinporigen Diaphragmen zu schnell verstopfen. Das für diesen Zweck geeignetste Verfahren ist die Isotopentrennung mit Hilfe von Gas-Ultrazentrifugen. Die geforderte Reduzierung des unerwünschten Plutonium-Anteils kann in sehr kurzer Zeit erreicht werden, so daß die radioaktive Zersetzung des Plutonium-Hexafluorides keine unüberwindliche Schwierigkeit bedeutet.

Gas-Zentrifugen für die Trennung der Uran-Isotope werden in der Kernforschungsanlage Jülich unter strenger Geheimhaltung entwickelt und in ihrer Zusammenarbeit in mehreren Einheiten erprobt. Diese Zentrifugen eignen sich besonders gerade für die Trennung auch der Plutonium-Isotope. Die Kapazität von 10 Zentrifugen dieses Typs würde genügen, um in einem Jahr Plutonium für eine Bombe vom Nagasaki-Typ herzustellen. Der dazu erforderliche räumliche und energetische Aufwand ist so gering, daß er in keiner Weise auffallen würde.

Westdeutsche Pressemeldungen lassen den Schluß zu, daß eine westdeutsch-niederländische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Ultrazentrifugen existiert. Über die Möglichkeiten dieser neuen Erfindung schrieb die „Frankfurter Rundschau" am 25. April 1968: „... daß die benötigten Einrichtungen so klein und billig sein werden, daß die meisten

Länder sich eine derartig unauffällige Fabrik leisten könnten. Theoretisch würde ein solches Land insgeheim eine Kernbombe entwickeln können, ohne daß die übrige Welt etwas davon merkt."

Möglichkeit der Herstellung von Bombenplutonium mit Hilfe von elektromagnetischen Massentrennern

Bekanntlich wurde das Material für die erste U-235-Bombe der USA, die auf Hiroshima abgeworfen wurde, mit Hilfe elektromagnetischer Massentrenner erzeugt. Dieses Verfahren wurde später wieder aufgegeben, da das inzwischen entwickelte Gas-Diffusionsverfahren sich als ökonomischer erwies. Es ist nicht anzunehmen, daß das elektromagnetische Verfahren für die Zwecke der Urantrennung jemals wieder aufgegriffen wird.

Grundsätzlich anders liegen aber die Verhältnisse für die Aufgabe, aus militärisch nicht oder schlecht verwendbarem Plutonium bombenreines Plutonium zu gewinnen, bei der es sich um die Abtrennung einer kleinen Menge (höchstens 30 Prozent) des unerwünschten Pu-240 von der Hauptmenge des Pu-239 handelt. Im Vergleich zur Urantrennung wird der notwendige Aufwand um etwa das Hundertfache reduziert und damit ein möglicher Weg zur Herstellung bombenreinen Plutoniums eröffnet.

In einem Massentrenner vom „Calutron"-Typ, wie er vor 25 Jahren in den USA zur Urantrennung eingesetzt wurde, können Ionenströme von etwa 100 mA verarbeitet werden. Das entspricht für Plutonium einem Materialdurchsatz von etwa 20 g/Tag, die in einem Schritt praktisch vollständig gereinigt werden.

Mit Hilfe eines einzigen „Calutrons" könnte also das Material für eine Pu-Bombe in etwa einjähriger Betriebszeit erzeugt werden.

Ein „Calutron" der ursprünglichen Form hat die Dimensionen eines kleinen Zyklotrons. Die neueren Entwicklungen auf diesem Gebiet zeigen, daß diese Dimensionen bei gleicher Leistungsfähigkeit wesentlich reduziert werden können. Die westdeutschen Unternehmen, die selbst Zyklotrone und Massenspektrometer bauen, verfügen über alle notwendigen technischen Voraussetzungen, um eine elektromagnetische Massentrennanlage in kurzer Zeit zu errichten. Der Bau einer solchen Anlage mit mehreren elektromagnetischen Massentrennern ist relativ leicht geheimzuhalten.

Die Konstruktion von Kernwaffen (A-Bomben)

Die Bundesrepublik besitzt alle notwendigen Voraussetzungen, um die auf klassischen ballistischen Elementen beruhende Technik der Zündvorrichtung einer Atombombe vom Nagasaki-Typ zu realisieren. Diese Arbeiten haben einen verhältnismäßig geringen Umfang und können daher leicht geheimgehalten werden.

Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, die endgültige Produktion unter westdeutscher Anleitung in einem dritten Staat durchzuführen, um dem Wortlaut der Pariser Verträge gerecht zu werden.

Wir stellen fest, daß die Bundesrepublik die Voraussetzungen hat, in kurzer Frist die Produktion von A-Bomben aufzunehmen. Auch in dem Fall, daß alle ausländischen Lieferungen eingestellt werden sollten, besitzt die Bundesrepublik die Voraussetzungen für eine beschränkte Produktion. Die Endphase der Herstellung kann leicht vor der internationalen Öffentlichkeit verborgen werden.

Möglichkeiten der Herstellung von Wasserstoffbomben in der Bundesrepublik

An den Zünder einer Wasserstoffbombe werden besondere Anforderungen gestellt. So ist z. B. eine Plutonium-Bombe vom Nagasaki-Typ dafür nicht geeignet. Die bisher von den Atommächten entwickelten Wasserstoffbomben enthalten wahrscheinlich eine U-235-Bombe als Zünder.

Gegenwärtig verfügt die Bundesrepublik über keine Isotopentrennanlage auf der Grundlage des Gas-Diffusionsverfahrens für Uran. Seit 1967 verstärken sich jedoch die westdeutschen Bestrebungen, solche sehr kostspieligen Anlagen in Zusammenarbeit mit anderen westeuropäischen Ländern in der Bundesrepublik oder anderen Staaten unter westdeutscher Beteiligung zu errichten. Entsprechende Studien werden durchgeführt. In der Stellungnahme des Deutschen Atomforums zum Kernwaffensperrvertrag heißt es z. B.: „Es muß auch sichergestellt werden, daß Anlagen für die Anreicherung von Uran für friedliche Zwecke in Deutschland und in anderen Ländern unter deutscher Beteiligung gebaut und betrieben werden dürfen". Ein solches Projekt könnte kaum mit angeblichen Notwendigkeiten der friedlichen Kernenergieentwicklung begründet werden, da z. B. die amerikanischen Anlagen nur die halbe Kapazität nutzen und die in der Welt bereits vorhandenen Anlagen den voraussehbaren Bedarf der Kernenergiewirtschaft voll decken können.

Es ist mit großer Wahrscheinlichkeit möglich, Pu-239 als Initialzünder für Wasserstoffbomben zu verwenden. Hierfür ist ein besonders hoher Reinheitsgrad erforderlich, der am leichtesten mit dem elektromagnetischen Massentrenner zu erreichen ist. Es ist sicher, daß der erforderliche Reinheitsgrad in einer Stufe der elektromagnetischen Massentrennung erreicht werden kann, wenn das Plutonium mit Hilfe von Zentrifugen vorher auf die für A-Bomben notwendige Qualität gereinigt wurde [11]). Es besteht daher die reale technische Möglichkeit, daß in der Bundesrepublik parallel zur Entwicklung von A-Bomben auch die selbständige Herstellung von H-Bomben in Angriff genommen werden kann.

Notwendigkeit der Erprobung von Kernwaffen

Die physikalischen Grundlagen der Wirkungsweise von Kernwaffen sind in einem solchen Umfange bekannt, daß eine vorherige Erprobung nicht unbedingt notwendig ist. Auch die erste amerikanische Atombombe, die auf Hiroshima abgeworfen wurde, ist vorher nicht erprobt worden. Lediglich der Nagasaki-Typ wurde vorher erprobt, wobei bereits der erste Versuch erfolgreich war. Der Implosionsmechanismus kann auch ohne die nuklearen Bestandteile der A-Bombe in konventionellen militärischen Forschungseinrichtungen entwickelt und erprobt werden.

Möglichkeiten der internationalen Kontrolle zur Verhinderung der geheimen Produktion von Kernwaffen

Wie gezeigt wurde, bestehen in der Bundesrepublik Deutschland unter Ausnutzung der forcierten Entwicklung der Kernenergiewirtschaft die realen wissenschaftlich-technischen und im weitgehenden Maße auch die produktionstechnischen Voraussetzungen für eine eigene Produktion von Kernwaffen. Die Endphase der Herstellung kann leicht geheimgehalten werden, insbesondere, wenn der Weg der Isotopentrennung des Plutoniums beschritten wird.

Eine einseitige Erklärung der Bundesregierung, keine Herstellung von Kernwaffen betreiben zu wollen, ist daher keine ausreichende Garantie, zumal, da sich die z. Z. gültige Verpflichtung nur auf das Territorium der Bundesrepublik beschränkt und daher z. B. durch Verlagerung der Endherstellung in ein anderes Land ohne formale Verletzung umgangen werden kann.

Ein Prüfstein der Verpflichtung, keine Atomwaffen herzustellen, könnte die Bereitschaft der Bundesregierung sein, sich einer umfassenden internationalen Kontrolle auf dem Kernenergiegebiet zu unterwerfen. Ein wirksames Kontrollsystem ist technisch ohne großen Aufwand realisierbar [12]).

Da die letzten Schritte bei der Herstellung von A-Bomben leicht geheimgehalten werden können, muß ein effektives Kontrollsystem das Ziel haben, jede Abzweigung spaltbarer Materialien (d. h. Plutonium, angereichertes Uran und U-233) für militärische Zwecke zu

---

[11]) Eine zweistufige elektromagnetische Trennung ist im vorliegenden Fall aus technischen Gründen kaum anwendbar; der Zentrifugenprozeß ist für die Reinigung auf A-Bomben-Qualität gut verwendbar, aber die Erreichbarkeit der für den Zünder einer H-Bombe erforderlichen Qualität mit Zentrifugen ist zweifelhaft.

[12]) IAEA, Garantiesystem der Organisation, INFCIRC/66.

entdecken. Einer solchen Kontrolle müßten mindestens alle Anlagen unterstellt werden, in denen spaltbare Materialien — insbesondere Plutonium — produziert oder verarbeitet werden, sowie alle Importe, Vorräte und weitere Verwendung dieser Materialien. Die Kontrolle muß um so schärfer sein, je lückenloser die Kette von Produktionseinrichtungen zur Herstellung von hochangereichertem Uran, Plutonium oder U-233 ist.

Prof. Dr. Max Steenbeck, Vorsitzender des Forschungsrates der Deutschen Demokratischen Republik.

Prof. Dr. Klaus Fuchs, Stellvertreter des Direktors des Zentralinstituts für Kernforschung der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Prof. Dr. Karl Rambusch, Direktor des VEB Atomkraftwerk Rheinsberg (Mark).

Prof. Dr. Justus Mühlenpfordt, Direktor des Instituts für stabile Isotope der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin.

Prof. Dr. Karl F. Alexander, z. Z. Vereinigtes Institut für Kernforschung Dubna.

„Internationales Institut für den Frieden", Wien, Juli/September 1969.

BLÄTTER FÜR DEUTSCHE UND INTERNATIONALE POLITIK

Herausgeber: Hilde Bentele, Stuttgart; Prof. Gerhard Gollwitzer, Stuttgart; Prof. Dr. phil. Anton Neuhäusler, München; Knut Nevermann, Berlin; Manfred Pahl-Rugenstein, Köln; Prof. Dr. jur. Harold Rasch, Frankfurt/M;. Senatspräsident a. D. Dr. Hermann Rauschning, Portland (Oregon), USA; Prof. Dr. phil. Hans Rheinfelder, München; Prof. Dr. jur. Helmut Ridder, Gießen; Oberbürgermeister i. R. Robert Scholl, München; Prof. Dr. Fritz Strassmann, Mainz; Karl Graf v. Westphalen, Bonn; Prof. D. Ernst Wolf, Göttingen.

Redaktion: Paul B. Neuhöffer, Johannes Weidenheim.

Verlag: Pahl-Rugenstein Verlag, Köln.

Verantwortlich für den Inhalt: Johannes L. Schmidt, Solingen.

Die „Blätter für deutsche und internationale Politik" sind durch jede Buchhandlung, durch die Post und direkt vom Verlag zu beziehen. Sie erscheinen einmal monatlich zum Preise von DM 3,50 zuzüglich DM —,25 Porto. Der Abonnementspreis beträgt DM 2,50 (für Studenten DM 2,—), zuzüglich DM —,25 Porto. Der Auslandsabonnementspreis beträgt einschließlich Porto (ohne Luftpostzuschläge) sfr 18,75 halbjährlich, sfr 37,50 jährlich; ö. Sch. 112,50 halbjährlich, ö. Sch. 225,— jährlich; hfl 16,75 halbjährlich, hfl 33,50 jährlich; belg. fr. 217,50 halbjährlich, belg. fr. 435,— jährlich; NF 21,25 halbjährlich, NF 42,50 jährlich; £ 1.16.6 halbjährlich, £ 3.13.— jährlich; Lire 2700 halbjährlich, Lire 5400 jährlich; dkr 33,— halbjährlich, dkr 66,— jährlich; skr 22,50 halbjährlich, skr 45,— jährlich; nkr 31,— halbjährlich, nkr 62,— jährlich; $ 4,40 halbjährlich, $ 8,80 jährlich. Die Abonnementsauslieferung in andere Währungsgebiete erfolgt nach den geltenden Verrechnungsbestimmungen.

Postscheck: Köln 65 14. Bankverbindung: Deutsche Bank Köln. Erfüllungsort ist Köln.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben die persönliche Meinung des Verfassers wieder und stellen nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber und der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit Zustimmung der Redaktion.

Anschrift von Verlag und Redaktion: 5 Köln, Barbarossaplatz 2, Tel.: 21 53 36.

Druck: Druckerei Peter Millard & Co KG, Köln.

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Janusz Stefanowicz, geb. 1932 in Wloclawek, lebt heute in Warschau und ist stellvertretender Chefredakteur der katholischen Zeitung „Slowo Powszechne"; Buchveröffentlichungen: Christliche Demokratie, 1963; Die Welt in dreißig Aufzügen, 1966; Vatikan und Italien 1860—1960, 1967.

Klaus Elliesen, geb. 1940 in Halle/S., lebt als freier Journalist bei Kiel.

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Dr. Günther Rose, geb. 1929 in Heydekrug (ehem. Ostpreußen) studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Rostock und der Humboldt-Universität Berlin. Publikationen über den jungen Karl Marx, über die Bonner Deutschland- und Ostpolitik und über Theorien der „Industriegesellschaft" und der „Konvergenz". Zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität Berlin.

Ulrich Greiwe, geb. 1945 in Bad Essen/Bez. Osnabrück, arbeitete zunächst als Schriftsetzer, studierte dann an der Deutschen Journalistenschule in München, ist als Reporter bei mehreren Zeitungen tätig; Herausgeber eines neuen Bandes in der bei Desch erscheinenden Buchserie „Modelle für eine neue Welt".

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr"; Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Andrej Stepanow ist Dozent an der Moskauer Universität.

Dr. Wolf Kalz, geb. 1933 in Halberstadt, studierte nach Abschluß einer Lehre als Industriekaufmann in Freiburg Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie und in Kiel Geschichte und Literaturwissenschaft. Promotion in Wissenschaft von der Politik 1967. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Gustav Landauer, Kultursozialist und Anarchist, 1967.

Dr. Kurt Beutler, geb. 1937 in Stuttgart, studierte Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart und Hamburg, danach Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und Marburg, 1966 Promotion in Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen, z. Z. Wissenschaftlicher Rat am Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Schriftsteller und Journalist in Wedel b. Hamburg.

Reihe „Sammlung Junge Wissenschaft" im Pahl-Rugenstein Verlag

Mit der Buchreihe „Sammlung Junge Wissenschaft" erweitert der Pahl-Rugenstein Verlag ab Herbst 1969 sein Programm. In der neuen Reihe sollen vorwiegend Dissertationen über politische, zeitgeschichtliche, ökonomische, soziologische und kulturpolitische Themen publiziert werden.

Preisliste für Sonderdrucke

Von allen in der Zeitschrift „Blätter für deutsche und internationale Politik" veröffentlichten Beiträgen können Sonderdrucke bezogen werden. Bestellungen sind bis 30 Tage nach dem Erscheinungstermin jeder Ausgabe beim Pahl-Rugenstein Verlag, 5 Köln, Barbarossaplatz 2, möglich. Die in der untenstehenden Tabelle aufgeführten Preise verstehen sich zuzüglich Versandkosten und 5,5 % MWSt.

Seiten	Auflage							
	100	250	500	750	1000	2000	3000	4000
4	44,–	50,–	64,–	77,–	88,–	138,–	185,–	227,–
8	69,–	81,–	100,–	116,–	132,–	198,–	255,–	308,–
12	102,–	116,–	138,–	160,–	182,–	250,–	312,–	370,–
16	135,–	150,–	177,–	204,–	232,–	325,–	410,–	495,–
20	168,–	187,–	215,–	242,–	270,–	380,–	484,–	585,–
24	190,–	215,–	248,–	281,–	310,–	425,–	535,–	640,–
28	220,–	245,–	282,–	319,–	355,–	476,–	594,–	708,–
32	245,–	270,–	310,–	349,–	381,–	525,–	660,–	785,–
36	260,–	287,–	326,–	360,–	390,–	540,–	685,–	805,–
40	275,–	300,–	338,–	375,–	410,–	565,–	710,–	845,–

schied zwischen unseren politischen und Wirtschaftssystemen sind gewisse Konflikte, Zwischenfälle und Reibungen zwischen den beiden Staaten absolut unvermeidlich ... Man darf nicht zulassen, daß wir wegen vorübergehender Hindernisse, denen wir begegnen, unseren Weg und unsere Perspektive verlieren".

Friedliche Koexistenz und beiderseitig nützliche Zusammenarbeit charakterisierten die Beziehungen zwischen der UdSSR und Deutschland in den Jahren 1918—1931. Davon künden die Bände I—XIV der „Dokumente der Außenpolitik der UdSSR" mit großer Überzeugungskraft. Das obengenannte Material ist eine Illustration der konsequenten Durchführung des Leninschen Kurses der UdSSR auf dem Gebiet der Außenpolitik.

Die wichtige und lehrreiche Erfahrung der sowjetisch-deutschen Zusammenarbeit in der Vergangenheit hat, meiner Meinung nach, auch heute nicht ihre Aktualität und praktische Bedeutung verloren.

Wolf Kalz, Santiago de Chile

„Allianz für den Fortschritt"

Zum wirtschaftlichen Einfluß der USA in Lateinamerika

„Allianz für den Fortschritt" hieß das Zauberwort der Ära Kennedy, das seit der Gipfelkonferenz von Punta del Este 1961 unter dem Patronat der Vereinigten Staaten gemeinsame Stärke verhieß und Erhöhung des Lebensstandards für die hungernden, unterentwickelt gehaltenen Völker Lateinamerikas in Aussicht stellte. Industrieller Fortschritt, ein gemeinsamer Markt nach dem Vorbild der EWG und Veränderungen in der Sozial- und Eigentumsstruktur wurden geplant. Doch die Magie des Wortes verlor mittlerweile sehr an Glanz, wie kürzlich sogar der USA-freundliche und dort beliebte ehemalige Botschafter Chiles, Radomiro Tomic, resigniert feststellte. 1967 veranstaltete man erneut eine Gipfelkonferenz am gleichen Ort, aber die anschließenden zähen Verhandlungen zwischen den Staaten des Kontinents versiegten bald ergebnislos, entweder infolge des einzelstaatlichen Egoismus oder aufgrund allzu verschiedener geographischer und ökonomischer Gegebenheiten. Heute ist es soweit, daß man von der Allianz fast nur noch in Regierungsproklamationen spricht oder seitens solcher Kreise, die institutionell mit ihr zu tun haben. Eingeweihte aber kommen beim Studium des vorliegenden Zahlenmaterials zu dem Schluß, daß die Allianz bisher so gut wie ausschließlich den Interessen eines Staates gedient habe — denen der USA [1]).

1) Vgl. z. B. El Mercurio, Santiago de Chile, 1. 3. 1969: „Realidad de la Alianza para el Progresso".

I

Die ursprüngliche Absicht der „Allianz für den Fortschritt" war es, nach Fidel Castros Machtergreifung in Cuba den Kommunisten den Wind aus den Segeln zu nehmen. So waren 1961 von den USA Veränderungen in der Sozialstruktur der einzelnen Länder gefordert worden, damit man die Kredite gewähre. Aber angesichts der Tatsache, daß sich seit Inkrafttreten der Allianz beinahe die Hälfte der achtzehn Staaten des Kontinents mit oder ohne Hilfe der USA in Militärdiktaturen verwandelt hatte, sprach man 1967 von sozialen Veränderungen kaum noch.

Tatsächlich hatte 1961 der Interamerikanische Ausschuß der „Allianz für den Fortschritt" einen jährlichen Produktionszuwachs für ganz Lateinamerika um 4,5—7% vorgesehen, um dem Bevölkerungszuwachs von jährlich drei Prozent Rechnung zu tragen und um gleichzeitig eine Verbesserung der Lebensverhältnisse zu erlangen. Muß doch bis zum Jahre 2000 mit einer Verdreifachung der heutigen Bevölkerungszahl gerechnet werden, das heißt: Lateinamerika wird dann von fast 700 Mill. Menschen bewohnt sein. Während der beiden Jahre 1967 und 1968 wurde aber jeweils nur ein Produktionszuwachs von 1,6% pro Kopf der Bevölkerung im Durchschnitt der Länder erreicht, oder, anders ausgedrückt, von 4,5%, wenn man den Bevölkerungszuwachs nicht berücksichtigte. Von den achtzehn Staaten der Allianz — der die USA selbst nicht angehören — erreichten dreizehn Staaten nicht einmal den Prokopfzuwachs von 1,5% (bzw. 4,5%), der im Programm der Allianz als Minimalsatz geplant war. Mittlerweile verlautet, man sei damals zu optimistisch gewesen. Verwunderlich ist nun, daß Lateinamerika hinter Kanada und Europa an dritter Stelle hinsichtlich der Menge des investierten US-Privatkapitals steht, das für 1968 mit über 11 Mrd. Dollar angegeben wird. Allein 1967 investierten US-Unternehmen in Lateinamerika 1,435 Mrd. Dollar, während vergleichsweise in Europa 2,5 Mrd. Dollar angelegt worden sind. Betrachtet man aber die lateinamerikanische Außenhandelsbilanz für 1967, so zeigt sich eine Mindereinnahme von 600 Mill. Dollar gegenüber dem Vorjahr. Dabei ist mengenmäßig sogar mehr exportiert worden, aber die importierten Güter verteuerten sich infolge der inflationären Tendenzen in den Industrieländern, ohne daß der Dollar dem durch Abwertung Rechnung getragen hätte. Die Rohstoffpreise für die lateinamerikanischen Exporte hingegen blieben im wesentlichen gleich, oder sie sanken gar. Man spricht in diesem Zusammenhang von der laufenden Verschlechterung der „Terms of Trade", die das Preisverhältnis von Industriegütern zu Rohstoffen betreffen. So ist es für ein Rohstoffland von weitreichenden Folgen, wenn zum Beispiel der Exporterlös für den Sack Kaffee von 400.— auf 320.— zurückgeht, gleichzeitig aber ein importierter Traktor von 8000.— auf 9000.— steigt. Infolgedessen reduzierte sich die Kaufkraft für die lateinamerikanischen Exporte pro Kopf der Bevölkerung von 58 Dollar 1930 auf 39 Dollar 1960 und auf 31 Dollar 1963, wobei dieser Trend seitdem noch fortgeschritten ist, obwohl sich die Exportmenge seit 1930 vervielfacht hat. In andere Relation gebracht: Zwischen 1953 und 1967 sind die Preise für lateinamerikanische Exportgüter nach den USA um 20% gefallen, wohingegen die Preise für die dorther importierten Güter um 10% stiegen. Eine andere Quelle gibt an, Lateinamerika habe allein zwischen 1958 und 1967 auf Weltmarktebene insgesamt die unerhörte Summe von 57 Mrd. Dollar durch ungünstige Preisentwicklung verloren [2]).

Die Amerikaner finden es nämlich keineswegs widersinnig, wenn sie für ihre Produktion Stundenlöhne von 4 Dollars berechnen, einem kolumbianischen Kaf-

[2]) Punto Final, Santiago de Chile, 1968, Nr. 54, S. 13.

feepflücker, bei Festsetzung des Kaffeepreises, aber nur 40 Cents zubilligen, weshalb zu Recht gesagt wird: Wir wollen eure Kredite nicht; zahlt uns anständige Preise!

Obwohl schon häufig davon die Rede war, die Anfang der dreißiger Jahre festgesetzten „Terms of Trade" neu festzulegen, sind die USA dieser Forderung der Rohstoffländer bisher stets ausgewichen. Dabei wäre eine solche Neufestsetzung ein wichtiger Beitrag, den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, ihre finanziellen Nöte weitgehend selbständig zu lösen. Die Rohstoffpreise sind allerdings ohnehin überwiegend durch deren Hauptabnehmer — die USA — langfristig in Verträgen festgesetzt, und höhere Bewertungen auf dem Weltmarkt schlagen für das Erzeugerland erst auf längere Sicht hin zu Buch. Ein Beispiel dafür ist, daß das von US-Firmen in Chile geförderte Kupfer während der letzten Jahre dem Lande noch zu Preisen verrechnet wurde, die vor dem Vietnam-Boom üblich waren, das heißt, zu 32 cents/lbs. Seitdem stiegen die Preise an der Londoner Börse aber zeitweilig auf über 80 cents/lbs. und haben sich mittlerweile bei 50 bis 55 cents/lbs. eingependelt. Die Preisdifferenz zwischen Weltmarktpreis und Vertragspreis geht überwiegend zugunsten der US-Gesellschaften, die nur rund 20% der Überpreise dem Gastland vergüten.

II

Wenn — wie wir sahen — der Exportwert der lateinamerikanischen Rohstoffe ständig sinkt oder vertraglich niedrig gehalten wird, dann ist die stets höher werdende Verschuldung des Kontinents an das Ausland nicht mehr verwunderlich, denn den Staaten ist so die Möglichkeit genommen, mit Hilfe fairer Preise ihre wirtschaftliche Entwicklung selbst in die Hand zu nehmen und damit gleichzeitig ihre politische Unabhängigkeit zu wahren. So kam es bis zum Jahre 1968 zu einer Gesamtverschuldung Lateinamerikas nach Übersee in Höhe von 12,6 Mrd. Dollar mit einer Zinsen- und Tilgungslast von 1,95 Mrd. für das Jahr 1966. Hinzu kommt, daß fünfzig Prozent der Auslandsschulden kurzfristig innerhalb von fünf Jahren fällig sind. Nur dreißig Prozent sind längerfristig als zehn Jahre. Deshalb entlud sich auch 1967 auf der zweiten Konferenz von Punta del Este der Zorn der Entwicklungsländer gegen die amerikanischen Anleihebedingungen, die diese im Rahmen der Allianz in Höhe von rund einer halben Milliarde Dollar jährlich geben: Die Kredite seien im Übermaß projektgebunden, ferner müßten sie laut Gesetz des US-Kongresses vorwiegend den in den Entwicklungsländern arbeitenden Privatfirmen, das heißt in der Regel Niederlassungen von kreditwürdigen und kapitalstarken US-Gesellschaften, zugute kommen. Erbitterung erregte auch die Tatsache, daß den Empfängern der verzinsbaren Kredite vielfach zur Auflage gemacht werde, den Gegenwert in den USA einzukaufen, obwohl man von Italien oder Japan vielfach billiger und zu kulanteren Bedingungen beziehen könne. Weiterhin beklagte man sich über die Klausel, den Transport durch US-Schiffe und die Versicherung durch US-Gesellschaften vornehmen lassen zu müssen, so daß etwa 20 bis 25% des Darlehenswertes schon von vornherein durch solche für die Entwicklungsländer ungünstigen Preisgestaltungen an die USA, das heißt an US-Unternehmen, zurücklaufen. So trifft der Vorwurf zu Recht, der besagt, bei den Finanzierungsverhandlungen zur „Allianz für den Fortschritt" habe sich die US-Regierung gleichsam zum Makler nordamerikanischer Privatunternehmen gemacht. So gab in diesem Sinne das Handelsministerium der Vereinigten Staaten Anfang 1969 erfreut zu erkennen, daß der Export nach Lateinamerika 1968 erstmals die 5 Mrd.-Dollar-Grenze überschritten habe, man aber mit weiterem Zuwachs rechne. Der Bericht fuhr fort, falls man gar den geplan-

ten gemeinsamen Markt für Lateinamerika verwirklichen würde, so könnte sich der Subkontinent zu einem der besten Kunden der USA entwickeln [3]).

Ein US-Botschaftsangehöriger stellte im Zusammenhang mit den ungünstigen Geschäftsbedingungen kürzlich fest, Lateinamerika müsse es sich als Schuldnerland schlechthin gefallen lassen, daß ihm dieserart ein jährlicher Verlust von mehr als einer Milliarde Dollar entstehe. Das ist aber das Doppelte dessen, was seit 1961 jährlich an Wirtschafts-„Hilfe", d. h. Krediten von den USA zur Verfügung gestellt wird. Eine andere Schätzung der Vereinigung lateinamerikanischer Reeder gibt den jährlichen Frachtratenverlust mit zwei Mrd. Dollar an, da zu wenig Schiffe zur Verfügung stünden und die Verschiffung ohnehin auf fremden Schiffen vertraglich vorgesehen sei. Diese Einbußen vermehren sich noch um den nicht unerheblichen Zinssatz von sieben bis acht Prozent, den beispielsweise die Export-Import-Bank, eine Bankengründung nordamerikanischer Exporteure zur Erleichterung von Importen durch die Entwicklungsländer, für die gegebenen Kredite erhebt. Zwar gibt es auch Kredite zum Mindestzinssatz von zwei Prozent, aber bei den daran häufig geknüpften unvorteilhaften Geschäftsbedingungen schlägt der geringere Zinssatz nicht sonderlich zu Buch. Selbst die Kredite der Bank für Entwicklungshilfe (BID) kosten sechs bis sieben Prozent jährlich, und eine private Investitionsgesellschaft mit Sitz in Luxemburg — ADELA genannt — verlangt sogar neun Prozent und gibt vor, die lateinamerikanische Wirtschaftsentwicklung verbessern helfen zu wollen. Geldgeber sind vornehmlich US-Unternehmen wie Coca Cola, Dow Chemical, Ford Motors, General Motors, Wolf Oil, IBM, Mellon Bank International etc.

Entscheidend ist, daß die „Allianz für den Fortschritt" die bis dahin der Privatinitiative nordamerikanischer Unternehmer überlassene Investitionstätigkeit gleichsam international vertraglich organisierte und damit eine nordamerikanische Wirtschaftsinvasion einleitete, mittels derer die Konzerngewinne in den Entwicklungsländern neue Anlagemöglichkeiten suchen und finden. Gleichzeitig wird durch die wirtschaftliche Präsenz und finanzielle Überlegenheit eine ständige politische Kontrolle über die weitere Entwicklung Südamerikas ausgeübt. Betrachtet man die Rentabilität der in Lateinamerika investierten Dollars, so ergibt sich dort ein unvergleichlich höherer Gewinnkoeffizient als in den Staaten selbst. Die Standard Oil Company erreichte in den Nachkriegsjahren in den USA nur 11 %, in Lateinamerika aber 33 % Gewinn auf das eingesetzte Kapital, General Motors erzielte 1949 in USA 25 %, doch auf dem südlichen Kontinent 80 %; und die Anaconda Copper Company erreichte in Chile 200 % höhere Gewinne als in den USA. Verblieben nun diese Gewinne in den lateinamerikanischen Staaten, so handelte es sich nur um eine Art Zwangssparen zum Zweck der Reinvestition. Dann wäre nicht sonderlich viel gegen die Rentabilität der US-Unternehmen einzuwenden. Diese aber beabsichtigen in aller Regel nicht, sich in die Volkswirtschaft des Gastlandes einzubauen, sie bleiben Fremdkörper und sind ausschließlich gewinnorientierte Unternehmen, die ihre Produktionskraft nicht in den Dienst des jeweiligen Landes stellen, sondern in den Dienst der in den USA ansässigen Aktionäre. So reinvestierten die in Lateinamerika ansässigen US-Unternehmen im Jahre 1959 nur 200 Mill. Dollar bei einem ausgewiesenen Gesamtgewinn von 775 Mill. Es handelt sich um Ausbeutung besten imperialistischen Stils, wobei man beinah drei Viertel der Gewinne in die USA transferiert, um sie von dort aus wieder zinstragend den Entwicklungsländern als Kredite zur Verfügung zu stellen. Bei der Kreditvergabe haben dann die ausländischen Unternehmen infolge ihrer stärkeren Kapital- und Ertragsbasis (und aufgrund US-Gesetzes) gegenüber

[3]) El Comercio, Lima, 11. 1. 1969.

den einheimischen Unternehmen wieder bevorzugten Anteil. Dies ist zum Beispiel der Fall bei Dow Chemical, die sich von der Export-Import-Bank zu Lasten Chiles Kredite einräumen lassen, um bei Concepcion ein petrochemisches Werk zu errichten, von dem sie 70 % der Aktien besitzen werden. Nur am Rande sei erwähnt, daß der Chef der Unternehmensleitung nicht bestritt, dort auch Napalm erzeugen zu wollen. Der offizielle Name des Werks läßt die Eigentümer nicht erkennen; er lautet „Petroquimica Chilena, Sociedad Anonyma". Bei gelegentlichen Berichterstattungen in der Öffentlichkeit wird nach Möglichkeit über Urheberschaft, Eigentums- und Finanzverhältnisse geschwiegen, um keine Ressentiments aufkommen zu lassen. In der Propaganda soll stets der Eindruck freundschaftlicher „Hilfe" gewahrt bleiben.

Bedeutsam ist auch die Art und Weise, wie US-Firmen neue Unternehmen installieren: In der Regel werden vom Gastland Investitionsgüter und Arbeiten nur zu einem Drittel der Gesamtsumme des geplanten Projekts entnommen; der größere Teil wird teuer und devisenverschlingend aus den USA importiert. Natürlich handelt es sich bei Neueinrichtungen häufig um Maschinen und Aggregate, die das Gastland nicht produziert. Da dies in der Regel hochmoderne und durchrationalisierte Apparaturen sind, kommt hinzu, daß der chronisch hohen Arbeitslosenziffer in Lateinamerika damit nur wenig abgeholfen wird. Industrielle Investitionen haben in diesen Ländern nach anderen Gesichtspunkten zu erfolgen als in Gebieten, wo Arbeitskräftemangel herrscht und wo Arbeitsbeschaffung zum Zwecke der sozialen Integration unnötig ist. Weitere Folgeerscheinung der modern aus- und eingerichteten US-Unternehmen ist deren Tendenz zur Marktbeherrschung, wodurch die in jeder Weise schwächere einheimische Konkurrenz bald ruiniert wird. Von der gemeinhin gepriesenen Heilsamkeit dieses Vorgangs braucht, nach dem eben Angedeuteten, nicht mehr gesprochen zu werden. Wenn dann noch überwiegende Teile des Gewinns nach den USA abfließen, wird auch die dem Kreditwesen des Landes zur Verfügung stehende Kapitaldecke nicht größer. Aus dieser Notlage heraus sehen sich praktisch alle lateinamerikanischen Regierungen gezwungen, eine derart ruinös wirkende Steuerpolitik zu betreiben, welche die einheimischen Unternehmer dazu zwingt, ihre Bilanzen so zu frisieren, daß ihr Betriebserfolg plus-minus Null, besser noch defizitär ist. Demzufolge geraten diese Unternehmen bei Beantragung von Krediten von vornherein ins Hintertreffen gegenüber den mit vielfachen Präferenzen ausgestatteten US-Firmen, und sie werden überdies dazu verleitet, ihre nun illegalen Gewinne auf ungesetzlichem Wege ins Ausland zu transferieren, womit sie dem Wirtschaftskreislauf des Landes entzogen werden. Dieser verhängnisvolle Kreislauf ist einer der Hauptgründe für die geringen Eigeninvestitionen der Lateinamerikaner, denn es gibt doch zu denken, wenn die Auslandsguthaben südamerikanischer Unternehmer und Privatleute auf mehr als 13 Mrd. Dollar geschätzt werden und gleichzeitig die Auslandsverschuldung nach Übersee Ende 1967 etwa 12,6 Mrd. Dollar betrug. Mit anderen Worten heißt das: Die Entwicklungsländer sind selbst in höchstem Maße Kapitalexportländer. Von zweifelhafter Bedeutung im Rahmen der Finanzmisere ist, daß z. B. Chile die zur Deckung seiner Währung erforderlichen Goldbestände im Fort Knox deponiert hat.

III

Derart geraten die Entwicklungsländer mangels eigener Kapitalakkumulation und infolge eines verfrüht künstlich überhöhten Lebensstandards der Oberschicht in wirtschaftliche Abhängigkeit und schließlich in politische Vasallität, da sich der Kreditgeber bei offensichtlicher Schwäche des Schuldners schließlich das Mitspra-

cherecht auf allen Bereichen herausnimmt. Somit zählt die „Allianz für den Fortschritt" im Augenblick schon zum Mythos und der gemeinsame lateinamerikanische Markt ebenso. Schließlich setzen auch die höchst unterschiedlichen geographischen, wirtschaftlichen, politischen und rassischen Besonderheiten der einzelnen Staaten samt einem hochschlagenden Nationalismus beinah unüberwindliche Schwierigkeiten. Dezent deutete kürzlich auf einer Konferenz lateinamerikanischer Verteidigungsminister in Rio de Janeiro ein hoher Offizier an, erst müsse eine homogene politische Struktur der Staaten untereinander hergestellt werden, ehe man an die Verwirklichung so weittragender Pläne wie einer Wirtschaftsgemeinschaft denken könne. Gleichsam als Antwort wurde wenige Tage danach die als korrupt geltende Regierung Belaunde in Lima zugunsten einer Militärregierung unter General Velasquez gestürzt. Die anschließend vorgenommene Nationalisierung der in Kanada eingeschriebenen US-Petroleumgesellschaft IPC — die an sich Teil der Standard Oil Company of New Jersey ist — trägt noch immer zu sehr gespannten Beziehungen zwischen Washington und Lima bei. Der IPC wird vorgeworfen, vertraglich vereinbarte Gebühren nicht in voller Höhe abgeführt und in die Hunderte von Millionen Dollar gehende Transaktionen ungesetzlicher Art gemacht zu haben. Die USA drohen mit Einstellung der Kredite und mit einem Embargo gegen Einfuhren aus Peru. Die neue peruanische Regierung scheint der Ansicht, daß des Landes wirtschaftliche Stagnation nur durch eine Stärkung der nationalen Industrie auf die Dauer zu beheben sei. So enteignete sie gegen Abfindung ein riesiges Gebiet der US-Cerro-Pasco Minen-Gesellschaft von 246 000 Hektar und arbeitet an der Nationalisierung des überfremdeten Bankwesens. Das alles hielt aber Bankkreise nicht davon ab, Peru bereits zwei Monate nach dem Staatsstreich, das heißt Ende 1968, einen Beistandskredit zur Lösung seiner finanziellen Schwierigkeiten anzutragen: Der Internationale Währungsfond gab 75 Mill. Dollar, US-Banken weitere 150 Millionen. Das gibt zu denken, ist aber wiederum nicht so verwunderlich, wenn man folgendes hört: Der nordamerikanische Staat trägt zu hundert Prozent sämtliche Verluste, die den Investitionen seiner Bürger durch Kriege oder Enteignungen auf dem Lateinamerikanischen Kontinent entstehen. Ferner erstellt der Staat kostenlose Gutachten hinsichtlich der Rentabilität, die US-Firmen bei Investitionen dort zu erwarten haben. Somit ist jedes Risiko ausgeschaltet, das heißt, man kann alles riskieren. Die neue Regierung wurde sehr bald von den USA anerkannt, wogegen Lima nach Verstaatlichung der IPC sich beeilte zu erklären, daß ausländisches Eigentum grundsätzlich geschützt bleiben solle. Die Enteignung der IPC war Gebot der Stunde und die Morgengabe der neuen Regierung für das Volk, da die erpresserische Politik der Gesellschaft gegenüber der alten Regierung ruchbar geworden war. Weniger spektakulär besitzt die IPC weiterhin die Hälfte der Anteile der British-Burma-Oil-Company in Peru, und — was erstaunlich — kurz nach der Nationalisierung kündigten die US-Gulf-Oil-Company und die Richmond-Company ebenso wie die Southern Copper Corporation an, ihre Investitionen in Peru zu erhöhen. Das Ganze ist ein Beispiel für die undurchsichtige Verflechtung von Politik und Wirtschaft, wie sie allerdings auch anderswo üblich ist.

Wie erheblich sich für eine Gesellschaft wie die Standard Oil das lateinamerikanische Gefilde in ihrer Bilanz niederschlägt, zeigen folgende Zahlen: Die Investitionsziffern der Firma betragen für USA und Kanada 67 Einheiten bei einem Gewinn von 34 Einheiten für das Jahr 1962; für Lateinamerika aber lautet dieses Verhältnis 20:39! Dabei zahlte die Gesellschaft an ihre vorwiegend in USA lebenden Aktionäre im gleichen Jahr Dividenden in Höhe von 538 Mill. Dollar, obwohl die in USA ansässigen Teile der Gesellschaft nur 309 Mill. Dollar verdien-

ten. Woraus ersichtlich wird, daß es sich um einen Ausverkauf der Rohstoffländer handelt, die angesichts der Not der Gegenwart ihre Zukunft zu Schleuderpreisen verkaufen müssen. Infolge der einseitigen Ölausbeute findet man z. B. in Venezuela eine dermaßen verzerrte Wirtschaftsstruktur, daß schlechthin nur die Ölarbeiter einen erträglichen Lebenszuschnitt haben, die niedrigste Bevölkerungsschicht aber bei einer Arbeitslosenquote von ca. 12 % der arbeitsfähigen Männer bei hohen Preisen und gleichzeitig angereizten Bedürfnissen heute schlechter gestellt ist als vor zwanzig Jahren. Nicht umsonst ist das Land dermaßen durch den Castrismus zu beeinflussen, nicht von ungefähr reißen die Guerillakämpfe nicht ab. Als aber Venezuela vor Jahren eine staatliche Ölgesellschaft gegründet hatte, um sich von der Abhängigkeit der US-Gesellschaften etwas zu lösen, sorgten die Ölkonzerne geschlossen dafür, daß das neue Unternehmen auf dem Weltmarkt keine Abnehmer fand. Heute fördert die staatliche Gesellschaft, bei einer Gesamtproduktion Venezuelas von 216 Mill. Tonnen jährlich, nur noch etwa fünf Mill. Tonnen Öl für den Inlandsbedarf. Man hat es hier also mit einem klaren Fall von Wirtschaftsboykott zu tun, damit die eigenen Gewinne nicht geschmälert werden. Ähnliche Beispiele sind: Daß es Argentinien seit eineinhalb Jahren immer noch nicht gestattet wird, eine eigene Fluglinie nach Kalifornien zu unterhalten, weil sich dadurch die Einnahmen der US-Gesellschaften verringerten; jetzt hat sich die argentinische Regierung entschlossen, den US-Gesellschaften die Landeerlaubnis für Buenos Aires zu verweigern, was sich dann in dem USfreundlichen „El Mercurio" des Nachbarlandes Chile so liest: „Anwendung von Erpressung gegenüber den Vereinigten Staaten" (14. 12. 1968). Und schließlich werden laufend von Peru und Ecuador US-Fischdampfer aufgebracht, die innerhalb der erklärten Hoheitsgewässer Fischfang betrieben haben. Der Streit mit der Regierung der USA um das 200-Seemeilenrecht schwelt auch hier schon seit Jahren, obwohl die Vereinigten Staaten dieses Recht für sich seit 1945 beanspruchen, aber nicht bereit sind, die gleichgearteten Rechtsansprüche kleinerer Nationen anzuerkennen. Die USA antworten auf die Prisen mit Kürzungen der Wirtschafts-„Hilfe" in Höhe von Summen, die den aufgebrachten Schiffen zur Strafe abgenommen worden sind.

IV

Sind Öl- und Kupferproduktion ohnehin weitgehend in ausländischen, zumal nordamerikanischen Händen, so bahnt sich auf dem Chemiesektor eine ähnliche Konzentration an, denn die schon früher erwähnte Dow Chemical Corporation eröffnete 1968 in Santiago de Chile die zehnte Verkaufsagentur für Lateinamerika. Sie besitzt südlich des Rio Grande allein fünf Tochterbetriebe samt Firmenabsprachen mit weiteren sechs Betrieben Lateinamerikas. Der Verkaufszuwachs der Gesellschaft dort wird mit jährlich zwanzig Prozent angegeben. Ähnlich ist die Konzentration auf dem Fernmeldesektor: Die ITT, International Telephone and Telegraph Geophysical, hat — wie ein Sprecher der Gesellschaft sich rühmte — in einer lateinamerikanischen Hauptstadt zehn Jahre lang die Verlegung von Telephonanschlüssen unterbunden, bis die Regierung deren Bedingungen angenommen hatte. Und im Bereich der Datenverarbeitung ist die IBM nicht nur führend, sondern hat gleichsam Monopolstellung für Lateinamerika.

Es würde zu weit führen, wollte man die intensive Durchsetzung der Volkswirtschaften mit US-Firmen und Banken im einzelnen für jedes der lateinamerikanischen Länder aufzählen. Diese Liste wäre ohnehin niemals vollzählig, da sich die Kapitalverflechtungen kaum durchdringen lassen; außerdem trüge dies nicht zu sonderlich neuer Erkenntnis bei. Neuerdings neigen Geschäftsleute aus den

USA dazu, vorhandene einheimische Firmen und Banken ungeachtet ihrer Rentabilität aufzukaufen — wie dies auch in Europa üblich geworden ist —, so daß den Ländern nicht einmal mehr zusätzliche Kapazitäten entstehen, sondern lediglich Konzentrationen und Monopolunternehmen mit den vielfachen damit verbundenen negativen volkswirtschaftlichen Begleiterscheinungen. Bei dem Geldmangel im Lande sind Unternehmen billig zu haben, wobei die Überbewertung des Dollars für die Käufer eine weitere Vergünstigung bedeutet.

Ein Stück zeitgeschichtlicher Dollarpolitik sei am Beispiel Chiles gezeigt: Seit Jahrzehnten wird dieses Land nordamerikanischen Unternehmern wegen seiner bisher stabilen republikanischen Verhältnisse als außerordentlich geeignet für Investitionen empfohlen. Von besonderem Anreiz sind die schier unerschöpflichen Lager an Kupfer- und Eisenerzen und seltenen Metallen und Mineralien. So ist eine der größten Kupferminen der Erde, die Mine „Chuquicamata" in der Wüste Atacama, gleichsam ausschließlich in Händen der nordamerikanischen Chile Exploration Company; und in der Nähe Santiagos ist neben anderen US-Unternehmen die Braden Copper Company als Tochtergesellschaft der Cennecott federführend für die riesige Kupfermine „El Teniente". Unter großem Propagandaaufwand feierte die 1964 an die Macht gekommene christdemokratische Regierung des Präsidenten Frei die sogenannte „Chilenisierung" der Mine als Aufsehen erregenden Anfangserfolg. Doch was war geschehen? 51 % der Aktien waren an den chilenischen Staat verkauft worden. Bei dieser Transaktion von 80 Mill. Dollar mußte aber das Land ein Verlustgeschäft von 27,6 Mill. hinnehmen, die als manipulierte Kursgewinne in die Tasche der US-Gesellschaft flossen, was dererseits als das beste Geschäft, das sie je gemacht habe, unverhohlen gerühmt wurde. Hinzukommt, daß dieser Betrag von Chile in Form internationaler Kredite aufgenommen worden war. Überdies hatte sich die Cennecott Steuernachlässe in Höhe von 25—50 % ausbedungen nebst dem alleinigen Führungsrecht der Mine auf elf Jahre.

Die Anaconda, die Continental Copper und die General Cables besitzen weitere große Minen zur Ausbeute, so daß der chilenische Reichtum an Kupfer von dessen Förderung bis zu Verschiffung und Verkauf in nordamerikanischen Händen liegt. Nur für die notleidende Kleinminenindustrie sind zwei Zentren zur Kupferraffinierung unter chilenischer Verwaltung vom Staate geschaffen worden. Die Geschäftstüchtigkeit der US-Unternehmen geht indessen so weit, daß sie sich kürzlich eine Konventionalstrafe zuzogen, weil sie der chilenischen weiterverarbeitenden Kupferindustrie das Rohkupfer zum Weltmarktpreis verrechneten, während sie selbst nach Verschiffung in die USA dort nur niedrigere Preise erzielten.

Die nordamerikanischen Informationsblätter für Unternehmer „Hansons American Letter" schrieben seinerzeit anläßlich der vorgenommenen Chilenisierung: „Keine Regierung der extremen Rechten hat die nordamerikanischen Unternehmen mit so viel Großzügigkeit bedacht, wie Frei das bei seinen Vertragsabschlüssen tat ... Es bleibt ihm für die Zukunft keinerlei Verhandlungsspielraum mehr, da er bereits alles gegeben hat, was man von ihm fordern konnte." Auch die einst chilenische Compania de Acero de Pacifico, ein Eisenerzunternehmen, gehört heute mit 1 750 000 Aktien der Cennecott, 3 860 000 Aktien der Anaconda, 3 790 000 Aktien der Continental Copper, 1 380 000 Aktien der First National City Bank usw. Auch die Zellulose-Industrie liegt heute weitgehend in Händen von Parsons and Whittemore. In der Autoindustrie sind neben französischen und italienischen Firmen General Motors führend in der Automotora del Pacifico; Ford Motors führt die Geschäfte bei Chile Motors, und Chrysler wird durch Automotora Chilena tätig. Auf dem Lebensmittelsektor ist es die Corn Products Company,

die General Mills auf dem Getreidemarkt, die Grace Company in zahllosen anderen Bereichen der Nahrungsmittelindustrie. Diese Liste ist beliebig zu verlängern.

Hand in Hand mit der wirtschaftlichen Einflußnahme und Überfremdung wird das US-Bankensystem in Lateinamerika ausgebaut. Hierzu sei wörtlich ein Auszug aus der deutschsprachigen chilenischen Wochenzeitung „Condor" (vom 24. 2. 1969) gebracht, der über die Methoden des US-Bankgewerbes interessante Aufschlüsse gibt. Unter dem Titel „Eldorado für US-Banken" schrieb die sehr bürgerliche Zeitung: „Die ‚smarten Boys' aus den USA glauben an Lateinamerikas Zukunft, die Europäer bleiben ausgeschaltet. Nicht umsonst streuten US-Bankiers Zwecknachrichten aus über die ‚entsetzliche Armut, die politische Unsicherheit und Erdbebengefahr' — um, wie sie selbst zugeben, die Konkurrenz von Lateinamerika fernzuhalten und die eigenen Ertragsaussichten zu erhöhen. Fürchten viele Kapitalanleger die Länder Lateinamerikas wie den Aussatz, so vermehren sich überraschenderweise die US-Banken in Iberoamerika. Nur einige von ihnen seien erwähnt, die in letzter Zeit ihr Vertretungsnetz südlich des Rio Grande erweiterten: Chemical Bank New York Trust Company, Morgan Guaranty Trust Company, Manufacturers Hannover Trust Company, Continental Illinois Bank and Trust Company. — Die rasche Industrialisierung, die Zunahme der Agrarausfuhren, der Anstieg der Einfuhr von Fertigwaren und die Neigung der iberoamerikanischen Regierungen, lieber Auslandskapital anzulocken, als die landeseigenen Kapitalmärkte anzuzapfen, ermuntern die US-Banken, mehr als bisher ins Lateinamerikageschäft einzusteigen. Da die staatlichen Entwicklungsanleihen aus Washington spärlich tröpfeln, werden die Privatbanken der USA aktiv: Sie weiten ihr Vertretungsnetz aus oder kaufen lateinamerikanische Banken auf. Die einheimischen Banken, meist in Familienbesitz, erleichtern das Eindringen der US-Banken, während seit Ende des Ersten Weltkriegs der Einfluß europäischer Banken ständig zurückging. Da die Europäer schlafen, kommen die Yankees ins Geschäft. Wenn sie auch nur Kredite mit einer Laufzeit von 180 Tagen gewähren, so beschaffen sie längerfristige Anleihen und erzielen dabei ansehnliche Gewinne. Unlängst kaufte die ‚Chase Manhattan Bank' die brasilianische ‚Banco Lar Brasileiro', entließ überschüssiges Personal, installierte Elektronenrechner und erhöhte die Gehälter der verbliebenen Angestellten auf das Vierfache der im brasilianischen Bankgewerbe üblichen Sätze. Der alte Firmenname bleibt erhalten, der US-Einfluß ist unsichtbar. — Das zweite Verfahren der US-Banken: Sie errichten Vertretungen, die außer eleganten Büroräumen nichts als Telephone aufweisen. ‚Mit denen rufen wir New York an, um unseren Kunden die Ausgaben eines Flugs in die USA zu ersparen', versicherte der Leiter einer solchen Bankvertretung in Caracas. Kreditgeschäfte werden telefonisch abgewickelt — der Südamerikaner erhält sein Geld von einer örtlichen Bank, die mit dem US-Bankgeschäft zusammenarbeitet oder sich vielleicht schon in US-Besitz befindet. Da Steuerzahlen in Lateinamerika fast als Schande gilt, haben es die US-Banken auch leicht, ihre Bilanzsummen und Umsätze zu verheimlichen."

V

Man kann infolge all dessen nicht umhin, den Pferdefuß zu sehen, den die „Allianz für den Fortschritt" mittelbar oder unmittelbar in ihrem Gefolge für die Zukunft Lateinamerikas bereithält. Die Hypothek scheint durch die Verschuldung des Kontinents, durch die Überfremdung in entscheidenden Schlüsselstellungen der Wirtschaft, durch den Ausverkauf der Rohstoffe zu Dumpingpreisen so schwerwiegend, daß Begriffe wie „staatliche Hoheit", „Selbstbestimmung der Völker" in ihrem Vollzug sehr zweifelhaft geworden sind.

So hat das Interamerikanische Komitee der „Allianz für den Fortschritt" geschätzt, daß zur Tilgung der lateinamerikanischen Auslandsverpflichtungen in Höhe von 12,6 Mrd. Dollar im Jahre 1966 insgesamt 2,7 Mrd. Dollar notwendig waren. (Ein Vergleich: 1960 betrug die Gesamtverschuldung erst 6,58 Mrd. Dollar.) Der größte Teil dieser Summe fiel auf Kapitalrückzahlungen und Zinsen, die sich zwischen 1956 und 1966 von einer halben Milliarde auf 1,95 Mrd. Dollar vervierfachten. In einigen Ländern betragen die jährlichen Zins- und Tilgungsverpflichtungen bereits mehr als ein Drittel der Exporteinnahmen, oder anders ausgedrückt: sie verschlingen bis zu 75 % des Bruttogewinns des jährlich im Lande neu investierten Kapitals. Da in ganz Lateinamerika aufgrund von Berechnungen des oben erwähnten Komitees jährlich die unglaubliche Summe von 72 Mrd. Dollar neu investiert werden müßte — wobei im Jahre 1963 insgesamt (ohne Cuba) gerade 13 Mrd. Dollar neu angelegt worden sind —, fallen die genannten Kapitalabflüsse erheblich ins Gewicht. Es bleibt aber nicht dabei, denn diese Zahlen werden noch durch die Gewinntransferierungen ausländischer Unternehmen wesentlich erhöht. Tatsächlich ist in den Jahren 1966 und 1967 auch nur so viel oder so wenig investiert worden, daß sich anstelle des von der „Allianz für den Fortschritt" geplanten Zuwachses des Nettosozialprodukts von etwa 4,5 % jährlich kaum 1,5 % ergeben haben. Soviel Vorsicht man auch gegenüber den von der Bank of International Development (BID), Export-Import Bank, CEPAL und anderen Einrichtungen zusammengetragenen Zahlen haben muß, so stecken doch manche Wahrheiten, zumindest Trends in diesen Angaben, die zu denken geben.

Ein weiterer schwerwiegender Substanz- und Kapitalverlust, der für Lateinamerika jährlich in die Milliarden Dollar geht, ist die ständige Emigration südamerikanischer Wissenschaftler und Techniker, die — das sei bemerkt — in ihrem Heimatland häufig keine geeignete Stellung finden oder zu schlecht bezahlt werden und die deshalb ihr Glück in den USA machen wollen. So sind von diesen für die Entwicklung des Kontinents eigentlich so dringend benötigten Fachkräften innerhalb von nur sieben Jahren, zwischen 1958 und 1965, nicht weniger als 45 868 Personen nach den USA ausgewandert, ohne daß die lateinamerikanischen Staaten bis heute, außer daß sie darüber ihre Besorgnis äußern und Pläne entwickeln, etwas getan hätten, was dieses Phänomen unnötig machte oder verhinderte. (Dazu eine Vergleichszahl: Aus der Bundesrepublik emigrierten zwischen 1948 und 1965 nach den USA insgesamt 5600 Wissenschaftler und Techniker.) Besieht man es an Hand der Zahlen recht, so verläuft die eigentliche Entwicklungshilfe umgekehrt: von Süd- nach Nordamerika. Legt man nämlich zugrunde, daß in diese rund 46 000 Fachkräfte staatlicherseits nur je 5000 Dollar für die Ausbildung investiert worden sind, so bedeutet das bereits einen in der Regel unwiderruflichen Kapitalabfluß nach Norden in Höhe von 2,3 Mrd. Dollar. Damit nicht genug: Diese Fachkräfte werden nicht für Lateinamerika, sondern für die USA produktiv, das heißt: erachtet man als Mindestproduktivität die Summe eines Jahresgehalts von rund (nur) 6000 Dollar pro Fachkraft, dann beträgt der jährliche Verlust für Lateinamerika — Gewinn für die USA — nochmals 2,76 Mrd. Dollar. Und will man dieses Zahlenspiel noch fortsetzen und rechnet man mit einer nur zehnjährigen Tätigkeit pro Fachkraft in den USA, so ergibt sich aus der Addition folgender Summanden: 10mal 2,76 Mrd. = 27,6 Mrd. Dollar; zuzüglich obengenannter 2,3 Mrd. Dollar Ausbildungskosten = 29,9 Mrd. Dollar. Rund dreißig Mrd. Dollar beträgt also innerhalb von zehn Jahren die seitens Lateinamerikas an die USA gegebene „Entwicklungshilfe". Dabei ist der wirkliche Wert einer Fachkraft überhaupt nicht berücksichtigt worden, der nämlich in der Summe

von gezahlten Gehältern plus „Mehrwert" besteht, der den eigentlichen Gewinn für den Unternehmer ausmacht; nicht berücksichtigt wurden auch die von den Emigranten entwickelten technischen und wissenschaftlichen Neuerungen, die teilweise durch Lizenzen oder Patente von lateinamerikanischen Firmen zurückerworben werden müssen. So gesehen, ist der Kapitalabfluß aus Lateinamerika so ungeheuerlich, daß von Entwicklungshilfe seitens der USA nicht gesprochen werden dürfte, zumal sich dieser Betrag noch um die früher erwähnten 13 Mrd. Dollar Auslandsguthaben südamerikanischer Privatleute und Unternehmer erhöht. Hält man nämlich dagegen, was die USA als sogenannte Entwicklungshilfe verzinslich und vielfach sich selbst begünstigend bieten, so sind das während der letzten Jahre nicht mehr als jeweils nur rund 0,5 Mrd. Dollar für Lateinamerika gewesen, also in zehn Jahren bloße fünf Milliarden.

Bücher

Faschismus-Forschung und politische Bildung

Reinhard Kühnl, Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus. Zur Problematik der bürgerlichen Gesellschaft seit 1918. (Reihe Hanser 14.) Carl Hanser Verlag, München 1969. 7,80 DM.

Reinhard Kühnl, Rainer Rilling, Christine Sager, Die NPD. Struktur, Ideologie und Funktion einer neofaschistischen Partei. (edition suhrkamp 318.) Suhrkamp Verlag, Frankfurt a. M. 1969. 5,— DM.

Rechtsradikalismus. Mit Beiträgen von Iring Fetscher, Helga Grebing, Gert Schäfer, Edgar Weick, Axel Hübner, Dieter Thelen, Manfred Clemenz, Eric Ertl, Franz Greß, Günter Wolfgang Dill. Hrsg. von Iring Fetscher. (res novae 53.) Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1967. 16,80 DM.

Die Institutionalisierung der politischen Bildung in der BRD als ein spezielles Wissensgebiet (wenngleich nur teilweise auch als ein gesondertes Lehrfach) an den Schulen, den Einrichtungen der Erwachsenenbildung und den pädagogischen Hochschulen muß als eine der vielen nach 1945 versuchten Maßnahmen zur Demokratisierung der westdeutschen Gesellschaft verstanden werden. Die politische Bildung richtete sich unmittelbar gegen die vorausgegangene Epoche des Nationalsozialismus, dessen Aufklärung und geistige Überwindung zu ihrer ursprünglichen Aufgabe erklärt wurde. Die Entwicklung der politischen Weltlage und die eindeutige Entscheidung der BRD zugunsten der von den USA mit Hilfe eines differenzierten Sanktionensystems in vielen Ländern durchgesetzten Politik des „freien Westens" blieb nicht ohne Rückwirkung auf die politische Bildung. Diese fügte sich ohne auffällige Anpassungsschwierigkeiten in die neue Rolle, in der sie primär als ideologisches Instrument bei der „Auseinandersetzung mit der kommunistischen Ideologie" zu fungieren hatte. So ist es auch gekommen, daß in der vorwiegend von Pädagogen, seltener auch von Politologen geführten Diskussion um die politische Bildung, aber auch in den Schulbüchern und Lehrplänen sowie in den kultusministeriellen Empfehlungen und Richtlinien der Nationalsozialismus sich in eine Variante des Kommunismus verwandelte, begrifflich gerechtfertigt durch die Totalitarismus-Theorie.

Insoweit sich die politische Bildung in Theorie und Praxis geneigt zeigt, sich von einem der für die konservative Regierungspolitik zweckdienlichsten Vorurteile zu befreien, muß sie wenigstens einige der neueren Arbeiten über den Faschismus zur

Kenntnis nehmen. So greift Reinhard Kühnl in seinem Buch „Deutschland zwischen Demokratie und Faschismus" die Fragwürdigkeit der Totalitarismus-Theorie auf (vgl. S. 143—147) und weist die methodische Verkürzung der Perspektive in bezug auf rechtsradikale Bewegungen nach, wenn diese unter dem unhistorischen und formalisierenden Aspekt „rechts-links-extrem" betrachtet werden. Der Totalitarismus-Theorie stellt Kühnl als methodischen Ansatz die Faschismus-Forschung gegenüber, deren größere Reichweite in der Theoriebildung er hier nicht nur reflektiert, sondern durch die vorausgehenden Kapitel auch konkretisiert.

Das Buch erscheint — obgleich es sich zum Teil auf schon veröffentlichte Zeitschriften-Aufsätze seines Verfassers stützt — nach Aufbau und Durchführung einheitlich konzipiert, und es ist auch, nicht zuletzt durch den einfachen, prägnanten Stil, didaktisch so angelegt, daß es sich in hervorragender Weise auch für Schüler als eine Einführung in den Problemkreis „Nationalsozialismus-Rechtsradikalismus-Faschismus" eignet. Dies vor allem, weil der systematische Teil (S. 83—163) durch einen historischen zur Weimarer Republik (S. 26—82) nicht nur ergänzt, sondern erst eigentlich vergegenständlicht wird. Die geschichtliche Analyse arbeitet nämlich jenes Strukturprinzip heraus, dem bei der systematischen Begriffsbestimmung konstituierende Bedeutung zukommt: Den Zusammenhang von bürgerlicher Demokratie und Faschismus.

Wie zentral Kühnls Studie die gegenwärtige Realität trifft, läßt sich einer ersten Presse-Reaktion aus Kreisen der „demokratischen Mitte" entnehmen. So hat ein gewisser Giselher Schmidt in dem regierungsoffiziösen Wochenblatt „Das Parlament" (Nr. 26 vom 28. 6. 1969) eine äußerst gehässige, von nationaldemokratischer Phantasie geleitete Rezension zusammengeschmiert, die durch ihre böswilligen Verdrehungen und ihre fanatische Agitationshetze den NPD-„Deutschen Nachrichten" nicht nachsteht — nicht zuletzt ein zusätzlicher Beleg für Kühnls These der Struktureinheit von bürgerlicher Mitte und Faschismus.

Der von Kühnl, Rilling und Sager geschriebene Suhrkamp-Band über die NPD ist gegenüber dem 1967 im Voltaire-Verlag erschienen NPD-Buch von Kühnl u. a. (vgl. Rezension in dieser Zeitschrift, Nr. 9/1968) insofern noch ergiebiger geworden, als die Analyse von 1969 zwei weitere, entscheidende Jahre NPD-Entwicklung einschließt. Die Hypothesen sind nun durch derartig viel Beweismaterial abgesichert, daß derjenige, der die vierhundert Seiten des Doppelbandes von Anfang bis Ende liest, sich beinahe erschlagen fühlt. Die Verfasser entfalten das Problem des deutschen Neofaschismus nach seinen vielfältigen Aspekten, klären nicht nur Ideologie, Organisation, soziale Schichtung und Wählerpotential der NPD, sondern machen in den Kapiteln IV—VII auch deutlich, unter welchen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Bedingungen sich der Aufstieg jener inzwischen mit „Saalschutz" ausgerüsteten Partei vollziehen konnte. Eine faschistische Partei bedarf zu ihrer erfolgreichen Evolution einer gesellschaftlichen Resonanz. Diese ist ihr in der Bundesrepublik garantiert.

Die Interdependenz von Faschismus und bürgerlich-gesellschaftlicher Grundstruktur vergegenwärtigt auch der von Iring Fetscher herausgegebene Band „Rechtsradikalismus", der die Arbeiten verschiedener Autoren zu speziellen Gesichtspunkten des gleichen Themas in sich vereinigt. Gerade weil der größere Teil der Beiträge dieser übergreifenden Problemstellung verpflichtet ist, stellt der Band, obwohl schon vor zwei Jahren erschienen, nach wie vor einen wichtigen Beitrag zur Faschismus-Forschung dar. So befassen sich vier der insgesamt zehn Aufsätze mit faschistischen Erscheinungen in den USA und in Frankreich und erhärten Kühnls Versuch einer systematischen Begriffsbestimmung des Faschismus im Sinne eines nicht auf Deutschland beschränkten, sondern die gesamte kapitalistische Welt mitbestimmenden Phänomens. Wer sich im Bewußtsein eines gefestigten Demokratie-Verständnisses wähnt — und welcher der berufsmäßig mit politischer Bildung Betrauten täte das nicht —, könnte bei Durchsicht der hier skizzierten Bücher vielleicht doch in die Situation kommen, die Bundesrepublik nicht mehr nur ausschließlich als „Hort der Freiheit" (so Nebelsiek in der auflagenhöchsten „Gemeinschaftskunde") euphemistisch zu verklären. Dies wäre nicht nur den Lehrern, sondern auch den von ihnen in der Schule abhängigen Adressaten nützlich.

Kurt Beutler

Bibliothek des Widerstandes

Karl-Heinz Jahnke, Weiße Rose contra Hakenkreuz. Der Widerstand der Geschwister Scholl und ihrer Freunde. 96 S., Paperback, 3,00 DM.

Willi Bohn, Stuttgart geheim! Dokumentation über den Widerstand gegen die Hitler-Diktatur im Stuttgarter Raum 1933—1945. 288 S., Paperback, 9,80 DM.

Max Oppenheimer, Der Fall Vorbote. Zeugnisse des Mannheimer Widerstandes, 248 S., Paperback, 9,80 DM.

Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer, Streiflichter aus dem Hamburger Widerstand 1933—1945. Berichte und Dokumente. 650 S., Paperback, 27,00 DM.

Sämtlich erschienen in der „Bibliothek des Widerstandes", Röderberg-Verlag, Frankfurt am Main.

Der im März dieses Jahres verstorbene Schriftsteller Günther Weisenborn, der in der Widerstandsgruppe um Harro Schulze-Boysen und Arvid Harnack am Kampf gegen den Hitlerfaschismus teilgenommen hatte und nach 1945 einen großen Teil seines Schaffens dem Andenken und dem Vermächtnis der Widerstandsbewegung gegen das Naziregime widmete (in seinem Stück „Die Illegalen", in dem nach dem gesammelten Material von Ricarda Huch und Walter Hammer herausgegebenen Bericht über die deutsche Widerstandsbewegung „Der lautlose Aufstand", in seinen Aufzeichnungen „Memorial" und „Der gespaltene Horizont" sowie im Roman „Der Verfolger") schrieb 1962 im Vorwort zu einer Neuauflage des „Lautlosen Aufstandes":

„In den zehn Jahren hat sich die Welt stark verändert. Aber die deutsche Widerstandsbewegung hat immer noch nicht jenen ehrenden Rang erhalten, der ihr historisch zusteht. In der westdeutschen Öffentlichkeit wurde und wird lediglich die Erinnerung an den 20. Juli (und gelegentlich die Gruppe der Geschwister Scholl) gefeiert. Aber Größe und Bedeutung der gesamten Widerstandsbewegung sind bis heute in der Öffentlichkeit wenig bekannt oder werden sogar verschwiegen."

Daran hat sich bis 1969 nichts wesentlich geändert. Zwar wurde die Literatur über den 20. Juli in diesem Jahr aus Anlaß des 25. Jahrestages des gescheiterten Hitler-Attentats weiter vermehrt, doch der breite Widerstand von unten ist nach wie vor weitgehend unbekannt.

Vor zehn Jahren stellte Prof. Wolfgang Abendroth, der selbst mit Veröffentlichungen über den antifachistischen Widerstandskampf hervorgetreten ist, die Forderung auf: „Es ist im Interesse der wissenschaftlichen Wahrheit dringend erforderlich, daß in systematischer Kleinarbeit ein der Wirklichkeit entsprechendes Bild der Entstehung, der Richtungen, der Betätigungsformen und der Traditionen der deutschen Widerstandsbewegungen hergestellt wird."

Der Frankfurter Röderberg-Verlag, der mit verschiedenen Dokumentationen über Faschismus und Neofaschismus hervorgetreten ist (z. B. „Macht ohne Moral", „Faschismus — Getto — Massenmord" und „Buchenwald"), unternahm 1965 den ersten Versuch einer solchen notwendigen Kleinarbeit mit dem Bericht über den Widerstand in Hannover von Gerda Zorn „Stadt im Widerstand". Im Vorwort zu diesem Band betonte Wolfgang Abendroth noch einmal:

„Der Widerstand breiter Schichten des deutschen Volkes gegen das Dritte Reich ist ein weithin unerforschtes, aber leider auch der Öffentlichkeit weithin unbekanntes Problem. Ein großer Teil der bisherigen wissenschaftlichen Arbeit hat sich darauf beschränkt, die Opposition in der letzten Phase des Dritten Reiches zu überprüfen. Auch in der politisch-pädagogischen Literatur und im Schulunterricht wird meist nur der 20. Juli 1944 behandelt.

Um so wichtiger ist es, auch den Kampf derjenigen Gruppen zur Darstellung zu bringen, die sich seit der Entstehung des nationalsozialistischen Staates gegen die unmenschliche Diktatur der NSDAP und ihrer damaligen Helfer gewandt haben, aber nicht zu den sozialen Oberschichten oder politischen Führungsgruppen gehörten."

Auf der Darstellung des Widerstandes dieser Gruppen liegt der Schwerpunkt der „Bibliothek des Widerstandes". —

Auf den ersten Blick stellt sich die Frage, warum noch eine Arbeit über die Geschwister Scholl veröffentlicht wurde, da über die „Weiße Rose" schon so viele Publikationen erschienen sind. Doch sind erst seit wenigen Jahren zahlreiche Unterlagen der faschistischen Justiz und der Gestapo über die Vernehmungen und die Prozesse gegen

die Mitglieder der Scholl-Gruppe bekannt und neuerdings auch persönliche Zeugnisse, wie Tagebücher und Briefe der Beteiligten. So war es Karl-Heinz Jahnke möglich, auf Grund der neueren Kenntnisse die Motive des Handelns der Münchener Studenten und ihre Entwicklung umfassender als bisher darzustellen.

Beispielsweise wird darauf hingewiesen und durch entsprechende Quellen belegt, daß die Entschlossenheit der Studenten zum Widerstand gegen das faschistische Regime und seine Kriegspolitik in den Wochen gewachsen war, als Hans Scholl, Alexander Schmorell und Willi Graf im Sommer 1942 als Hilfsärzte der Münchner Sanitätskompanie an die deutsch-sowjetische Front eingezogen wurden Jahnke zitiert Prof. Huber über das Verhältnis von Hans Scholl zur Sowjetunion:

„Während Scholl im Feld war, erhielt ich von ihm einen Brief, in dem er mir mitteilte, daß er von den Russen ein ganz anderes Bild bekommen habe. Vorher war Scholl ein kolossaler Gegner des Bolschewismus. Dem Briefinhalt nach mußte ich aber schließen, daß er seine Ansichten völlig geändert hat."

Nachdem die Gestapo den Verfassern der vier „Flugblätter der Weißen Rose" auf die Spur gekommen war, wurden die Studenten ein Opfer der faschistischen Terrorjustiz. Freunden gelang es, nach der Hinrichtung der Studenten die Nachricht von dem Verbrechen der Nazis und die Flugblätter der „Weißen Rose", vor allem das Studentenflugblatt, ins Ausland zu bringen. Wenige Wochen nach der Ermordung der Geschwister Scholl und ihrer Freunde unterrichteten schweizerische, sowjetische und englische Rundfunkstationen die Weltöffentlichkeit über das Verbrechen. Englische Flugzeuge warfen das Flugblatt später besonders über den westdeutschen Industriegebieten zu Tausenden ab. Aber auch in Deutschland wurde der Widerstand im Sinne der Münchner Studenten fortgesetzt. In München wurde das Flugblatt mit dem Zusatz weiterverbreitet: „Und ihr Geist lebt trotzdem weiter." Ebenfalls setzten Studenten in Hamburg, Frankfurt und Berlin den Widerstand der Gruppe Scholl/Schmorell fort. Auch darüber berichtet Jahnke, gestützt auf neuere Quellen.

Auf die Frage, warum kein gleichwertiges Beispiel aus dem antifaschistischen Widerstandskampf in der deutschen und internationalen Historiographie eine ähnliche Beachtung gefunden hat wie die „Weiße Rose", gibt Jahnke folgende Antwort:

„Die Studenten entstammen den Kreisen des liberalen Bürgertums ... Ihre Entwicklung, ihre Stellung dem Leben gegenüber brachte sie in Konflikt mit der Realität des deutschen Imperialismus in Gestalt des Nationalsozialismus ... Das anerzogene kritische Bewußtsein, welches immer wieder mit der gegen die eigene Tradition und die Gesamtinteressen des deutschen Volkes gerichteten Realität des faschistischen Herrschaftssystems in Konflikt gerät, zwingt sie, wenn sie den begonnenen Weg weitergehen wollen, die durch Herkunft und bisherige Entwicklung gesetzten Grenzen und Schranken zu überspringen. Als ständig Suchende gelingt es ihnen, erste Kontakte zur organisierten Widerstandsbewegung, die ihre Basis in der Arbeiterbewegung hat, anzubahnen und ein teilweise vom Antikommunismus befreites Bild über die neue gesellschaftliche Ordnung in der Sowjetunion zu gewinnen. Diese und andere Erfahrungen, vornehmlich im Zusammenhang mit der verbrecherischen Kriegspolitik des deutschen Imperialismus, führten sie zu ersten Einsichten und Erkenntnissen über die Zukunft Deutschlands, die weit über ihre bisherigen Auffassungen hinausgingen." —

In den drei übrigen bisher vorliegenden Bänden der „Bibliothek des Widerstandes" steht, ähnlich wie in der genannten Arbeit von Gerda Zorn über Hannover, der Widerstand der Arbeiterorganisationen im Mittelpunkt. Während die Bücher über Stuttgart und Hamburg den Widerstand in der gesamten Zeit des Naziregimes von 1933 bis 1945 darzustellen suchen, liegt in Max Oppenheimers Arbeit über Mannheim der Schwerpunkt auf der 1941/42 erschienenen Zeitschrift „Der Vorbote" und den sich darum gruppierenden Kreis Georg Lechleiters. Im Anhang zu diesem Buch werden Auszüge aus einem Vortrag abgedruckt, den Prof. Erich Matthias 1968 über den sozialistischen Widerstand in Mannheim gehalten hat. Darin heißt es: „Wenn wir Widerstand und Verfolgung nicht ohne weiteres als identisch betrachten, dann war der Widerstand in Mannheim zwar nicht ausschließlich, doch in der Hauptsache aus den Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung erwachsener Widerstand. Das kann nach Sozialstruktur und

politischer Kräfteverteilung keineswegs als erstaunlich anmuten."

Eine solche Feststellung, die Matthias durch einen Überblick über die Entwicklung der Mannheimer Arbeiterbewegung erhärtet, gilt sinngemäß auch für Stuttgart und Hamburg.

Willi Bohn, der im Stuttgarter Raum selbst aktiv am antifachistischen Widerstand teilgenommen hat, schreibt in „Stuttgart geheim!": „Orientierungspunkte bilden zahlreiche Dokumente, in denen sich bestimmte Ereignisse widerspiegeln. Sie lassen die Verflechtung der verschiedensten Widerstandsgruppen erkennen und führen uns Einzelheiten der oppositionellen Betätigung vor Augen. Darüber hinaus wird deutlich, auf welche Weise neue Gegner Hitlers in Erscheinung traten und wie die Antifaschisten immer wieder zueinander fanden, um den gemeinsamen Kampf gegen das Naziregime zu organisieren. Unübersehbar ist dabei der hohe Anteil von Kommunisten am Widerstand. Der vorliegende Gestapo-Geheimbericht sowie eine Reihe von Anklageschriften sind dafür eine Bestätigung. Nicht von ungefähr findet sich unter den Opfern des nationalsozialistischen Terrors eine überaus hohe Zahl von Funktionären und Mitgliedern der Kommunistischen Partei Deutschlands."

In Stuttgart haben, nach einer unvollständigen Übersicht der VVN, 1 486 Personen, 985 Männer und 501 Frauen, ihr Leben im Widerstandskampf verloren. Über einzelne, wie z. B. Lilo Hermann oder die Familie Schlotterbeck, berichtet Willi Bohn ausführlich. Der Autor bemüht sich darum, einen möglichst umfassenden Überblick über den Stuttgarter Widerstand zu geben. Neben den Aktionen der verschiedenen Organisationen und Gruppierungen der Arbeiterbewegung finden auch Jugendgruppen, Lehrer, Christen und Männer des 20. Juli ihre Würdigung. Das Geleitwort zu dem Buch schrieb der Stuttgarter Oberbürgermeister Dr. Arnulf Klett, und eröffnet wird der Band mit der von Ernst Bloch angeregten Inschrift für ein Mahnmal der Millionen Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, das in Stuttgart errichtet wird.

Der umfangreiche Band von Ursel Hochmuth und Gertrud Meyer über den Hamburger Widerstand, dem noch ein zweiter folgen soll, entstand mit Unterstützung von wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland. Die einzelnen Beiträge wurden vorwiegend in Form von Sachberichten verfaßt. Das Buch gliedert sich in vier Hauptabschnitte nach zeitlichen Zusammenhängen (Früher Widerstand, Widerstand und Verfolgung bis Kriegsausbruch, Widerstand und Verfolgung verschiedener Bevölkerungsgruppen, Widerstand während des Zweiten Weltkrieges), denen sich ein Dokumentenanhang sowie verschiedene Verzeichnisse anschließen.

Um wenigstens in etwa einen Eindruck von dieser gründlichen Arbeit zu vermitteln, seien von den umfangreichsten Abschnitten II und IV die einzelnen Kapitel genannt. In dem Abschnitt „Widerstand und Verfolgung bis Kriegsausbruch" werden dargestellt: 1) Kommunistischer Jugendverband Deutschlands, 2) Sozialistische Arbeiterjugend, 3) Sozialistischer Jugendverband Deutschlands, 4) Volksheim-Jugend, 5) Evangelische Jugend, 6) Bündische Jugend, 7) Telemann- und Lichtwarkschüler, 8) Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, 9) Freie Gewerkschaften, 10) Sozialdemokratische Partei Deutschlands, 11) Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, 12) Internationaler Sozialistischer Kampf-

Konrad Farner

THEOLOGIE DES KOMMUNISMUS?

Drei Bände in einem Band, 362 Seiten, kart., 24,80 DM

I Der frühchristliche Kommunismus – Von der Jerusalemer Urgemeinde bis zu Thomas von Aquin

II Christentum und Marxismus; Sozialismusdiskussion

III Kurzgefaßte Geschichte der Utopie, der Paradies-Erwartung, der Reich-Gottes-Idee, des Kommunismus; von der Spätantike bis zur Gegenwart

Konrad Farner, einer der Bahnbrecher für den Dialog Christ-Marxist, seit 1923 Mitglied der Kommunistischen Partei der Schweiz, als Marxist Schüler von Karl Barth, legt das Ergebnis langjähriger Studien und Untersuchungen vor.

STIMME-VERLAG 6 FRANKFURT/MAIN

bund, 13) Kommunistische Partei Deutschlands, 14) Hamburger Antifaschisten gegen Franco und Hitler, und im Abschnitt „Widerstand während des Zweiten Weltkrieges": 1) Helmuth-Hübener-Gruppe, 2) Widerstandsorganisation Bästlein-Jacob-Abshagen, 3) Weiße Rose Hamburg, 4) Gruppe Etter-Rose-Hampel, 5) Hamburger Vertreter des 20. Juli 1944, 6) KdF-Gruppe, 7) Kampf-Gemeinschaft für Frieden und Wiederaufbau, 8) Widerstandsgruppe Hamburger Kommunisten in Sofia, 9) Widerstandsbewegung „Freies Deutschland" in Dänemark.

Diese Kapitelüberschriften machen deutlich, wie umfassend in diesem Buch der vielfältige Hamburger Widerstand dargestellt wird. Vor allem enthält es viele Details, zum Teil in Fußnoten versteckt, die ein lebendiges Bild von den damaligen Verhältnissen vermitteln. Da ist z. B. der Fall des Professors Rudolf Degkwitz, Chefarzt der Kinderklinik im Eppendorfer Krankenhaus. Als Konservativer, der sogar 1923 Hitlers Marsch zur Feldherrnhalle mitgemacht hatte, entwickelte er sich nach 1933 zum Hitler-Gegner. Er wurde im September 1943 verhaftet und vor Freislers „Volksgerichtshof" gestellt. Nur die von nach Entlastungsargumenten suchenden Kollegen verbreitete Version, Degkwitz habe allein durch seine Masernprophylaxe dem Führer „eine Division deutscher Soldaten" geschenkt, die Freisler überzeugte, rettete ihm das Leben. Im Vergleich zu den zahllosen Bluturteilen, die Freisler gegen Kommunisten, gegen die Geschwister Scholl oder gegen Teilnehmer der 20.-Juli-Verschwörung verkündete, kam Prof. Degkwitz mit sieben Jahren Zuchthaus davon — die nach gut einem Jahr durch die Befreiung Deutschlands vom Faschismus beendet waren.

Man erfährt auch solche interessanten Einzelheiten wie die über die Entstehung des „Horst-Wessel-Liedes", das, als Lied der SA geschrieben, nach Hitlers Machtübernahme zusammen mit dem Deutschlandlied zur Nationalhymne des NS-Regimes wurde. Erwin Lüdemann, vor 1933 Musiker im Hamburger Lenin-Orchester, berichtete Ursula Hochmuth zur Geschichte des Liedes, daß es ursprünglich ein pommersches Heimatlied war und die Melodie in den Jahren 1908 bis 1910 von einem Matrosen der kaiserlichen Marine für ein Marine-Reservisten-Lied verwandt wurde, das in der Reichswehr der Weimarer Republik als unerwünscht galt. Etwa 1926 machte Willi Bredel aus diesem Lied ein Kampflied für die KPD, das dann der SA-Führer Horst Wessel durch wenige Änderungen in das absolute Gegenteil verfälschte. Als Bredel 1933 von den Nazis im KZ Fuhlsbüttel inhaftiert war, schrieb er seinerseits eine neue Fassung des „Horst-Wessel-Liedes", das die Naziherrschaft entlarvte und sich unter den Hamburger Illegalen auch außerhalb des „Kolafu" verbreitete.

Für die sorgfältige Arbeit, die in diesem Buch geleistet wird und Spekulationen um ungesicherte Angaben ausschließt, spricht ein Beispiel aus dem Kapitel über die „KdF-Gruppe". Es geht um die bisher ungeklärte Verhaftung eines gewissen „Dr. Carl Schmidt", der eine führende Rolle im Widerstandskampf gespielt hat. In einer Fußnote heißt es u. a.: „Es spricht vieles dafür, daß der Name ‚Dr. Carl Schmidt aus Leipzig' ein Deckname gewesen ist. Das könnte auch erklären, warum alle bisherigen Nachforschungen zur Klärung seiner Identität erfolglos geblieben sind. Ein Mann wie er kann jedoch nicht zufällig eine führende Rolle im Widerstandskampf innegehabt und über viele weitreichende Verbindungen verfügt haben. Es ist naheliegend, ihn unter den noch im Frühjahr 1945 ermordeten illegalen Funktionären einer Widerstandsorganisation aus der Arbeiterbewegung, bzw. dem NKFD (Leipzig?) zu suchen."

Das ist ein Beispiel dafür, wie sehr sich die exakte Erforschung des antifaschistischen Widerstandes infolge vielerlei Versäumnisse auch heute noch — nicht nur in der Bundesrepublik — erst in den Anfängen befindet; denn sicherlich gibt es irgendwo jemanden, der den „Dr. Carl Schmidt" auch mit bürgerlichem Namen gekannt hat.

Die Arbeit über den Hamburger Widerstand von Hochmuth/Meyer ist in ihrer Ausführlichkeit und Sorgfalt ein Beispiel für die Verarbeitung von Quellenmaterial über die antifaschistische Tätigkeit der verschiedensten Gruppen. Dadurch wird der zunächst verblüffende Umfang dieses Buches wie auch der Preis gerechtfertigt. —

Max Oppenheimers Buch hebt ein Beispiel des Widerstandes hervor: Er rechnet die vier erschienenen Nummern des „Vorboten" zu den „erregendsten und mutigsten Dokumenten, die in der Finsternis der faschistischen Barbarei in Deutschland publiziert

wurden". „Der Vorbote" war eine illegale antifaschistische Zeitschrift, die von September 1941 bis Februar 1942 als „Informations- und Kampforgan gegen den Hitlerfaschismus" in Mannheim erschien und besonders unter den Arbeitern der Mannheimer Betriebe verbreitet wurde. Nachdem der Gestapo der Einbruch in die Widerstandsgruppe um Georg Lechleiter — die den „Vorboten" verfaßte, herstellte und vertrieb — gelungen war, fanden in Mannheim Massenverhaftungen statt. In zwei Prozessen wurden 19 Antifaschisten zum Tode verurteilt und im September 1942 und Februar 1943 hingerichtet, weitere neun Angeklagte erhielten Zuchthausstrafen. Die Anklage lautete auf „Vorbereitung zum Hochverrat, Feindbegünstigung, Zersetzung der Wehrkraft und Verbreiten ausländischer Rundfunkmeldungen". Die meisten Mitglieder der Gruppe waren Kommunisten. Aber auch Sozialdemokraten und Parteilose wurden Opfer der Nazijustiz.

Die Arbeit der Gruppe um den Kommunisten Georg Lechleiter ist ein Beispiel dafür, daß Antifaschisten auch dann den Widerstand fortsetzten, wenn sie durch die Bedingungen der Illegalität und des Krieges von ihren Leitungen isoliert waren. Im „Vorboten" wurde noch im Herbst 1941 als politisches Nahziel die Errichtung eines „Sowjet-Deutschland" gefordert, obwohl diese Konzeption schon sechs Jahre zuvor nach dem Weltkongreß der Kommunistischen Internationale von der Führung der KPD als falsch verworfen worden war. Auch wurden Beurteilungen aus dem Ersten Weltkrieg schematisch auf Hitlers Krieg übertragen. So hieß es, daß der zweite imperialistische Krieg „die Plattform für die sozialistische Revolution" schaffe.

Der ehemalige Mannheimer sozialdemokratische Bürgermeister Jakob Trumpfheller schreibt in einem Vorwort zu dem Buch Max Oppenheimers: „Weder Gewalt noch Verführung vermochten den Glauben an die unüberwindliche Kraft der Menschenwürde, der Freiheit und der Gerechtigkeit im Kampfe gegen die nationalsozialistische Tyrannei zu zerstören. Die Veröffentlichungen des Mannheimer ‚Vorboten' informierten in der Episode des in allen Teilen Deutschlands geführten unterirdischen Kampfes über den tierischen Terror der nationalsozialistischen Machthaber; voll Leidenschaft und Mut wurde die Verlogenheit der Heeresberichte und die am eigenen Volk und den Kriegsgegnern begangenen Verbrechen an den Pranger gestellt. Die Menschen wurden zum Widerstand

**Blätter
für deutsche
und internationale
Politik**

entschieden demokratisch

**Blätter
für deutsche
und internationale
Politik**

aufgerufen, im Bewußtsein, daß Hitler den Krieg und die Katastrophe bedeute." —

Alle Bände der „Bibliothek des Widerstandes" enthalten neben den einzelnen Berichten zahlreiche Dokumente, wie letzte Briefe, Gestapoberichte, Gerichtsurteile und Texte illegaler Flugblätter und Schriften. So wird z. B. in Oppenheimers Buch der Text aller vier Nummern des „Vorboten" nachgedruckt. Einige im laufenden Text in den Büchern von Bohn und Oppenheimer veröffentlichte Faksimiles sind nur schwer zu entziffern. Vorteilhafter ist es, wie in dem Buch von Hochmuth/Meyer, wenn sämtliche Faksimiles auf Kunstdruckpapier erscheinen, selbst wenn sich dadurch der Preis des jeweiligen Buches erhöht. Denn das beste Originaldokument verliert seinen Wert, wenn es in der Wiedergabe unleserlich ist. Es wäre auch zu begrüßen, wenn der Verlag bei allen künftigen Bänden für einen möglichst vielseitigen Benutzungsapparat sorgen würde. Vorbildlich sind bei Hochmuth/Meyer das Dokumenten- und Literaturverzeichnis sowie das Personenregister. Mit einem Personenregister ist außerdem leider nur der Band von Oppenheimer ausgestattet. Wünschenswert wäre ferner, wenn Literaturverzeichnisse nicht nur Erscheinungsort und -jahr, sondern auch den jeweiligen Verlag nennen würden.

Insgesamt bleibt über die „Bibliothek des Widerstandes" aber festzuhalten, daß hier wichtige Beiträge für eine noch zu schreibende Geschichte des Widerstandes gegen das Naziregime geleistet werden.

Heinz Brüdigam

Neuerscheinungen Eingesandte Bücher

Kulturkritik und Soziologie

Friedrich Georg Friedmann, Politik und Kultur. Die nationalsozialistische Universität — Judentum und Christentum — Schwarzweißes Amerika — Radikale Studenten — Autorität und Glaubwürdigkeit. Verlag C. H. Beck, München, XIV, 172 S., Paperback 11,80 DM (Beck'sche Schwarze Reihe, Bd. 58).

Walter Schätzel, Der Staat. Was Staatsmänner, Politiker und Philosophen über den Staat und seine Probleme gesagt haben. Vierte Auflage. Schünemann Verlag, Bremen, XVI + 488 S., 16 Abb., 15,80 DM (Sammlung Dieterich, Bd. 80).

Willfried Maier, Leben, Tat und Reflexion bei Heine. Verlag Bouvier, Bonn, 256 S., kart. 29,50 DM. — Weitere Neuerscheinungen des Verlages sind: Wilhelm Dehn, Ding und Vernunft. Zur Interpretation von Stifters Dichtung (172 S., kart. 22,— DM); Hans-Jürgen Wipfelder, Die Rechts- und Staatsauffassung im Werke Werner Bergengruens (208 S., kart. 28,50 DM).

De Landheere, Einführung in die Pädagogische Forschung. Aus dem Französischen übertragen und bearbeitet von Hans Jörg unter Mitwirkung von Ulrich Raatz. Verlag Beltz, Weinheim, 300 S., Ln. 25,— DM (Schriften zur Methodenlehre der empirischen Pädagogik, Bd. 1); als Studienausgabe „beltz compendium" 14,80 DM.

Hartmut v. Hentig, Systemzwang und Selbstbestimmung. Über die Bedingungen der Gesamtschule in der Industriegesellschaft. Zweite durchgesehene und erweiterte Auflage. Klett Verlag, Stuttgart, 224 S., br. 9,80 DM.

Eugen Varga, Die Krise des Kapitalismus und ihre politischen Folgen. Herausgegeben und eingeleitet von Elmar Altvater. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt, 450 S., br. 25,— DM, Ln. 35,— DM. — Zur Politischen Ökonomie legt der Verlag außerdem vor: Joseph M. Gillman, Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate. Aus dem Amerikanischen von Horst Stenzel (224 S. mit Tabellen und Schaubildern, br. 28,— DM, Ln. 38,— DM); Elmar Altvater, Gesellschaftliche Produktion und ökonomische Rationalität. Externe Effekte und zentrale Planung im Wirtschaftssystem des Sozialismus (192 S., br. 18,— DM, Ln. 26,— DM).

Hans G. Helms, Fetisch Revolution. Marxismus und Bundesrepublik. Luchterhand Verlag, Neuwied, 196 S., br. 9,80 DM (Soziologische Essays). — Ein Vorabdruck aus diesem Buch erschien in „Blätter", Heft 6/1969, S. 588 ff.

Alexander Mitscherlich, Bis hierher und nicht weiter. Ist die menschliche Aggression

Fernseh-Spalte

SAUBERER JOURNALISMUS

„Panorama" hatte sich am 11. August 1969 einiger bemerkenswerter verbaler Mißgriffe führender CDU/CSU-Politiker angenommen (Kiesinger und v. Hassel über die NPD, Strauß über die APO-„Tiere"). Die CDU/CSU forderte eine Gegendarstellung, der Norddeutsche Rundfunk lehnte ab. Schließlich kam es am 27. August doch zu einer Fernsehdiskussion unter der unzulänglichen Leitung von Theo Sommer. Den CDU/CSU-Politikern Will Rasner, Leo Wagner und Konrad Kraske saßen Hans Heigert, Günter Gaus und Peter Merseburger gegenüber. Die Anschuldigungen gegen Merseburger sind bekannt. Wieder einmal wurde der gesamte Parteiapparat mobilisiert, um einen „Panorama"-Moderator zu erledigen. Aber — ich wiederhole, was ich an dieser Stelle früher schon einmal schrieb: Merseburger ist mit seinem Amt gewachsen. Der Mann, der früher zaghaft, unschlüssig war, der ängstlich nach dem Proporz handelte, eignete sich im Laufe der Zeit Bekennermut an. Heute ist er einer der wenigen hervorragenden Fernsehjournalisten der Bundesrepublik. Auf die penetranten Belehrungen Will Rasners offensiv reagierend, sagte er: „Diese öffentliche Kritik wünschen Sie offenbar nicht, deshalb rufen Sie nach der Staatsaufsicht". Günter Gaus stellte unumwunden fest, daß es sich bei dem attackierten „Panorama"-Bericht eindeutig um einen Meinungsbeitrag gehandelt habe. Und Hans Heigert erklärte: Es muß möglich sein, daß ein Vokabular, das dem Wörterbuch des Unmenschen entstammt, in einer zeitkritischen Sendung kritisiert wird.

Was auch immer an Vorwürfen und Gegenargumenten in diese Diskussion eingebracht wurde, es ging den drei Politikern klipp und klar um eine Einschränkung (wenn nicht gar Abschaffung) der Meinungsfreiheit, den drei Journalisten aber um die Klärung der Begriffe Meinung und Information und um die Wahrung der journalistischen Rechte. Jeder Meinungsbeitrag — das sei hier noch einmal festgestellt — darf nicht nur, sondern muß sogar die Absicht des Autors erkennen lassen. Auch wenn sie einer Partei, einer Handwerkerzunft oder einer Person nicht paßt. Die Subjektivität der Meinung ist also völlig legitim, solange darin nicht Lügen, Fälschungen, Verleumdungen und dergleichen enthalten sind. Für Will Rasner gelten jedoch andere (fiktive) Gesetze: Das Maß der Meinungsfreiheit in einer Zeitung ist nicht das gleiche wie das in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt. Mehr noch. Herr Rasner fordert: Sauberen Journalismus! Meinungen bekunden ist also „unsauberer" Journalismus, zumindest im Bereich des Rundfunks und Fernsehens? Zur allgemeinen Situation ist an dieser Stelle zu sagen: Erstens: Echte Meinungsbeiträge im Stile von „Panorama" stellen Ausnahmen dar. Auch „Panorama" bringt vielfach nur erweiterte Information ohne gravierende Meinung. Die weniger engagierten Konkurrenz-Magazine neutralisieren ohnehin das meiste wieder. Ausgesprochen demagogisch ist oft genug Löwenthals „ZDF-Magazin". Ansonsten: das Fernsehen ist wirklich kein Schlachtfeld ungehemmter und böswilliger Kritik, wie es mit dem wilden Angriff auf Merseburger abgestempelt werden sollte. Im Gegenteil. Das Überangebot mieser Unterhaltung scheint sich an ein Volk von Analphabeten zu wenden. Selten sind engagierte Kommentare, bedeutende Fernsehspiele, aufklärerische oder volksbildende Beiträge zu sehen. Ach du liebe Zeit: das Fernsehen der Bundesrepublik trägt nicht zur allgemeinen Emanzipation von antiquierten gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen bei. Aber das genügt nicht. Denn zweitens: der neue „Panorama"-Streit ist nur das erste konkrete Beispiel einer neuen Offensive der CDU/CSU im Kampf um ein privates Fernsehen, um die Kündigung der noch gültigen Staatsverträge zum Zwecke der „Neufassung des Rundfunkrechts". Was dies bedeuten würde, geht aus den verschiedenen Verlautbarungen einer Reihe von CDU/CSU-Politikern in den letzten Wochen hervor. Heinz Müller (ARD-Programmbeirat), Schmücker, Benda, Rollmann, Lemke, Langeheine: sie wollen — und sie haben es ganz offen bekundet — das bisherige Rundfunkrecht eliminieren. Wenn es stimmt, daß seitens der CDU das „ZDF-Magazin" Löwenthals als Muster für die siebziger Jahre angepriesen wurde, dann kann man sich an den fünf Fingern abzählen, wie das übrige Fernsehen ausgerichtet wäre.

E. H. Wahl

Autoren dieses Heftes

Bemerkungen

Janusz Stefanowicz, geb. 1932 in Wloclawek, lebt heute in Warschau und ist stellvertretender Chefredakteur der katholischen Zeitung „Slowo Powszechne"; Buchveröffentlichungen: Christliche Demokratie, 1963; Die Welt in dreißig Aufzügen, 1966; Vatikan und Italien 1860—1960, 1967.

Klaus Elliesen, geb. 1940 in Halle/S., lebt als freier Journalist bei Kiel.

Klaus Ehrler, M.A., geb. 1930 in Leipzig, studierte Geschichte, Physik und Philosophie; Lektor, Mitarbeiter im Internationalen Christlichen Friedensdienst (Verständigungshilfe Westberlin), Zweiter Vorsitzender der Mendelssohn-Gesellschaft.

Dr. Günther Rose, geb. 1929 in Heydekrug (ehem. Ostpreußen) studierte Geschichte und Germanistik an der Universität Rostock und der Humboldt-Universität Berlin. Publikationen über den jungen Karl Marx, über die Bonner Deutschland- und Ostpolitik und über Theorien der „Industriegesellschaft" und der „Konvergenz". Zur Zeit wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Sektion Geschichte der Humboldt-Universität Berlin.

Ulrich Greiwe, geb. 1945 in Bad Essen/Bez. Osnabrück, arbeitete zunächst als Schriftsetzer, studierte dann an der Deutschen Journalistenschule in München, ist als Reporter bei mehreren Zeitungen tätig; Herausgeber eines neuen Bandes in der bei Desch erscheinenden Buchserie „Modelle für eine neue Welt".

Martin Hall, geb. 1904 in Gotha, studierte in Marburg, München und Berlin und war anschließend als Journalist tätig; 1933 mußte er emigrieren und lebt seit 1936 als freier Schriftsteller und Rundfunkkommentator in den USA.

Dr. Wilfried Frhr. v. Bredow, geb. 1944 in Neustettin, studierte politische Wissenschaften, Soziologie und Germanistik in Bonn und Köln, promovierte über „Öffentlichkeitsarbeit der Bundeswehr"; Wissenschaftlicher Assistent am Seminar für politische Wissenschaften in Bonn; Zeitschriftenveröffentlichungen.

Dr. Andrej Stepanow ist Dozent an der Moskauer Universität.

Dr. Wolf Kalz, geb. 1933 in Halberstadt, studierte nach Abschluß einer Lehre als Industriekaufmann in Freiburg Volkswirtschaft, Soziologie und Philosophie und in Kiel Geschichte und Literaturwissenschaft. Promotion in Wissenschaft von der Politik 1967. Zeitschriftenveröffentlichungen; Buchveröffentlichung: Gustav Landauer, Kultursozialist und Anarchist, 1967.

Dr. Kurt Beutler, geb. 1937 in Stuttgart, studierte Wirtschaftswissenschaften in Stuttgart und Hamburg, danach Erziehungswissenschaft, Politikwissenschaft und Germanistik in Tübingen und Marburg, 1966 Promotion in Marburg; zahlreiche Zeitschriftenveröffentlichungen, z. Z. Wissenschaftlicher Rat am Seminar für Erziehungswissenschaft der Universität Hamburg.

Heinz Brüdigam, geb. 1929 in Hamburg, lebt als Schriftsteller und Journalist in Wedel b. Hamburg.

Reihe „Sammlung Junge Wissenschaft" im Pahl-Rugenstein Verlag

Mit der Buchreihe „Sammlung Junge Wissenschaft" erweitert der Pahl-Rugenstein Verlag ab Herbst 1969 sein Programm. In der neuen Reihe sollen vorwiegend Dissertationen über politische, zeitgeschichtliche, ökonomische, soziologische und kulturpolitische Themen publiziert werden.